ED-106/32-1

HILPERT, Werner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 3911/67 Best. ED 106/32
Rep. Lo Kat. Lo

ED-106/132-2

DR. WERNER HILPERT

OBERURSEL/TS.
FREIHEIT 9
Telefon 2421

12. April 1955

Herrn
Walter H a m m e r
H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Sehr geehrter Herr Hammer !

/ In der Anlage überreiche ich Ihnen ein Foto von mir und bemerke im übrigen, dass ich vor 1933 lediglich Zentrums-Stadtverordneter in Leipzig war. Von 1932 war ich Vorsitzender der Zentrumspartei Sachsens und Führer der Katholischen Aktion; das letztere bis zur Auflösung der Katholischen Aktion etwa im Jahre 1937. Als solcher war ich selbstverständlich für die Nationalsozialisten suspekt. Wiederholt versuchte Einzelverfahren blieben aber ohne Erfolg, sodass ich erst mit Kriegsbeginn am 1.9.39 inhaftiert und in das KZ Buchenwald verbracht wurde, wo ich bis 12.4.1945 verblieb. Mein späterer Lebensweg ist ja bekannt.

Ich überlasse es vollkommen Ihnen, ob Sie diese Notizen und das Bild verwerten.

Mit verbindlichen Grüssen
Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-3

Zeitung: Katholisches Sonntagsblatt

Erscheinungsort: Stuttgart

Datum: 10. Mrz. 1957

Werner Hilpert †. In Oberursel bei Frankfurt starb im 61. Lebensjahr Bundesbahnpräsident Dr. Werner Hilpert. Mit ihm ist ein verdienter katholischer Politiker heimgegangen. Hilpert, der aus Leipzig stammte, war nach dem ersten Weltkrieg Landesvorsitzender der Zentrumspartei in Sachsen und führendes Mitglied der Katholischen Aktion. 1939 wurde er von der Gestapo verhaftet und ins KZ Buchenwald geworfen, wo ihn erst die Amerikaner befreiten. Nach dem letzten Kriege gehörte er der hessischen Staatsregierung als stellvertretender Ministerpräsident und später als Wirtschafts- und Finanzminister an. Bis zu seiner Berufung ins Amt des Präsidenten der Deutschen Bundesbahn im Jahre 1952 war er Vorsitzender der CDU in Hessen und galt als deren volkstümlichster Vertreter.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/82-4

Hilpert, Werner

IfZ - BA - 0004062

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-5

Hamburg, den 24. III. 1958

Sehr geehrter Herr Hammer,

vielen Dank für die übersandte Zusendung der Adresse Rudolf Pechels.

Beiliegend finden Sie das Buch Gerhard Hirschfeld: „Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe". In der gleichen Reihe ist bisher noch eine Buch von G. Gloudajewski und Heinz Schumann erschienen: „Die Neubauer-Poser-Gruppe", ebenfalls mit dokumentarischem Anhang. Leider besitze ich es nicht doppelt, so daß ich Sie nur darauf hinweisen kann.

Was die Fußnoten zu der vorläufigen biographischen Skizze Franz Jacobs anbetrifft, so handelt es sich hierbei in der Hauptsache um Berichte ehemaliger Widerstandskämpfer, die im Berlin im Archiv des Instituts für Marxismus eingesehen wurden. Einige Zitate stammen aus bisherigen Publikationen, die im einzelnen noch einmal festgestellt werden müßten. Im Moment komme ich leider nicht dazu, da wir überorganisatorisch verreisen. Ursprünglich hatte ich die Fußnoten nur geschrieben, um die Zitate vom laufenden Bericht besser abzugrenzen als mit Anführungsstrichen. Außerdem ist diese Biographie nicht zur Veröffentlichung bestimmt, sondern mehr zur Information, besonders, da sie so etwas wie eine "1. Fassung" darstellt – ich habe inzwischen wieder

neue Materialien, die darin noch verarbeitet werden müßten.

Mit freundlichen Grüßen

Herr

Axel Bodmann

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 108/82-6

HOEGNER, Wilhelm

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 106/152-7

Herrn Minister
Prof. Dr. Wilhelm Hoegner
München 9, Mieshacher Platz 15

21. August 1954

Sehr geehrter Herr Minister!
Lieber Kampf- und Parteigenosse!

Ob Sie sich noch der Bildpostkarte erinnern, die ich 1932 herausbrachte und die mir heute leider fehlt? Und war es im Sommer 1934 oder 1936, daß ich Sie in Zürich besuchte? Grollen Sie mir bitte nicht, daß ich Sie heute trotz all Ihrer Arbeitsüberlastung mit ein paar Wünschen belästige. Aus der Sondernummer 20. Juli vom "Parlament" werden Sie wahrscheinlich schon ersehen haben, daß ich an einem illustrierten Werk arbeite, worin der Leidensweg unserer deutschen Parlamentarier im Jahrtausend der deutschen Teufelsbesessenheit gewürdigt werden soll. Darin darf natürlich auch ein Bild von Ihnen nicht fehlen. Haben Sie doch die Freundlichkeit, mir für kurzen Bescheid einige Bilder zur Auswahl leihweise zu überlassen. Für baldige und unversehrte Rückgabe bürge ich; wie Sie wohl auch davon überzeugt sein werden, daß kein Unfug damit getrieben wird.

Mein schon erwähntes Buch verheißt Gutes, denn grade in den letzten Tagen sind mir Bilder in großer Zahl anvertraut worden. Indessen habe ich den Eindruck, daß gerade Bayern dabei immer noch zu schlecht wegkommt. Eine

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ganz besonders schmerzliche Lücke hat sich immer noch nicht schließen lassen: Ein Bild von Antonie Pfülf fehlt noch. Selbst Paul Löbe wußte in diesem Punkt keinen Rat. Nun aber hoffe ich, daß es Ihnen vielleicht doch noch möglich sein wird, mir zu einem derartigen Bild zu verhelfen. Darf ich Sie um Ihre Unterstützung bitten? Für recht baldige Wunscherfüllung wäre ich Ihnen besonders dankbar.

In alter gesinnungsfreundlicher Verbundenheit verbleibe ich mit verehrungsvollem Gruß

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/82-8

Dr. Wilhelm Hoegner
Bayer. Staatsminister des Innern
u. stellv. Ministerpräsident

München 22, den 3. September 1954.
Odeonsplatz 3
Telefon 2 85 11

Herrn
Walter H a m m e r , Schriftsteller

H a m b u r g 39
Veerstücken 9.

Werter Genosse Hammer!

Auf Ihren Wunsch übermittle ich Ihnen anbei zwei Bilder von mir aus neuerer Zeit. Ein Bild unserer zu früh verstorbenen Toni P f ü l f besitze ich leider nicht. Möglicherweise besitzt ihre Freunding ein solches, Frau Auweck-Schöfer, Genf, Petite Boissière 36. Ihrem Unternehmen wünsche ich den besten Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr.Wilhelm Hoegner).

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/132-9

Dr. Wilhelm Hoegner
Bayer. Staatsminister des Innern
u. stellv. Ministerpräsident

München 22, den 28. September 1954.
Odeonsplatz 3
Telefon 2 83 11

Herrn

Walter H a m m e r , Schriftsteller

H a m b u r g 39
Veerstücken 9.

Werter Genosse Hammer!

Für Ihren freundlichen Glückwunsch zu meinem Geburtstag spreche ich Ihnen meinen besten Dank aus.

Vor der Aufnahme eines Bildes des Herrn von K a h r möchte ich warnen. Er hat seinerzeit als Regierungspräsident von Oberbayern den Kapp-Putsch mitgemacht und die sozialdemokratische Regierung H o f f m a n n verhaften lassen, dann selbst eine Rechtsregierung in Bayern gebildet, die sich an dem Aufkommen des Nationalsozialismus mitschuldig gemacht hat. Seine Haltung beim Hitler-Putsch 1923 war sehr zweifelhaft.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Wilhelm Hoegner).

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kahr?

Nein!!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/152-10

Der Bayerische
Ministerpräsident

München, den 20. September 1955.

Herrn
Walter H a m m e r

H a m b u r g 39
Veerstücken 9.

Werter Genosse Hammer!

Die vorgesehene Bemerkung in Ihrem Parlamentarierbuch bitte ich folgendermaßen zu ändern:
Professor, Staatsrat Dr.Wilhelm H o e g n e r, 1924 - 1933 MdL. (Bayern), 1930 - 1933 MdR. (SPD). 1920 - 1933 Staatsanwalt und Richter in München. Als Mitberichterstatter des Untersuchungsausschusses über den Hitlerputsch bei den Nationalsozialisten besonders verhaßt. Haftbefehl Heydrichs gegen ihn 10.März 1933. Vom Juli 1933 - Februar 1934 politischer Flüchtling in Österreich, dann bis 1945 in der Schweiz. Nach seiner Heimkehr im Juni 1945 Verfasser des Entwurfs der Bayerischen Verfassung von 1946, Senatspräsident am Oberlandesgericht München, sodann 1945 - Ende 1946 Bayerischer Ministerpräsident und Justizminister. 1947 Justizminister, sodann Generalstaatsanwalt, Staatsrat und Honorarprofessor an der Universität München. 1950 - 1954 Innenminister. Im Dezember 1954 wiederum Bayerischer Ministerpräsident.
Bild 81.

Mit soz. Gruß

Dr. Wilhelm Hoegner

(Dr.Wilhelm Hoegner)
Bayerischer Ministerpräsident.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Das freie Wort

1. Mai 1955

Aus den Bundesländern

Unser Recht auf Gerechtigkeit

Von Ministerpräsident Professor Dr. Wilhelm Hoegner

Anläßlich der vom Bayrischen Landesrat für Freiheit und Recht veranstalteten Gedächtnisfeier der zehnjährigen Wiederkehr der Befreiung des Konzentrationslager Dachau hielt der bayerische Ministerpräsident am Sonntag, dem 24. April, im Herkulessaal der Residenz in München folgende Rede:

Das deutsche Volk vergißt zu schnell. Es will aus der Geschichte nichts lernen. Nur so ist es zu verstehen, daß die Schuldigen an dem größten Unglück unserer Geschichte nach dem Umlauf von wenigen Jahren Rechtfertigungen schreiben konnten, ohne daß man sie öffentlich an den Pranger stellte, ja, daß Schuldige sich schon wieder frech als Ankläger aufspielen durften. Zuweilen hatte man in den letzten Jahren das unheimliche Gefühl, daß in Deutschland das öffentliche Gewissen eingeschlafen sei. Zuweilen schien es, als würde man deshalb mit Steinen beworfen, weil man nicht zu den Spießgesellen und Nutznießern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gehörte. Nach 1945 waren viele von uns des christlichen Glaubens, die sog. freie Welt sei gegen jene Gewaltherrschaft zu Felde gezogen, um sich und uns von einem Tyrannen zu befreien. In der letzten Zeit haben wir Zweifel bekommen, ob man die Begeisterung des Kreuzzuges nicht schon bereut, ob man nicht lieber den einen Tyrannen als Bundesgenossen gegen einen anderen Tyrannen verwendet hätte.

Sei dem wie ihm sei, für uns Deutsche darf und kann die Geschichte des Dritten Reiches nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen verfälscht und umgelogen werden. Sie ist mit Blut geschrieben, und diese Blutflecken lassen sich aus dem Buch der Geschichte nicht tilgen. Wohl hatte man auch vor Jahrhunderten schon politische Gegner ihres Eigentums und ihres Lebens beraubt. Nie aber ist die Massenvernichtung politischer Gegner mit solcher Gründlichkeit durchgeführt worden wie im Dritten Reich. Wohl windet sich durch die Jahrhunderte die Schande der Judenverfolgungen. Aber vorher vertrieb und verbrannte man sie als Gegner des Christentums oder als Nachkommen der Schuldigen am Tode Christi. Dem Dritten Reich blieb es vorbehalten, Millionen unschuldiger Männer, Frauen und Kinder nur wegen ihrer Abstammung zu foltern und zu ermorden. Schon war man da und dort wieder geneigt, diese Schandtaten als Greuelmärchen abzutun. Der Zeitgeist verträgt keine unangenehmen Erinnerungen. Wie soll man an blutbefleckte Hände denken, wenn die ganze Welt Tüchtigkeit, Fleiß und Kunstfertigkeit eines Volkes rühmt und bewundert. Bußfertigkeit ist selten ein Dauerzustand. Am wenigsten bei Leuten, die es als kein Verbrechen, sondern als eine Tugend ansahen, Tyrannen zu gehorchen und ihre Blutbefehle zu vollziehen.

Die größte Judenverfolgung der Geschichte war zugleich eine Christenverfolgung. Die christlichen Kirchen wollten anfänglich nicht von dieser Welt sein, sie vermeinten, vom Tyrannen ungeschoren zu bleiben. Aber Tyrannen können keine anderen Götter neben sich haben. Sie greifen zwangsläufig in die Gebiete des Glaubens und der Religionsausübung ein. Als die römischen Kaiser göttliche Verehrung beanspruchten, wurden die Christen verfolgt, weil sie sich weigerten, dem Kaiser zu opfern. Im Dritten Reich wurden die christlichen Bekenntnisse verfolgt, weil die Gläubigen Gott mehr gehorchen wollten als dem Tyrannen. Das Hakenkreuz sollte das christliche Kreuz verdrängen. In diesem Kampf erlitten zahlreiche Priester die Martern der Konzentrationslager und den Tod. Aber heute spricht man auch in kirchlichen Kreisen lieber nur von den Verfolgungen durch die östliche Tyrannei.

Ein hohes Verdienst unserer unabhängigen Presse ist es, anläßlich der Wiederkehr des 10. Jahrestages seit dem Ende der Schreckensherrschaft die Ereignisse jener Zeit dem vergeßlichen Menschen von heute ins Gedächtnis zurückgerufen zu haben. Sie tut es mit Recht durch Wiedergabe von Einzelheiten, die nicht geleugnet werden können. So sind auch die letzten Dinge jener blutigen Verbrecher wieder ans Tageslicht gebracht worden. Die kaltblütige Ermordung Zehntausender von Häftlingen auf ihren Todesmärschen nach Räumung der Konzentrationslager. Der aufkommende Jubel über die nahe Befreiung wurde durch die Schüsse der Schergen Himmlers erstickt. Zahllose der Besten traf im letzten Augenblick noch das Todeslos. Wenn es wahr ist, daß sich aufgehetzte junge Werwölfe und Frauen an der Niederschießung der halbverhungerten Gefangenen beteiligt haben, welche Schande für den deutschen Namen, welche unauslöschliche Schmach! Welche furchtbare Schuld jener Volksaufwiegler und Mordhetzer, die ein Volk auf diese Stufe der Verworfenheit erniedrigt haben! Wie konnten aus den harmlosen Deutschen der Romantik, der Biedermeierzeit Bestien der Grausamkeit und der Mordlust werden! Zur Ehre des deutschen Volkes gibt es Gegenbeispiele. Wie viele Deutsche haben unter Todesgefahr politisch oder rassisch Verfolgte jahrelang verborgen oder ins Ausland geschafft! Ehre der Schweiz, die Hunderte von Insassen Theresienstadts einem Himmler um Millionen Schweizer Franken abkaufte und in die Schweiz bringen ließ.

Wir wären der Freiheit nicht würdig, gedächten wir am heutigen Tage nicht der Kameraden, die in Zuchthäusern und Konzentrationslagern zu Tode gefoltert wurden und den Tag der Befreiung nicht mehr erlebt haben! Ich darf einen einzigen Namen nennen. Im Mai 1933 fragte ich meinen Reichstagskollegen Husemann, den Bergarbeiterführer, warum die Gewerkschaften im Ruhrgebiet die Machtergreifung des Tyrannen nicht verhindert hätten. Er sagte: „Wir hatten genug Sprengstoff, um das ganze Ruhrgebiet in die Luft zu jagen. Aber wer wäre dann aus den deutschen Frauen und Kindern geworden?" Husemann wurde dann im Konzentrationslager viehisch ermordet. Die deutschen Arbeiter waren Menschen, Gegner einer Gewaltpolitik, Vertreter der Humanität. Die Horden des tausendjährigen Reiches waren es nicht. Wenn etwas die Schande jener 12 Jahre vom deutschen Schild wieder wegwaschen kann, so sind es Werke des Friedens, Taten edelsten Menschentums. Und deshalb denken wir Ueberlebenden des Dritten Reiches am heutigen Tag nicht an Rache und Vergeltung, nicht an eine Vergangenheit, die uns als Schild der Athene entgegenstarrt und tödlich lähmt, sondern an die Werke des Friedens, die getan werden müssen, wenn die Zukunft der Menschheit nicht gefährdet werden soll. Wir erheben aber heute auch den Schrei nach Gerechtigkeit für die Opfer jener Blutzeit und ihre Hinterbliebenen, die nach 10 Jahren noch auf eine bescheidene Genugtuung warten. Ohne Gerechtigkeit lohnt es sich nicht zu leben, sagte der deutsche Philosoph Kant!

. . . das Unrecht gutzumachen

Ziel und Zweck der Rückerstattungs- und Entschädigungsgesetzgebung ist, das verursachte Unrecht sobald und soweit als irgend möglich wieder gutzumachen. Eine Auslegung des Gesetzes, die möglich ist und diesem Ziel entspricht, verdient daher den Vorzug gegenüber jeder anderen Auslegung, die die Wiedergutmachung erschwert oder zunichte macht.

(Aus dem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 22. November 1954 — IV ZR 107/54 in der Entschädigungssache Mainzer. Berufungsurteil: OLG Frankfurt vom 26. 2. 1954 — 1 U 280/53 —)

Der Einheitsbund wird in seinen Satzungen seine Entschlossenheit kundgeben, die amerikanische Gewerkschaftsbewegung von jedem zersetzenden Einfluß freizuhalten und von jedem Versuch kommunistischen oder sonstigen Charakters, die Gewerkschaften zu unterwühlen. Er wird die grundlegenden Prinzipien unserer Demokratie und des freien und demokratischen Gewerkschaftswesens wahren."

Struktur und Exekutivorgane des Einheitsbundes

Das Statut des Departements „Rat der Industrieorganisationen" ähnelt dem der gegenwärtigen Departements der AFL, welche nach der Verschmelzung ihrerseits in den neuen Organismus eingehen. Alle Departements der Einheitsorganisation stehen den unabhängigen Verbänden für die Mitgliedschaft offen, die je nach ihrem Charakter als Berufsverbände oder Industrieverbände sich eingliedern können.

Der geschäftsführende Bundesvorstand des Einheitsbundes besteht aus dem Präsidenten und dem Sekretär-Schatzmeister, die von den Ordentlichen Kongressen der Organisationen gewählt werden. Der Text des Verschmelzungsabkommens sieht vor, daß zu Beginn Präsidenten und dem Sekretärschatzmeister von den gegenwärtig der AFL angehörenden Verbänden gestellt werden. Damit werden George Meany und William F. Schnitzler diese Posten einnehmen. Das offizielle Organ der AFL, der „News Reporter", kündigte in seiner Nummer vom 11. Februar in einem Bericht aus Miami unmittelbar nach der Unterzeichnung des Abkommens diese Lösung an.

Das Organisationsdepartement des Einheitsbundes wird von einem Direktor geleitet werden, den der Präsident unter Beratung mit dem Exekutivausschuß ernennt. Es dürfte ein Mitglied des gegenwärtigen CIO werden, dessen Ernennung endgültig vom Exekutivrat bestätigt werden muß. Dieses Departement soll in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Mitgliedsorganisationen die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter durchführen, die bis heute außerhalb jeder gewerkschaftlichen Organisation stehen.

Die oberste Instanz des Einheitsbundes wird der Kongreß sein, der satzungsgemäß alle zwei Jahre zusammentritt. Zwischen den Kongressen wird ein Exekutivrat über die Durchführung der Beschlüsse der Kongresse wachen und die Maßnahmen beschließen, die ihm für die Verteidigung der allgemeinen Interessen der Mitglieder in der Zeit zwischen zwei Kongressen notwendig erscheinen. Diesem Exekutivrat gehören der Präsident, der Sekretärschatzmeister und 27 Vizepräsidenten an, welche auf dem ersten Kongreß des neuen Gewerkschaftsbundes gewählt werden. 17 von ihnen müssen aus gegenwärtigen AFL-Organisationen stammen und 10 aus Mitgliedsverbänden des CIO. Der Exekutivrat wird mindestens dreimal im Jahre tagen.

Das Exekutivkomitee, welches in jedem Monat zweimal zusammentreten soll, hat die Aufgabe eines ratgebenden Organes für den Präsidenten und den Sekretärschatzmeister. Ihm gehören außer diesen beiden sechs Vizepräsidenten an, die vom Exekutivrat bestimmt werden. Von ihnen müssen in der ersten Periode drei aus Mitgliedsorganisationen des CIO und die übrigen drei aus der AFL entstammen.

Ein Generalrat beschließt über die Probleme und Fragen, welche ihm die Vorstandsmitglieder und der Exekutivrat vorlegen. Ihm gehören die Mitglieder des Exekutivrates selbst an und die Präsidenten oder andere führende Funktionäre eines jeden nationalen oder internationalen Verbandes, der der Einheitszentrale angeschlossen ist. Dieser Generalrat soll mindestens einmal im Jahre zusammentreten. Das Stimmenverhältnis innerhalb des Rates ist dasselbe wie auf den Konferenzen.

Verschmelzungsmaßnahmen und Statutenentwurf

Nach der Unterzeichnung des Abkommens von Miami ist das Einheitskomitee an die Ausarbeitung eines Statutenentwurfs für den Einheitsbund gegangen. Für die Verschmelzung sind die folgenden Phasen vorgesehen:

1. Die Annahme des Abkommens von Miami durch die Exekutivausschüsse der AFL und des CIO. (Der Exekutivausschuß der AFL ratifizierte das Abkommen unmittelbar nach der Unterzeichnung, der des CIO hat es am 24. Februar unterzeichnet.)
2. Der vom Einheitskomitee fertiggestellte Statutenentwurf ist der AFL und der CIO zur Annahme durch die betreffenden Exekutivausschüsse zu überreichen.
3. Nachdem die Exekutivausschüsse der beiden Gewerkschaftsbünde den Entwurf annehmen, muß er gesondert von den Landeskongressen der AFL und der CIO ratifiziert werden.
4. Nachdem die Landeskongresse ratifiziert haben, wird ein Gemeinschaftskongreß offiziell und endgültig die Verschmelzung bewilligen.

Der Landeskongreß der AFL tritt am 16. September in Chikago zusammen. Der des CIO war für den 17. Oktober in Buffalo angekündigt; es scheint aber, daß man ihn so verlegen wird, daß er in Chikago zur selben Zeit wie derjenige der AFL stattfindet.

Der Statutenentwurf

Der Statutenentwurf muß den Beschlüssen des Abkommens von Miami entsprechen und soll sich den Grundsätzen der gegenwärtigen Satzungen der AFL und des CIO anpassen. Das Abkommen stellt fest, daß die Satzungen der neuen Gewerkschaftszentrale die angeschlossenen Organisationen auf der Basis der Nichtabwerbung beschützen. Alle Organisationen behalten ihre gegenwärtigen Rechte. Streitigkeiten, die entstehen, und das Nebeneinander der Organisationen und ihrer Rechte werden durch die freiwillige Verschmelzung der betroffenen Verbände erledigt.

Die Mitgliedsorganisationen haben an die Einheitszentrale pro Mitglied vier Cents monatlich abzuführen. Der Rat der Industrieorganisationen und die sonstigen Departements des Einheitsbundes setzen selbst fest, wie hoch die Beiträge pro Kopf sein sollen.

Das Nichtabwerbungsabkommen verbleibt in Kraft und wird, wenn alle seine Unterzeichner zustimmen, für zwei Jahre verlängert.

Gemeinschaftliche Erklärung von Meany und Reuther

Nach der Unterzeichnung des Verschmelzungsabkommens gaben die Präsidenten der AFL und des CIO, George Meany und Walter P. Reuther, gemeinsam eine Erklärung ab. Aus ihr seien die folgenden Sätze herausgegriffen:

„Dieses Abkommen wird, wenn es von den Vorständen unserer beiden Organisationen angenommen wird, wie wir hoffen und erwarten, das Ende einer zwanzigjährigen Spaltung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung unseres Landes bedeuten.

Wir glauben, daß eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung die Begabung und Stärke unserer Gewerkschaften in stärkerem Maße in den Dienst des Volkes der Vereinigten Staaten stellen kann.

Gerade in der Gegenwart, in der dieses Land und die ganze freie Welt von dem sowjetkommunistischen Totalitarismus herausgefordert wird, wird eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung am besten in der Lage sein, die arbeitenden Männer und Frauen dieses Landes zur Verteidigung unserer freien Einrichtungen und zur Entwicklung der Vollbeschäftigung und einer größeren Sicherheit für das ganze Volk zu mobilisieren.

Wir verbürgen uns dafür, daß mit der Entwicklung der Einheit die werktätige Bevölkerung in Amerika sich in den Dienst des ganzen Landes stellen und durch ihre Verantwortlichkeit und ihre Zuneigung zu unseren demokratischen Idealen helfen wird, eine bessere Nation und eine stärkere freie Welt zu bauen.

Dieses Abkommen wird die Individualität und die Unverletzlichkeit der mehr als 140 Verbände bewahren, die heute dem CIO und der AFL angeschlossen sind. Sie werden unter dem Verschmelzungsplan fortfahren, ihre eigenen Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern wie in der Vergangenheit zu führen. Das Abkommen sieht einen Mechanismus für die freiwillige — nicht zwangsweise — Verschmelzung einzelner Verbände desselben Gebietes vor. Durch Abkommen, die ausgearbeitet werden, wird den Mitgliedern aller angeschlossenen Gewerkschaften und der Öffentlichkeit die Sicherheit gegeben werden, daß der schnelle Fortschritt der letzten beiden Jahre zur Ausschaltung von gegenseitigen Streitigkeiten fortgesetzt wird.

Wir sind davon überzeugt, daß die Verschmelzung der beiden Gewerkschaftsbünde, die wir vertreten, in dieser gespannten Zeit für unsere Nation und ihre Bevölkerung zum Guten sein wird. Wir sind glücklich, daß wir in der Lage gewesen sind, die Einigkeit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung zu einem Zeitpunkt zustande zu bringen, zu dem die Einigkeit des ganzen amerikanischen Volkes angesichts der kommunistischen Bedrohung des Weltfriedens und der Zivilisation dringend benötigt wird."

ED-106/52-112

Dr. Hoegner erklärt:

Neuer Vorwärts 9.7.49

Deutschland geht vor Bayern

(Von unserem Münchener J. T.-Korrespondenten)

Die Gegner der SPD in Bayern haben schon lange mit dem Gedanken gespielt, Dr. Hoegner werde sich wegen Fragen des föderativen Aufbaues der Bundesrepublik Deutschland mit der SPD entzweien.

In dem in Rosenheim erscheinenden „Oberbayrischen Volksblatt" verwahrt sich nunmehr Dr. Wilhelm Hoegner gegen den Vorwurf, einem extremen Föderalismus das Wort zu reden. Bereits in einer klärenden Stellungnahme der bayrischen Staatsregierung vom 22. Dezember 1945, der er angehört habe, so führt Dr. Hoegner aus, sei zum Ausdruck gekommen, daß Bayern sich mit dem deutschen Volk als dessen Glied eng verbunden fühle. Hoegner präzisiert weiter seine Stellungnahme aus dem Jahre 1946 und betont, daß folgende Sachgebiete seiner Meinung nach in die Hände einer Zentralgewalt kommen müssen: Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik, Steuer- und Außenpolitik (soweit von Außenpolitik in absehbarer Zeit gesprochen werden kann), die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Zivil- und Strafrechts und die Rahmengesetzgebung.

Hoegner erinnert in dem Artikel daran, daß Bayern nach dem Zusammenschluß 1871 eine Blütezeit seiner Entwicklung erlebt habe und der Lebensstandard des bayrischen Arbeiters gehoben wurde und fährt fort: „Schon der gesunde Menschenverstand sagt uns also, daß wir im Verband eines größeren Ganzen günstiger abschneiden als in der Enge einer Kirchturmspolitik."

Besonders betont Hoegner, daß er in den Vorverhandlungen über eine bayrische Verfassung den Antrag gestellt habe, daß „die Bestimmungen der künftigen deutschen Bundesverfassung Vorrang vor den Bestimmungen der bayrischen Verfassung haben." In der Vollversammlung sei damals sein Antrag mit 69 gegen 63 Stimmen abgelehnt worden. Schließlich verweist Hoegner auf seine Rede zu den Gemeindewahlen 1948, in der es heißt: „Wir Sozialdemokraten treten für einen deutschen Bundesstaat ein, wie es das Bismarcksche Reich und die Weimarer Republik gewesen sind. Bayern ist mit dem übrigen Deutschland auf Gedeih und Verderb verbunden. Wer nicht Gefahr laufen will, wertvolle, ja unersetzliche Teile Bayerns zu verlieren, der muß die bayrische Kirche beim deutschen Dorf lassen."

Hoegner schließt seinen Aufsatz mit der Feststellung, daß nach einer eingehenden Aussprache mit der Landtagsfraktion der SPD man zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß zwischen ihm und der Fraktion in allen grundlegenden Fragen volle Uebereinstimmung herrsche.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Doris beschimpft Hoegner

Nazi-Remer droht den Widerstandskämpfern

sp. Im Schatten wichtigerer Dinge ist für die breite Oeffentlichkeit ein Vorgang fast ganz untergegangen, den man wegen seiner symbolistischen politischen Bedeutung doch näher unter die Lupe nehmen muß. In der Mittwochsitzung (4. April) des Bundestages verlas Präsident Ehlers ein Fernschreiben, das der Abgeordnete Dr. Doris am 30. März vom Bundeshaus an den bayerischen Innenminister Dr. Hoegner gerichtet und das folgenden Wortlaut hat:

„Durch Pressevertreter in Bonn wurde mir mitgeteilt, daß laut Erlaß Ihres Ministeriums Versammlungen der Sozialistischen Reichspartei im Reichslande Bayern verhindert

Innenminister Dr. Wilhelm Hoegner

werden sollen. Diese Anordnung wird von uns, da verfassungswidrig, als gegenstandslos betrachtet. Unsere Meinung zur Sache: Amerikanisches Terrorregiment durch Ihre politischen Zuhälter in Deutschland. Unsere Meinung zu Ihrer Person: Sie sind das verächtlichste Subjekt, das die deutsche Erde je getragen hat, weil Sie sich freiwillig als Hinrichtungszeuge in Nürnberg zur Verfügung gestellt haben."

Dr. Hoegner hat sofort Strafantrag bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in München gestellt. Der Immunitätsausschuß wird, wie man hört, die Angelegenheit mit größter Beschleunigung behandeln. Hoegner selbst hat in der Sache mitgeteilt, daß er sich nicht freiwillig als Hinrichtungszeuge in Nürnberg zur Verfügung gestellt habe, sondern als damaliger bayerischer Justizminister von der Kontrollkommission dazu befohlen worden sei.

Am letzten Freitag abend hat der ehemalige Generalmajor Remer in einer SRP-Wahlversammlung in Osnabrück erklärt, daß dereinst alle sogenannten Widerstandskämpfer, die in Wirklichkeit nichts anderes als nichtsnutzige Landesverräter seien, vor ein gesamtdeutsches Gericht gestellt würden, und er hat bei anderer Gelegenheit, in einer öffentlichen Versammlung in Westacelle in Niedersachsen, versichert: „Ich bin kein Nazi, aber Nationalsozialist."

Es hat den Anschein, als ob, natürlich vor allem auch im Zeichen der bevorstehenden Landtagswahl in Niedersachsen, wo die rechtsradikalen Elemente in der Nachkriegszeit immer besonders eifrig waren, der Neofaschismus zu einer Art Generalangriff auf die Demokratie ansetzen wolle. Andererseits läßt sich die nicht mehr zu überbietende Rüpelhaftigkeit in Sprache und Betragen, die sich der ersten Tradition hitlerischen Rabaukentums würdig erweist, vielleicht auch damit erklären, daß die Zersplitterung im rechtsradikalen Lager in den letzten Monaten für die Betroffenen einen äußerst bedenklichen Grad erreicht hat, und daß man durch Randalieren die eigene politische Entwicklungskrise auszugleichen versucht. Die Töne, die Doris und Remer hier angeschlagen haben, zeigen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß hier mit den gleichen Mitteln die Demokratie unterminiert werden soll wie seinerzeit im Weimarer Staat.

Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Bundesrepublik in der Bekämpfung dieser Gefahr rücksichtslos durchgreift und sich in ihrem Abwehrwillen nicht durch formalistische oder prinzipielle Ueberlegungen hemmen läßt. Wo gesetzliche Handhaben fehlen, könnten sie leicht geschaffen werden. In diesem Zusammenhang interessiert auch das Verhältnis der WAV zur SRP, deren Abgeordnete Doris und Richter bei der WAV hospitieren. Ein solches Verhältnis setzt eine einheitliche oder doch weitgehend übereinstimmende politische Willensbildung voraus. Die SRP ist unter Nr. 13 auf die Liste der von der Bundesregierung als verfassungswidrig bezeichneten Organisationen aufgeführt. Es erscheint erforderlich, daß die WAV sich jetzt über ihr Verhältnis zur SRP äußert, wenn sie nicht will, daß man sie mit dieser Organisation gleichsetzt und gleich behandelt.

Doris hat geglaubt, Hoegner als „verächtliches Subjekt" beschimpfen zu können. Er hat im Grunde damit nur eine Selbstcharakterisierung gegeben. Aber Leute seiner Sorte sind vor allem auch gefährlich, wenn sie sich auf die Dauer ungehindert entfalten können. Sie sind es vielleicht weniger um dessentwillen, was sie für sich politisch erreichen, als um des Schadens willen, den sie einem sich langsam entwickelnden demokratischen Staatsbewußtsein zufügen können.

Keine Gnade für Doris

Der bayerische Innenminister Dr. Hoegner stellte über das bayerische Staatsministerium Strafantrag gegen den Bundestagsabgeordneten Dr. Fritz Doris wegen Beleidigung und ersuchte den Bundestag um Freigabe zur Strafverfolgung. Zuständig für die Strafverfolgung dürfte die Staatsanwaltschaft München I sein.

Die Immunität des SRP-Abgeordneten Dr. Doris wurde vom Bundestag in seiner Sitzung vom 5. April zum erstenmal in der im Grundgesetz vorgesehenen Form „im vollen Umfang" aufgehoben. Das bedeutet, daß sich der Abgeordnete nicht nur den Gerichten zur Verfügung stellen muß, sondern auch von der Staatsanwaltschaft verhaftet werden kann.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Hoegner, Wilhelm

IfZ-BA-0004063

IfZ-BA-0004064

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-15

HÖLTERMANN, Karl

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Karl Höltermann
95, Langley Hill
Kings Langley (Herts.)

15. Juli 1954

K 21/7 54

Herrn Walter Hammer,

Hamburg 39
Veerstücken 9

Mein lieber Walter Hammer,

ja, ich lebe noch und allem Anschein nach auch noch eine Ganze Weile in der Zukunft. Meine Adresse ist oben angegeben. Außerdem habe ich eine (private) Londoner Adresse: 103, Pepys Rd. New Cross S E 14, Tel. 1476; in der Woche bin ich bei Tage freilich im Büro: G.G. Harrap & Co., 182, High Holborn. (Dort bin ich mit der Zusammenstellung eines großen Wörterbuches beschäftigt.)

Im Augenblick bin ich auf Urlaub, den ich, wenigstens zum Teil, in Deutschland zu verbringen gedenke. Es kann sein, daß ich Anfang August auch in Hamburg sein werde und wenn es Dir recht ist, können wir uns treffen.

Deine Arbeit interessiert mich sehr und ich bin Dir sehr für die Zusendung des "Pfingstaufrufes" verbunden.

(Nebenbei: meine Töchter sind auf der Suche nach einem Bild von mir aus der Zeit vor 1932 - wenn sie eins finden, so wird es Dir zugehen! Weisenborns Buch ist mir bisher nicht in die Finger gekommen - ihn will es aber sofort bestellen, wenn ich wieder im Büro bin.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-47

Wenn ich Dir irgendwie behilflich sein kann ~~ÖN~~ - bitte, zögere nicht meine Dienste in Anspruch zu nehmen.

Mit herzlich Grüßen (auch von meiner Frau)

Dein

Karl Hölzermann

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Nr 51 **Telegramm** **Deutsche Bundespost**

ED-106132-18

aus + + 0351 KINGSLANGLEY 234/5 12 5 1450 =

Aufgenommen:
Tag: Monat: Jahr: Zeit:
von: durch:

Amt Hamburg

W HAMMER 9 VEERSTUCKEN

HAMBURG 39

Übermittelt:
Tag: Zeit:
an: durch:

= ARRIVE VIA BENTHEIM HAMBURG SATURDAY 14-47 = HOLTERMANN +

+ W HAMMER 9 39 14-47 +

für dienstliche Rückfragen

Schlüterische, Hannover 12.50 / 53 500 Blätter zu 100 Bl.

+ C 187, DIN A 5 (El. 29a) (VII, 2 Anl. 4)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 403/62-19

13. August 1954

Lieber Karl Höltermann!

Dir und Deiner lieben Frau auch noch auf diesem Wege herzlichen Dank für Euren Besuch, der mich außerordentlich erfreut und ermutigt hat. Schade bloß, daß die Zeit so kurz und auch meine Kraft so begrenzt war. Alle Grüße habe ich sogleich ausgerichtet. Sicher wird man überall erfreut darüber gewesen sein.

Ob ich es mit den beiliegenden Zeilen richtig getroffen habe? Nun bin ich doch sehr gespannt. Hauptsache ist für mich natürlich, daß jegliche Mißdeutung verhütet wird.

Ob Ihr auch noch nach Mainz gekommen seid? Hattet Ihr gute Überfahrt? Jedenfalls würde ich mich über ein paar beruhigende Zeilen sehr freuen!

Alles Gute mit Gruß und Handschlag!

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-196/80-40

13. August 1954

Herrn
Karl Höltermann
103 Pepys Road
L o n d o n SE 14

Lieber Karl Höltermann!

Als wir uns nach mehr als zwei Jahrzehnten wiedersehen durften, war es mir eine besondere Freude, Dir mein Archiv vorstellen zu können, worin Dir die Hunderte von Porträts Hingerichteter, von Abschiedsbriefen und Volksgerichtsurteilen, meine Statistiken, Kartotheken usw. offenbar gewaltig imponiert haben. Ich berichtete Dir schon, daß ich bisher die beträchtlichen Unkosten privat gedeckt habe; es sind auf Archiv und Bibliothek schon mehr als 10 000,-- DM draufgegangen, insbesondere meine ganze schmerzlich genug erkaufte Entschädigung für beinahe fünf Jahre unschuldig erlittener Haft in Zuchthaus und Konzentrationslager.

Kann ich auch weiterhin meine persönliche Arbeit am Ausbau des Archivs ehrenamtlich leisten, so erfordern die Unkosten für mein Sekretariat mit den unentbehrlichen drei Mitarbeitern (nicht zu vergessen auch die Portoausgaben) einen derartig beträchtlichen Aufwand, daß ich es sehr begrüßen würde, wenn sich eine finanzielle Hilfe ermöglichen ließe, die mir natürlich keinerlei Verpflichtungen auferlegen ~~würde~~ dürfte. Du hast Dich davon überzeugen können, daß es mir darauf ankommt, streng objektiv die historische Wahrheit zu erforschen. Auf diesem Wege muß ich natürlich bleiben. Wenn es Dir gelingen würde, Förderer für meine Arbeit zu gewinnen, wäre ich Dir und ihnen aufrichtig dankbar.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich
Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

2. September 1954

Lieber Karl Höltermann!

Vermutlich werdet Ihr mittlerweile zurückgekehrt sein. Hoffentlich haben sich Eure Erwartungen einigermaßen erfüllt. Trafst Du in Düsseldorf Kurt Baurichter und in Mainz Willi Nowack? Es würde mich sehr freuen, recht bald ein paar Worte von Dir zu hören!

Unter alten Zeitungsausschnitten stieß ich auf den beiliegenden Artikel, der Dir vielleicht einiges zu sagen weiß. Dir und Deiner lieben Frau herzliche Grüße!

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/33-82

Herrn Karl Höltermann 8. September 1954
103 Pepys Road, London SE 14

Lieber Karl Höltermann!

Argwöhne bitte nicht, daß Du jetzt mit Briefen aus Hamburg förmlich bombardiert wirst, aber Hamburg hat es heute wirklich einmal brandeilig, weshalb ich meinem Brief vom 5. September schon heute ein paar Zeilen folgen lassen muß.

Ich hatte gestern wieder einmal Besuch von der Sängerin Anneliese Schellhase, der Verlobten von Theo Haubach, einer Seele von Mensch, die sich bis zur letzten Stunde rührend um den am 23. Januar 1945 in Plötzensee Erhängten gesorgt und bemüht hat.

Wir waren uns schlüssig geworden, daß zum 23. Januar 1955 unbedingt ein Denkmal aus Wort und Bild für Theo Haubach gesetzt werden muß. Es fehlt mir nicht an Material und an Mitarbeitern, auch nicht an Bildern. Wohl aber an Geld, an einer Absatzgarantie. Wenn Du da einen Rat wüßtest, wären wir Dir mit vereinten Kräften dankbar. Nicht nur wir Hamburger, wiewohl Theo Haubach der einzige Hamburger ist, der im Zusammenhang mit dem 20. Juli in Plötzensee erhängt wurde.

Aber darüber hinaus habe ich noch folgenden Wunsch an Deine Adresse: Wäre es Dir wohl möglich (ein oder zwei Druckseiten würden schon genügen), Deine Begegnungen mit Theo Haubach zu schildern und seine Bedeutung grade für

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

das Reichsbanner hervorzuheben? Ich rechne mit literarischer Hilfe auch noch von anderer Seite; der Dichter Gerhart Pohl hat grundsätzlich schon seine Beteiligung zugesagt. Tue bitte desgleichen!

Mit herzlichen Grüßen, auch für Deine Gattin,
verbleibe ich Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

20. September 1954

Lieber Karl Höltermann!

Da ist dieser Tage ein Schriftstück aufgetaucht, welches sicher auch Dir Freude bereitet, weshalb ich es für Dich fotokopieren ließ.

Schrieb ich Dir schon, daß wir hier beschlossen haben, noch in diesem Jahr ein Haubach-Gedenkbuch herauszubringen? Es würde mich sehr freuen, wenn auch Du ein oder zwei Druckseiten über Begegnungen mit Theo Haubach beisteuern wolltest.

Noch wissen wir nicht, wie wir den Druck des Buches finanzieren sollen. Aber vielleicht kannst Du dazu beitragen, daß unserem Archiv die Herausgabe möglich gemacht wir Dann benachrichtige mich bitte schleunigst.

Dir und Deiner lieben Frau
herzliche Grüße und Wünsche

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-21

95 Langley Hill
Kings Langley, Herts
5. April 1955

Lieber Walter Hammer!

Seien Sie herzlichst bedankt für Ihr Telegramm und Ihren lieben Brief, und ganz besonders muß ich Ihnen danken für die schönen, anregenden Stunden mit Ihnen an jenem Augustsonntag. Der Besuch bei Ihnen hat Karl und mich tief berührt und gehört zu den besonderen Erlebnissen unseres Urlaubs in Deutschland.
Ihre Wirksamkeit hat auf Karl einen starken Eindruck gemacht und seine Wortschätzung und Bewunderung Ihrer Tatkräftigkeit und Ihrer Persönlichkeit kam immer wieder zum Ausdruck wenn er in seinem Freundes- und Bekanntenkreis von Ihnen und Ihrer Arbeit sprach.

Wie Sie ganz richtig annehmen, ist Karl kurz nach unserer Rückkehr krank geworden – er war herzkrank, was er aber nie zugeben wollte. Er erholte sich wieder ganz gut, doch die Gefahr eines plötzlichen Herzschlages bestand immer, doch niemand hätte geglaubt, daß er so schnell von uns gehen würde.
Das Hambachbuch hat er leider nicht mehr zu lesen bekommen. Wenn Sie es mir schicken würden, so würde mich das sehr freuen.
Karl hat sehr viel Material hinterlassen, aber

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-85

bisher ist nur ganz weniges gesichtet. Hatten Sie an irgend etwas Bestimmtes gedacht? Wenn ich Ihnen helfen kann, das Rechte zu finden, will ich es gerne tun. Durch Professor Bergsträsser hat sich das Bundesarchiv auch schon gemeldet. Aber vorläufig kann ich gar keine Zusagen machen, denn es wird eine ungeheure Arbeit sein, Karls Schriften zu sichten.

Ich muß mich bei Ihnen entschuldigen, daß ich Sie auf Umwegen über meine Freundin Lene Donat in Berlin von Karls Hinscheiden benachrichtigen ließ. Doch ich konnte mich nicht an Ihre genaue Adresse erinnern, natürlich fand ich sie ein paar Tage später zwischen meinen Papieren. Ich finde es ja so rührend was Sie alles getan haben nach dem Eintreffen unserer Trauerbotschaft. Meine Töchter, die so viel von Ihnen gehört haben, möchten Ihnen ebenfalls für die Beweise Ihrer Teilnahme von Herzen danken.

Vor einigen Tagen erhielt ich einen Zeitungsausschnitt mit Ernst Thapes Nachruf. Sollte es Sie interessieren, einen Nachruf von Wickham Steed in der "Times" vom 22. III. zu lesen, so will ich Ihnen gern ein Exemplar zusenden.

Ihren Wunsch, Ihnen ein Bild von Karl zu schicken, hoffe ich mit dem beiliegenden Bild erfüllen zu können. Soviel ich mich erinnere stammt es aus den Jahren 1930–33

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-25

und fällt somit in Karls parlamentarische Tätigkeit.
Sollten Sie von dem Bild Gebrauch machen können für
Ihr Buch, so hätte ich nur die eine Bitte, wenn Sie es
mich noch benötigen, es zurückzusenden, da wir
kein anderes gutes Bild von Karl besitzen.

Bitte grüßen Sie Ihre Frau recht herzlich. Beide
von mir, ich bin mich herzlichen Grüßen

Ihre

Lene Kolbermann

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/B2-27

Soeben traf ein Brief von Lene Donat ein, in dem sie nun mitteilt, daß auch sie Ihnen Bilder von Karl gesandt hat.
Wir haben einige kleine Aufnahmen von Karls Winterurlaub vor zwei Jahren. Wir lassen Abzüge machen von den Negativen und sollten sie sich für Ihr Buch eignen, werden wir Ihnen zugehen. In großer Eile! Mein Bus kommt schon um die Ecke, bin auf dem Weg zur Schule.

Ihre
L.H.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

EA 106/32-28

13. April 1955

Liebe verehrte Frau Hältermann!

Wie lieb und freundlich von Ihnen, mich mit einem so langen Brief zu bedenken, obwohl Sie gewiß eine große Menge Briefschulden abzutragen haben. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie mir das Bild von Karl anvertraut haben. Ich kann es Ihnen aber schon heute zurückschicken, denn Lore Donat war mittlerweile schon so freundlich, mir mehrere Bilder zur Verfügung zu stellen, so auch diese Aufnahme von Hatzold. Damit wir gleich hierbei bleiben: Karl zeigte mir ein Bild aus neuerer Zeit, welches er seiner Brieftasche entnahm. Er glaubte auch, daß die eine oder andere Ihrer drei Töchter sicher noch über ein besseres Bild aus den letzten Jahren verfügen und zu leihen bereit sein würde. Wie wollen wir es nun halten? Ich müßte mich in spätestens acht Tagen entschließen. Ob sich bis dahin noch ein besserer Rat schaffen läßt?

Ja, auch ich habe die Stunden Ihres gemeinsamen Besuches noch ganz deutlich in der Erinnerung. Wie gerne hätte ich Karl noch weiter auf dem Laufenden gehalten, spürte ich doch deutlich heraus, daß auch ihm meine ganze Arbeit am Herzen lag. Als ich auf meine vielen Briefe ohne Antwort blieb, argwöhnte ich gleich, daß es mit Karls Gesundheit wohl nicht ganz stimmen würde.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Karls literarischer und politischer Nachlaß wird sicher sehr wertvoll sein, aber die Sichtung der Papiere wird Sie wahrscheinlich noch sehr lange in Anspruch nehmen. Ich will nicht unbescheiden sein, zweifle auch nicht daran, daß vieles beim Bundesarchiv in die richtigen Hände kommen würde. Vielleicht halten wir es so, daß Sie mir, wenn Sie einen Überblick gewonnen haben, noch einmal Bescheid geben, nicht wahr?

Die Worte in der "Times" vom 22. März habe ich fotokopieren lassen und an zehn gemeinsame Freunde rundgeschickt. Daß sie von Stockholm Steed stammten, war mir noch gar nicht bekannt.

In einer Nachschrift Ihres Briefes stellten Sie mir Aufnahmen von Karls Winterurlaub vor zwei Jahren in Aussicht. Vielleicht kämen die für das Parlamentarierbuch in Betracht. Dann müßte ich sie allerdings ganz schleunigst herbekommen. Läßt sich das wohl ermöglichen?

Herzliche Grüße und Wünsche! Ihr

PS. Mit gleicher Post gehe ich ein Haubach-Gedenkbuch an Sie auf den Weg. Beachten Sie insbesondere den Beitrag von Dr. Wilhelm Nowack.

Archiv

Helene Bonat
Buchdruckerei, Buchverlag
Papier- und Schreibwaren
Berlin-Zehlendorf
Potsdamer Str. 1a

ED-106/32-29

4. 3. 1955

Sehr geehrter Herr Hammer!

Vorhin habe ich im Auftrage von Frau Lene Höltermann, 95 Langley Hill, King's Langley, Herts/England ein Telegramm an Sie aufgegeben. Lene Hö. telegrafierte mir:

„Karl gestorben - 3. März - benachrichtige sofort Walter Hammer, Hbg." Durch den „Telegraf" erfuhr ich schnell Ihre Adresse, und ich hoffe, daß das Telegramm Sie erreichte.

Karl Höltermann wäre am 20. März 61 Jahre geworden. Ich war in Magdeburg seine Sekretärin und bin seither mit seiner Frau befreundet, die mich auch 1950 und 1951 hier einige Tage besuchte.

Dies möchte ich Ihnen zur Orientierung über den Absender des Telegramms mitteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Helene Bonat

Institut für Zeitgeschichte Archiv

№ 92 **Telegramm** **Deutsche Bundespost**

ED-106 132-33

2492 BERLINZEHLENDORF/7 3909 17 4 1758 =

aus

Aufgenommen: Tag: Monat: Jahr: Zeit: 4. III. 55

von: durch:

Amt Hamburg

WALTER HAMMER VEERSTUECKEN 9
HAMBURG/39 =

Übermittelt: Tag: Zeit:

an: durch:

LENE HOELTERMANN MELDET KARL HOELTERMANN 3. MAERZ KINGS
LANGLEY GESTROEBN = HELNE DONAT +

Für dienstliche Rückfragen

9 39 3. GESTROEBN Z

Schüttersche, Hannover 4, 54/33 970

+ U 187, DIN A 5 (Kl. 29) (VI, 2 Anl. 4) Hamburg TA

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED.106/32-34

8. März 1955

Frau
Helene D o n a t
Berlin-Zehlendorf
Plaßstraße 1 a

Liebe Frau Donat!

Es war sehr liebenswürdig von Ihnen, die Trauerbotschaft sogleich an mich weiterzuleiten. Zum bescheidenen Zeichen meines Dankes schicke ich Ihnen heute das Haubach-Gedenkbuch, welches Ihnen sicher willkommen sein wird, kommt darin doch auch im Beitrag von Willi Nowack auf Karl Höltermann die Rede.

Welch erstaunliche Duplizität des Geschehens: am 5. März starb auch Karl Wiegner, wie Sie vielleicht schon erfahren haben. Sie wissen ja, wer er war. Im Haubach-Gedenkbuch finden Sie auch von ihm einen Beitrag.

Was ich inzwischen getan habe, darf ich Ihnen wohl mal schildern:

Unverzüglich benachrichtigte ich unseren alten Freund Fritz Sänger, Chefredakteur vom dpa. Der hat dann ja auch zwei oder soger drei Notizen an die gesamte Presse rundgegeben.

Beim NWDR war ich selber, um wenigstens eine kurze Gedenksendung durchzusetzen, doch hatte ich damit leider keinen Erfolg. Wohl aber ist die Todesnachricht schon am Abend des Tages rundgegeben worden, an dem mich Ihr Telegramm erreicht hat.

Als mich im August vergangenen Jahres mitten im Straßenbahnerstreik Herr und Frau Höltermann hier an zwei Nachmittagen besuchten und als ich sie dann durch den Stadtpark wegbrachte, ahnte ich wirklich nicht, daß unser

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Winken für Karl ein Abschiednehmen für immer sein würde. Ich werde ihm nun in meinem großen illustrierten Parlamentarierwerkeinen Ehrenplatz einräumen. Dafür brauchte ich nun allerdings zur Auswahl ein paar recht gute Bilder von ihm. Können Sie mir vielleicht einige zur Auswahl leihen? Sonst wende ich mich deswegen an Frau Lene, der ich erst zum zwanzigsten März ausführlich schreiben will, denn gegenwärtig wird sie ohnehin mit Briefen überschüttet werden.

Mit der Bitte um Rückgabe schicke ich Ihnen zwei illustrierte Artikel von mir mit, die ich vorigen Sommer in der "Welt der Arbeit" veröffentlicht habe. Während ich den ersten zurückhaben müßte, könnte ich Ihnen den zweiten gerne überlassen, der Ihnen wahrscheinlich wegen des Bildes von Karl Holtermann begehrenswert erscheinen dürfte.

In alter gesinnungsfreundlicher Verbundenheit
verbleibe ich mit herzlichen Grüßen Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Helene Donat
Buchverkauf, Buchverleih
Papier- und Schreibwaren
Berlin-Zehlendorf
Plaßstraße 1a

ED-106/32-32

11. März 1955

Lieber Herr Hammer!
Für Ihren Brief sowie für das Haubach-Gedenkbuch danke ich Ihnen vielmals, die beiden Aufsätze sende ich Ihnen mit den Bildern, die ich besitze, wieder zu. Als ehemalige Landsgemeinde-Archivarin weiß ich, daß man in einem Archiv alles gebrauchen kann, daher möchte ich Ihnen die Bilder auch alle überlassen. Zwei oder drei privatere Aufnahmen habe ich für mich hier behalten. Am Montag erhielt ich von Lene Höltermann einen ausführlicheren Brief, den ich – soweit er Karls Tod betraf – abschriftlich an Ernst Lemmer sandte, weil es mich ärgerte, daß auch der „Kurier" dessen Chefredakteur Lemmer ist, nur wenige Zeilen brachte zu Karls Tod. Heute bekam ich nun diesen Brief:

„S. g. Fr. D. für Ihren Brief vom 8. März muß ich mich vielmals bedanken. Mit großer innerer Anteilnahme habe ich den Brief von Frau Höltermann gelesen. Durch die Immigration Carl Höltermanns sind wir zu meinem Bedauern auseinandergerissen worden und haben nach 1945 nur indirekte wieder Beziehungen gehabt. Ich habe diesen treuen Kameraden sehr geschätzt. Darum hat mich Ihr Brief sehr bewegt und die Schilderung seines Todes erschüttert. An Frau Höltermann habe ich ein kurzes Beileidsschreiben gerichtet, nach-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

dem ich durch Sie ihre Adresse erfahren habe.

Mit aufrichtigen Grüssen Ihr sehr ergebener
gez. Lemmer.

Wiegners Tod hat mich ebenfalls erschüttert. Am Freitag abend wollte ich ihn anrufen, da lag er schon im Sterben. Ich wollte ihm Karls Tod melden.

Aus Nowacks Nachruf für Haubach entnehme ich, daß alle wohl gegen Karl Höltermann sind, weil er eigene politische Wege ging. Es war Karls Fehler, daß er sich solange von Lene getrennt hatte. Sie hatte den besseren und sicheren Instinkt für die Dinge als er und letzten Endes war sie es, die ihn früher ohne daß er es merkte dahin geleitet hat, wo er vor 1933 stand. Sie ist ein unerhört großzügiger und gütiger Mensch und verdient es, daß auch sie nie vergessen wird. Ich bin nur froh, daß Karl das letzte Jahr in King's Langley bei ihr verbrachte und daß Lene nun nicht einen gar so schmerzhaften oder bitteren Abschied von ihm nimmt, als wenn er immer noch in London gelebt hätte. Ich war 1936 einmal in King's Langley und Lene war 1950 und 1951 hier bei mir zu Besuch.

Mit den besten Grüssen bin ich

Ihre Helene Donat

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-33

29. März 1955

Frau
Helene Donat
Berlin-Zehlendorf
Plaßstraße 1a

Liebe Frau Donat!

Verzeihen Sie bitte, daß ich mich erst heute herzlich bedanke für die vielen Bilder, die Sie mir am 11. März anvertraut haben. Mit der Antwort habe ich immer noch gezögert, weil ich unterdessen noch einen Brief aus London zu erhalten hoffte. Aber man kann sich ja vorstellen, daß die arme Frau Höltermann so leicht all die Briefschulden nicht abtragen kann.

Mit der Bitte um gelegentliche Rückgabe schicke ich Ihnen heute einige Zeitungsnotizen mit, die Sie vielleicht gelegentlich mal zur Kenntnisnahme nach London schicken können. Sagen Sie bei dieser Gelegenheit doch bitte herzliche Grüße für Frau Höltermann. Den Nachruf, den Ernst Thape im "Vorwärts" veröffentlicht hat und wovon ich mir ein Duplikat verschaffen konnte, will ich gleich als Drucksache an Frau Höltermann auf den Weg geben, weshalb Sie ihr diesen Ausschnitt also nicht mitzuschicken brauchen.

Erinnern Sie sich noch an die schöne Lithographie, die der Maler Emil Stumpp geschaffen hat? Ernst Thape hat mir dieses Blatt für unser Archiv anvertraut, wofür ich ihm natürlich sehr dankbar bin.

Nun eine für mich sehr wichtige Frage: welches Bild von Karl Höltermann soll ich in meinem großen Parlamentarierwerk reproduzieren? Ich habe ihm darin einen Ehrenplatz reserviert - ich denke an ein ganzseitiges Bild (das Buch hat das Format von 18 x 24 cm). Ursprünglich dachte ich an das Bild in Uniform, wonach auch meine Fotokarten hergestellt worden sind. Nun aber stellte ich zunächst einmal eines von den drei vorzüglichen Porträts zur engeren Wahl, die ich Ihnen zu ver-

Institut für Zeitgeschichte. Archiv

danken habe. Allerdings äußerten Karl Höltermann und seine Frau im August vorigen Jahres, die Hoffnung, daß sich wohl auch noch ein Bild aus neuerer Zeit würde heranschaffen lassen. Wenn Sie es für ratsam halten, dann erörtern Sie diese Frage doch bitte einmal in Ihrem Briefwechsel mit Frau Höltermann. Allerdings müssen wir dabei bedenken, daß Hamburg es diesmal brandeilig hat, weshalb eine recht schnelle Lösung gefunden werden muß.

Sie schrieben irgendwo in Ihren Briefen einmal etwas von einer "Landsgemeinde". Sollten womöglich auch Sie aus unserer alten Jugendbewegung hervorgegangen sein? Da bin ich nun doch wieder sehr gespannt!

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr

ED-108/82-34

10. 4. 1955

Lieber Walter Hammer!
Vielen Dank für Ihren Brief mit den Ausschnitten, die hier zurückkommen. Ja, Sie haben recht, ich komme auch aus der Jugendbewegung und habe lange Zeit früher die „Jungen Menschen" gelesen. Ich bin W.V.e.V. aus Magdeburg, war dann in der Landsgemeinde und 1916 war ich in Göttingen dabei als die Kriegsfreischar gegründet wurde, der ich lange angehörte. Ich habe dann 1921, als ich zufällig in Magdeburg Erich Ollenhauer kennenlernte und da ich S.P.D. Mitglied in Göttingen geworden war, eine Arbeiterjugendgruppe in Wanzleben bei Magdeburg gegründet und bin so in die sozialistische Jugendbewegung gekommen. Dadurch kam ich dann in die „Buchhandlung Volksstimme" in Magdeburg und weiter in die Redaktion, der Karl Höltermann damals schon vorstand. —
An Frau Höltermann habe ich geschrieben. Ich habe ihr die Ausschnitte gesandt, die ich doppelt hatte, aber sicher hatte Gustav Schmidt-Küster sie ihr ebenfalls schon geschickt. Wegen des Bildes von Karl schrieb ich ihr, auch daß es handelig sei. Lene hat durch ihren Beruf wenig Zeit. Sie ist ja Lehrerin in einer kleinen Stadt, die sie täglich mit dem Bus erreicht von King's Langley aus.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Sollte sie Ihnen jetzt über die Osterzeit, wo sie ja Ferien hatte, nicht geschrieben haben, so wird es wohl am besten sein, wenn Sie eines der Bilder, die Hatzold gemacht hat, nehmen. Hoffentlich hat Lene alles das, was jetzt über sie hinstürmte, gesundheitlich gut überstanden. Ich denke manchmal, daß auch ihr Herz nicht das gesünderte ist. Sie hat seit 1933 zuviel ertragen müssen. Zum Glück hat sie mit ihren drei Mädels Heinen Kummer.

Nun noch zu Ihrer Frage nach dem Namen der Flaßstraße. Sie heißt nach einem Pfarrer, der viel für die Gemeinde hier getan hat. Der Name existiert schon seit etwa 1934, vielleicht noch länger. Jedenfalls hieß die Straße bereits so, als mein Bruder hier 1936 sein Haus baute. Mit Hartmut Claas hat es wohl nichts zu tun.

Für die Haubach-Broschüre bin ich Ihnen sehr dankbar. Ich habe Haubach gekannt, ganz flüchtig durch Höltermann, und ich habe seinen Tod wie auch vorher Mierendorfs Tod sehr schmerzlich empfunden. Mierendorfs Tod gaben Haubach und seine Freunde damals in einer Zeitungsanzeige bekannt, ich glaube im „Lokal-Anzeiger", den ich damals las. Nun wünsche ich Ihnen alles Gute für Ihr Buch und grüße Sie herzlich Ihre Lene Dohlf

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-35

dpa 164 id + reichsbannerfuehrer hoeltermann gestorben

hamburg, 4+ maerz 55 dpa+ der letzte bundesvorsitzende des ant reichsbanners schwarz-rot-gold abf, karl hoeltermann, ist am freitag im 61+ (sechs eins) lebensjahr in london gestorben+/// hoeltermann war von hause aus buchdrucker und wurde spaeter journalist+ mehrere jahre war er in berlin als parlamentsredakteur taetig, spaeter politischer redakteur und danach chefredakteur der anf magdeburger volksstimme abf+ als abgeordneter der spd war er mitglied des reichstages+/// als bundesvorsitzender des reichsbanners, der organisation zur verteidigung der weimarer republik gegen die nationalsozialisten, hatte er sich den besonderen hass dieser partei zugezogen+ nach deren machtuebernahme gelang es ihm, nach england zu fliegen, wo er sich als uebersetzer und lektor einer englischen enzyklopaedie betaetigte+ dpa 164 2015 4/3/55++

dpa 165 id + vgl dpa 164 4d (hoeltermann - hamburg)
ollenhauer zum tode hoeltermanns+

bonn, 4+ maerz 55 dpa+ der spd-vorsitzende erich ollenhauer hat am freitag in einem telegramm an die witwe des in london verstorbenen letzten fuehrers des anf reichsbanners schwarz-rot-gold abf, karl hoeltermann, das beileid der sozialdemokratie zum ausdruck gebracht+ das grosse verdienst hoeltermanns im kampf um die sicherung der demokratie und fuer die lebensrechte der arbeitenden menschen in der weimarer republik bleibe unvergessen+ dpa 165 2017 4/3/55++

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

„ARCUS" Nachrichten-Bureau
Berlin-Charlottenburg 4, Bismarckstr. 79
Fernruf 32 40 66

Köln

Neuer Vorwärts, Hannover

Nr. Dat.

Karl Höltermann gestorben

Karl Höltermann, der Leiter und Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, ist am 3. März, kurz bevor er 61 Jahre alt wurde, in London gestorben. Er war nach 1945 einige Male in der Bundesrepublik, ging aber jedesmal wieder nach England zurück. Was ihn bewogen hat, dort zu bleiben, war aus den Gesprächen mit ihm nicht zu erfahren, denn die Gründe, die er angab, überzeugten den Sozialdemokraten nicht, der mit dem begabten und begeisterten Zeitungsmann jahrelang zusammen in der gleichen Redaktion gesessen hat.

Karl Höltermann war der Sohn eines Gewerkschaftsangestellten. Er verbrachte seine Jugend in Pirmasens und Nürnberg. In Nürnberg kam er als Schriftleiter mit Adolf Braun zusammen, der an der „Fränkischen Tagespost" (an der Karl Bröger das Feuilleton leitete) Chefredakteur war. Der lebhafte und phantasiebegabte Sozialist, der als Heimkehrer des ersten Weltkrieges in die bayerischen Revolutionswirren geriet, wurde von Adolf Braun in die Geheimnisse des Journalismus eingeführt. Von den zahlreichen Schülern, die der einzigartige Journalisten-Pädagoge hatte, dürfte Höltermann der Begabteste gewesen sein. Braun war stolz auf ihn, und als 1920 Franz Künstler von Magdeburg an den „Vorwärts" nach Berlin zu Friedrich Stampfer ging, genügte die Empfehlung Brauns für den Chefredakteur der Magdeburger Volksstimme, Paul Bader, sich den eben fünfundzwanzig Jahre alt gewordenen jungen Nürnberger in seine politische Redaktion zu holen. Nach dem Ausscheiden Paul Baders übernahm Höltermann die Leitung des Magdeburger Parteiorgans, das zu den großen und angesehensten der Sozialdemokratischen Partei gehörte. Ich erinnere mich nicht, daß es in der sozialdemokratischen Presse einen gleich jungen Chefredakteur gab.

Magdeburg war der Sitz des „Stahlhelm" und in Magdeburg war Otto Hörsing, der als Reichskommissar 1919 in Oppeln Schlesien verteidigt hatte, Oberpräsident der Provinz Sachsen. Nach dem Rathenau-Mord wurde in Kreise der Magdeburger Republikaner lebhaft diskutiert über die Gründung einer militanten Organisation zum Schutze der jungen Republik, deren Führung und deren Einrichtungen einem ständig heftiger werdenden Trommelfeuer der schwarzweißroten Reaktion ausgesetzt waren. Aber in einer Zeit, in der infolge der Inflation das Monatsgehalt eines Redakteurs noch nicht einmal ausreichte, um damit ein Brot zu bezahlen, und in der das Zeitungspapier so teuer wurde, daß man Tageszeitungen nur mehr mit vier Seiten Umfang herausbrachte, kam man nicht über die organisatorische Planung hinaus. Unmittelbar nachdem die Geldentwertung zum Stehen kam, wurde im Februar 1924 von Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsleuten das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit Sitz in Magdeburg gegründet. Otto Hörsing wurde Erster Vorsitzender. Der aktivste aber unter den Gründern war Karl Höltermann, der mit klarem Blick die Notwendigkeit der Propaganda erkannte. Er setzte sich mit unermüdlicher Energie dafür ein, es nicht bei Proklamationen zu belassen, sondern eine Volksbewegung zu entfachen. Noch im Sommer des Gründungsjahres 1924 kam das erste Reichstreffen des Reichsbanners in Magdeburg zustande. Der Aufmarsch der Hunderttausend, die auf dem Domplatz demonstrierten und über deren Köpfen zum ersten Male in Deutschland die Bundesfahnen Schwarz-Rot-Gold, die aus allen Teilen der Republik kamen, zu tausenden wehten, war überwältigend. Man darf ohne Übertreibung sagen, erst durch dieses Magdeburger Treffen setzten die Republikaner ihre Farben durch. Als dann wenige Monate später, im Februar 1925, Friedrich Ebert starb, sorgte das Reichsbanner dafür, daß der erste Reichspräsident in einem an gewaltigen Trauerzug zu Grabe getragen wurde wie noch nie vorher ein Staatsoberhaupt. Von Berlin bis Heidelberg standen längs der Bahn Reichsbannerleute mit umflorten schwarzrotgoldenen Fahnen in einer fast lückenlosen Kette und ließen im Fackelschein mit gesenkten Fahnen den Sonderzug mit dem Sarg Eberts passieren.

Das große Magdeburger Treffen 1924 und das gewaltige Grabgeleit für den von der Justiz zu Tode gehetzten ersten deutschen Reichspräsidenten wären ohne Karl Höltermann nicht zustande gekommen. Nach kurzer Zeit war die Zahl der Mitglieder des Reichsbanners auf über drei Millionen (1933) angestiegen, und als sich Otto Hörsing um 1930 mit der Sozialdemokratischen Partei überwarf und drohte, er könne eine eigene Partei gründen, wurde Karl Höltermann nicht nur der Propagandist, sondern auch der allein sichtbare verantwortliche Führer des Reichsbanners. 1933, beim Zusammenbruch der Republik, war Höltermann der am intensivsten von der SA gesuchte Mann in Deutschland. Es gelang ihm, noch rechtzeitig ins Ausland zu flüchten. Obwohl er dazu Gelegenheit gehabt hätte, lehnte er — der die englische Sprache so gut beherrschen gelernt hatte, daß er auch dann schreiben konnte — ab, Engländer zu werden. Nun ruht dieser Mann, dessen Wirken ein Stück deutscher Geschichte wurde, in fremder Erde, wie viele Deutsche aus jüngster und aus älterer Vergangenheit.

Das Reichsbanner und sein Führer in den entscheidenden Tagen des Jahres 1933 sind oft kritisiert worden, und manche meinen, die deutsche Geschichte hätte sich damals durch kühnes Handeln anders gestalten lassen. Wer will an der Bahre eines Mannes, der Großes vollbrachte, rechten mit ihm, weil er nicht ein Übermensch war? Vieles hat Karl Höltermann in kritischen Jahren gesehen und erlebt, was nur ganz wenige sahen und erlebten. Er hat über Wichtiges, das zur Aufhellung unserer Geschichte beitragen könnte, geschwiegen, obwohl er mehr Grund gehabt hätte, wie viele andere, Memoiren zu schreiben. Vielleicht finden sich in seinem Nachlaß Aufzeichnungen, die mithelfen können, die deutsche Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen zu erklären.

Ernst Thape

Institut für Zeitgeschichte Archiv

London

THE TIMES TUESDAY MARCH 22 1955

HERR K. W. HÖLTERMANN

A correspondent writes:—

Karl Höltermann, one of the founders and the effective leader of the "Reichsbanner" (the left-wing para-military organization of the Weimar Republic), whose death in England was briefly announced in *The Times* of March 5, was a German of unusual quality. With little backing from the Republican Government, or even from his own Social Democratic Party, he carried on for some eight years a running fight against the Communists on the one hand and the Nazis on the other. In the autumn of 1932 moderate support might have enabled him to free Germany and Europe from Hitler. As it was, fear of his outstanding ability, and gross misreading of the situation by the Social Democratic leaders who believed they had Hitler "on the run," compelled Höltermann to choose between acquiescence in a belief he knew to be wrong and a singlehanded fight against Nazism. Devoid of the personal ambition that sometimes lends a cutting edge to public spirit, he acquiesced—and regretted for the rest of his life his failure to lead the "Reichsbanner" in what might not have been a forlorn hope.

When he escaped to England after the advent of Hitler in 1933, Höltermann found himself, as a Bavarian Socialist, at home in the non-Marxist atmosphere of the Labour Party, though he strove in vain to convince British Labour leaders of the true meaning of Hitlerism. So alarmed was he by their readiness to fall into an obvious trap, when Hitler proposed in March, 1936, to conclude a peace treaty for 25 years on certain specious conditions, that he appealed to a non-party quarter, pointing out that Hitler's conditions would invalidate every treaty since the German-Bolshevist treaty of Brest-Litovsk in March, 1918, and would involve recognition of Hitler as the Head of the German "Nation," or Leader of all Germans everywhere. Bidden to write an analysis of these conditions, he produced overnight a cogently reasoned German memorandum of which an English abstract was reflected in the questionnaire addressed by Mr. Anthony Eden to the German Government and published as a White Paper on May 8, 1936. Though deplored by "appeasers" as a stingy response to Hitler's "generous" offer, the shrewdness of the questionnaire reduced Hitler to silence. He could not afford to define the meaning of his terms.

"THE MANCHESTER MANIFESTO"

Eager, for his part, for a policy of peace on fair conditions, Höltermann drafted a plea for the limitation of armaments and international cooperation on the basis of an equal partnership of European peoples. The substance of this plea formed the "Manchester Manifesto" that was sponsored by the Lord Mayor of Manchester and adopted by a large meeting at the Free Trade Hall on February 14, 1937. Höltermann caused it to be secretly printed and widely circulated in Germany, where his relations with the Bavarian trade unions had remained intimate. Thanks also to those relations he was constantly and accurately informed of Hitler's designs, and shared his information unreservedly with competent British quarters. It bore out his belief that a firm stand by Great Britain and France could stop Hitler at any moment, but that "appeasement" would inevitably bring on war.

Looking upon himself as an auxiliary in the fight against Hitler, he continued, after the outbreak of war, to supply precise information of enemy designs. The idea that he might be treated as an "enemy alien" he felt to be so outrageous that he resolved to end his own life rather than submit to the indignity of internment. Luckily, the intervention of an English friend averted, in the nick of time, so tragic an injustice; he was granted exemption and worked diligently for the allied cause throughout the war.

After the war the German Social Democrats, under the embittered leadership of Schumacher, were by no means anxious that a man of Höltermann's calibre should rejoin them. He, for his part, was uncertain whether he could work harmoniously either with them or with the allied military authorities. While the Bavarian Socialists wished him to head their list of parliamentary candidates, he came to feel after every visit to Germany less and less able to share his countrymen's outlook. His last visit in the autumn of 1954, though a personal triumph, convinced him that Germans in Germany are far more dislocated and uprooted than the Germans among who escaped the blighting influence of Nazism and its consequences. Returning to England, he threw himself into congenial work for the preparation of a new German dictionary which gave scope to his deep knowledge of the German language and to his infinite capacity for taking pains. A highly skilled printer by training, he was a born lexicographer. But his health gave way and he died before the completion of his work. Among his English friends he leaves the memory of an ideal German—thorough, straightforward, upright, and painstaking, full of quiet charm and with a strong sense of humour. There are few such. He may have been unique rather than rare.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

KARL HOTTERMANN, M. d. R., Bundesführer des Reichsbundes

phot. Gustav Anton, Kiel.

IfZ - BA - 000 4065

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/52-B

IfZ - BA - 0004066

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ifz - BA - 000406?

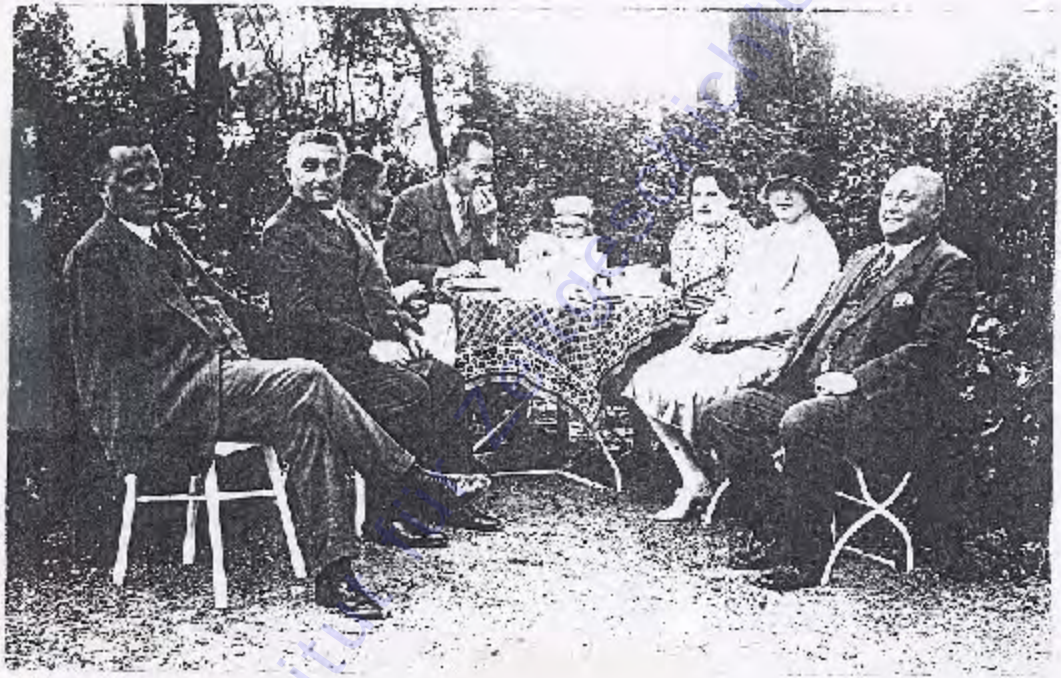
Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-100152-44

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Fz-BA-0004068

Walter Röber, Hörsig, Frau Höltermann, Karl Höltermann, Ulla Höltermann, Frau Kron, Frau Röber, Kunnemann



IZ-BA-0004069

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/135-43

1930 oder 1931 im Reichsbanner-Haus zu Magdeburg (Hottermann hinter Severing)

IfZ-BA-0004070

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-108/32-44

Karl Höltermann, rechts Paul Seidenschnur

1930

Reichsbannertag

IfZ-BA-0004071

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bernhard Falck spricht vor der Stadthalle Magdeburg

vom Mitte: Dr. Bauernsprung
Karl Weltermann

IfZ-BA-0004072

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Höhnemann im Gespräch mit General Körner

Wien (?)

Ifz-Za-0004073

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/82-47

HOHENBERG, Ernst Fürst zu

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-48

Radmer, 27.4.1951

Lieber Freund Hammer !

Die gestrige Post brachte mir den von Dir übersandten Artikel über Sachsenhausen. Darf ich Dir von ganzem Herzen hiefür meinen innigsten Dank übermitteln.

Ich hoffe, daß es Dir gut geht und Du wohlauf bist.

Mit den herzlichsten Grüßen bin ich

Dein aufrichtiger

Emil Hamburg

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-100/53-10

17.Februar 1953

Herrn
Ernst Fürst zu Hohenberg
Redmer bei Mieflau
Steiermark/Österreich.

Lieber verehrter Kamerad von anno dazumal!

Wahrscheinlich werde ich in der Annahme nicht fehlgehen, daß Ihnen der beiliegende Zeitungsausschnitt willkommen ist.

Im übrigen hoffe ich in wenigen Wochen jene kleine illustrierte Schrift folgen lassen zu können: "Sachsenhausen in Wort und Bild". Sie dürfen damit rechnen, darin mancherlei wesentliche Aufschlüsse zu finden.

Dieser Tage erreichte mich eine Nachricht, von der ich hoffen möchte, daß sie nicht mehr sei als das, was wir als "Latrinenparole" zu bezeichnen pflegten. Waldemar Quaiser, der schon vor 32 Jahren hier in Hamburg Angestellter meines Verlages und Mitarbeiter an meinen Zeitschriften war, soll in Wien verhaftet und wegen "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" an die Slanski=Mörder nach Prag ausgeliefert worden sein. Ich erfuhr das von Heinrich Lienau in Flensburg, von dem wir ja wissen, daß er es bei der Fabrikation von Latrinenparolen schon früher weit gebracht hat. Hoffentlich hat er auch diesmal danebengehauen.

Sie werden sich erinnern, daß der gegenwärtige Ministerpräsident Zapotocki bei uns in Sachsenhausen schon sehr verhaßt war. Ich könnte mir sehr wohl vorstellen, daß er alles daran gesetzt hat, sich Waldemar Quaisers zu bemächtigen, wußte er doch, daß dieser einer der Führer jener zwar hitlerfeindlichen, sonst aber doch entschieden deutschfreundlichen Minderheiten=Bewegung war.

Sollte sich jenes Gerücht bewahrheiten, dann wäre es wohl unsere Pflicht, zu protestieren und einzugreifen. Ich schrieb in diesem Sinne bereits an Otto Kriesche, Arthur

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

von Lankisch und einige andere früheren Kurgäste unseres Sanatoriums. Ich hätte mich auch an Hofrat Bayer gewandt, doch heißt es, daß die nach Wien adressierte Post immer noch durch die russische Zensur ginge, weshalb ich es vermieden habe, über diese Angelegenheit direkt nach Wien zu schreiben.

In der Hoffnung, bald wieder einmal von Ihnen hören zu dürfen, verbleibe ich mit herzlichen Grüßen und Wünschen

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 106/139-50

20. Februar 1953

Seiner Durchlaucht
Herrn Ernst Fürst zu Hohenberg
Radmer bei Hieflau
Steiermark/Österreich.

Lieber Kamerad von anno dazumal !

Verzeih gütigst den Formfehler in meinem Brief vom 17.Februar. In aller Aufregung habe ich diesen Brief falsch diktiert. Aber ich darf wohl hoffen, daß es zum Siegel unserer kameradschaftlichen Verbundenheit auch weiterhin beim D U bleiben darf, nicht wahr?

Es freut mich, Dir heute mitteilen zu dürfen, daß Waldemar Quaiser ein Lebenszeichen gegeben hat, welches eben eintraf. Von einer Verhaftung kann keine Rede sein. Erst gestern Abend besuchte mich Professor Draws-Tychsen aus Zürich, von dem Heinrich Lienau die Tartarennachricht erhalten hat; auch gestern noch hielt der Professor an seiner nun als Latrinenparole entlarvten "Neuigkeit" fest. Wir werden sicher in der Meinung übereinstimmen, daß die Zeit für solche Parolen vorbei sein sollten. Jedenfalls aber freue ich mich, eine so schnelle Berichtigung erwirkt zu haben, die ich nun trotz aller Arbeitsüberlastung noch an ein Dutzend alter Kameraden weitergeben muß. Aber ich weiß mich zu trösten: Besser, als wenn ich jene Hiobspost hätte bestätigen müssen.

Mit herzlichen Grüßen und Wünschen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-51

Radmer, am 2.3.1953

Lieber Freund !

Ich bestätige mit bestem Dank den Erhalt Deiner zwei liebenswürdigen Briefe vom 17. und 20. Auf die angekündigte illustrierte Schrift über Sachsenhausen in Wort und Bild freue ich mich schon sehr und wäre Dir zu grösstem Dank verpflichtet, wenn Du sie mir senden würdest. Ich bin auch sehr froh, dass sich das Gerücht über Waldemar Quaiser nicht bewahrheitet hat. An den jetzigen tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Zapotocki kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich weiss auch nicht, auf welchem Block er war. Ebenso hat mich der eingesandte Artikel aus der Hamburger Morgenpost vom 14.2. recht interessiert, doch muss ich zu demselben eine Richtigstellung geben. Das Auto, in welchem meine Eltern in Sarajevo ermordet wurden, gehörte dem Grafen Harrach, der bei dem damalig existierenden freiwilligen österreichischen Automobil-Corps diente und mit seinem Dienstwagen nach Sarajevo kommandiert war. Das Auto war niemals rot, sondern grün gestrichen und wurde nach dem Unglück nach Wien ins Heeresmuseum gebracht und blieb bis zum heutigen Tage dort.

Es freut mich immer von Dir Nachricht zu bekommen und ich hoffe, dass Du bei bestem Wohlbefinden bist.

Mit vielen herzlichen Grüssen bin ich Dein

aufrichtiger

Ernst Haberberg

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 106/52-52

Abschrift eines Briefes zu xxx
an den inzwischen verstorbenen Ernst Fürst von Hohenberg, Hadmar.

Hamburg 39, 18.Februar 1954.

Lieber verehrter Kamerad von anno dazumal!

Es ist mir doch ein Herzensbedürfnis, Dich über die Fortschritte meiner Forschung in etwa auf dem Laufenden zu halten. Gerade in den letzten Wochen ist es mir gelungen, etwas Licht zu bringen in die turbulenten Ereignisse, die Sachsenhausen noch in den letzten Monaten gesehen hat. Ganze Gruppen sehr prominenter Persönlichkeiten sind von der Prinz-Albrecht-Straße noch nach Sachsenhausen verlegt worden; viele Todesfälle gab es noch zu beklagen. So wurde der frühere Oberbürgermeister von Berlin Dr. Fritz Elsas am 4.Januar 1945 im Industriehof erschossen. Das Rätsel seines Endes war nur zu klären auf dem Wege einer Rundfrage und durch die Mitarbeit zuverlässiger alter Kameraden, im obigen speziellen Falle unseres alten Freundes Arthur von Lenkisch.

Grolle mir bitte nicht, wenn ich auch an Dich mit der Zumutung herantrete, meine recht mühselige und schmerzliche Aufgabe mit einigen Aufschlüssen zu fördern. Durch meine Flucht aus Brandenburg sind mir viele unersetzliche Dokumente und Daten verloren gegangen. Natürlich auch Bilder und Briefe. Ich denke hier an den in Brandenburg hingerichteten und Dir sicher bekannt gewesenen Dr. Müller-Guttenau (oder hieß er Meyer-Guttenau?) und seines "Tatgenossen" und Schicksalsgefährten, des Grafen Regisseur de Mirmont. Weißt Du mir über diese beiden wohl etwas zu sagen?

Da wäre weiter der Diplomat Carlos Léon, der in Plötzensee hingerichtet worden ist. Wahrscheinlich ist er Dir nicht unbekannt. Wäre vielleicht sogar ein Bild von ihm zu erlangen? Er galt als Legitimist; soviel ich schon weiß, ist er in Paris verhaftet und dann vom sog. Volksgericht zum Tode verurteilt worden.

Schließlich noch, ebenfalls ein Legitimistenführer: der Baron Gustav v. Henitz, geboren am 6.Dezember 1888 in Pardubitz, Gutsbesitzer, zuletzt Hof Nr. 19 bei Salzburg. Übrigens ein Neffe von Thyssen. Um sich seines Schlosses Fuschl bemächtigen zu können, hatte der Sektreisende Ribbentrop ihm am 13.7.38 nach Dachau verfrachten lassen, Gefangenennummer 18 113, wo er im KZ am 29.8.39, abends kurz vor Mitternacht gestorben ist, ohne daß die Todesursache irgendwo angegeben worden wäre. Ich gehe wohl in der Vermutung nicht fehl, daß Du auch mit dieser Tragödie vertraut bist, weshalb ich Dir dankbar wäre, wenn Du Dich auch hierüber äußern möchtest.

Auch Deines alten Freundes Humprecht Graf Czernin muß ich mich in meinem Brandenburg-Buch natürlich gebührend annehmen, doch darf ich auf ihn wohl in einem späteren Brief noch zurückkommen.

In der Hoffnung, von Dir mit recht baldiger Wunscherfüllung erfreut zu werden, verbleibe ich mit herzlichen Grüßen und Wünschen in alter kameradschaftlicher Verbundenheit Dein

Gez. Walter H a m m e r

Institut für Zeitgeschichte München

ED-102182-53

Erich Frost

Wiesbaden-Dotzheim, den 28.9.54
Welfi Tower, Am Kohlheck

Herrn
Walter Hammer,
Schriftsteller
Hamburg 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer!

Herzlichen Dank für Deinen Brief vom 9.ds. Leider komme ich erst heute dazu, Dir wieder zu schreiben, da ich in letzter Zeit wieder öfters auf Reisen war und auch sonst gewöhnlich meine Privatpost ein wenig zu kurz komme. Ich danke Dir für die Mitteilung, Ernst von Schenberg betreffend, ich hatte vorher noch nichts über seinen Tod gehört. Doch erinnere mich gern und gut seiner; als ich den öfteren Besuche im Krankenbau Sachsenhausen machte, traf ich ihr und weiß, daß er den kranken Häftlingen ein stiller aber unentwegter Helfer war.

Das Buch von Anzedore Leber habe ich auch erhalten. Die darin enthaltenen Zahlen sind auch nur ungefähre, da wir unsere Statistik nicht mit äußerster Konsequenz durchführten und dann unvollendet abbrachen. So haben wir die Zahlen der Umgekommenen nur schätzungsweise aufnehmen können, da ja eine große Menge von den gutöltesten Zeugen Jehovas keinerlei Hinterbliebenen hatten, oder wenigstens nicht solche, die unserer Organisation nahe standen. So ist diese Liste der Verfolgten unserer Glaubensgemeinschaft nie vollständig geworden. Mit 2000 Toten ist die Zahl nicht überschätzt. 5 911 zählen als Verhaftete, auf die jedoch die Zahl von insgesamt 8 761 Verhaftungen kommt. Die Gesamtdauer der Gefangenschaftszeit dieser 5 911 betrug 13 697 Jahre. Ich persönlich schätze, daß ungefähr Zweidrittel des Totals von uns erfaßt wurde, da wir, wie schon gesagt, dann mit unseren Erhebungen aufhörten.

Ich hoffe, Dir mit diesen Zahlen in etwa gedient zu haben und werde Dir wiederum meine besten Grüße und Wünsche!

Dein

Erich Frost

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Argus

ED-106132-54

26.März 1954 (H/L)

Sehr geehrter Herr Meyer!

Darf ich Sie heute bitten, mir Quittung in zweifacher Ausfertigung für die beiden letzten Vierteljahre zur Verfügung zu stellen? Es ist mir nämlich eine kleine Unterstützung zugefallen, die mich nun zu einer Rechnungslegung verpflichtet.

Aus Bad Pyrmont bin ich nun zurück, diesmal leider nicht ganz wiedergenesen. Aber wir wissen ja, daß Unkraut nicht vergeht. Ich bat Sie, auf Nachrufe für Ernst Fürst zu Hohenberg zu achten, der vor gut 3 Wochen in Graz gestorben ist. Er war immerhin ein Sohn des in Serajewo ermordeten Erbherzogs Franz Ferdinand. Sollte man sich dessen nicht erinnert haben? Er war bei uns ein stiller und bescheidener Kamerad; Göring hatte befohlen, ihn im KZ Sachsenhausen mit der schmutzigsten Arbeit zu beschäftigen und das war das Jauchefahren. Wir haben bis vor kurzem immer noch per Du miteinander korrespondiert.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Achten Sie doch bitte einmal darauf auf, vielleicht taucht doch noch etwas über ihn auf.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/07-55

Waldemar Quaiser veröffentlichte am 7.März 1954 folgenden Nekrolog

Ein Sohn Erzherzog Franz Ferdinands gestorben

Am 5. März starb in Graz Ernst Fürst von Hohenberg, der zweitälteste Sohn des in Sarajewo ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand von Österreich-Este.

Ernst v.Hohenberg, staatlich geprüfter Forstwirt, wurde am 27.Mai 1904 in Konopischt geboren, wuchs in Wien auf und ward zusammen mit seinen beiden Geschwistern nach dem gewaltsamen Tode seiner Eltern der Obhut seines Vormunds Fürst Franz Thun-Hohenstein, Tetschen a.d.Elbe, anvertraut.

Den Zusammenbruch der Monarchie erlebte Ernst v.Hohenberg in Böhmen, begab sich dann nach Wien und später nach der Steiermark, wo er das vom Kaiser Franz Josef I. seinem Vater geschenkte Gut Radmer bei Hieflau vorbildlich bewirtschaftete.

Im Jahre 1938 als Monarchist von der Gestapo verhaftet, kam er zunächst in das Konzentrationslager Dachau, wo er zusammen mit seinem Bruder, Herzog Max v.Hohenberg, das Latrinen-Kommando überantwortet erhielt und aufrecht und geduldig sein schweres Los trug. Nach Flossenbürg überstellt, war er dort während einer Typhus-Epidemie als Sanitäter vorbildlich tätig, bis er im Jahre 1940 im Konzentrationslager Sachsenhausen-Oranienburg landete.

Hier wurde Ernst v.Hohenberg vor allem dank der Einsicht des Lagerführers August Kolb, heute Untersuchungsgefangener in Nürnberg, anständig behandelt und insoweit respektiert, als er von "oben" keinen direkten Attacken ausgesetzt war.

In Sachsenhausen kam er als Schreiber ins Krankenrevier und wurde von hier aus im April 1943 nach Wien entlassen, wo er bis 1945 in der Rüstungsindustrie arbeitete.

Im Konzentrationslager, insbesondere in Sachsenhausen, war Ernst v. Hohenberg allen seinen Leidensgenossen Freund, Berater und Vorbild, insbesondere kameradschaftlichst mit den Österreichern und Sudetendeutschen verbunden. Es gab und gibt keinen KZ-Häftling, von den Kommunisten bis zu den Konservativen, die Ernst v.Hohenberg nicht schätzen und achten würden. Er behielt überdies auch in fast trostlosen Situationen Humor und Witz. Ausserdem lernte er als Transportgefangener viele Gefängnisse Süd-und Mitteldeutschlands kennen. Als er von Flossenbürg kommend, in Weimar Station machen musste, geriet er in eine Zelle, die er mit einem Kutscher aus Konopitsch, einem Angestellten seines Vaters, teilte. Beide zusammen lebten in Eintracht und Frieden und - klaubten Erbsen! In einem anderen "Bau" stiess er auf jenen Bösewicht aus der Steiermark, der einstmals die Fürstlich Hohenbergsche Lohnkasse geplündert und die vorgefundene Lohnsumme gestohlen hatte. Ernst v. Hohenberg hörte sich die "Beichte" seines nunmehrigen "Kumpels" an und - verzieh' ihm...

Im übrigen war Ernst v. Hohenberg seinen Angestellten und Arbeitern kein Vorgesetzter und Brotgeber schlechthin, sondern ein wahrer Freund und hilfsbereiter Vorgesetzter. Seine Kameraden aber - und zu ihnen zählt mit die geistige Elite Europas - , die mit ihm manche bittere Stunde erlebten, werden diesen lauteren Menschen und wahren Edelmann, der so frühzeitig einem im Konzentrationslager zugezogenen Herzleiden erlag, ein aufrichtiges Gedenken bewahren; sie werden ihren "Ernstl" nicht vergessen!

ARCHIV
WALTER
HAMMER

25. April 1954

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/52 Sc

Abschrift eines Briefes von
Hans Gärtner (Krematorium Sachsenhausen)
an (Kapellmeister) Peter Adam.

Giessen, 3.4.54

Lieber Freund Peter!

Damit Du nicht glaubst, ich habe Dich vergessen, will ich Dir ein paar Zeilen zugehen lassen, zu Hause ist noch alles beim alten, in guter Harmonie verläuft das Leben in Freude und manchmal auch mit ein paar Sorgen, denn erst jetzt im April erhalte ich all das Geld zum Bauen u. meine Rente.

Aber viele neue Dinge kann ich Dir berichten, erstens bin ich als Zeuge vernommen worden wegen Samuel Kuhnke, kennst ihn ja unseren Lagerältesten, auch sein Anwalt war bei mir; er hat 8 Jahre Zuchthaus bekommen, trotzdem die Amerikaner ihn freigesprochen hatten, schwer belastet hatte ihn Heinrich Reintges, aber der Lump ist tot, im vorigen Jahr an Schlaganfall verstorben, hat in Frankfurt die Geschäftswelt um 350 000 DM betrogen. Der Zweite, welcher ihn belastet hatte, war Herbert Dürrlich, der bei mir als Entlastungszeuge in Rastatt war, er hat laut Unterlagen vom Anwalt 32 Vorstrafen und das nannte sich im Lager Politischer Häftling, er war bereits wieder im Gefängnis und ist, als er Kuhnke gegenübergestellt werden sollte, so lange mit dem Kopf an die Mauer gerannt, bis er tot war, so ein Schwein, hat aber vorher den Kuhnke unberechtigt des Massenmordes bezichtigt. Und dritter Zeuge war Arthur von Langisch. Die zweite war das ich als Zeuge hier in Giessen gegen Lagerführer Kolb vernommen wurde er ist in Nürnberg beim Schwurgericht angeklagt. Du siehst jetzt 9 Jahre nach dem Krieg gibt es noch kein Ende. Und noch eine traurige Nachricht unser lieber ehemaliger Kamerad Fürst Ernst von Hohenberg, welcher mir immer so liebe Briefe geschrieben hat, ist im Hotel in Graz plötzlich einen Herzschlag erlegen, er war 50 Jahre seine Frau hat mir für meine Trauerkarte einen herzlichen Brief geschrieben, siehst Du lieber Peter, so geht es mit dem Menschen.

Unsere Lotte wird 8 Tage nach Ostern konfirmiert, das hat schon eine Menge Geld gekostet aber es ja nur einmal im Leben.

Und wie geht es Dir, bist Du gesund? bei mir bessert es sich auch.

Lasse bald einmal von Dir hören.
Herzliche Grüsse von mir und
meiner lieben Frau
Dein Freund
Hans

Viele Grüsse von meinen Schwiegereltern.

N.J. Nächsten Monat sind wir nun schon 1 Jahr verheiratet.

(Originalgetreu mit allen Fehlern!)

Sensation

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106132-57

ARCHIV
WALTER
HAMMER

A. Ernst Fürst zu Hohenberg

(Titelfrage wird noch geklärt: ob Fürst oder Herzog)

Einer der beiden Söhne der im Juni 1914 in Sarajevo Ermordeten: des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin. Die beiden an der Bahre ihrer Eltern trauernden Söhne, Ernst und Max, hießen, weil aus morganatischer Ehe hervorgegangen, nach der Mutter, der Herzogin von Hohenberg, Herzöge oder Fürsten von Hohenberg.

Auf Befehl von Göring wurden die beiden Hohenbergs in deutsche Konzentrationslager mit der Weisung eingeliefert, sie mit besonders harter und schmutziger Arbeit zu beschäftigen. Max kam nach Buchenwald, Ernst nach Sachsenhausen. Er mußte hier Jauche fahren, hielt sich aber sehr tapfer und war sehr beliebt. Er kam zwar lebend davon, trug aber den Todeskeim in sich. Im Frühjahr 1954 starb er in Linz. Unser brieflicher Verkehr verlief recht kameradschaftlich, insbesondere blieb es bei dem in den in den Konzentrationslagern üblichen Du.

In diesem Zusammenhang würde man noch zu sprechen kommen auf den Grafen Humprecht Czernin(einen Neffen des früheren österreichischen Außenministers), auch noch auf

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

den Baron Gustav von Remitz, den man am 29.8.39 in Dachau sterben ließ, weil Paladine des Führers (ich glaube es war Ribbentrop) sich seines Schlosses ausgesprochen räuberisch bemächtigen wollten. Thyssens Abkehr von Hitler beruhte hauptsächlich auf Protest gegen diese Schandtat.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-58

Hohenberg, Ernst Fürst von
bis 1943 Sachsenhausen
† 1954, 3 März

UZ-BA-0004074

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-58

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1/2 - BA - 0004075

ED-106/82-60

HOHENBERG, Max Herzog von

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/52-6/1

Wien, 6.V.1954.

Sehr geehrter Herr Hammer !

Dankend bestätige ich den Empfang Ihres Schreibens vom 25.April und möchte Ihnen vor allem anderen recht herzlich für das Beileid danken, das Sie mir anläßlich des Ablebens meines Bruders aussprechen. Die beigelegte Abschrift Ihres Briefes an meinen Bruder habe ich erhalten und mit grossem Interesse gelesen. Obwohl ich nicht in Sachsenhausen sondern " nur " 6 Monate in Dachau war, sind mir Ihre Angaben nur zu gut verständlich. Leider kann ich Ihnen über das Schicksal des Miller-Guttenau und des Grafen Regisser (wohl Rességuier de Miremont) nichts sagen. Ebensowenig auch über den Diplomaten Carlos Léon. Mit Gustav von Remitz war ich selber in Dachau beisammen. Er erhielt dort die Nachricht der Totalconfiscation seines Eigentums und des hierüber erfolgten Irrseins seiner Gattin. Dies war der Grund, daß er seelisch gebrochen und total mutlos an Entkräftung gestorben ist. Sie erwähnen als Todesdatum den 29.8.1939 ; mir ist das Todesdatum leider unbekannt. -

Weiters danke ich für die freundlicherweise übersandte Abschrift des Necrologes den Waldemar Quaiser dem Andenken meines Bruders gewidmet hat. - Ich möchte Ihnen auch herzlichst zu der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes gratulieren, womit Ihre wertvolle Aufklärungsarbeit anerkannt wurde. -

Meine Schwägerin, die Ihnen von Herzen für Ihren lieben Brief vom 14.April und für Ihre treuen Worte der Anteilnahme an Ihrem Schmerze danken läßt, hat mich gebeten Ihnen Ihre Schrift vom 23.Oktober 1953, die sie mit grossem Interesse gelesen hat, zurück zu senden. Gleichzeitig bittet sie um Entschuldigung diese Schrift beim Öffnen des Kuvertes etwas eingeschnitten zu haben. Sobald als möglich - derzeit ist sie bei ihren Eltern an der

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Riviera zur Erholung - wird sie Ihnen ein Bild meines Bruders für das Sachsenhausenbuch übersenden. Die Fragen in Ihrem Brief an meinen Bruder konnte sie nicht beantworten.

Nun schliesse ich meinen Brief mit den besten Wünschen für Ihr weiteres Wohlergehen und mit den herzlichsten Grüssen in treuer K.Z.Kameradschaft

Ihr

1 Beilage.

Max Hahnke

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/150-82

22.Februar 1957

Sehr verehrter Herzog von Hohenberg!
Lieber alter KZ-Kamerad!

Nachdem ich soeben Deinen vorgestrigen Brief erhalten habe, ist es mir doch ein Herzensbedürfnis, Dir und Deiner verehrten Schwägerin herzlich zu danken für die schnelle Wunscherfüllung. Ich schätze mich glücklich, nun über diese vorzügliche Aufnahme meines Leidensgefährten von Brandenburg zu verfügen. Ich werde nicht verfehlen, beide Bilder recht bald und unversehrt zurückzuschicken.

Es wird mir eine Ehrenpflicht sein, in meiner nächsten grossen Publikation sowohl Deinem Bruder, als auch seinem Freunde Humprecht eine recht würdige Ehrung zu bereiten.

Nun kann ich allerdings nicht umhin, Dich erneut um einige Aufschlüsse zu bitten. Das Geburtsdatum des Grafen Czernin ist mir nun schon bekannt. Aber der Geburtsort bereitet mir Kopfschmerzen. Es gibt für ihn wohl keine deutsche Bezeichnung? Die gleiche Frage gilt im Hinblick auf den Sterbeort. Es handelte sich da wohl um ein Lungensanatorium? Bin ich zutreffend unterrichtet, dann musste Graf Humprecht wenige Tage nach seiner Heimführung sterben. Es war wohl seine Mutter, die ihn aus Brandenburg abholte? Darf ich um den genauen Namen bitten? Gräfin Lo..... ? Dir wird bekannt sein, dass gewisse „Goldfasane" sich noch aufgeregt haben darüber, dass der Patient mit seiner Mutter in einem Abteil II. Klasse fahren durfte (aber das bleibt natürlich unerwähnt). Leben übrigens noch nahe Angehörige? Jedenfalls auch den Eigentümern der beiden Bilder herzlichen Dank dafür, dass sie mir diese Aufnahmen anvertraut haben. Sie sind bei mir in guter Hut.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Nicht zu vergessen: War der frühere Oesterreichische Aussenminister ein Onkel von Humprecht? Dieser war wohl Besitzer des Czernin-Palais? Verzeih bitte diese Fragen. Aber ich gehe schon auf die Siezig an und da hat das Gedächtnis gelitten.

Mit herzlichen Grüssen, die ich auch Deiner Schwägerin von mir auszurichten bitte, verbleibe ich in alter kameradschaftlicher Verbundenheit

Dein getreulich ergebener KZ-Kamerad

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-03

Wien III, Reisnerstrasse 57
2o.II.1958

Sehr geehrter Herr Hammer!
Lieber KZ-Kamerad!

In meinem und im Namen meiner Schwägerin möchte ich Dir herzlichst für Deine beiden lieben Briefe vom 17.Jänner danken kommen.

Verzeih, dass meine Antwort so lange auf sich warten liess, aber es war nicht ganz einfach, die von Dir erbetenen Bilder des armen Humprecht Czernin aufzutreiben.

Nun ist mir dies endlich gelungen und ich kann Dir heute zwei Photografien des verstorbenen Kameraden senden.

Ich finde es sehr schön von Dir, dass Du diesem lieben und edlen Menschen in Deinen Publikationen durch Wiedergabe seines Bildes eine würdige Totenehrung bereiten willst.

Welche der beiden Photografien Du für diese Ehrung verwenden willst, bleibt natürlich Dir überlassen. Sei nur bitte so lieb, mir die beiden Photografien in absehbarer Zeit zurückzusenden, denn sie sind nicht mein Eigentum und ausserdem wertvolle Andenken für ihre derzeitigen Besitzer.

Hoffentlich geht es Dir gesundheitlich besser und es gelingt Dir wirklich, das wahre Sachsenhausenbuch herauszubringen, für welches meine Schwägerin und ich natürlich grosses Interesse hätten.

Mit den herzlichsten Grüssen bin ich in treuer Kameradschaft stets

Dein aufrichtiger

Max Hahnberg.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-64

Nähere Daten über Graf Humprecht Czernin

Vater: Theobald Graf Czernin, geb. Dymokur, Böhmen, 3.6.1871, gest. Prag 24.12.1931, Herr auf Dymokur. Älterer Bruder des gewesenen österreichischen Aussenministers Ottokar Czernin.
Mutter: Marie, geb. Gräfin Kinsky, geb. Seebarn N.Ö. 21.5.1885, gest. Prag 5.7.1952
Noch lebende Geschwister: Rudolf geb. 1904, Anna geb.1905, Marie geb.1906, Gabrielle geb.1913, Johanna geb.1915
Witwe: Ida, geb. Prinzessin Lobkowicz, geb.1917, wieder vermählt 1946 mit Conte Fabricio Franco (Rom, Viale Parioli 180)
Geburtsort: Dymokur, Böhmen
Geburtsdatum: 9.2.1909
Sterbeort: Lungensanatorium Plesch bei Prag. Er starb kurze Zeit nach der Rückkehr aus dem Lager, wo ihn seine Mutter abholte.
Die kleinere Aufnahme ist Eigentum der Witwe, die grössere Aufnahme, Eigentum meiner Schwester Sophie Gräfin Nostitz, Geyregg, Steiermark.
Bitte die beiden Bilder aber an mich zurückzusenden.
Das Palais Czernin in Prag ist seit Anfang des vorigen Jahrhunderts nicht mehr im Besitz der Familie.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-05

17.1.1958.

Ihre Durchlaucht
Fürstin Marie von Hohenberg
Radmer bei Hieflau
Steiermark Österreich

Sehr verehrte Durchlaucht !

Verargen Sie es mir bitte nicht, daß ich Sie heute mit einem neuen Wunsch behellige, nachdem Sie im Sommer 1954 die Güte hatten, mir ein Bild Ihres verewigten Gatten zur Verfügung zu stellen.

Es war mir vergönnt, in Brandenburg mit einem Jugendfreunde des Verewigten zusammenzutreffen und mich mit ihm zu befreunden. Ich kam von Sachsenhausen nach Brandenburg und konnte deshalb über Ihren Gatten mancherlei berichten, worüber Humprecht Graf Czernin sich offensichtlich sehr freute. Humprecht war es zwischen den Kriminellen sehr schlecht ergangen. Er freute sich immer wenn wir einmal Gelegenheit fanden, miteinander zu sprechen. Ihnen ist bekannt, daß es erst nach vieler Mühe gelungen war, ihn Haftunfähig zu erklären. Kaum, daß er von seiner Mutter abgeholt und in ein Lungensanatorium seiner Heimat aufgenommen worden war, ist er auch schon gestorben. Mir ist über den Grafen Humprecht sehr vieles bekannt; mein Archiv ist reich an wertvollen Aufschlüssen. Aber nun fehlt mir immer noch ein Porträt von ihm. Und eben deshalb wende ich mich heute vertrauensvoll einmal mit der kühnen Bitte an Sie, mir doch zur Erlangung eines solchen Bildes behilflich zu sein.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Sicher gehe ich in der Vermutung nicht fehl, daß in Österreich noch Angehörige des Grafen Humprecht erreichbar sind, die mir die Möglichkeit verschaffen könnten, auch ihn in meine, einer würdigen Totenehrung dienenden Publikationen mit einzubeziehen. Ich wäre Ihnen aufrichtig dankbar, wenn Sie sich in diesem Sinne für mich verwenden wollten. Ich garantiere dafür, daß alle Leihgaben schnell und unversehrt zurückgeschickt werden. Auch dürfen Sie sich darauf verlassen, daß kein Mißbrauch mit dem erbetenen Bild getrieben wird.

Geht es mir gegenwärtig auch gesundheitlich sehr schlecht, so hoffe ich doch, im kommenden Frühjahr eine Neuauflage jenes Buches in Frankfurt herausbringen zu können, welches mir von meinem alten Freunde und Mitarbeiter Arnold Weiß-Rüthel noch kurz vor seinem Tode anvertraut worden ist: "Nacht und Nebel". Ich werde dieses vorzügliche Werk ausbauen und ungefähr auf den doppelten Umfang bringen. Dann können wir endlich über d a s Sachsenhausenbuch verfügen, welches uns immer noch gefehlt hat.

Mit verehrungsvollem Gruß verbleibe ich Ihr Ihnen aufrichtig und dankbar ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-66

17.1.1958.

Seine Hoheit
Dr. Max Herzog von Hohenberg
Artstetten
Bezirk Melk
Nieder-Österreich

Verehrte Hoheit, lieber alter
KZ-Leidensgefährte !

Vielleicht erinnern Sie sich noch unseres Briefwechsels aus dem Sommer 1954. Damals war mir an einem guten Porträt Ihres verewigten Bruders gelegen, war es mir doch vergönnt, ihm in Sachsenhausen zu begegnen. Es freut mich, daß ich nun über ein vorzügliches Porträt von ihm verfüge.

Verzeihen Sie bitte, daß ich Sie nun heute mit einer weiteren Bitte behellige. Soeben habe ich in dieser Angelegenheit auch Ihrer Schwägerin geschrieben, der Fürstin Marie in Radmer.

Von Sachsenhausen kam ich via Kammergericht nach Brandenburg, wo ich einem Ihrer Jugendfreunde begegnete und mich auch mit ihm befreundete, mit dem Grafen Humprecht Czernin, der immer sehr erfreut war, wenn ich ihm über Ihren Bruder und Sachsenhausen Zuverlässiges berichten konnte.

Dem Grafen Humprecht war es zwischen den Kriminellen von Brandenburg sehr schlecht ergangen, Vertraulich darf ich Ihnen sagen, daß er öfters von diesen Kerlen grün und blau geschlagen worden ist. So freute er sich immer, wenn wir einmal Gelegenheit fanden, miteinander zu sprechen. Ihnen ist bekannt,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

daß es erst nach vieler Mühe gelingen wollte, ihn haftunfähig erklärt zu sehen. Aber kaum, daß er von seiner Mutter abgeholt und in ein Lungensanatorium bei Prag aufgenommen worden war, ist er dort auch schon gestorben. Mir ist über den Grafen Humprecht sehr vieles bekannt; mein Archiv ist reichs an wertvollen Aufschlüssen. Aber nun fehlt mir immer noch ein Porträt von ihm. Und eben deshalb wende ich mich heute vertrauensvoll mit der kühnen Bitte auch an Sie, mir doch zur Erlangung eines solchen Bildes behilflich zu sein.

Sicher gehe ich in der Vermutung nicht fehl, daß in Österreich noch Angehörige des Grafen Humprecht erreichbar sind, die mir die Möglichkeit verschaffen könnten, auch ihn in meine, einer würdigen Totenehrung dienenden Publikationen mit einzubeziehen. Ich wäre Ihnen aufrichtig dankbar, wenn Sie sich in diesem Sinne für mich verwenden wollten. Ich garantiere dafür, daß alle Leihgaben schnell und unversehrt zurückgeschickt werden. Auch dürfen Sie sich wohl darauf verlassen, daß kein Mißbrauch mit dem erbetenen Bild getrieben wird.

Darf ich Sie um solche Unterstützung bitten ? Für recht baldige Wunscherfüllung wäre ich Ihnen doppelt dankbar.

Mit verehrungsvollem Gruß verbleibe ich,

in alter kameradschaftlicher Verbundenheit

Ihr Ihnen aufrichtig ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/82-67

HORLACHER, Michael

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-62

Deutscher Raiffeisenverband e.V.

(22c) BONN, den Kobienzer Straße 127 Sammelnummer [redacted] 21991

22. Mai 1954

Kg/Ce.

~~Der Präsident~~
Der Persönliche Referent

Herrn

Walter H a m m e r
Schriftsteller

H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Sehr verehrter Herr Hammer!

Mehrmals hatte Herr Reichsminister vor Ihnen zu antworten. Arbeitsüberlastung und häufige Auslandareisen waren der Grund, weshalb dieses unterblieb. Da Herr Minister z.Zt. bis Pfingsten als Vizepräsident der IFAP im Ausland weilt, möchte ich mir erlauben Ihnen einige Mitteilungen zu machen, in der Annahme, dass dies Herrn Minister recht ist und Ihnen damit gedient ist. Herr Minister ist dankbar, dass Sie ihn auf die in seiner Biographie befindlichen Druckfehler aufmerksam gemacht haben. Die Verwechslung der Seitenzahl ist glücklicherweise nur bei ganz wenigen Exemplaren vorgekommen, die wir endeckt haben. Mithin würden Sie einer der wenigen Herren sein, die ein unglückliches Exemplar erhalten haben, was Herr Minister überaus bedauert.

Die Unterlagen betreffend Herrn Dr. Elsas, die noch hier lagen, sende ich Ihnen anbei zurück.

Ihre Frage nach dem Landeshauptmann von Salzburg kann ich inzwischen beantworten. Es handelt sich um Dr. Josef Rehrl. Sollte Herr Minister nach seiner Rückkehr Zeit finden, werde ich mir erlauben ihn um Beantwortung der letzten Fragen Ihres Briefes noch zu bitten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Küng) Küng

1 Anlage.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 106/32-89

Herrn Dr. Michael Horlacher, MdB 19. Aug.1954
Bad Tölz / Obb., Rehgrabenstr. 12

Sehr geehrter Herr Doktor!

Aus der Sondernummer des "Parlament" (20. Juli) werden Sie wahrscheinlich schon ersehen haben, daß ich an einem Werk arbeite, worin der Leidensweg der Parlamentarier im Jahrtausend der deutschen Teufelsbesessenheit gewürdigt werden soll.

In diesem Buche dürfte auch ein Bild von Ihnen nicht fehlen. Haben Sie doch die Freundlichkeit, mir leihweise für kurze Zeit einige Bilder zur Auswahl zu überlassen. Für baldige und unversehrte Rückgabe bürge ich, wie Sie wohl auch davon überzeugt sein werden, daß kein Unfug damit getrieben wird, jage ich doch keineswegs hinter Sensationen her, vielmehr ist mir einzig an der historischen Wahrheit gelegen. Unser verehrter Bundespräsident hat mir für meine Forschungsarbeit ja auch das Steckkreuz des Verdienstordens verliehen, was Ihnen wohl hinreichend Gewähr bieten dürfte.

Wenn Sie über Ihre Leidenszeit noch einige Aufschlüsse geben wollten, wäre mir das sehr lieb. Für recht baldige Wunscherfüllung wäre ich Ihnen besonders dankbar.

Mit verehrungsvollem Gruß
Ihr ergebener

(Walter Hammer)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

FD-106132-70

Bundestagsabgeordneter
DR. MICHAEL HORLACHER
geschäftsleitender Präsident des
Bayerischen Raiffeisenverbandes

MÜNCHEN, den 2.Sept.1954
Türkenstraße 16 - Telefon 21870, 28591
Dr.Ho/G

An den
Arbeitskreis deutscher Widerstand
z.Hd.v.Herrn Walter Hammer

H a m b u r g 39

Veerstücken 9

Sehr geehrter Herr Hammer!

In der Anlage erhalten Sie einige Bilder von mir zur Auswahl. Entschuldigen Sie, dass ich erst heute dazu komme, Ihren Brief vom 19.August zu beantworten, aber ich war in Urlaub und ist mir Ihr Brief erst verspätet in die Hand gekommen. Was die Verhältnisse während der Nazizeit und meine Wenigkeit anlangt, gebe ich Ihnen folgende Mitteilung:

Ich war bis März 1933 geschäftführender Direktor der Bayer. Landesbauernkammer (der Landwirtschaftskammer für Bayern) in München. Seit 1920 hatte ich dieses Amt inne. Kurz nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus musste ich dieses Amt aufgeben, ich wurde beurlaubt und später mit einer verhältnismässig geringen Pension in den Ruhestand versetzt. Im Juni 1933 wurde ich für 10 Tage in Haft genommen und verbrachte diese Tage im Gefängnis Stadelheim. Im Jahre 1936 verlegte ich meinen Wohnsitz von München nach Bad Tölz. Auf eine Anfrage meinerseits hatte man mir von den dortigen Machthabern wissen lassen, dass es nicht erwünscht sei, dass ich neben der Pension noch etwas verdiene und man hat deutlich durchblicken lassen, dass man nicht wolle, dass ich mich als Steuerberater niederlasse. In Bad Tölz habe ich mich dann der Gartenwirtschaft und Kleintierzucht gewidmet, um nicht immer untätig sein zu müssen. Das Geschehen in der Welt habe ich naturgemäss weiterverfolgt. Da ich zur Zeit der Machtübernahme Mitglied des Deutschen Reichstages gewesen bin wurde ich auch anlässlich des Attentats auf Hitler nach dem

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

20.Juli 1944 in das Konzentrationslager Dachau eingewiesen. Ich war dort bis Oktober 1944 und hatte unter Magen- und Darmkoliken schwer zu leiden, sodass meine Gesundheit ausserordentlich schwer angeschlagen wurde. Ich habe heute noch unter den Auswirkungen zu leiden. Nach der Umschwung der Verhältnisse wurde ich dann als Direktor und später als geschäftsleitender Präsident des Bayerischen Raiffeisenverbandes berufen.

Über meine sonstige Tätigkeit wissen Sie ja wahrscheinlich ohnehin Bescheid und dass ich von 1946 - 1950 Präsident der Verfassunggebenden Landesversammlung in Bayern und später des Bayerischen Landtags war. Vom Landtag wechselte ich im Jahre 1949 zum Bundestag über und seitdem bin ich Mitglied des Deutschen Bundestags und von 1920 - 1924 war ich Mitglied des Bayerischen Landtags, von 1924 - 1933 des deutschen Reichstags.

Mit freundlichen Grüssen

Ihr sehr ergebener

Mich. Horlacher

(Dr.Michael Horlacher)

2 Anlagen!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-74

Herrn Bundestagsabgeordneten 3. September 1954
Dr. Michael Horlacher
München, Türkenstr.16

Sehr verehrter Herr Doktor!

Verzeihen Sie bitte, daß ich Sie mit einem dringenden Wunsch überfalle. Wie Sie wahrscheinlich in der Sondernummer vom "Parlament" gelesen haben, arbeite ich gegenwärtig an einem illustrierten Werk, worin die Leidenswege der alten deutschen Parlamentarier gewürdigt werden sollen. Nach jahrelangen Quellenstudien beherrsche ich diese Materie so einigermaßen, wie mir auch schon an die hundert vorzügliche Bilder zur Verfügung stehen. Indessen bleiben immer noch Lücken auszufüllen. Insbesondere dürfte natürlich von Ihnen ein Bild nicht fehlen. Haben Sie doch die Güte, mir einige Bilder zur Auswahl anzuvertrauen; Sie dürfen sich darauf verlassen, daß alles schnell und unversehrt zurückkommt. Darüber hinaus wären mir einige Daten über Ihre Erlebnisse mit der braunen Unterwelt erwünscht. Waren Sie 1933 längere Zeit in Haft? Nach Dachau kamen Sie wohl bei der sog. Gewitteraktion? Schließlich noch eine Frage, wenn es gestattet ist: Würde nicht auch dem Ministerpräsident v. Kahr in meinem Buche ein Ehrenplatz gebühren? Bevor er Ministerpräsident wurde, ist er ja wohl auch als Abgeordneter in dem Bayerischen Landtag gewählt worden, nicht wahr? Von wem könnte ich wohl ein Bild bekommen?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Für recht baldige Wunscherfüllung wäre ich Ihnen besonders dankbar.

Mit verehrungsvollem Gruß

Ihr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-72

Herlacher, Michael

HZ - BA - 0004076

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 106/32-73

HOWARD, Elisabeth

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED/106/32-74

REICHSLEITUNG DER NSDAP

DER AUSLANDSPRESSECHEF

BERLIN W. 8
WILHELMSTRASSE XX 69a.
A 1 JÄGER 7411

14.August 1935.

Miss Elizabeth Howard,
Berlin NW.7.
Prinz Louis Ferdinandstr.5.

Dear Miss Howard,

In answer to your letter of August 8th I am sorry to say that Dr. Mierendorf's case offers very little hope. What concerns me most is the fact that Professor Beard, Pres. of the National Historical Society of America is vouching for him. Perhaps you know that Professor Beard and his daughter have signed some of the most rabid addresses of the New York Jewry. Miss Beard has written at least one absolutely scandalous article full of lies and slander against the New Germany.

Concerning certain Concentration Camps which you mention, I am going to take this matter up as soon as I possibly can, with the aim of conducting an impartial investigation of conditions.

I am told of your request to speak with someone in Dr. Frick's ministry. The party in charge of all matters connected with Concentration Camps is

Reg.Assessor Dr. Molsen,
Unter den Linden 72-74.

I have mentioned your name to him, telling him that he may expect you to call one of these days.

With kind regards,

Sincerely yours,

Ernst Hanfstaengl

H/P.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-75

aug 24. 35

Dear Dr Hanfstaengl

WR VR

Thank you very much for your letter of Aug. 14. I am grateful to you for taking up the various matters about which we spoke together.

I shall not be able to call on Dr Nolsen at present, as I have returned to England, after a very unexpected interruption of my journey by the Gestapo, who stopped me at the frontier and tok me back to Berlin, where I underwent a very thorough examination at their headquarters. I was quite courteously treated, but I am still rather puzzled, and sorry that there seems to be some misunderstanding on the part of your authorities as to the attitude of the English Quakers.

We have never made any secret of our desire for the abolition of the Concentration Camps, and the release of those political prisoners who have served a long term of imprisonment without trial. It is also well known to the authorities that we have made it possible for certain prisoners' wivesand, in a few cases, ex-prisoners themselves, to obtain a short rest and holiday.

It seems regretable that our purely

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

humanitarian efforts to help back into ordinary life those whm the Government has thought it necessary to punish, and whom we endeavour to turn into peaceable quiet citizens, should be looked upon with suspicion as political.

As foreigners, we have no right to meddle in the politics of another country, but as a religious Society which for nearly 300 years has worked for justice and humanity all over the world, we do venture to plead fw freedom to help in a very small and modest way those who are in trouble, whatever their race or creed.

My love for Germany, and my desire to promote better understanding between our countries, is as deep as ever. Political propaganda is quite outside my province or that of the religious Society of Friends, as I hope you know and believe. I wish the Gestapa could also realize this, and allow us to continue unmolested the small acts of personal kindness which we have tried for many years to do in your country.

With kind remembrances,

Yours sincerely

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-76

Dear Dr Hamfstaengl

I am sending you some further particulars of Dr. Moriendorf's case, hoping very much that you may be able to use your influence for his release and the permission to go to America. From what I hear of him he is not the kind of man who would misuse his freedom or make propaganda abroad. After more than two years in a camp, during which I believe his health has suffered considerably, I think he

Institut für Zeitgeschichte Archiv

only desires to live a quiet life and pursue his studies.

With regard to the methods still in use in certain concentration camps, which I spoke yesterday, I have every reason to believe that my information is correct and for the sake of Germany's good name, Mr Catchpool and I should be very thankful if the matter could be impartially investigated. ~~I do not spread atrocity stories, but it is very disappointing that we still receive serious reports which we have no reason to disbelieve.~~

If you are kindly able to do anything in the case of Mierendorf ~~or Neubauer~~, or on the general question of c.c. please let Mr Catchpool know, as I shall only be a few days longer in Berlin.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-77

Carlo Mierendorf
about 36.
Member of Reichstag - Hessen
Darmstadt
Spaenger his personal enemy?
Possibly Goebbels
successful in last election.
Pressen Vertrâter of Hessen governors
Coalition SPD & Centrum.
Never a Communist - Not left wing
Arrested August 1933
Osthofen till October/33
Papenburg - Lichtenburg in Nov/33
Recently very ill & sent to
a hospital - When better sent
back to Lichtenburg.
Never tried -
Published accusation of
Corruption 150 M.!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-78

till Sept. 1st.

27. 5. 35.

Dear Elizabeth Fox Howard,

I have just been in Berlin for a week and while I was there I saw W. Cl. Hamperl who was with us in Falkenstein last summer. and he asked me to give you a "Gruss" from dind-emann.

I don't know whether you know Hamperl, but I believe you tried to help his friend Meyerndorf with whom he was in the concentration camp. Hamperl is worrying himself awfully about this now as he

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

is not out yet and has been in nearly four years. I'm sure you have explored every possibility but I was just wondering if there was anything else one could do - and if so, what? I suppose really that much cannot be done outside Germany.

I hope you are having a restful holiday.

Yours very sincerely,

Julia M. Whitworth

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-196/32-79

November 14th, 1952

Miss
Elisabeth H o w a r d
Roemont
Russell Road
Buckhurst Hill, Essex.
England

Dear Miss Howard!

It may be known to you that for many teens of years I feel myself connected with you in common fellowship. Perhaps you had occassion to make the acquaintance with the memorials from me during your stay in Germany. These memorials were "Die jungen Menschen" and "Der Fackelreiter". With William S. Sollmann I kept good friendship until his death. These facts I beg to mention so as to introduce myself to you.

As emigrant I worked at Copenhague very close with the Quakers there, until I have been arrested by the Gestapo and have been brought over to Berlin. For two years I had to live in the Concentration Camp Sachsenhausen and further on, I have been condemned to five years jail. After regaining my freedom again from Brandenburg, I built up at Brandenburg the largest collection of the German resistance, in February 1950 I had to leave again everything behind me, as I had to flee. At present I work on two illustrated books on Brandenburg and Plötzensee. These themes are rather difficult, as many documents are wanting and solid ground facts must be gained by hard work. By same mail I send you some matters which as I trust will bring you explanations.

Owing to all this stress, my health, especially my heart, has suffered badly. Only recently I spent some weeks with our old friend Dr. Otto Buchinger at Bad Pyrmont, where of course I have been several times in the Quaker House. I read your book with great interest and learned from our friend Leonard Friedrich about many old friends, whom you have given a refugees home in Taunus and Bad Pyrmont. Some names I have received: Brill, Diekmann, Lüdemann, Küstermeier and Reuter. I also spoke with Miss Hinsch in the Joseph House, so as to get some more names from

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

her. Unfortunately she had destroyed the guest-books only recently. I may presume wrongly that many of your numerous guests have lost their lives in Brandenburg or in Plötzensee. The Lord Mayor Ernst Reuter, whom I asked in this question, recommended to me to ask your goodself confidentially about this matter, as all names would surely be known to you. It would suffice for me to get the Christian and Family names, as I know the names of the about 4000 victims of Brandenburg and Plötzensee. I also have the most conspicious names of the victims of Sachsenhausen in my memory. I shall feel very much obliged to you if you will kindly aid me in this as sorrowful, as difficult work.

With kindest regards I also express my feelings of hearty friendship.

Yours

P.S.
I shall feel obliged to you for returning to me the photo-copies occasionally.

Institut für Zeitgeschichte

ED-106/32-80

7 Russell Road
Buckhurst Hill
Essex

20 / Nov./58

Dear Mr Hammer

Thank you for your letter and for all the papers which you have sent me, but unfortunately my very weak eyes do not allow me to do much reading, so I have not been able to read them nearly all.

I am afraid that I cannot help you much as to the various guests we have had in the Quaker Rest Home. We have had many hundreds both before and since the war, and unfortunately the pre-war lists were I believe destroyed during the war, having been left in Germany. You mention in your letter some of the people who were still ass, of whom the only one with whom I have kept up a close connection is Ernst Reuter, who was our guest in 1954, and once later with his wife.

I also keep in touch with Frau Lisa Albrecht who is now a member of the Bundestag. She was also with us in 1954 after her release from prison.

The following were not at the Rest Home, but we welcomed some of their wives or mothers. Some I knew slightly, or worked for unsuccessfully, like Arendorf and Theodor Neubauer.

Hans Litten, with whose brave mother I still keep in touch; Hermann, von Harnack, Osseietzki, Leuschner.

The following were with us after the war when we re-opened the Rest Home

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dr Beeling of Koeln,. Dr Wolfgang SchmidtKoeln,10 years K.Z.
Regierungsprasident Lude of Aachen, 7 years K.Z.
Dr Heitgers,,Hamburg, K.P D. K.Z. 14 years Solitary.
Herr und Frau Popall.Bremen, K.P.D. both 10 years imprisonment.
Herr Westphale, V.V.N. Nord Rhein Westf.7 years K Z.
Frau Schwamb widow of Ludwig S. Unterheim Rhein-Hessen.
Bachem, Catholic Editor, long in prison, nearly went mad under torture as ten of his comrades did.
Paul 12 years K.Z. minister Dr Niederrhein, Nord Rhein-Westf.

There were many more, but those were under my charge during my t terms as hostess.

I enclose some papers which I do not want back.

Of course I also knew William Hollmann since first meeting him in Saarbrucken before the plebiscite in 1934.

I am afraid all this will not be of much use for you, but so much has happened in these last years that ones memory cannot ho it all.

With friendly greetings,
Yours sincerely

Elizabeth F. Howard.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-81

21.12.52.

Lieber Herr Hammer!

Ich würde Ihnen raten, sich mit Ihrem Anliegen an folgende 2 Quäkerinnen zu wenden:

Elsie Fox Howard,
7, Russell Road,
Buckhurst Hill, Essex und an
Gwen Catchpool,
49, Parliament Hill, London N.W.3.

Beide Frauen haben ausserordentliches geleistet, sowohl in Berlin, wie im Taunus, wie in Pyrmont im St. Josefshaus, vor und nach dem Kriege, beide sprechen fliessend deutsch und würden Ihnen Ihre Fragen viel besser beantworten können als ich es kann, die das alles nur vom Hörensagen weiss.

Mit herzlichen Grüssen und guten Wünschen zum Fest und zum Neuen Jahr,

Ihre

Asta Brügelmann

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

7 Russell Road
Buckhurst Hill
Essex

ED/106/82-82

June 28 /54

Dear Dr Hammer

I have received your paper on the destroyed documents relating to the victims of the Nazi terror.

I am glad that you have undertaken this very difficult task, and wish you every success. I wish I could give you any information worth having, but I know hardly any of the names in your lists.

I comment as follows.

(262) In this case the two English hostesses who received this guest have both died so I can only repeat what is in my book.

(403 b) The Rest Home was entirely run and financed by English Quakers, and had no connection with the child-feeding and other work done by the American Quakers. Unfortunately I believe that all our files and lists were destroyed in the Quakerhaus in Pyrmont where they were stored when we had to leave Germany in 1939, and the Haus was occupied by the Hitler Youth. So many hundred people have passed through our hands in the years that it is quite impossible to remember who was there. I cannot remember any outstanding case of anyone who was killed after being in our Home.

(414) A Polish guest told me of a very kind wardress in a Gestapo prison who was shot for helping the women under her charge. You might get the particulars from

Dr Kulikowska 557 Rosebank Avenue. Baltimore 12 U S A

I was at one time a member of the Allies inside Germany group

Institut für Zeitgeschichte Archiv

here in London, but left it when it became so strongly communist. I do not know where you could get their files. Possibly Dr Heinz Litten(brother of Dr Hans L who died in Dachau,) He is now in East Berlin,I believe running the Volksbühne there.

Very many of our guests had been in ZK but after their release they were all in some post-that is, those we kept track of

I rang up the Wiener Library in London, but they told me that they are already in contact with you.

My thoughts have been during the last months very much taken up with our dear friend Ernst Reuter, and Dr Loewenthal of the Observer has been to see me to get some of the voluminous correspondence I had with him as a Life is being prepared, as you no doubt are aware.

With best wishes

Yours sincerely

Elizabeth F. Howard

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/82-83

Quäker-Hilfe für die Verfolgten?

Sowohl in den dreissiger Jahren, als auch nach 1945 haben die englischen und amerikanischen Quäker den Hitlerverfolgten aller Richtungen eine Hilfe geleistet, die ihnen nicht vergessen werden darf. In den Jahren 1933/39 haben vorzugsweise englische Quäker die beträchtlichen Kosten zu Erholungsaufenthalten sowohl für Kommunisten und Sozialdemokraten, als auch für Pazifisten, religiös und rassisch Verfolgten aufgebracht, vielfach sogar die Reisekosten erstattet. Laufend waren 15 - 20 Bedrohte während des Sommers im Taunus und winters über im Josephs-Haus von Bad Pyrmont Gäste der Quäker. Leonhard Friedrich, der Schatzmeister der deutschen Quäker, geriet schliesslich noch ins KZ Buchenwald, weil er im Auftrage seiner englischen und amerikanischen Freunde verfolgten Juden Beistand geleistet hatte.

In dem Bestreben, Lücken in der so ärgerlich vernachlässigten Geschichtsforschung auszufüllen, nutzte ich kürzlich einen Kuraufenthalt in Bad Pyrmont, um diesen Dingen nachzugehen. Ich suchte die Schwester Hinsch auf, die damals im St.Josephs-Haus das Gästebuch geführt hatte. Es traf sich leider sehr schlecht, denn gerade vor etlichen Wochen hat sie das Gästerbuch vernichtet. So wende ich mich denn heute an einige der namhaftesten politischen Gäste von damals mit der Bitte, mir doch noch einige Namen vielleicht solcher Gäste zu nennen, mit denen sie damals gemeinsam im Taunus oder in Bad Pyrmont zusammen waren. Es scheint durchaus möglich, dass sich darunter Verfolgte befanden, die später noch in Brandenburg oder Plötzensee ihr Leben lassen mussten. Und gerade auf die würde es mir besonders ankommen.

Für recht baldige Wunscherfüllung wäre ich besonders dankbar.

Mit kameradschaftlichem Gruss !

[signature]

An die Adresse von:
Prof. Dr.Hermann L.Brill,M.d.B.,Bonn
Ministerpräsident a.D.Bruno Diekmann,M.d.L.,Kiel
Ministerpräsident a.D.Hermann Lüdemann,Preetz
Rudolf Küstermeier, Hamburg 13,Harvestehuderweg 69
Oberbürgermeister Prof.Dr.h.c. Ernst Reuter,Berlin-Zehlendorf, Bülowstr. 33

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106/32-84

HUNDHAMMER, Alois

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 206/52-85

Herrn Staatsminister a.D. 9. Oktober 1954
Dr. Dr. Alois Hundhammer, MdL.
München 9, Armpeckstraße 3

Sehr geehrter Herr Doktor!

Verargen Sie es mir bitte nicht, daß ich Sie bei all Ihrer Arbeitsüberlastung mit einer ebenso herzlichen wie dringenden Bitte überfalle. Da es sich aber um eine würdige Totenehrung handelt, hoffe ich zuversichtlich, daß Sie mich mit Wunscherfüllung erfreuen werden.

Vielleicht ist Ihnen bekannt, daß ich mich seit einem Jahrzehnt auf die Erforschung der deutschen Hitlerabwehr spezialisiert habe. Daß ich keineswegs hinter Sensationen herjage, daß es sich vielmehr um eine durchaus seriöse Angelegenheit handelt, ergibt sich wohl deutlich aus dem Umstand, daß Bundespräsident Heuß mir für diese Forschungsarbeit das Steckkreuz des Verdienstordens verliehen hat.

Gegenwärtig arbeite ich an einem illustrierten Werk, welches ich im "Parlament" auch schon auf einer ganzen Seite angekündigt habe. Darin sollen die Leidenswege unserer alten deutschen Parlamentarier in der Zeit der deutschen Teufelsbesessenheit gewürdigt werden. Nach jahrelangen Quellenstudien glaube ich die Materie jetzt auch einigermaßen zu beherrschen, wie mir auch schon weit über hundert passende Bilder zur Verfügung stehen, darunter hervorragend gute und auch viele seltene Aufnahmen. Aber es bleiben leider immer noch Lücken auszufüllen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Zu Ihrer Orientierung darf ich Ihnen wohl einige Namen bekannter Politiker nennen, die mit guten Bildern vertreten sein werden: Dr. Andreas Hermes, Dr. Horlacher, Josef Joos, Prälat Dr. Schmitt, Christine Teusch usw. Es wäre mir sehr schmerzlich, wenn ein Bild von Herrn Dr. Stang fehlen würde, hat er doch viel auszuhalten gehabt, während er andererseits schon vor 1933 Abgeordneter des Bayerischen Landtags war. Haben Sie doch die Güte, mir von ihm ein Bild zu beschaffen. Vielleicht könnten es zur Auswahl sogar mehrere verschiedene sein; Sie dürfen sich darauf verlassen, daß alles schnell und unversehrt zurückkommt. Darüber hinaus wären mir die wichtigsten Lebensdaten willkommen, da ich mich natürlich gerne auf authentische Informationen stützen möchte. Darf ich Sie um diese wertvolle Hilfe bitten?

Zu allem Überfluß habe ich es jetzt auch schon eilig, weshalb ich Ihnen für recht schnelle Wunscherfüllung besonders dankbar wäre.

Mit hochachtungsvollem Gruß
Ihr ergebener

(Walter Hammer)

PS. Die beiliegenden Papiere werden Ihnen wohl mancherlei willkommene Aufschlüsse geben können.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-86

DR. ALOIS HUNDHAMMER

GEISELGASTEIG, DEN 6. November 1956
SCHILCHERWEG 5
POST GRÜNWALD
FERNSPRECHER: MÜNCHEN 476436

An die
Europäische Verlagsanstalt

F r a n k f u r t / Main

Hammer

Sehr geehrte Herren !

Mit Interesse habe ich das bei Ihnen erschienene Werk von Walter Hammer "Eches Haus in Henkers Hand" gelesen. Unter den Parlamentariern, die als Opfer des Dritten Reiches ihr Leben lassen mußten, vermisse ich den Namen des früheren Reichstagsabgeordneten Franz Herbert aus Kolitzheim in Unterfranken. Herbert war Mitglied der Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Deutschen Reichstag bis 1932. Ich nehme an, daß dieser Hinweis für den Verfasser von Interesse ist.

Hochachtungsvoll

Dr. Dr. A. Hundhammer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 106/180-67

18. November 1956

Herrn
Dr.Dr. Alois Hundhammer
Geiselgasteig Post Grünwald
Schützerweg 5

Sehr geehrter Herr Doktor!

Haben Sie vielen Dank für Ihren Brief vom 6. November, den ich heute aus Frankfurt von der Europäischen Verlagsanstalt erhielt. Schon von anderer Seite bin ich auf die von Ihnen beklagte Lücke hingewiesen worden, leider zu spät, als dass ich sie schon in der inzwischen erschienenen wesentlich erweiterten zweiten Auflage hätte schliessen können. Ich bedaure es natürlich sehr, dass der Reichstagsabgeordnete Franz Herbert unerwähnt geblieben ist. Mir wurde mitgeteilt, er sei in Auschwitz ums Leben gekommen, was mir aber nicht glaubwürdig zu sein scheint. Inzwischen habe ich nach vielen Seiten hin Erkundigungen eingezogen, die sich übrigens auch noch auf zwei ebenfalls leidend Mitbetroffene Landtagsabgeordnete der Bayerischen Volkspartei erstreckten. Ich hoffe, dass mir insbesondere der Direktor der Münchener Landtagsbibliothek Aufschlüsse geben wird. Verargen Sie es mir bitte nicht, wenn ich auch Sie bitte, zu einer gebührenden Würdigung der drei Abgeordneten beizutragen.

Nochmals bestens dankend, verbleibe ich
mit verehrungsvollem Gruss Ihr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-406/92-88

19.November 1956

Herrn

Staatsminister a.D. Dr.Dr. Alois Hundhammer

München 9

Arnpeckstraße 3.

Sehr geehrter Herr Minister!

Sie hatten kürzlich die Güte, mich auf eine Lücke in meinem Parlamentarierbuch hinzuweisen, worauf-hin ich Ihnen Antwort an Ihre Privatadresse schickte. Erlauben Sie mir bitte, daß ich heute noch ein paar Worte folgen lasse.

An den Herrn Direktor der dortigen Landtags-bibliothek habe ich wegen des ums Leben gekommenen früheren Reichstagsabgeordneten Franz H e r b e r t schon am 12.ds.Mts. geschrieben und ihn auch nach zwei weiteren Abgeordneten der Bayrischen Volkspartei gefragt, worauf ich in meinem Brief an Sie ebenfalls zu sprechen kam. Heute kann ich über beide Herren Genaueres sagen:

Herr Ökonomierat Georg J. S c h w a r z , geboren am 9. März 1873 in Abenberg, war von 1905 bis 1912 und später wieder seit 1919 Mitglied des Bayr.Landtages. Ist Ihnen wohl bekannt, ob und wann er auch MdR war? Was ist ihm in der Hitlerzeit zugestoßen? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie es mir ermöglichen könnten, auch ihm gerecht zu werden.

Zu meiner Beschämung muß ich gestehen, daß ich auch über den Abgeordneten G e h r i g aus Unterspieß-heim nichts weiß, doch scheint er ein sehr verdienst-voller und populärer Mann gewesen zu sein, soll man ihn doch den "Wohltäter und Bauerndoktor der Rhön" genannt haben. Welches war sein Leidensweg? Man will wissen, daß auch er ums Leben gebracht worden ist. Dannmüßte ich auc

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ihn unbedingt in meine Totenehrung einbeziehen.

Verzeihen Sie gütigst, daß ich Sie so stark belästige. Da es sich aber um eine Totenehrung handelt, brauche ich Sie wohl nicht vergebens um Ihre Unterstützung zu bitten.

Mit verehrungsvollem Gruß

Ihr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-89

DR. ALOIS HUNDHAMMER

GEISELGASTEIG, DEN SCHILCHERWEG 6
POST GRÜNWALD
FERNSPRECHER: MÜNCHEN 47 61 36

26. November 56

Herrn
Walter H a m m e r
Schriftsteller

H a m b u r g 39
Vaerstücken 9

Zum Schreiben vom 19. November 1956.

Sehr geehrter Herr Hammer !

Zu den in Ihrem vorbezeichneten Schreiben aufgeworfenen Fragen kann ich folgendes mitteilen:

1. Ökonomierat Georg Schwarz, stellvertretender Direktor des unterfränkischen christlichen Bauernvereins in Schweinfurt, Mitglied des Bayerischen Landtages von 1905 bis 1912, von 1919 bis 1920 und von 1924 bis 1933. Zwischenhinein war Schwarz auch Mitglied des Reichstages und zwar von 1912 bis 1918.
Über seine Verfolgung während der Hitlerzeit kann am ehesten Auskunft geben Herr Direktor H e r o l d, B a m b e r g, Weigl 2. Herold war Kollege von Schwarz im Büro des unterfränkischen Bauernvereins gewesen.

2. Ökonomierat Gering von Oberspießheim, geboren am 16.5. 1887 in Winterhof bei Ebern in Unterfranken, war Präsident der unterfränkischen Kreisbauernkammer und Mitglied der bayerischen Landesbauernkammer, Mitglied des Bayerischen Landtags von 1928 bis 1933. Auch über ihn erhalten Sie am besten Auskunft

b. wenden

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

durch Herrn Direktor Herold. Gering ist zwar während der Hitlerzeit verfolgt gewesen, wurde aber nicht ermordet, sondern ist erst nach 1945 gestorben.

In vorzüglicher Hochachtung

Dr. Dr. A. Hundhammer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-90

JBACH, Karl

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-108/52-M

10. Juli 1952

Lieber Karl Ibach!

Hast Du Dich eigentlich jetzt herumzuschlagen mit dem Kongreß Freier Völker, der Ende nächster Woche dort steigen soll? Ich muß Dir offen gestehen, daß Dr. Schreiber da eine sehr unglückliche Hand gehabt zu haben scheint, denn es wirkt einigermaßen komisch, (ohne daß ich den mir unbekannten Düsseldorfer damit zu nahetreten möchte), wenn man ihre Namen zwischen ganz prominente Leute setzt: Willi Gleinold, Karl Pottmann, Johannes Reinhold, Ludwig Rosenberg und Eberhard Schütz, gerade so wie man auch den Nobelpreisträger Ralph Bunsch lediglich mit seinem Namen registriert hat. Aber während man im Übrigen den Leuten ihre Titel und Würden gelassen hat, fehlen bei Kurt Hiller, Carl Zuckmayer die Doktortitel und verschweigt man, daß Ernst Lemmer, der gerade eben in Bonn eine sehr starke Rede gehalten hat, Mitglied des Bundestages ist. Das sind auf jeden Fall sehr ärgerliche Fehlgriffe, die da unterlaufen sind.

Weshalb ich Dir aber heute schreiben muß, ist etwas Anderes. Am 15. 1. 37 vom sog. Volksgericht zum Tode verurteilt, ist der Packer Otto Kropp aus Elberfeld in Plötzensee am 25. 5. 37 vom Scharfrichter Gröpler aus Magdeburg mit dem Handbeil geköpft worden. Dir wird dieser Fall sicher bekannt sein. Sei doch so nett, mich eben wissen zu lassen, was Du davon noch weißt. War Otto Kropp Kommunist? Ich weiß leider nur wenig von ihm, möchte aber versuchen, in meinem Plötzenseebuch möglichst allen gerecht zu werden.
Herzliche Grüße und Wünsche, auch nebenan und daheim! Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-92

BUND DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES (BVN) e. V.
LANDESLEITUNG
DÜSSELDORF, INDUSTRIEHAUS AM WEHRHAHN 94 · ZIMMER 415-16 · TELEFON 89410

Bankkonto: 21995
Rheinisch Westfälische Bank, Düsseldorf
Postscheckkonto: Essen 54307

Düsseldorf, den 20. März 1953 Ib/S

Herrn
Walter H a m m e r
H a m b u r g 39
Bilserstr. 16 d

Lieber Walter Hammer !

Nun habe ich endlich das Buch " Der lautlose Aufstand " in die Hände bekommen und mit grosser Aufmerksamkeit geprüft. In der letzten Ausgabe unserer Zeitung " Das freie Wort " Nr. 12 findest Du eine Besprechung darüber. Solltest Du diese Ausgabe nicht zur Hand haben, so übersende ich Dir in der Anlage mein diesbezügliche Konzept.

Ich mache es mir gerne zur Aufgabe, nach bester Kräften für eine recht grosse Verbreitung des Buches Sorge zu tragen. In meinem nächsten Rundschreiben an unsere Kreisverbände werde ich auch noch darauf aufmerksam machen und empfehlen, dass sich jeder Kreisverband dieses Buch zulegt.

Durch die Lektüre wurden meine Gedanken sehr stark auf das Gebiet der Widerstandsforschung gelenkt, was seinen Niederschlag in dem ebenfalls beiliegenden Konzept " Widerstandsforschung als wissenschaftliche Aufgabe " fand. Dieser Artikel wird auch in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung erscheinen. Gleichzeitig habe ich dieses zu einem Antrag an den Bundesvorstand benutzt, mit dem Ziel, dass dieser eine besondere Forschungsabteilung einrichten soll.

Du hattest mir Dein Erscheinen ja für Mitte des Monats April angekündigt. Von unseren jungen Leuten von der Redaktion erfuhr ich, dass Du Dich mit diesen auch verabredet hast und mit ihnen speziell über die Darstellung des Widerstandes in unserer Zeitung sprechen wolltest.

Meine Gedanken gehen nun dahin, die Erforschung und Darstellung des Widerstandes in unseren Kreisen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und nach Möglichkeit in unserer Zeitung in einer regelmässigen Beilage Dokumente und Berichte über den Widerstand zu veröffentlichen.

Du hast in dieser Hinsicht ja schon wertvolle Vorarbeit geleistet, was ich in jeder Hinsicht dankbar anerkenne. Ich rege nun an, dass wir uns bei Deinem Hiersein einmal darüber besprechen und vielleicht zu einer gegenseitigen Befruchtung bezw. Arbeitsgemeinschaft kommen können.

Ganz in der Ferne schwebt mir das Ziel vor Augen, dass eine derartige Arbeitsgemeinschaft einmal eine Keimzelle (zumindest ein Anreger) für das gewünschte Forschungsinstitut sein könnte.

Hoffentlich erlaubt Dir Dein Gesundheitszustand noch viele Jahre fruchtbaren Schaffens.

Mit den besten Grüssen und Wünschen
bin auch Dein
Karl Ibach
(Karl Ibach)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-100[illegible]-93

BUND DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES (BVN) e. V.

LANDESLEITUNG

DÜSSELDORF, INDUSTRIEHAUS AM WEHRHAHN 96 · ZIMMER 415-16 · TELEFON 29410

Bankkonto: 20995
Rheinisch-Westfälische Bank, Düsseldorf
Postscheckkonto: Essen 54309

Düsseldorf, den 9. Juni 1953 Ib /S

Herrn
Walter H a m m e r
H a m b u r g 39
Bilserstr. 16 d

Lieber Walter Hammer !

Du urteilst ganz richtig, dass die Krise in ein akutes Stadium getreten zu sein scheint. Ich rate Dir freundlichst, Dich mit diesen Dingen nicht mehr zu belasten, da Du Deine Kraft noch nützlicheren Dingen zu widmen hast. Ich wäre Dir dankbar, wenn Du mir den erwähnten tollen Artikel aus dem " Neuen Echo " einmal verschaffen könntest.

Das " Freie Wort " ist auf der Suche nach neuen Geldquellen und hat alle Segeln auf Kriegskurs gesetzt. Die Verfolgten des Naziregimes werden als lästiger Ballast über Bord geworfen. Müller versucht, die Zeitung vollends zu einem Sprachrohr der amerikanischen Kreuzzügler zu machen. Dabei wird vermutlich noch das letzte Häuflein der Abonnenten flöten gehen. Er glaubt nur, dass er bei einem solchen Kurs gewisse gebefreudige Freunde finden wird.

Bläser und Beaugrand sind schon ausgeschieden. Es ist ihnen ein Revers vorgelegt worden, durch welchen sie sich verpflichten sollten:

1.) sich jeglichen Angriffs gegen den Krieg und gegen die Soldatenbünde zu enthalten.
2.) Keine Kritik an den Rechtsparteien zu üben (FDP und DP - - Seebohm-Rede auf dem DP Bundesparteitag !).
3.) Keine sog. " pazifistischen " Mitarbeiter, wie Lehmann-Russbueldt Dr. Jakob Stöcker und Walter Hammer (!) mehr zu Wort kommen zu lassen.

Die beiden haben das - alle Achtung ! - als mit ihrem Gewissen unvereinbar bezeichnet und sind aus der Redaktion ausgeschieden.

Hierzu eine kleine Anekdote : In der Redaktion unterhielt man sich über den 65. Geburtstag von Dir und seine evtl. Würdigung. Müller und der " Chef von Dienst " Ernst wollten dem überhaupt keine Erwähnung tun. Beaugrand setzte sich entschieden zur Wehr. Lütsches wurde als Schiedsrichter angerufen. Dieser entschied salomonisch, dass man noch den Geburtstagsartikel über Dich bringen wolle, da der Artikel von Franz Ballhorn sei.

Leider kann ich Dir auch kein Exemplar des " Freien Wort " mehr besorgen, da die Brücken schon so weit abgebrochen sind, dass wir die üblichen Werbeexemplare nicht mehr erhalten. Wir bekamen nämlich seit drei Jahren von jeder Ausgabe 20 bis 25 Werbeexemplare für den Landesverband. Diese sollten wir nun von der vergangenen Woche

b.w.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ab bezahlen. Dagegen habe ich geltend gemacht, dass ich seit Jahr und Tag für die Zeitung geschrieben und schon manche Seite vollgeschmiert habe. Ich habe aber niemals Honorarforderungen erhoben und auch nie erhalten. Das könnte ja jetzt einmal mit den paar Werbeexemplaren kompensiert werden. Von der letzten Ausgabe haben wir dann kein Stück mehr erhalten.

Deine Bereitschaft, helfend mit einzuspringen, in allen Ehren, aber - wie schon gesagt - Du solltest Deine wertvolle Kraft nützlicheren Dingen zuwenden. Es hat keinen Zweck, zu versuchen, an dieser verfahrenen Situation noch herumzuflicken. Es muss ja auch noch ein Gefühl für Sauberkeit, Gradlinigkeit und Gesinnungstreue bestehen bleiben.

Mit recht herzlichen Grüssen bin ich

Dein

Karl Ibach

(Karl Ibach)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-94

BUND DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES (BVN)
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN e. V.
DÜSSELDORF, INDUSTRIEHAUS, AM WEHRHAHN 96 · ZIMMER 415-16

Postscheckkonto Essen 54509
Telefon 2 94 10

Düsseldorf, den 14. November 1955

Herrn
Walter Hammer

H a m b u r g 39

Veerstücken 9

Lieber Walter!

Ich bestätige Dein Schreiben vom 13. November. Die von mir vorgeschlagene Möglichkeit, ist im Augenblick die günstigste Gelegenheit, um für Dich recht schnell zu einer nennenswerten Auszahlung zu kommen. Ich möchte Dir darum doch vorschlagen, die angeforderte Erklärung zu schreiben und mir einzusenden. Wenn Du in Brandenburg nicht in den Genuss des Geldes gekommen bist, dann kannst Du die erforderliche Erklärung auch in aller Korrektheit abgeben.
Die Entscheidung über Deinen laufenden Antrag ist sicherlich auf dem besten Weg. Die vorbezeichnete Sache ist ja auch nur eine Teillösung - jedoch am schnellsten realisierbar aus dem Gesamtkomplex.
Wenn ich unbescheiden sein darf, so erbitte ich Dein Buch, sobald eine Lieferung möglich ist. Ich möchte mich ja auch werbemässig dafür mächtig in's Zeug legen und muss es dafür ja auch kennen. Gerade erscheint eine neue Ausgabe unseres Mitteilungsblattes. Darin habe ich eine halbseitige (kostenlose) Anzeige aufgenommen. Dabei habe ich mich des übersandten Waschzettels bedient und ihn ziemlich im vollen Wortlaut zum Abdruck gebracht. Zudem habe ich ja auch Deine Korrekturabzüge zum Teil erhalten, um mir schon ein Bild machen zu können. Ich möchte das Buch aber noch einer eingehenden Würdigung unterziehen, und dazu bedarf ich wohl eines fertigen Exemplars.
Was mit Dütsches los ist, weiss ich nicht. Ich habe schon Jahre keine Verbindung mehr mit ihm. Sein Blatt wird wohl das Zeitliche gesegnet haben. Beste Grüsse! Dein Karl Heard.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-108132-95

BUND DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES (BVN)
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN e.V.
DÜSSELDORF, INDUSTRIEHAUS, AM WEHRHAHN 96 · ZIMMER 412-16

Postscheckkonto Essen 54539
Telefon 29410

Düsseldorf, den 17. Oktober 1958

Herrn
Walter Hammer

H a m b u r g 39

Voorstücken 9

Lieber Walter!

Du hast richtig getippt. Über Sonntag habe ich meine Frau in Pyrmont besucht. Bei einem Spaziergang kamen wir auch an dem Sanatorium voh Dr.Buchinger vorbei. Da habe ich an Dich denken müssen.
Unser Mitteilungsblatt - um Deine Frage zu beantworten - hat jetzt eine Auflage von 5000 Exemplaren. Davon werden 2000 in Nordrhein-Westfalen, 1000 in Niedersachsen, 1000 in Hessen und die übrigen 1000 in Berlin, Bayern, Israel und anderes Ausland verbreitet. Eine ganzseitige Anzeige kostet 50.- DM. Es wäre fein, wenn Du uns durch eine Anzeige etwas unter die Arme greifen würdest. Den Text erbitte ich möglichst umgehend, da die neue Ausgabe in den nächsten Tagen zusammengestellt wird.

Vor einigen Tagen wurde in Wuppertal eine neue Jugendherberge eingeweiht. Dazu fand eine kleine Feierstunde statt, wozu ich auch als alter Wandervogel und Mitglied des Jugendherbergsverbandes seit 25 Jahren eingeladen war. Zur Einweihung habe ich für die Bücherei der Jugendherberge Dein Parlamentarierbuch und das Buch von Inge Scholl gestiftet. Ich habe dabei hervorgehoben, dass Du ja Wuppertaler Heimatgenosse bist.

Mit den herzlichsten Grüssen
bin ich, wie immer,
Dein

Karl Obuch

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-96

9. September 1956

Lieber Karl Ibach!

Wie mag es Deiner lieben Frau gehen? Hoffentlich kannst Du uns beruhigenden Bescheid geben. Sage ihr bitte herzliche Genesungswünsche und Grüsse von uns.

Dein neues Mitteilungsblatt ist wieder vorzüglich geworden. Insbesondere hast Du mit der Eingangsfrage ins Schwarze getroffen. Hingegen weiss ich mit dem angeblichen Forschungsauftrag des Bundesjugendringes nichts anzufangen. Habe ich denn die 10 Jahre hindurch für die Katz gearbeitet? Wer bildet sich eigentlich ein, dass in München das Institut für Zeitgeschichte auch nur eine Ahnung hat?

Eben sind wir dabei, Einzelheiten meines Testaments auszuarbeiten. Was ich kürzlich bekommen habe soll im grossen Ganzen der Forschung dienen, aber es soll auch eine besondere Stiftung etabliert werden, aus der die junge Generation ein Vermächtnis erhalten soll: Hans Paasches Negerbriefe und eine Würdigung der Opfer, die von der jungen Generation gebracht worden sind. Natürlich werde ich mich auch Deines Wunsches erinnern, Bücher vererbt zu bekommen. Soweit diese mit dem Widerstand zu tun haben, werden sie allerdings beim Archiv bleiben und dem Forschungsinstitut verbunden bleiben müssen.

Es ist noch besser gekommen, als Du mir prophezeit hast. Ich erhielt Ende Mai und Anfang Juni sowohl die 40.315,65 DM, als auch die 7.375,36 DM. An Renten wurden mir ausser den 632.50 DM noch weitere 312,50 DM zugesprochen. Ob das auch richtig ist? Ich bin jetzt sehr üppig geworden und wasche mir 3 oder 4 mal jeden Tag die Hände, auch haben wir Gabeln und Löffeln gekauft, damit wir uns vor unsern Besuchern nicht zu blamieren brauchen!

Lasse bitte bald von Dir hören! Herzliche Grüsse und Wünsche, womit sich auch Erna Schulz anschliesst.

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-97

30. Sept. 1956

Lieber Karl Ibach!

Wir - Erna Schulz und ich - haben uns herzlich gefreut über die relativ gute Nachricht, die Du mir kürzlich über das Befinden Deiner lieben Frau geben konntest. Pyrmont ist auch im Herbst schön. Hoffentlich wird sich Deine Frau dort gut erholen. Bitte, herzliche Grüsse und Genesungswünsche von uns beiden.

Beruhigt war ich auch über Deinen Bescheid, dass mit meinen Moneten soweit alles in Ordnung ist, denn ich hatte schon befürchtet, etwas wieder herausrücken zu müssen. Statt dessen soll mir sogar noch etwas mehr blühen? Ich bin gespannt. Mit Dir hoffe ich aber auch, dass die vielen noch unerledigten Anträge auch beschleunigt geklärt werden. Ich war entsetzt, als ich auf der ersten Seite Deines letzten Mitteilungsblattes von den tollen Exzessen lesen musste, die sich alte Nazi=Juristen geleistet haben. Jedenfalls hast Du eine sehr dankbare Aufgabe, die Dich sicher befriedigen wird.

Wie ich Dir letzthin schon schrieb, ist es nötig, dass ich mein Testament mache und zwar ~~xxx~~ bis in alle Einzelheiten hinein. Dabei habe ich mich auch Deiner Wünsche erinnert, die sich wohl nicht auf einschlägige Literatur richten? Bezeichne doch bitte Deine speziellen Wünsche noch eben.

Ich sehe eine Art Kuratorium zusammmenzubringen für die Fortsetzung der Forschungsarbeit. Darf ich auch Dich mit einbeziehen? Es wird vorgesorgt, dass etwaige Reise=Unkosten ersetzt werden können. Im Falle Deiner Zustimmunghoffe ich Dir noch weiteres mitteilen zu können.

Und schliesslich noch eine Frage: gestern bekam ich die beiden beiliegenden Formulare geschickt. Wird es nötig sein, die Lebensbescheinigungen noch in

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

der geforderten Form folgen zu lassen, oder genügt das von Dir bereits weitergeleitete Papier? Schicke mir die beiden Blätter auf jeden Fall zurück. Für kurzen Bescheid wäre ich Dir dankbar.

Mit herzlichen Grüssen und Wünschen verbleibe ich

Dein

ED-106/32-98

BUND DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES (BVN)
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN e.V.
DÜSSELDORF, INDUSTRIEHAUS, AM WEHRHAHN 96 ZIMMER 415-16

Postscheckkonto Essen 54807
Telefon 29410

Düsseldorf, den 29. Oktober 1956

Herrn
Walter Hammer

H a m b u r g 39

Veerabrücken 9

Lieber Walter!

Die beiliegende Zeitungsnotiz aus der " Neuen Rhein Zeitung " wird Dich interessieren. Ich hatte einen kleinen Vortrag über die Literatur des Widerstandes gehalten und dabei Dich als Wuppertaler Heimatgenosse besonders hervorgehoben. Unsere guten Wuppertaler freuen sich ja über jeden berühmten Mann, der aus unserer guten Stadt hervorgegangen ist. Es sind ja nicht allzuviele (und denn noch so suspekte Personen wie Friedrich Engels !).
Meine Frau ist am Sonnabend wieder aus Pyrmont zurückgekommen. Sie wollte mich doch unbedingt wählen. Wir hatten hier am Sonntag Kommunalwahl. Es wird Dich vielleicht interessieren, dass ich auch kandidierte und mit absoluter Mehrheit in meinem Wahlkreis in das Stadtparlament gewählt worden bin.

Mit den besten Grüssen
bin ich - wie immer -
Dein

Rose Frank

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-99

BUND DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES (BVN)
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN e.V.
DÜSSELDORF, INDUSTRIEHAUS, AM WEHRHAHN 96 · ZIMMER 415-16

Postscheckkonto Essen 54307
Telefon 29410

Düsseldorf, den 1. Oktober 1956

Herrn
Walter Hammer

H a m b u r g - 39
Veerstücken 9

Lieber Walter!

Dir und Erna Schulz ganz besondere herzlichen Dank für Eure lieben Wünsche zum Befinden meiner Frau. Morgen werde ich sie nach Pyrmont bringen und hoffe, dass ich sie wesentlich gebessert nach 4 Wochen wieder von dort abholen kann.
Deinen freundlichen Brief vom 30. September beantworte ich hinsichtlich der Lebensbescheinigung dahingehend, dass die bereits eingereichte Bescheinigung genügt. Wunschgemäss falte ich Dir die übersandten Formulare wieder bei.
Deine Absicht, mich in das Kuratorium zur Fortsetzung Deiner Arbeit einzubeziehen ehrt mich sehr. Ich stimme diesem Anerbieten gerne zu, da ich aus persönlicher Überzeugung und Haltung, wie auch aus den Erfordernissen meiner beruflichen Tätigkeit sehr an der Fortsetzung Deines verdienstvollen Lebenswerkes interessiert bin.
Wenn Du so freundlich bist, mich bei der späteren Verfügung Deiner Bücherschätze berücksichtigen zu wollen, so ziele ich natürlich nicht darauf, Deine einschlägige Literatur auseinanderzureissen. Diese muss natürlich bei dem Archiv oder der Stiftung verbleiben. Da ich ein Büchernarr bin, interessiert mich natürlich alle belletristische Lieratur. Mein Spezialinteresse liegt dann noch bei der Politik, Sozial-Politik, Geschichte und sozialistische Literatur. Nimm diesen etwas anspruchsvollen Katalog bitte nicht als Ausdruck einer anspruchsvollen Erwartung. Ich hatte meine damalige Bitte in aller Bescheidenheit vorgebracht und bitte, auch so verstanden zu werden.

Mit den besten Grüssen
von uns allen, auch an Erna Schulz,
Dein Karl Ibach

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-100

4.November 1956

Lieber Karl Ibach!

Herzlichen Glückwunsch zur Wahl und zur Heimkehr Deiner lieben Frau. Nicht nur Karli wird glückselig sein!

Es war sehr nett von Dir, mir den Artikel aus der "Neuen Rhein-Zeitung" zu schicken. Hoffentlich hält man jetzt eine ausführliche Besprechung meines Parlamentarierbuches nicht für überflüssig. Ich setze grosse Hoffnungen darauf, wie auch sonst viele wichtige Besprechungen in Aussicht gestellt worden sind.

In diesen Tagen werde ich so toll beansprucht, dass ich schier verzweifeln möchte. Deshalb kann ich Dir ein Anzeigenmanuskript noch nicht mitschicken. Leider nicht! Wann wird nun das nächste Mitteilungsblatt erscheinen? Hoffentlich noch vor Weihnachten. Dann aber werde ich nicht wieder versagen.

Herzliche Grüsse und Wünsche, womit sich auch Erna Schulz anschliesst. Wir hoffen mit vereinten Kräften, dass die Wiedergenesung Deiner lieben Frau auch weiterhin gute Fortschritte macht.

Auch sonst alles Gute!

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

EB 106/92-161

19. November 1956

Herrn
Stadtrat Karl Ibach
Düsseldorf
Hochhaus am Wehrhahn 96. Z.415.

Lieber Karl Ibach!

Das hast Du aber wieder fein hingekriegt, dieses letzte Mitteilungsblatt. Gut der Hinweis auf Seite 2 daß alle Beamten der Wiedergutmachungsbehörden die wichtigste Widerstandsliteratur gelesen haben sollten. Weniger behagt es mir - ich schrieb Dir das früher schon einmal - , daß auf Seite 5 meine Absetzung gefordert und ein neues Forschungsinstitut gewünscht wird.

Das Gedicht auf Seite 6 stammt aus einem von mir lancierten größeren Werk "Lied am Grenzpfahl", welches von Dr. Oprecht herausgebracht, dann aber auf Befehl der Deutschen Botschaft in Bern sofort konfisziert wurde. Der Dichter nannte sich Hans Reinow und ist identisch mit jenem Hans J. Reinowski, der in seinem "Darmstädter Echo" einen ganzen Leitartikel über mein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Parlamentarierbuch veröffentlicht hat.

Auf Seite 4 sprichst Du von Hunderten russisc Kriegsgefangener, die bei uns in Sachsenhausen erschoss worden sind. Es waren aber mindestens zwölf tausend, vielleicht sogar 14 oder 16 000 ! Es laufen übrigens no drei weitere Sachsenhausen-Verfahren, nicht nur das von Düsseldorf, sondern auch in ~~Braunschweig~~ und Münster.

H Frankstein

Wann wird nun das nächste Mitteilungsblatt erscheinen? Ich könnte Dir schon nächster Tage mein Anzeige-Manuskript schicken. Es könnte ja nichts schaden, wenn wir uns mit der Herstellung eines guten Satzbildes Zeit ließen, nicht wahr?

Wie geht es jetzt Deiner lieben Frau? Vermitt ihr bitte herzliche Grüße und Genesungswünsche von mir ~~bitte~~! Und der Herr Stadtrat soll sich nicht zuviel zumuten, sondern sich schonen, sonst liegt er uns eines Tages auf der Nase!

Alles Gute mit Gruß und Handschlag!

Dein

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 101/132-100

21. November 1956

Lieber Karl Ibach!

Wie ich Dir schon vorgestern ankündigte, schicke ich Dir hier mein Manuskript für eine ganzseitige Anzeige. Es wäre gut, wenn wir recht bald setzen lassen würden, damit nötigenfalls noch Kleinigkeiten am Satzbild verbessert werden können. Ich wäre Dir für 5 bis 6 Korrekturabzüge dankbar. Aus den Beilagen ist wohl alles deutlich zu entnehmen, Mit dem Raum werden wir wohl reichen, wenn wir alles COMPRESS setzen und an allen Ecken und Enden mit dem Raum sehr sparsam umgehen. Ein Verlagssignet lasse ich Dir nächster Tage aus Frankfurt schicken. Du wirst bemerken, dass ich gerade solche Namen ausgewählt habe, die im Verbreitungsgebiet Deines Mitteilungsblattes einiges bedeuten. Auch die neun kurzen Pressestimmen habe ich entsprechend ausgewählt. Sieh bitte zu, dass wir alles schön unterbringen. Wenn die Druckerei für Satz etwas mehr berechnen muss, kann man nichts daran ändern; selbstverständlich musst Du mich dann entsprechend belasten.

Wie geht es Deiner lieben Frau? Erfreulich, dass sie sich in Pyrmont so gut erholt hat.

Herzliche Grüsse von Haus zu Haus!

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/132-103

22.September 1957

Lieber Karl!

Immer noch hatte ich gehofft, dass Du über die Landesliste in den Bundestag gekommen wärest. Schade, dass all die grosse Mühe zunächst einmal nicht zum Erfolg führen wollte. Aber ich zweifle nicht daran, dass Dir der Weg zum Parlamentarier vorgezeichnet ist und dass Du über kurz oder lang Einzug halten wirst in das ein oder andere Hohe Haus. Dies wünsche ich Dir von ganzem Herzen, denn Du hast wirklich das Zeug zu einem Volksvertreter in Dir.

Du wirst Dich sicher längst abgefunden haben, wenn Dich das aber etwas trösten kann, dann lasse Dir verraten, dass ich 1924 in mindestens einem Dutzend Reichstagswahlkreise durchgerasselt bin. Ich figurierte damals zusammen mit Fritz von Unruh, Karl von Ossietzky, Dr. Adolf Grabowsky und sw. an zweiter und dritter Stelle als Kandidat der Republikanischen Partei. Kein Vergleich mit der starken Position, die Du Dir im Kampf gegen Adenauer hast erkämpfen können. Du kannst jedenfalls stolz auf den errungenen Erfolg sein.

Im Übrigen muss ich heute notgedrungen kurz angebunden sein. Schon seit einigen Wochen läuft der Motor bei mir nicht einmal mehr mit halber Kraft. Seit einigen Tagen komme ich überhaupt nicht mehr recht vom Fleck. Ich finde Hilfe von allen Seiten her, aber verschlissen ist nun einmal verschlissen. Ich hoffe, Dir in den nächsten Wochen noch einiges aus meinem Testament anvertrauen zu können. Donnerstag der kommenden Woche kommt Generalsekretär Dr.Kluke vom Institut für Zeitgeschichte noch einmal aus München zu mir , damit wir uns vielleicht noch über wichtige Fragen verständigen können.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Du kannst Dir meine Freude und mein grosses Erstaunen vorstellen, als ich mir die Zahlen in Deinem Brief vom 18. September vorsichtig zu Gemüte führte. Hab herzlichen Dank für diese gute Post und für all die viele Mühe, die Du Dir meinetwegen wiederum gemacht hast. Ich werde noch von mir hören lassen, sobald es wirklich so weit ist. Wenn nur dieser Segen fünf Jahre früher gekommen wäre, damals als ich für die wichtigsten Mitarbeiter ni ht die nötige Entschädigung auf den Tisch legen konnte. Ich will Dir gestehen, dass ich dieser Tage verschiedentlich den Stosseufzer "zu spät" nicht habe unterdrücken können. Wenn mir doch nur noch zwei oder drei Jahre in alter Schaffenskraft verbleiben würden! Ich habe ja noch so vieles zu tun. Halte mir bitte weiter den Daumen.

Dir und Deiner lieben Frau herzliche Grüsse und Wünsche, womit sich auch meine Frau wiederum anschliesst. Karli wird sicher viele Tränen vergiessen, weil die Schulen nicht mehr richtig ingangkommen wollen. Hier haben die Blagen jetzt acht Tage zusätzliche Ferien gekriegt.

Alles Gute!

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-104

15. Juli 1958.

Lieber Karl Ibach !

So herzlich dankbar ich Dir auch bin, daß Du mir die Erfüllung meines kühnen Wunsches zugesagt hast - nachträglich habe ich es doch schon bereut, so unverschämt geworden zu sein. Ich kann mir nämlich vorstellen, daß ein paar hundert Namen zusammenkommen würden, wenn man a l l e Opfer berücksichtigen wollte, die in unserer alten Heimat zur Hitlerzeit gebracht worden sind.
Es könnte für mein Buch ja nur in Betracht kommen, vielleicht einige dreißig oder vierzig Namen zu erwähnen und zugleich auch die näheren Umstände, wobei wir uns nicht einmal auf Todesfälle zu beschränken brauchten (z.B. Niemöller!). Es würde also schon genügen, wenn wir die namhaftesten Opfer aller Richtungen und Konfessionen ehren würden. Das würden alleine fünf oder Sechs evangelische Geistliche sein, wie mir gestern zum Bewußtsein kam.

Mache Dir bei dieser Bullenhitze also bitte keine unnütze Mühe. Persönlichkeiten von Rang und Ruf, die in erster Linie genannt werden müßten, wirst Du ohnehin im Kopf haben. Auch im Großen gesehen, kommt man ja immer mehr davon ab, die Millionen Toten einzeln zu würdigen; in der Massennot versank der Einzelne. Wir müssen uns damit begnügen, wenigstens die Erinnerung an besonders verdiente Männer und Frauen wachzuhalten. Hoffentlich komme ich mit dieser Einschränkung meines kühnen Wunsches noch früh genug. Sicher stimmen wir jetzt überein.

Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus verbleibe ich Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-1061/32/105

BUND DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES (BVN)
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN e.V.
DÜSSELDORF, INDUSTRIEHAUS, AM WEHRHAHN 96 · ZIMMER 415-16

Postscheckkonto Essen 54309
Telefon 89410

Düsseldorf, den 10.März 1959

Herrn
Walter Hammer

H a m b u r g 39
Veerstücken 9

Lieber Walter!

Da ich seit einiger Zeit nichts von Dir gehört habe, muss ich mich doch einmal nach höchstdero wertem Befinden erkundigen. Was hiermit allerunterthänigst geschehen sein soll.
Was macht eigentlich das Gedenkbuch zu Deinem 70.Geburtstag. Soll es nicht bald erscheinen. Ich bin ja doch etwas gespannt darauf.
Vor einigen Tagen besuchte ich den Friedens-Nobel-Preisträger Pater Pire in Huy in Belgien, um ihn zu einem Vortrag in Düsseldorf über sein Projekt " Europa-Dorf Anne Frank " zu gewinnen.
Als Gastgeschenk habe ich ihm mit Widmung Dein " Hohes Haus " überreicht. Ich bin damit schon beinahe wieder blank. Ist eine Neuauflage vorgesehen? Ich bitte mich mit 10 - 20 Exemplaren vorzumerken, die ich gerne (mit Buchhändler-Rabatt) bezahlen will.
In den Tagen vor Ostern muss ich zu einer Veranstaltung unserer Freunde in Schleswig/Holstein. Auf dem Hin- oder Rückweg komme ich über Hamburg. Wenn es Dein Gesundheitszustand erlaubt, mache ich Dir gern eine kurze Aufwartung. Natürlich nach vorheriger genauer Termin-Absprache. Erika und Karli werden mich wahrscheinlich begleiten.
Wie Du schon bemerkst, erscheint " FREIHEIT UND RECHT " jetzt pünktlich zu jedem Monatsbeginn. Die letzte Ausgabe sandte ich Dir vor wenigen Tagen.

Ich höre gerne wieder von Dir und verbleibe unterdes
mit den besten Grüssen, auch an Deine liebe Frau,

Dein Karl Klaus

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-106

17. März 1959

Lieber Karl Ibach!

Du wirst gewiß nicht daran zweifeln, daß unsere Freude groß war, als wir Deinen Brief vom 10. März entnehmen durften, daß uns für die Tage vor Ostern eine Stippvisite von Euch blühen sollte. Aber es ist nun leider doch meine Pflicht, Dich eben darauf hinzuweisen, daß mein Leiden sich ständig verschlimmert hat und daß ich nur selten einmal zur Erledigung der wichtigsten Post kommen kann. Mit andern Worten: Erstens müßten wir uns beizeiten vorher verständigen, und zweitens müßten wir mit der Möglichkeit rechnen, daß ich zu gegebener Zeit gerade in einer Verfassung wäre, die den Besuchern zu einer Qual würde. Am ehesten läßt sich mit mir noch etwas anfangen in den Stunden von 10 bis 11 und von 15 bis 18 Uhr.

Du darfst Dich darauf verlassen, daß meine Freude groß wäre, wenn ich Dich bei uns begrüßen und Dir mündlich mancherlei Aufschlüsse geben könnte, die ich Dir brieflich schuldig bleiben müßte. Du könntest Dich dann davon überzeugen, daß ich nichts wert bin und daß im Archiv ein böser Kurmel eingerissen ist. Wir hoffen aber, daß mein Archiv direkt oder auf Umwegen im Institut für Zeitgeschichte (München) landen wird. Aber darüber werde ich Dir wohl mündlich berichten können.

Nimm für heute bitte mit diesen wenigen Worten fürlieb. Für Frau Erika und für Karli herzliche Grüße, denen sich auch meine Frau anschließt. Lasse bitte bald wieder von Dir hören.

Alles Gute mit Gruß und Handschlag!

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/38-107

31. März 1959

Herrn
Stadtrat Karl Ibach
Wuppertal - Barmen
Kleine Hakenstrasse 12

Lieber Karl Ibach !

Lasse Dir als Erstes bitte recht herzlich gratulieren zu Deinem dicht bevorstehenden Geburtstag. Meine Frau schließt sich den Glückwünschen von Herzen an. Es war uns natürlich sehr peinlich, daß wir uns so garnicht auf Euren überraschenden Besuch haben einrichten können. Bitte, grollt uns deswegen nicht. Hoffentlich habt Ihr Euch in dem Fischrestaurant noch delektieren und einigermaßen sattessen können.

Ich will mich nun redlich bemühen, Dir zum Ausgleich eine Freude mit einem Brief zu machen, den ich gleich an Wolfgang Abendroth schreiben will. Ein Durchschlag soll diesen Zeilen beigefügt werden. Wenn ich es so einigermaßen richtig gemacht habe, würde es sich für Dich wohl empfehlen, ihm unverzüglich ebenfalls zu schreiben.

Wenn Pechel und er wider Erwarten nicht zustimmen könnten, empfehle ich Dir ganz neue oder doch noch wenig strapazierte Redner zu gewinnen. Die Hörer wollen ja doch nicht immer den gleichen Lobpreis alter Generale und Verwaltungsmänner aufgetischt bekommen. Überlege Dir doch bitte einmal, ob Du nicht gut daran tätest, als Redner zu gewinnen:

1. Dr. h.c. Carl Zuckmayer, der (vergl. mein von ihm sehr geschätztes "Haubach-Gedenkbuch") dem Kreisauer Kreis sehr nahe gestanden hat. Der Dichter hat verschiedene Adressen, ist aber immer zu erreichen über Frau Hella Jacobowski, Darmstadt, Ohlystrasse 35.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

2. den Generalleutnant a.D. Frh. Rudolf von Gersdorff, der Ende der vierziger Jahre bisweilen als Redner hervorgetreten ist, aber seit langem geschwiegen hat. Ich kenne nur seine alte Adresse: Köln-Weidenpesch, Rennbahnstr. 56. Nötigenfalls wende Dich einmal mit einem Gruß von mir an meinen Brandenburg-Kameraden Gerhard Ludwig (Mittwoch-Gespräche!), Köln-Lindenthal, Fürst-Pückler-Str.40, der Dir vielleicht auch sonst noch nützliche Fingerzeige geben kann.

3. Ministerpräsident a.D. Theodor Steltzer, Bonn, Joachimstrasse 7. Er hat ein Buch über den Kreisauer Kreis veröffentlicht, ist auch selber zum Tode verurteilt worden. Er ist mir sehr gewogen, weshalb Du gut daran tätest, Dich auf mich zu beziehen.

4. Präsident Dr.jur. Paul van Husen (Münster i.W., Königstrasse 47), der erst kürzlich als Präsident des Verfassungsgerichtshofes für das Land Nordrhein-Westfalen in den Ruhestand getreten ist. Auch er gehörte zum Kreisauer Kreis und war zu Zuchthaus verurteilt worden. Für Euch jedenfalls eine "große Kanone".

5. den Dichter Gerhart Pohl (Berlin W 15, Uhlandstr. 173/174). Greife bitte auch seinetwegen einmal zu meinem Haubach-Gedenkbuch. Er spricht sehr oft in d Berliner Sendern. Allerdings ist er Publizist von Profession, müßte also mit einem angemessenen Honorar rechnen dürfen.

6. Prälat Peter Buchholz (Dr.h.c., Bonn, Hausdorffstrasse 25). Du weißt ja, wie erschütternd er über die Opfer von Plötzensee zu berichten weiß, die er auf ihrem letzten Gang begleitet hat. Nimm auch in diesem Fall getrost auf mich Bezug und sag, daß ich krank sei und herzlich zu grüßen gebeten hätte.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106 132-108

Es kämen noch viele weitere kundige Thebaner in Betracht, über die ich Dir nötigenfalls noch ausführlicher schreiben könnte. Ich denke an Professor Dr. Max Braubach, den Direktor des Historischen Seminars der Universität Bonn (Bonn, Endenicher Allee 5), der Wesentliches über den "Weg des 20.Juli 1944" publiziert hat. Ferner an Professor Dr. h.c. Hans Peters (Köln-Sülz, Zülpicherstrasse 83), der ebenfalls speziell über den Kreisauer Kreis sehr gut Bescheid weiß und mein Archiv um ein sehr wertvolles Dokument hierüber bereichert hat.
Ich nenne Dir noch eine Reihe anderer Berufener: Dr. Wilhelm Ritter von Schramm (Prien/Chiemsee, Seestrasse 41). Er hat schon viel über den 20.Juli gesprochen und ist Autor des Buches "Der 20.Juli in Paris".

Kämen vielleicht auch zwei Hamburger in Betracht ? - : Gräfin Dr. Marion Dönhoff, Hamburg - Blankenese, Kösterbergstrasse 60 (Redaktion der ZEIT, mit den Vorgängen des 20.Juli gut vertraut); Dr.Paul Sethe (aus Bochum stammend!), zu erreichen über die Redaktion der WELT. Soviel ich weiß, hat er an dem furchtbaren Theater vorm Volksgerichtshof teilgenommen und auch darüber berichtet.

Wie wäre es mit Präsident Professor Dr. h.c. Ferdinand Friedensburg MdB(Berlin-Nikolassee, Hoiruperstrasse 14a)? Du könntest ihm getrost verraten, daß ich Dich aufgeputscht habe. Wir gehörten in den zwanziger Jahren gemeinsam dem Reichsausschuss des Reichsbanners an. Er hat meine Bücher sehr empfehlend besprochen, will aber natürlich sehr höflich gebeten werden, wie Du Dir denken kannst.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Nicht zu vergessen die beiden Brüder Erich und Theodor Kordt, beide bekannte Autoren und Diplomaten. Nötigenfalls erreichbar über den dritten Bruder, den Regisseur Walter Kordt, Linz am Rhein, Strohgasse 21. Du kannst Dich bei ihm auf den Herausgeber der JUNGE MENSCHEN berufen und ihn von mir grüßen. Es käme in allen Fällen auf einen Versuch an.

Wenn Du aber mit dieser Auswahl immer noch nicht genug haben solltest, dann präsentiere ich Dir noch folgende Vier:

Landesbischof Dr. h.c. Hanns Lilje, (Hannover, Calenbergerstrasse 34), Kreisauer Kreis ! (vergl. mein Haubachbuch

Pfarrer Dr. Harald Poelchau, (Berlin-Zehlendorf, Heidehof 30), der sich namentlich um die in Plötzensee hingerichteten Freunde vom Kreisauer Kreis bemüht hat.

Rechtsanwalt und Notar Dr. Franz Reisert (Augsburg, Sieglindenstrasse 18), mit dem ich seit Jahren in Verbindung stehe (er war beim 20. Juli mitbeteiligt und trat beim Huppenkothen-Prozeß mutig hervor).

Zum Schluß noch: Rechtsanwalt Dr. Fabian von Schlabrendorff, (Wiesbaden, Adelheidstrasse 70), Autor des Buches "Offiziere gegen Hitler". Auch bei ihm käme es auf einen Versuch an !

Von ausschlaggebender Bedeutung wird es natürlich sein, eine befriedigende Lösung der Honorarfrage zu finden. Wenn Du etwas ganz Ausserordentliches in Aussicht stellst, wird es Dir doch sicher gelingen, von der öffentlichen Hand gebührend unterstützt zu werden.

Neben einem Durchschlag eines Briefes an Abendroth falte ich Dir mit der Bitte um baldige Rückgabe den neuesten Rundbrief bei, den mir Renate Gräfin Hardenberg vorgestern schickte. Du findest da Schlabrendorff als Redner genannt.

Nimm für heute bitte hiermit fürlieb. Nötigenfalls mache ich noch weitere Vorschläge.

Nochmals herzlichen Glückwunsch und ebenso herzliche Grüße für die ganze Familie.

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-109

8. Mai 1959

Lieber Karl Ibach !

Das hätte noch einmal geklappt ! Aus Frankfurt durfte ich hören, daß inzwischen die zehn Exemplare von der zeiten Auflage des Parlamentarierbuches an Dich auf den Weg gegeben werden konnten. Wahrscheinlich ist die Sendung auch schon bei Euch eingetroffen.

Nun mußt Du Dich aber beherrschen, denn jetzt stehen für den Verkauf nur noch ganz wenige Exemplare zur Verfügung. Nett, daß Dein Bedarf noch gedeckt werden konnte.

Inzwischen traf Euer Maiheft bei mir ein, welches sich durch Reichhaltigkeit auszeichnet, welches mir aber einigen Kummer bereitet hat, über den ich Dir wohl unumwunden kurz berichten darf.

Der Artikel auf Seite 12 stammt aus Hamburg, ist aber nicht mit Namen gezeichnet. Insbesondere die Herren vom Institut für Zeitgeschichte in München werden nicht wenig erstaunt sein, denn man weiß dort, daß ich es in jeder Hinsicht sehr genau nehme, während aber der von Dir veröffentlichte Artikel in vieler Hinsicht ungenau und anfechtbar ist. Daran läßt sich nun leider nichts mehr ändern. Gerade das Thema Brandenburg fordert ganz präzise Angaben, weshalb ich mit einschlägigen Berichten sehr haushälterisch verfahren bin.

Mit wissenschaftlicher Genauigkeit habe ich hier das Archiv aufgebaut, keineswegs als ein "Archiv des Grauens", sondern als eine verläßliche Quelle für die zukünftige Geschichtsschreibung. Wenn die geringste Ungenauigkeit unterläuft, muß riskiert werden, daß diese Geschichtsquelle als Ganzes fragwürdig wird.

Im zweiten Absatz nennst Du mehr als ein Dutzend mörderische Prozeduren, von denen jedoch nur drei auf Brandenburg zutreffen. Politische Gefangene, die dort

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

erschossen worden sind, lassen sich an den Fingern herzählen. Auch Erhängungen waren nicht zahlreich; mehr als 90 % der in Brandenburg Hingerichteten sind unters Fallbeil gekommen. Nun aber das Peinlichste: Keineswegs sind 500 Parlamentarier in Brandenburg umgekommen, sondern nur einige 6 bis 8. Schlage doch bitte einmal in meinem Parlamentarierbuch die Seite 9 auf. Da wirst Du feststellen können, daß "nur" 195 Parlamentarier ums Leben gekommen sind (in der 3.Aufl. hätte ich die Zahl wahrscheinlich auf 198 bis 200 erhöhen müssen). Da wird man nicht nur in München staunen!

Im dritten Absatz wird man auch stolpern, standen doch am 20.April die Russen keineswegs vor den Toren Berlins. Vielmehr hatten sie Berlin schon eingeschlossen und waren schon über Potsdam auf Brandenburg vorgedrungen, um das schon gekämpft wurde, als der Massenmord auf dem Görden geschah. Genau gesehen wurden nur 27 unter das Fallbeil geschickt; Oberlandesgerichtspräsident Dr. Dräger wurde erschossen.

Wer in die Todeszellen von Brandenburg kam, wußte daß er hingerichtet werden sollte. Die Blutprobe verschaffte den Todeskandidaten lediglich die Gewißheit, daß ihre Hinrichtung ganz dicht bevorstand.

Bemerkenswert wäre gewesen, daß der Scharfrichter seine Rechnung "In Sachen der vierzehn Mann" mit Tintenstift und auf einem ordinären gelben Konzeptpapierblatt geschrieben hätte. Auch der Schlußabsatz geht an den Tatsachen leider vorbei. In Brandenburg hatte ich im Gebäude der Handelskammer ein ganzes Museum mit nicht weniger als 600 großen Porträts von Hingerichteten aufgebaut, dazu auch Archiv und Bibliothek, weit umfangreicher noch als hier in Hamburg. Die Mordgarage hatte ich als Mahnmal genau so wieder erstehen lassen, wie sie bis zum 20.April 1945 Schauplatz der Massen-

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106132-110

schlächtereien gewesen warem. Daneben hatte ich in der langen Reihe der Todeszellen (dem sog. "Kammkasten") drei oder vier Zellen ebenfalls für die Totenehrung in Anspruch genommen, denn darin hatte ich viele der Dir ja bekannten letzten Aufschreie in den Wänden eingeritzt gefunden.

Ich bin immer ganz besonders vorsichtig gewesen bei Schilderung der Vorgänge in der Mordgarage, damit die edlen Herren in Pankow mir keine Irrtümer oder Verzerrungen vorwerfen konnten. Nun müssen wir befürchten, daß man mir mit Vorwürfen kommen wird.

So dankbar ich Dir auch bin, daß Du immer wieder auf meine Forschungsarbeit zu sprechen kommst, würde es sich doch empfehlen, wenn Du hinfort nur absolut einwandfreie Artikel darüber bringen würdest. Zwar geht es mir gerade heute wieder hundsmiserabel, aber ich hoffe immer noch, einmal wieder zum Aufatmen zu kommen. Dann suche ich Dir aus bereits in Berlin erschienenen Artikeln von mir Passedes heraus, Was dann hoffentlich Deinen Beifall finden kann.

Etwas sehr alarmierendes konnte man im letzten SPIEGEL über den früheren Oberbürgermeister von Essen Heinz Renner lesen; Papa Löbe hatte mir ans Herz gelegt, gerade ihn als durchaus anständigen Mann nicht zu vergessen. Ein böses Zeichen ! Hoffentlich wird wenigstens Lautz seine fette Pension weiter bekommen !

Aber nun muß ich notgedrungen einen Punkt machen. Lasse mich schließen mit herzlichen Grüßen und Festtagswünschen für die ganze Familie Ibach. Meine Frau schließt sich an.

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-1/1

BUND DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES (BVN)
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN e.V.
DÜSSELDORF, INDUSTRIEHAUS, AM WEHRHAHN 96 - ZIMMER 415-16

Postscheckkonto Essen 54509
Telefon 29410

Düsseldorf, den 19.Mai 1959

Herrn
Walter Hammer

H a m b u r g 39

Veerstücken 9

Lieber Walter!

Der von Dir beanstandete Artikel über Deine Forschungsarbeit (veröffentlicht im Mai-Heft von FREIHEIT UND RECHT) ist mir vor einiger Zeit von Dir selbst zugesandt worden und stammt wohl ursprünglich von einer Veröffentlichung in einer Hamburger Zeitung. Die von Dir gelegentlich übersandten Zeitungsausschnitte sehe ich als von Dir geprüft und sanktioniert an. So war ich auch hier des guten Glaubens, dass dieser Artikel - nachdem er durch Deine Hände gegangen war - in der vorliegenden Form von Dir nicht beanstandet worden war.
Du willst bitte hieraus mein tiefes Vertrauen zu Dir ersehen - dass ich von Dir übermitteltes bedrucktes Papier unbesehen übernehme und zum Abdruck bringe.
Mit den Büchern hat es also noch einmal geklappt - ich habe 10 Exemplare erhalten, womit ich sehr haushälterisch, wenn nicht sogar geizig, umgehen werde.
Dagegen habe ich mit meiner 20.Juli-Veranstaltung ein wenig Kummer. Zwar haben Ministerpräsident Dr.Meyers und Oberbürgermeister Glock die Schirmherrschaft übernommen und Prof.Abendroth hat endgültig zugesagt - wohingegen von Prof.Böhm nur eine halbe Zusage vorliegt und Rudolf Pechel wegen Krankheit heute völlig abgesagt hat.
An wen soll ich mich jetzt als Ersatz wenden?

Mit den allerbesten Grüssen
bin ich Dein

Karl Ibach

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-112

22. Mai 1959

Herrn
Stadtrat Karl Ibach
Wuppertal - Barmen
Kleine Hakenstrasse 12

Lieber Karl !

Dank für Deinen Brief vom 19. Mai, den ich sogleich beantworten will, obwohl wieder tolle Tage hinter mir liegen. Am 1. und 2. Pfingsttag haben wir uns telefonisch an einige 15 bis 20 Ärzte gewandt - alles vergebens. In unserer Not kamen dann Polizeiärzte zu Hilfe. Ich kippte immer um und konnte nicht mehr auf den Füßen stehen, auch versagte der linke Arm ganz. Immerhin aber hoffe ich, nun doch noch 71 zu werden, was ich kaum noch für möglich gehalten habe. Aber ich bin nun einmal ein zähes vegetarisches Beefsteak.

Hoffentlich hast Du mich nicht mißverstanden. Ich wollte Dich nicht schulmeistern. Wieder einmal hast Du es natürlich sehr gut mit mir gemeint. Aber keineswegs halte ich all die hundert und mehr Artikel, die so laufend über mich erscheinen, für richtig und gut. Woher sollte ich Kraft und Zeit nehmen, alles Gedruckte zu korrigieren. Ich hatte auch nicht geahnt, daß Du mir wieder einmal Raum opfern wolltest. Wenn Du es mal wieder gut mit mir meinst und etwas brauchst, will ich gerne Rat zu schaffen versuchen.

Du bist ja nun auch noch an die zehn Parlamentarierbücher gekommen. Weitere werden sich nun nicht mehr herbeizaubern lassen. Letzter Tage hatte ich von Hanna Bertholet vom Frankfurter Verlag Besuch. In unserem

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Gespräch ergab sich, daß allenfalls noch einige beschädigte Exemplare von der ersten Auflage des Parlamentarierbuches zurück gerufen werden könnten, aber die kämen dann bloß noch für Bibliotheken in Betracht, die solche Bücher dann aufarbeiten könnten.

Daß Rudolf Pechel hat absagen müssen, beunruhigt mich sehr. Gut, daß Du mit Wolfgang Abendroth nun rechnen darfst. Aber Du mußt Dich jetzt als geschickter Diplomat erneut beweisen. Vom zweiten Redner wird man erwarten, daß er zum mindesten Katholik ist, weshalb Professor Böhm entbehrlich wäre, wenn er auch CDU-Größe und Schwiegersohn von Ricarda Huch ist.

In meinem vorletzten Brief hatte ich Dir ja eine Menge hervorragender Leute genannt, die wohl berufen gewesen wären, mal etwas ganz Neues über das alte Thema zu sagen. Greife auf diesen Brief doch bitte noch einmal zurück (und vergiß bitte nicht, mir die vier Artikel zurückzuschicken, die ich XXX damals noch folgen ließ).

Eine besonders glückliche Lösung würde sich ergeben, wenn es Dir gelänge, Prälat Dr.h.c. Peter Buchholz zu gewinnen (Bonn, Hausdorffstrasse 25), der die Hörer immer wieder zu erschüttern weiß, wenn er über Plötzensee berichtet. Du kannst Dich gerne auf mich berufen; er war auch schon hier in meinem Archiv.

Ein Katholik, der ebenfalls einen guten Ruf genießt, ist Amtsdirektor Franz Ballhorn, Nattuln bei Münster i.W., mit dem ich lange in Sachsenhausen zusammen war und der mich kürzlich hier besucht hat, als er an einer Sitzung des Rundfunkrates teilnahm. Versuche es doch einmal, Dich mit ihm sachte zu verständigen. Vielleicht kämest Du derart zu einer harmonischen Lösung.

Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus
verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-113

BUND DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES (BVN)
LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN e.V.
DÜSSELDORF, INDUSTRIEHAUS, AM WEHRHAHN 96 · ZIMMER 415-16

Postscheckkonto Essen 5 43 09
Telefon 2 94 10

Düsseldorf, den 21./9. 1961

Lieber Walter!

Leider kommen die Berliner – wie zu befürchten war – mit neuen bürokratischen Vorstellungen.

Kannst Du Dich noch einmal – unter Hilfe Deiner lieben Frau – zu einer Darstellung aufraffen, die den Anforderungen des beigefügten Schreiben nachkommt?!

Gerne höre ich wieder von Dir.

Mit den besten Grüssen an Dich und Deine liebe Frau bin ich Euer

Karl Ibach

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-MAU

Abschrift

Entschädigungsamt Berlin

Gesch.Z.: III 2 d 3 RegNr. 41 027
(Bitte bei Antwort angeben)

Berlin W 35, 19.Sept.61
Potsdamerstr. 182 Zi.357
Fernruf 7105 11,App.564

Herrn
Karl Ibach
Bund der Verfolgten
des Naziregimes (BVN)

Düsseldorf
Industriehaus
Am Wehrhahn 96

Betr.: Entschädigungssache Walter Hösterey (gen.Hammer)
bzw. Firma Fackelreiter-Verlag GmbH

Bei Prüfung des Körperschaftsanspruchs der Firma Fackelreiter-Verlag GmbH,Berlin, für deren Bearbeitung wir zuständig sind, wurde festgestellt, daß amtliche Unterlagen über den Wert des Inventars und Mobiliars der Firma bisher nicht zur Akte Walter Hösterey eingereicht wurden.

Wir möchten Sie daher höflichst bitten, Art und Umfang des Verlustes mengen-und wertmäßig genau zu spezifizieren, nach Möglichkeit unter Beifügung amtlicher Unterlagen und ggfs. eidesstattlicher Zeugenerklärungen. Vielleicht kann auch die damalige stellvertretende Geschäftsführerin, Fräulein Erna Schulz,zweckdienliche Angaben machen.

Für umgehende Antwort wären wir Ihnen verbunden.

Im Auftrage
gez. Dr. Timler

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-A15

27.September 1961

Herrn
Karl Ibach
Düsseldorf
Am Wehrhahn 96
BVN

Lieber Karl!

Hab herzlichen Dank für Deinen Brief vom 21.September, dem Du den Bescheid des Berliner Entschädigungsamtes vom 19. dieses Monats beifügtest (diesen Brief aus Berlin haben wir uns abgeschrieben; das Original falte ich heute bei).

Leider argwöhnst Du zutreffend, daß es über meine Kraft geht, mich in diesen Komplex nochmals hineinzuknieen. Es geht mir dermaßen schlecht, daß die Ärzte auch keinen Rat mehr schaffen können. Die Nächte sind voller Qual und Geschrei; wenn es dämmert, freue ich mich, noch einmal einen Tag gewonnen zu haben. Aber vergebens bemühe ich mich dann darum, wenigstens die wichtigsten der mich umlagernden Papiere brauchbar zu erledigen. Immer nehme ich einen kühnen Anlauf, bleibe aber sehr schnell stecken, was mich dann noch zusätzlich entmutigt.

Wenn Herr Dr. Timler seinen Brief mit dem Satz schließt: "Für umgehende Antwort wären wir Ihnen sehr verbunden", so darf man daraus vielleicht schließen, daß es in Berlin wirklich nicht an gutem Willen fehlt. Aber wie kann man den Anforderungen gerecht werden, die hier gestellt werden? Vielleicht liegt unser Fall doch nicht ganz aussichtslos?

Wenn ich nicht irre, sind von Düsseldorf alle zur Sache gehörenden Papiere mit nach Berlin geschickt worden. Ich denke an die zahlreichen Gutachten, die

Institut für Stadtgeschichte - Archiv

den uns zugefügten Schaden ziemlich übereinstimmend mit ca. 120.000.- RM beziffert haben. Amtliche Unterlagen waren naturgemäß nicht mehr zu beschaffen, denn im Frühjahr 1933 ging man auf gründliche Vernichtung des politischen Gegners aus.

Über den Wert der uns damals vernichteten Bücher dürften doch wohl hinreichende Daten genannt und von Sachverständigen bestätigt worden sein. Die Bücher lagerten keineswegs alle bei uns in der Bleibtreustrasse 12, befanden sich vielmehr in Leipzig (bei unserem Kommissionär, in Buchdruckereien und Buchbindereien), aber auch im Buchhandel, sowohl innerhalb Deutschlands als auch im Ausland (allerdings nur geringfügig, in der Schweiz, in Oesterreich, in Amsterdam, in Prag).

Genaue Angaben über das Mobiliar des Fackelreiter-Verlages lassen sich heute nicht mehr machen. Unser Domizil war damals in der 4. Etage des Hauses Bleibtreustrasse 12 (das Haus ist nicht völlig zerstört worden; am Umfang unserer Verlagsräume ließe sich in etwa der Wert des Mobilars ermessen; die vier größten Räume wurden vom Verlag in Anspruch genommen; einige der Angestellten wohnten damals mit auf dieser großen Etage). Was alles zum Mobiliar gehört hat, läßt sich in etwa abschätzen: Schreibtische, Bücherschränke, Geld-und Dokumentenschrank, Regale, Hausdruckerei udgl. Aber es wäre mir durchaus recht, wenn man all diese Dinge überhaupt nicht mit in Rechnung stellen würde. Der größte Verlust wurde uns dadurch zugefügt, daß der über die Grenze hinaus anerkannt gute Ruf des Fackelreiter-Verlages mit einem Schlag ruiniert wurde. Immerhin hatten wir es auf mehr als 50 fremdsprachige Ausgaben unserer Verlagswerke gebracht. Darüber hinaus liefen noch vielverheißende Verhandlungen mit dem Auslande. Alles nahm sein Ende. Es würde vollauf genügen, wenn diese Schädigung entsprechend gewürdigt werden könnte. Aber - wie gesagt - derartiges heute stilge-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/82-116

27. September 1961

recht durchzufechten, geht über meine Kraft. Wie beurteilst Du die Situation? Daß Fräulein Erna Schulz seit 1957 meine Frau ist, weißt Du ja. Sie könnte nötigenfalls alles bisher schon Vorgebrachte bestätigen, ebenfalls eine Haushälterin, Fräulein Martha Pielke, die seit 1924 bis zur Katastrophe im Jahre 1933 für den Verlag mit gesorgt hat und uns auch heute noch treu zur Seite steht.

Lasse bitte bald mal wieder von Dir hören.

Mit den besten Grüßen von Haus zu Haus verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 106/32-117

6. Oktober 1961

Lieber Karl Ibach!

Greife doch bitte noch einmal zurück auf meinen Brief vom 27. vorigen Monats, aus dem Du wahrscheinlich nur mit einiger Mühe hast schlau werden können. Hoffentlich brauche ich Dich nicht vergebens um Entschuldigung zu bitten.

Es sieht mit mir verzweifelt schlecht aus, weshalb ich nicht weiß, ob sich weitere Bemühungen in Richtung auf Berlin überhaupt noch rechtfertigen lassen. Das muß ich ganz Dir überlassen.

Da die Nazis bei ihrer "Nationalen Erhebung" ganze Arbeit geleistet haben, beschränkten sie sich nicht darauf, unsere Bücher zu vernichten. Auch alle brauchbaren Geschäftspapiere gingen damals drauf. Was an kleinen Resten noch übriggelassen wurde, ging dann im Bombenkrieg noch drauf. Wie sollen da amtliche Unterlagen heute noch beizubringen sein?

Erinnere ich mich recht, dann habe ich seinerzeit nach Düsseldorf eine ganze Anzahl Gutachten mit zu den Akten gegeben, wesentliche Aussagen von namhaften Buchhändlern, von Autoren und Druckern und von Augenzeugen (u.a. Martin Plat und Erich Lüth), die ziemlich übereinstimmend den Wert der vernichteten Bücher mit ca. 120.000.- Mark bezifferten.

Der Wert des Mobiliars tritt dahinter weit zurück, weshalb ich einverstanden wäre, wenn bei einem etwaigen Vergleich diese Posten ganz unberücksichtigt blieben. Immerhin hatten wir unweit des Kurfürstendamms eine große Etage, in der rund um das sog. Berliner Zimmer der Verlag untergebracht war. Irrtümlich habe ich

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

in meinem vorigen Brief gesagt, daß unser Haus in der Bleibtreustrasse die Hausnummer 12 getragen habe. Da muß ich berichtigen: unser Haus, worin unten ein ein Künstlerlokal "Bei Henry Bender" untergebracht war, hatte die Hausnummer 33. Ich glaube, daß unsere Etage noch heute zugänglich ist. Doch wird es einer solchen Lokalbesichtigung wohl nicht bedürfen. Der größte Schaden jedoch wurde dem Fackelreiter-Verlag dadurch zugefügt, daß er seine Verbindung mit ausländischen Verlegern abbrechen mußte, die fremdsprachige Ausgaben seiner Verlagswerke (es waren über fünfzig!) herausgebracht hatten, oder zu veröffentlichen planten. Aber das habe ich ja schon in meinem Brief vom 27. September betont.

Überlege es Dir doch bitte einmal, ob es nicht pure Kraftvergeudung wäre, der Sache noch heute nachzugehen. Wäre ich noch einigermaßen gesund, dann hätte man drüben in Berlin sicher noch einige weitere Gewährsleute für eine Unterstützung meiner Anträge gewinnen können. Daß ich an Senator Dr. Hertz schon einmal geschrieben habe, weißt Du ja. Erinnere ich mich recht, dann schickte ich Dir Durchschlag des ihm zugedachten Briefes schon einmal mit.

Aber nun wird es Zeit, daß ich abbreche. Ohnehin kann es nicht ausbleiben, daß ich Dir mit meinen Briefen jetzt böse auf die Nerven falle. Grolle mir deswegen bitte nicht.

Herzliche Grüße von Haus zu Haus!

Dein

Institut für Zeitungsforschung - Archiv

ED-106/52-118

6. Oktober 1961

Lieber Karl Ibach!

Eben schon erreichte mich Euer Oktober-Heft. Es ist wieder recht gut und vielseitig aufgemacht, doch muß ich unbedingt doppelten Widerspruch anmelden. Leider bin ich nicht imstande, mit einem kleinen Artikel zu protestieren, weil mir dazu die Kraft fehlt. So muß ich mich darauf beschränken, brieflich einiges zu sagen:

1.) Karl O.Paetels kleines Buch, von Werner Helwig in der WELT ungebührlich schonend behandelt, sieht die Dinge aus nationalbolschewistischer Sicht. Wir waren in den zwanziger Jahren entschiedene Antipoden. Er war in der "Systemzeit" maßloser Gegner des Staates von Weimar. Er konnte es sich nicht verkneifen, meine Arbeit auf Seite 38 mit ein paar dummen Bemerkungen herabzuwürdigen. Ich erinnere mich noch, daß er von einer Redaktion in die andere wanderte; kaum, daß er ein oder zwei Hefte zusammengebaut hatte, wurde er wegen seiner borniierten Rechthaberei und seines extremen Nationalismus wieder abgesägt. K.O.P. ist alles andere als ein "Kronzeuge der Jugendbewegung".

2.) Den neuen Hitlerfilm kann ich ja leider nicht sehen. Wohl aber liegt mir das Buch vor, welches im Desch-Verlag erschienen ist. Ein ganz übles kommunistisches Machwerk. Robert Neumann und Helga Koppel züchten damit geradezu Antisemitismus. Sie haben alles aus VVN-Sicht geschildert. Frau Koppel benutzte Bilder der VVN - Hamburg. Während ich im Parlamentarierbuch nachgewiesen habe, daß weit mehr Sozialdemokraten zu leiden gehabt haben, als Kommunisten, findet man im

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Buch von Frau Koppel nur kommunistische Politiker gewürdigt. Mit einer einzigen Ausnahme, dem gräßlichen Bild nach einer Fotografie von Julius Leber. Im übrigen hat man zurückgegriffen auf die ältesten Mottenkisten, auf jenes fragwürdige Material, was 1945/46 in Ostberlin ausgebrütet worden ist. Dr. Helmut Heiber wird es sehr bedauern, daß sein Name mit diesem üblen Schmöker verknüpft ist. Sieh Dir nur einmal das Bild auf Seite 224 (unten) an. Man möchte diesem Lümmel ohrfeigen, der sich da als "Befreiter Kazetthäftling" in Szene gesetzt hat. Wer wirklich im Kazett war, ist empört und verletzt. Dieses tolle Bild erschien zuerst vor etlichen Jahren in einem Buchenwald-Bilderbuch. Weder Frau Koppel, noch Robert Neumann waren hinreichend legitimiert, zu einer so schwierigen Aufgabe. Da lobe ich mir doch das Dokumentarwerk "Der gelbe Stern" von Gerhard Schoenberner, welches ja erst kürzlich erschienen ist. Dieser Autor hat seine Grenzen gekannt und maßte sich nicht an, über die Konzentrationslager und den Widerstand überhaupt absolut Unzulängliches zu produzieren. Sieh Dir das Machwerk des Desch-Verlages daraufhin doch bitte noch einmal an. Wenn wir uns gegen derlei nicht mit scharfer Kritik wenden und derartige Zerrbilder des wirklichen Geschehens nicht ablehnen, dann war alles redliche Bemühen um ein einwandfreies Geschichtsbild vergebens. Du weißt ja, daß ich mich größter Gewissenhaftigkeit befleißigt habe. Aber nun frage ich mich angesichts aller Geschichtsverfälschung, ob nicht meine Lebensarbeit umsonst gewesen ist.

Es ist armseliges Stottern, was ich zu dieser Frage noch zu sagen gewagt habe. Nimm mir das bitte nicht übel.

Mit herzlichen Grüßen und Wünschen, natürlich auch für Frau Erika und Karli, verbleibe ich

Dein

P.S. "Tante Hammer" schließt sich natürlich den Grüßen und Wünschen an.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-119

27. Juli 1964.

H/G.

Herrn
Karl Ibach
56 Wuppertal - Barmen
Müggenburg 60

Lieber Karl !

Es sah in den letzten Tagen ganz schlimm mit mir aus. So erklärt sich mein langes Schweigen. Vergebens hatte ich Dich gestern und vorgestern telefonisch zu erreichen versucht. Nun will ich heute versuchen, ein paar (hoffentlich lesbare und verständliche) Worte in die Maschine zu diktieren. Fluche bitte nicht, wenn Ausdruck und Stil anfechtbar sind. Und verarge es mir nicht, wenn ich kein Blatt vor den Mund nehme, denn ich muß gestehen, daß ich beinahe wutgeladen bin.

Als ich Eure Feier im Rundfunk wahrnehmen wollte, war es nötig die Ärzte um Hilfe zu rufen, einer hielt von 9 bis 10 Uhr abends bei mir aus, weshalb ich nur wenig aus Bonn mitbekam. Aber ich hörte noch gerade, daß Nahm (ich glaube er ist Katholik ?) die Kräfte der Hitlerabwehr als "Widerständler" vermiedlichte, was ich empörend fand.

Die acht Bilder, die ich Dir überlassen hatte, werden sicher guten Eindruck gemacht haben, allerdings wäre es richtig gewesen, bei allen acht klein zu vermerken:" Archiv Walter Hammer", denn nur so hätte man es verhüten können, sie unbefugt nachgedruckt zu finden. Mittlerweile habe ich weit über 300 Zeitungsausschnitte über den 20. Juli aus aller Welt geliefert bekommen; so ausgezeichnet gute Bilder wie bei Dir fand ich nirgend sonst.

Aber nun kommt das, was mich zutiefst betrübt hat: Der Artikel von Johannes Grohmann wirkt wie ein Hohn auf all meine bisherige Arbeit durch immerhin anderthalb Jahrzehnte. Ist er katholischer Geistlicher ? Mit meinem

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

alten Freund Hans Grohmann in Duisburg, nach dem Du mich vor Jahren einmal erfolgreich hast rundfragen lassen, ist er wohl nicht verwandt. Nun also hat er die Bilderbücher von Annedore Leber lobpreisen dürfen, diese abscheulichen Machwerke, die alle Leute von Geschmack als die schlimmste Fehlleistung der Widerstandsliteratur abgelehnt haben. Ohne die doch eigentlich selbverständliche Quellenangabe operiert er dann auf Seite 11 mit jenen mühselig und gewissenhaft erarbeiteten Daten, die ich Weisenborn für seinen "Lautlosen Aufstand" überlassen hatte. Natürlich finde ich das ausgesprochen schäbig. Was aber will angesichts der eben erwähnten Zahlen der Satz bedeuten:" Hinrichtungsstätten waren Brandenburg und Plötzensee"? Schlage doch bitte einmal nach im rororo Band 507/508, die Seiten 239 bis 242. Und dann taucht die nichtssagende dumme Zahl 4980 auf, gegen die ich von jeher ebenso zähe ankämpfte wie gegen den sog. "SS-Bericht".

Aber seit wann gibt es in dem vorzüglichen Buch von Eberhard Zeller Bildnisse, von denen auf den Seiten 12/13 die Rede ~~xxx~~ kommt. Sehr peinlich ist es für mich, daß Grohmann zum Schluß noch meine nur geringfügige Mitarbeit an dem dicken Band mit Abschiedsbriefen hervorhebt. Ich kam mir ausgesprochen verhöhnt vor und stellte zu meinem herzlichen Bedauern fest, daß Dein prächtiges Blatt nun ganz den Katholiken zu Diensten steht, bei denen es ja jetzt auch in Münster gedruckt wird. Unter diesen Umständen bitte ich Dich, hinfort meinen Namen in Deinen Blättern nicht mehr zu erwähnen. Ich sage das ohne persönliche Schärfe, denn Du darfst mir glauben, daß ich mich Dir und Deiner Familie auch weiterhin herzlich verbunden fühle.

Lasse mich nur noch eben zwei ärgerliche Fehler verbessern: unter dem Bild von Stauffenberg muß es heißen: "Claus Graf Schenk von Stauffenberg. Und auf Seite 33 schreibt sich der folgende Name richtig: Henning von ~~Treskow~~ Tresckow.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/182-120

Was ich diesem Brief habe anvertrauen müssen, bleibt natürlich ganz unter uns, nicht wahr ? Immerhin bin ich von Haus her Protestant, wurde vom Vater Martin Niemöllers, der als Vorsitzender des Gustav- Adolf-Vereins ein richtiger lutherischer Dickkopf war und dazu ein scharfer Anti-Ultramontanist war, 1903 konfirmiert; als er 1935 meine Mutter beerdigte, war ich schon in Kopenhagen, doch brachte der alte Pastor Niemöller den Mut auf, meiner am Grabe zu gedenken. Er genoß später den Vorzug, seinen Sohn Martin bisweilen in Sachsenhausen sprechen zu dürfen, der ursprünglich ein krasser Nationalist war, mit dem ich aber dann später weitgehend harmonierte. Aber damit sage ich Dir ja wohl nichts Neues.

Mein Gesundheitszustand hat sich neuerdings sehr verschlimmert. Zu allem Überfluß haben sich nun auch noch starke innere Blutungen eingestellt, (in der Gegend des Sigma, herrührend von diesen verflixten Devertikeln.). Mehr denn je bin ich mit aller Arbeit schachmatt gesetzt. Ein Glück bloß, daß es mir noch möglich gewesen ist, meinen reichen Nachlaß der zeitgeschichtlichen Forschung zu erhalten. Ich wäre Dir dankbar, wenn Du dazu später auch noch einiges beitragen könntest - ehe nun vielleicht auch Du noch katholisch geworden bist.

Dir, der lieben Frau Erika und dem Karli recht herzliche Grüße und Wünsche, denen sich natürlich auch meine Frau anschliessen würde, wenn sie nicht Besorgungen zu machen hätte und heute nicht hier ist.

Alles Gute !

Stets Dein

P.S. Heike den Willi E. bitte nicht in diesen Konflikt ein, doch grüße ihn bitte recht schön von mir.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/82-121

Widerstand als historische Pflicht.

Gedanken zu einem neuen Buch.

Karl Ibach

Verzeichnen wir zuvor die bibliographischen Fakten :
In diesen Tagen erschien beim Rowohlt-Verlag in Hamburg ein Buch " Der lautlose Aufstand ", der Untertitel lautet " Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933 - 1945 ". Das Werk entstand nach dem Material von Ricarda Huch und wurde herausgegeben von Günther Weisenborn unter Mitarbeit von Walter Hammer und Guntram Prüfer, 348 Seiten, in Ganzleinen, Preis DM 16,8o.

Der deutsche Widerstand gegen die Nazidiktatur ist eine - wenn auch noch immer nicht im verdienten Umfange anerkannte - geschichtliche Tatsache. Kein ernsthafter Geschichtsforscher wird an dieser Tatsache ohne Vermerk vorbeigehen können, trotzdem mancherlei Bemühungen von den verschiedensten Seiten unternommen worden sind, um den wahren Sachverhalt zu verdecken. Dass dieses von nationalsozialistischen Epigonen zwecks posthumer Rechtfertigung der gefallenen Götzen versucht wird, ist nicht weiter erstaunlich. Verwunderlicher demgegenüber sind schon die diesbezüglichen Bemühungen der Alliierten, die nach ihrem Sieg 1945 versuchten, möglichst alle Zeugnisse des deutschen Widerstandes verschwinden zu lassen oder in ihren Archiven zu vergraben.

Man befürchtete vielleicht, dass der Nachweis eines ernsthaften Widerstandes gegen Hitler im deutschen Volke selbst den Glanz des alliierten Sieges beeinträchtigen könnte. Wahrscheinlich spielte dabei auch etwas Schuldgefühl gegenüber den namenlosen Illegalen eine Rolle, die nie vergessen können, dass 1933/34 wohl zwar englische Flieger von der nahen holländischen Grenze kommend die Lager Esterwegen, Börgermoor und Neu-Sustrum in niedriger Höhe überflogen und Aufnahmen machten, währenddem jedoch die Staatsmänner die

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 106/32-128

bluttriefenden Hände Hitler's schüttelten.

Obwohl damals die SS-Lagerposten ihre Karabiner auf die niedrigfliegenden Flugzeuge abschossen, entkamen diese und ihre dokumentarischen Aufnahmen der Greuel in den Lägern konnten der Welt zur Kenntnis gebracht werden. Auch durch Emigranten, entflohenen Lagerinsassen und vermittels vieler anderer Nachrichtenkanäle wurde dem Ausland Kunde von dem, was insgeheim in Deutschland geschah. Trotzdem wurden die besten Beziehungen gepflogen, bis zu dem Augenblick, wo das gefräßige Ungeheuer die anderen Mächte selbst anfiel.

Aus geschichtlicher Sicht war der Kreuzzug der Verteidiger der Demokratie westlicher und stalinistischer Observanz ein Akt der Selbstverteidigung.

Demgegenüber handelten die deutschen Widerstandskämpfer gegen die Nazityrannei ausschliesslich unter einem sittlichen, politischen oder religiösen Gebot. Das Motiv ihres Handelns war eine Forderung ihres eigenen Gewissens, denn niemand konnte ihnen den Widerstand befehlen.

So führten sie vonvornherein einen Kampf in grosser Einsamkeit. Der totalitäre Staat mit seiner erdrückenden Polizeimaschinerie drängte ihnen die Gesetze der Illegalität und Konspiration auf. So entstand ein Dschungel unheimlichen Ausmasses. Der Kampf wurde mit einer derartigen Erbitterung und Erbarmungslosigkeit geführt, dass dagegen die berühmt-berüchtigsten Terrorsysteme vergangener Diktaturen schemenhaft verblassen. Die mit einem fast legendären Nimbus umwobene sibirische Verbannung unter dem Zarismus erscheint wie ein kräftigender Ferienaufenthalt gegenüber den nationalsozialistischen Konzentrationslägern. Die Verfolgungen unter dem bismarck'schen Sozialistengesetz verharmlosen gegenüber den Gestapo-Folterhöllen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 106/132-133

Der in der Dunkelheit und Anonymität der Untergrundbewegung arbeitende Widerstandskämpfer konnte auf keine Hilfe vom Ausland oder von anderen Mächten hoffen. Er war im wesentlichen auf sich allein gestellt. Ihn erwarteten nicht nach heissem Kampf Anerkennung und Auszeichnung. Er hatte nur wenige Mitstreiter in seinem Gesichtskreis, denn die Gesetze des Untergrunds sind hart und eine zu grosse Zahl von Mitwissern rächte sich immer bald durch Verrat und Massenverhaftung.

Es ist süss für's Vaterland zu sterben. Wer im offenen Kampf fällt hat die Gewissheit, dass ihm Kränze des Ruhmes gewunden werden. Den verwundeten Kämpfer erwarten Blumen und pflegende Frauenhände.

Dagegen musste der Illegale jederzeit gewärtig sein, wie ein toller Hund erschlagen und in dunkler Nacht verscharrt oder mit einem Stein am Halse in einem Fluss versenkt zu werden. Selbst sein Andenken wurde mit Beschimpfungen verschmutzt.

Dass unter diesen Umständen doch Männer und Frauen aller Schichten des deutschen Volkes einen heftigen Widerstand geleistet haben und einen unerbittlichen Kleinkrieg gegen die Hitlertyrannei führten, ist eines der heroischsten Kapitel der Geschichte. Über das weitere Ausmass dieses Widerstandes, durch den über eine Million bester deutscher Menschen erfasst wurde, gibt das vorliegende Buch sachlichen Aufschluss.

Die entnervenden mörderischen Bedingungen des Untergrundkrieges machten den deutschen Widerstand zu einem geschichtlichen Phänomen. Sicherlich ist auch bei den anderen von Hitler unterjochten Völkern Heldenhaftes im Abwehrkampf geleistet worden. Hier handelt es sich jedoch um den Kampf gegen einen fremden Eindringling und Unterdrücker,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/82-1124

Ausser einigen verabscheuungswürdigen Quislingen standen die gesamte Bevölkerung den aktiven Widerstandskämpfern, zumindest mit heimlicher Sympathie, zur Seite.

Der deutsche Hitlergegner stand meistens vereinsamt dem übermächtigen, permanenten, propagandistischen Druck des Nationalsozialismus gegenüber. Dem Gesinnungsfreund, der möglicherweise - unerkannt - direkt zur Seite stand, musste er zwangsläufig misstrauen. Täglich und stündlich wälzte sich die aufdringliche Propaganda über ihn. Der Gegner war im Besitze der Menschen, der Seelen und aller nur denkbaren Argumente. Musste sich demgegenüber der Einzelne nicht wie ein hoffnungsloser Anachronist vorkommen ? Alle Argumente, die er der organisierten Lüge und Massenhysterie entgegen-setzen konnte, musste er aus seinem Innern hervorholen, denn er konnte nur selten aufmunternde, stärkende Gespräche mit Gesinnungsfreunden führen und noch viel weniger hatte er eine Zeitung oder einen Rundfunk, die ihn mit geistiger Stärkung versahen.

Die gesprochene Zeitung (unter der Hand) erhielt eine unschätzbare Bedeutung. Noch nicht verbotene Dichter bekamen einen neuen ungeahnten Wert. Wieviel Kraft liess sich doch aus einer Lektüre von Goethes " Egmont " oder Schiller's " Tell " ziehen. Die schon etwas verstaubten Klassiker kamen zu neuer aktueller Bedeutung.

Die heimlich verbreitete Nachricht von dem Verbot einer " Don Carlos" Aufführung, in der der Schauspieler das " Geben sie Gedankenfreiheit, Sire !" mit allzudeutlicher Betonung ausgerufen hatte, wurde mehr beachtet, als später die lautesten Sieges-Sondermeldungen des OKW.

Alles erschien aber wie eine Sysiphus-Arbeit, denn eine Erschütterung des Staatskolosses war kaum denkbar. Wenn trotzdem die unglaublichsten Opfer gebracht wurden, so waren die Taten um Deutschland

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-215

und die Menschheit, die erst von späteren Generationen richtig gewürdigt werden können. Heute ist das Bewusstsein für geschichtliches Denken noch zu sehr verschüttet und bei den meisten Deutschen durch subjektive Mitschuldgefühle zu stark überlagert, als dass der Antinazistische Widerstand seine gerechte Würdigung finden könnte.

Unzweifelhaft steht aber fest, dass das deutsche Volk durch den mutigen Einsatz dieser Männer und Frauen von dem Vorwurf der Kollektivschuld befreit werden kann. Der deutsche Widerstand hielt die humanitären, freiheitlichen Traditionen unserer Vergangenheit aufrecht und kann somit in eine ehrenvollere Zukunft überleiten.

Die in dem verdienstvollen Buch " Der lautlose Aufstand " zusammengetragenen Materialien können keinen lückenlosen Überblick bieten. Dafür sind noch zu viele Quellen verstopft und noch nicht genügend Sammlungsarbeit geleistet. Trotzdem ist das Buch eine ausserordentlich lobenswerte Tat. Es ist ein unentbehrlicher Berater und Helfer für alle, die sich mit der Widerstandsbewegung beschäftigen wollen. Vor allen Dingen sollte es ein Lehrbuch für die deutsche Jugend sein.

Der wirkliche Umfang des lautlosen Kampfes gegen Hitler lässt sich heute noch nicht völlig übersehen und erfassen. Hier ist noch ein brachliegendes Gebiet für die ernsthafte Geschichtsforschung. Das besprochene Buch ist erst ein Anfang. Die Arbeit muss unter allen Umständen fortgesetzt und erweitert werden.

Es sollte in diesem Zusammenhang mit aller Energie und aller möglichen Sichtbarlichkeit die sofortige Errichtung eines " Instituts zur Erforschung der Widerstandsbewegung von 1933 - 1954 " gefordert werden. Zur Sicherung der wenigen und verstreuten dokumentarischen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/02-126

Unterlagen ist ein zentrales Archiv notwendig. Desgleichen müssten in einer Biblicthek alle literarischen Zeugnisse gesammelt werden. Mit wissenschaftlicher Gründlichkeit müssten alle Belege des Widerstandes erforscht und gesichtet werden. Das kann nur durch ein wissenschaftliches Forschungsinstitut geschehen, dessen Einrichtung und grosszügige Ausstattung eine unabweisbare politische und moralische Pflicht und Aufgabe der deutschen Bundesrepublik wäre.

Die Tragik des deutschen Widerstandes ist, dass er immer sporadisch blieb und nicht zu einem " lever en masse " führte. Dadurch wird aber die Opfertat seiner Träger und ihre geschichtliche Bedeutung in keiner Weise gemindert.

Das besprochene Buch soll in den nächsten Wochen in Fortsetzungen in der Zeitung " Das freie Wort " abgedruckt werden, um seinen Inhalt einem recht grossen Kreise zugänglich zu machen. Trotzdem empfehlen wir aber auch mit aller Wärme den Erwerb des Buches selbst. Es sollte in dem Hause eines jeden deutschen Menschen einen Ehrenplatz haben.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-127

Widerstandsforschung als wissenschaftliche Aufgabe.

Beinahe acht Jahre sind nunmehr seit dem Untergang der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vergangen. Neue gewaltige Ereignisse haben sich seitdem abgespielt und die Herzen der Menschen erschüttert. Damit droht die Erinnerung an die Nazityrannei und alle damit zusammenhängenden geschichtlichen Bewegungen zu verblassen. Ausser der schmachvollen Willkürherrschaft Hitler's und seiner Trabanten birgt jene Zeit aber auch Grosstaten menschlichen Opfer- und Widerstandgeistes, die unbedingt der Nachwelt überliefert werden müssen.

Der deutsche Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime ist ein geschichtlich bedeutsames Ereignis, das einer tiefschürfenden Untersuchung und seiner gerechten Würdigung noch harrt.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches gab es in den ersten Jahren eine Schwemme von Erlebnisliteratur, in der die Unterdrückten und Verfolgten durch Berichte ihres eigenen Schicksals versuchten, ihre aufwühlenden Empfindungen und Erlebnisse abzureagieren. Es entstand dazumal eine besondere Gattung, die kurz " KZ Literatur " genannt wurde.

Diese - notwendiger- und verständlicherweise - stark subjektiv betonte Literatur fand nach einem kurzen Run eine schockartige Reaktion und Abwehr in der Öffentlichkeit. Zum Teil handelten die Menschen dabei unbewusst unter dem seelischen Druck der gesamten Ereignisse der vergangenen Jahre und wollten nicht noch mehr durch krasse Erinnerungen belastet werden. Zum anderen Teil war diese Abwehr auch ein Produkt der Mitschuldgefühle an den Verbrechen Hitler's.

Heute gehen wir in eine Zeit über, die beginnt, genügend Abstand von jenen verhängnisvoll-schrecklichen Jahren zu gewinnen und die es gestattet, jene Epoche und ihre Ereignisse weniger leidenschaftlich zu beurteilen, sondern mit klarem Auge zu betrachten. Damit dürfte es möglich sein, den Standpunkt des sachlichen und unvoreingenommenen Historikers einzunehmen und von da aus die Begebenheiten geschichtlich-wissenschaftlich zu erkunden.

Die Zeit, die Erforschung und Geschichtsschreibung des deutschen Widerstandes auf breitester Front mit allen öffentlichen und privaten Mitteln und Möglichkeiten in Bewegung zu bringen, ist gekommen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-128

Historiker, Publizisten und Männer des Widerstandes selbst stehen damit vor der dankbaren, vielversprechenden Aufgabe, ein geschichtlich einmaliges und bedeutsames Ereignis literarisch-historiographisch in die Form zu fassen, in der es, als ein Denkmal höchsten Menschentums in dunkelster Zeit, der Mit- und Nachwelt überliefert werden kann.

Im Gegensatz zu den subjektiven Erlebnisberichten der erwähnten " KZ Literatur ", die gewöhnlich aus dem Blickfeld des Leidenden und Verfolgten geschrieben wurden, wird es jetzt darauf ankommen, jene Epoche aus dem Blickfeld des aktiven Widerstands- und Freiheitskämpfers zu schildern. Damit tritt das KZ mit allen in seinem Begriff enthaltenen Begleiterscheinungen in den Hintergrund und in den Vordergrund rückt der Kampf und die Tat.

Es kommt darauf an, die politische Bedeutung des Widerstandes herauszuarbeiten und in Verfolgung dieses Zieles alle nur erreichbaren Quellen zu erschliessen, bevor sie versiegen. Der Zahn der Zeit nagt auch hier und in einigen Jahren wird sicherlich nicht mehr so viel aufzuspüren sein, wie heute.

Zweifellos ist schon recht verdienstvolle Vorarbeit geleistet worden. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an Ernst Pechel's " Deutscher Widerstand " und an den " SS Staat " von Eugen Kogon, in welchem schon zu recht früher Zeit der Versuch unternommen wurde, über den persönlichen Erlebnisbericht hinaus zu einer psychologischen Deutung zu kommen. Erwähnungswert ist auch die Forschungsarbeit Walter Hammer's beim Forschungsinstitut in Brandenburg-Görden. Seine schon weit fortgeschrittene Arbeit wurde durch den brutalen Eingriff der SMD gestört, die " det Panoptikum " schliessen liess und Walter Hammer unter Hinterlassung seiner gesamten Arbeitsergebnisse zur Flucht zwang. Jetzt ist er dabei, aus Fragmenten seine Arbeit wieder zusammenzubauen. Ein weiterer beachtlicher Schritt war das kürzlich im Rowohlt-Verlag von Günther Weissenborn herausgegebene Buch " Der lautlose Aufstand ", das aber auch nur ein - wenn auch sehr erfreulicher - Teilversuch sein konnte.

Diese Arbeit in Angriff zu nehmen, dürfte in erster Linie Pflicht und Aufgabe der deutschen Bundesrepublik sein, die damit die Wurzeln ihres eigenen Daseins klarlegen könnte. Die Errichtung eines

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-129

" Wissenschaftlichen Institute zur Erforschung der deutschen Widerstandsbewegung ", seine grosszügige Ausstattung und Beschickung mit sachkundigen Mitarbeitern, wird ein Anlagekapital sein, das auf weite Sicht reiche politische Zinsen tragen kann.

Aber auch die grossen demokratischen Parteien und Organisationen sollten jene Bewegung nicht verleugnen, die ein Vorläufer ihrer eigenen heutigen staatspolitischen Wirkungsmöglichkeiten ist, und sich an dieser hohen Aufgabe beteiligen.

Vor allen Dingen sind die Organisationen der politisch, rassisch und religiös Verfolgten des Naziregimes zu diesem Werk berufen. Als die führende Kraft sollte es der BVN/BFR sich zur Pflicht machen, hier Pionierarbeit zu leisten. Die Einrichtung einer Forschungsabteilung beim BVN/BFR könnte bahnbrechend auf diesem Gebiet wirken und der Widerstandsforschung als eine ernsthafte wissenschaftliche Aufgabe die erforderliche Beachtung zu erringen helfen.

Karl Haas, 19./3. 1953

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-1001/62-1950

Der Widerstand als staatsbürgerliche und moralische Pflicht.

V o r t r a g

des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralverbandes demokratischer Widerstandskämpfer, K a r l I b a c h , auf einem staatsbürgerlichen Schulungs-Seminar der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Landesbezirk Schleswig-Holstein im Jugendhof auf dem Scheersberg.

Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Herren!

Mein Vortrag heute hier vor Ihnen steht unter einem mehrfachen Handicap. Erstens bin ich ja nur so etwas wie eine Notlösung, ein Ersatz anstelle unseres 1.Vorsitzenden, Herrn Unger aus Bonn, der gleichzeitig Präsident der internationalen Vereinigung der Widerstandskämpfer ist (Union de la Résistance Internationale) und der leider erkrankt ist und mich gebeten hat, Ihnen seine herzlichsten Grüße zu übermitteln.

Mein Vortrag steht unter dem weiteren Handicap, daß ich hier vor Ihnen sprechen soll im Rahmen der staatspolitischen Tagung vor und nach ausgezeichneten Rednern, - ich lese hier im Programm: Innenminister Dr. Lemke und Herrn Dr. Hessenauer haben Sie gestern gehört. Ich hatte selbst gestern ja noch Gelegenheit, Herrn Käber zu hören - ein routinierter Parlamentarier und Politiker - und dann noch in der Gegenwart Ihres ersten Vorsitzenden, Herrn Kuhlmann, ein mächtiger und einflußreicher Mann in der Bundesrepublik (Beifall), der kürzlich ja noch dem mächtigen Innenminister Dufhues erfolgreich die Stirn geboten hat. (starker Beifall)

Und zum weiteren steht mein Vortrag unter dem Handicap, daß es sich um ein sehr delikates, schwieriges Thema handelt, dessen Delikatesse noch dadurch erhöht wird, daß ich es vortragen soll vor einem Kreis von Polizeibeamten, von Menschen also, die aus ihrer Vorstellungswelt, aus ihrer beruflichen Aufgabe heraus geneigt sind, alles, was mit Widerstand verbunden ist, zunächst mit einer Gänsehaut zu-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ständlichen und berechtigten Zurückhaltung entgegenzunehmen.

Das Thema Widerstand und Polizei hat gewiß seine besondere Problematik, denn die Polizei ist ja zunächst dazu berufen, einem Widerstand entgegenzutreten, allerdings wie er sich darstellt in der primitiven, in der simplen Form, wie er Ihnen im Dienst wahrscheinlich ab und zu begegnet, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, gegen die Renitenz eines gesetzesbrechenden Staatsbürgers. Wir wollen aber das Thema Widerstand von einem größeren, historischen und politischen Gesichtspunkt aus betrachten. Widerstand nicht eines einzelnen Bürgers gegen die einschreitende Ordnungsmacht, sondern Widerstand des Staatsbürgers auch gegen die Staatsgewalt, wenn sie sich vom Wege des Rechtes und der Freiheit, der Demokratie, der Verfassung abgewendet hat. Und hier führen unsere Betrachtungen in das sehr heikle und schwierige komplexe Gebiet des Widerstandes bis zum Attentat auf das Staatsoberhaupt.
Ich bin mir also völlig der Delikatesse des Themas im allgemeinen, gleichgültig, in welchem Kreise man das berührt, bewußt, aber insbesondere im Kreise von Polizeibeamten.

Zunächst möchte ich einmal abgrenzen, was ich unter Widerstand verstehe, und zwar in ganz klarer Abgrenzung zu Opposition. Diese beiden Begriffe gehen oft und leicht ineinander über und es sind auch fließende Grenzen da. Ich möchte eben ganz klar zum Ausdruck bringen, daß das Thema Widerstand, wie ich es behandeln möchte, nichts mit Opposition zu tun hat, wie wir sie in einem demokratischen Rechtsstaat, in dem wir leben, täglich erleben und wie es die Pflicht jeder Oppositionspartei in einem demokratischen Rechtsstaat ist.
Opposition ist nach meiner Auslegung das Opponieren einer Bewegung gegen die regierende Partei oder gegen die regierenden Kräfte in einem demokratischen Rechtsstaat, wo der Opposition alle Möglichkeiten der Bewegungsfreiheit, der Meinungsäußerung gegeben sind: Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Parlament, Austrag der Meinungen im Parlament, in der Öffentlichkeit und in Versammlungen.

Widerstand setzt meinen Erachtens dort ein - und ich greife voraus, muß meines Erachtens dort einsetzen - von jenem politisch bewußten Staatsbürger, wo von der Regierung, der ausübenden Macht, die Verfassung, die demokratischen Grundrechte, die Freiheiten des Staatsbürgers verletzt und außer Kraft gesetzt worden sind, und der Staatsbürger sowohl als Individuum wie auch seine Vertretungen, Organisationen, Parteien und Gewerkschaften nicht mehr in der Lage sind,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-196/92-1031

ihre Meinungen verfassungsmäßig zum Ausdruck zu bringen und ihre Meinungsäußerungen durch diktatorische Mittel unterdrückt und beschränkt werden. Hier setzt der politische Widerstand ein, hier muß der Widerstand des bewußten Staatsbürgers einsetzen.

Lassen Sie mich das bitte an einem historischen Beispiel erläutern, und das ist das Zentrum meines Vortrages. Lassen Sie mich das Problem des Widerstandes an der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von 1933 bis 1945 erklären - einer Tyrannei, die bis zum Jahre 1945 derart pervertierte, daß ihr Beispiel in der Geschichte ohnegleichen ist, was an Verletzung der Menschenrechte und der Menschenwürde überhaupt je vorgekommen und denkbar ist.

Zuvor möchte ich aber ein Ereignis im Vorfeld des 30.Januar 1933 kurz streifen. Im Vorfeld des 30.Januar ereignete sich der Sturz der Preußenregierung am 20.Juli 1932 durch einen Staatsstreich der damaligen Papenregierung, durch einen Staatsstreich von oben. Es wurden der preußische Ministerpräsident Otto Braun und der preußische Innen-Polizeiminister Karl Severing, wie man so sagt durch ein Kommando - ein Leutnant und zehn Mann - aus ihren Ämtern entfernt. Dieses Beispiel ist deswegen exemplarisch, weil man hier schon, zu mindestens jetzt aus der historischen Rückschau, das Thema widerstand gegen die Staatsgewalt ungemein anschaulich betrachten kann. Es erhob sich am 20.Juli 1932 in den Kreisen der Demokratie, in den Kreisen der Gewerkschaften, in der sozialdemokratischen Partei, im Zentrum die Frage: soll man mit den Mitteln der Gewalt gegen diesen Staatsstreich von oben angehen? Und damit hätte man vielleicht das Übel der späteren Jahre verhindern können.

Ich nehme an, meine Herren, daß unter Ihnen verschiedene sind, die damals schon im Dienst als Polizeibeamte waren, preußische Polizeibeamte, dann war ja damals Ihr oberster Dienstvorgesetzter der Innenminister Karl Severing, der, wie man sagte und wie es wohl auch den Tatsachen entsprach, über eine ganz ausgezeichnete, wohl ausgerüstete und wohl disziplinierte Polizei befehligte. Die preußische Polizei hatte einen guten Namen und, meine Herren, die Sie damals dabeigewesen sein sollten, können mich jetzt bestätigen oder mich Lügen strafen. Man sagte der preußischen Polizei nach, daß sie zumindest in einem sehr weitgehenden Umfang republiktreu und verfassungstreu war.
Es bestand also durchaus Aussicht, daß Severing seine Polizei hätte aufrufen können, ihn - nicht seine Person - aber die durch seine Person auf die Verfassung gerichteten Angriffe, abzuwehren. Gewiß wären

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

in einer Front damit die Gewerkschaften, die Sozial-Demokratische Partei, verschiedene andere demokratischen Parteien und große Teile des deutschen Volkes gestanden. Eine solche Handlung hätte gewiß einige Aussicht auf Erfolg gehabt. Warum ist nicht eine Handlung ausgelöst worden? Ich denke, in den dafür hauptsächlich verantwortlichen Männern hat wohl die Befürchtung einerseits den Ausschlag gegen, daß dadurch der Bürgerkrieg in Deutschland ausgelöst würde, den man auf jeden Fall vermeiden wollte, und daß vielleicht eine Lawine ins Rollen gekommen wäre, die weniger die Republik gegen den Angriff von rechts geschützt hätte als vielmehr die Republik durch einen Angriff von links in eine ebenso große oder noch größere Gefahr gebracht hätte. Und dann hat bei den damaligen republikanischen und demokratischen Führern vielleicht auch so etwas wie eine rechtsstaatliche und demokratische Illusion vorgeherrscht.
Ich entsinne mich noch - Sie werden das gleiche tun - daß vielfach die Parole ausgegeben wurde, Hitler mit dem Stimmzettel zu schlagen, daß die Vernunft, die Einsicht der Mehrheit der wählenden Bürger schon durch den Stimmzettel verhindern würde, daß Hitler an die Macht käme. Das ist sehr ehrenwert gedacht und zeugt von einem sehr großen Vertrauen zu der Einsicht des Staatsbürgers. Diesen Vertrauen ist aber, wie die weitere Entwicklung dann gezeigt hat, restlos enttäuscht worden.

Der 30.Januar konnte dann nicht mehr verhindert werden. Damit kam eine Partei an die Macht, die wohl von sich sagte, sie wolle mit legalen Mitteln die Macht ergreifen und deren Führer Adolf Hitler wohl bei seiner Machtübernahme, bei seiner Einsetzung als Reichskanzler, den Eid auf die Verfassung ablegte, die aber - sowohl die Bewegung wie ihr Führer Adolf Hitler - keinen Augenblick ernsthaft die Absicht gehabt haben, diese Verfassung zu achten. Nein, es ging auch in den nächsten Tagen sofort los mit allen möglichen Verfassungsbrüchen - denken wir an die Verordnung zum Schutz von Volk und Reich vom 28. Februar 1933 (am Tage nach dem Reichstagsbrand, dessen wirkliche Hintergründe bis heute ja noch nicht restlos geklärt sind). Auf jeden Fall kam es den damaligen Machthabern sehr in die Situation zupaß, einen solchen Anlaß und solchen Aufhänger zu diktatorischen Maßnahmen zu finden. Aber es würde jetzt zweifellos zu weit und vom Thema abführen, die Hintergründe des Reichstagsbrandes zu erörtern. Am Tage danach kam also die Verordnung heraus, die schon weitgehendst Grundrechte des Staatsbürgers in bezug auf seine Meinungsfreiheit, Koalitionsfreiheit und Pressefreiheit aufhob.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dann kam der 23.März 1933 mit dem Ermächtigungsgesetz, wo unter Abschreckung vieler oppositioneller Reichstagsabgeordneter Hitler im Reichstag eine Mehrheit unter ungesetzlichen Mitteln manipulierte, nämlich unter Ausschluß und unter Verletzung der Immunität von Abgeordneten, von denen man wußte, daß sie nicht für ihn stimmen würden. Hitler präsentierte das Ermächtigungsgesetz, wodurch er Handlungs- und Bewegungsfreiheit bekam und praktisch die ganze Verfassung außer Kraft gesetzt wurde. Ich erinnere dabei, daß es auch dort Lichtpunkte gab, wie z.B. die mutige Rede des sozialdemokratischen Fraktionsführers Otto Wels, der umrahmt von Hunderten uniformierten SA- und SS-Leuten im Angesicht des Diktators und aller seiner Helfer und seiner großen Macht mutige Worte fand und die Ablehnung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber dem Ermächtigungsgesetz begründete. Aber auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion konnte den Weg des Unheils nicht aufhalten, denn sie war schon stark zusammengeschmolzen, weil - wiederum unter Verletzung der Immunität - bereits eine ganze Anzahl von Reichstagsabgeordneten verhaftet war und andere wegen Bedrohung an Leib und Leben das Land bereits hatten fluchtartig verlassen müssen und nach Prag, London, Amsterdam und Paris geflohen waren.

Hitler wußte mit der ihm jetzt in die Hände gekommenen Gewalt umzugehen. Er war nicht wählerisch im Gebrauch der Mittel, seine Herrschaft und die Herrschaft seiner Partei bis ins letzte zu etablieren und auch die letzten kleinen Regungen von anderen Meinungen und jegliche Meinungsäußerung zu unterdrücken. Im Laufe weniger Monate, Sie wissen es wohl alle noch, wurden sämtliche Parteien verboten bis hin zur Deutschnationalen Volkspartei, die wenige Monate zuvor am 30. Januar noch hilfreiche Hand, vielleicht die entscheidende Hilfe geleistet hatte, daß sich das nationalsozialistische System überhaupt etablieren konnte, und daß der greise Reichspräsident von Hindenburg Hitler überhaupt als Kanzler empfangen hatte.

Wir kennen alle noch das schöne Wort von der Gleichschaltung, es genügt, wenn ich das Stichwort erwähne, jedem taucht dann ein ganzes Bündel von Bildern und Vorstellungen vor dem geistigen Auge auf. Es wurde alles gleichgeschaltet - nicht nur die politischen Parteien- die Presse wurde gleichgeschaltet, die Sportvereine wurden gleichgeschaltet, die Kaninchenzüchter- und Brieftaubenzüchtervereine, und was es nur gab - alles wurde gleichgeschaltet.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Am 1o.Mai 1933 wurden auf dem Universitätsplatz in Berlin unter johlendem Jubel einer fanatischen Menge Bücher verbrannt, in denen die ganze große Tradition unseres Humanismus, unserer Klassik niedergelegt war, worin eben der Geist zum Ausdruck kam, der uns in der Welt bis dahin den Namen des "Volkes der Dichter und Denker" gegeben hatte.

Und von hier aus gesehen noch einmal kurz die Frage aufgeworfen:

> Wie war das möglich, was da geschah, und das, was dann in den folgenden Jahren noch weiter geschehen ist, - Sie wissen alle, daß einiges in den Jahren von 1933 bis 1945 geschehen ist in Deutschland -
>
> Auschwitz - Buchenwald - Dachau - und so weiter?
>
> Wie war das möglich in dem Volk, das in der Welt als das Volk der Dichter und Denker bezeichnet wurde, in dem Land, das sich rühmte, die Wiege der modernen Arbeiter und - Gewerkschaftsbewegung zu sein ? !

Wie kam es? Es war ein dämonischer Ausbruch von unterschwelligen Gefühlen, von unterdrückten Instinkten. Eine Frage, die nicht nur von den Politikern und Historikern, sondern auch von den Psychologen und Philosophen noch nicht genügend untersucht und restlos geklärt ist.

Der Versailler Vertrag oder die Arbeitslosigkeit sind vordergründige Argumente, die zwar eine Rolle gespielt haben, aber nicht restlos das erklären können, was geschehen ist. Die Arbeitslosigkeit gab es nach der Weltwirtschaftskrise, nach dem Bankenkrach von 1929 in den USA, wohl in allen großen Industrieländern, in Amerika, in Frankreich, England und so weiter, ohne daß es dort zu solchen Diktaturen gekommen ist. Und der Versailler Vertrag war ja in dem Zeitpunkt der Hitler'schen Machtergreifung schon weitgehend durch die Bemühungen der demokratischen Politiker abgebaut. Denken wir an die Verdienste von Gustav Stresemann, vorsichtige Rüstungsräumung, denken wir an Heinrich Brüning. Auch eine Erweiterung der Reichswehr über die im Versailler Vertrag zugestandenen Hunderttausend Mann war schon vor 1933 mit stillschweigendem Einverständnis der Alliierten im Gange. Man kann der Überzeugung sein, der Versailler Vertrag wäre in den nächsten Jahren auch bei dem Weiterbestehen der Weimarer Republik mindestens ebenso schnell, aber auf jeden Fall friedlicher, abgebaut worden.

Wie gesagt, hier sind noch Probleme und Fragen, auf die wir alle noch keine letzte Antwort wissen. Aber sehen wir ab von den philoso-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

phischen und historischen Spekulationen und kehren wir zurück zur Wirklichkeit, zur Wirklichkeit der Unterdrückung der Meinungsfreiheit, der Beschränkung der demokratischen Rechte des Staatsbürgers im sogenannten Dritten Reich.

Sie wissen und Sie kennen die Methoden, mit denen den Widerspenstigen, denen, die sich nicht so ohne weiteres gleichschalten lassen wollten, begegnet wurde, durch drakonische Volksgerichtshofsurteile, durch Todesurteile am laufenden Band und durch präventive Maßnahmen, indem alle tatsächlichen und potentiellen politischen Gegner des Systems in Konzentrationslager eingesperrt wurden. Aber davon jetzt nichts weiter. Vielmehr von dem, was sich auf der anderen Seite, was sich dagegen ereignete, nämlich von dem Widerstand, den es trotz dieser drakonischen Unterdrückungsmaßnahmen in einem erheblichen Umfang gegeben hat, in einem größeren Umfang als die meisten Angehörigen unseres Volkes und darüber hinaus die ganze Weltöffentlichkeit überhaupt glauben und bisher wissen bzw. wissen wollten. Es hat einen starken, opferreichen und auch einen an Teilnehmern verhältnismäßig zahlreichen Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur gegeben.

Die erste Gruppierung des Widerstandes kam aus der Arbeiterschaft und der Gewerkschaftsbewegung, und ich bin selbst Augen- und Ohrenzeuge von einigen großen Prozessen in den Jahren 1934, 1935 und 1936 mit teilweise 80, 100 und mehr Angeklagten gewesen, von Menschen, die wie es in der damaligen Lesart hieß "Vorbereitung zum Hochverrat" getrieben hatten, der darin bestand, daß sie einfach in Wort oder Schrift nur ihre politische Meinung, wie ihnen das von der nie rechtens außer Kraft gesetzten Weimarer Verfassung zugestanden war, Ausdruck gegeben hatten, wobei natürlich diese ihre Meinung von der herrschenden Meinung der nationalsozialistischen Diktatur abwich. Da waren also schon Hunderte von Prozessen mit zahlreichen Angeklagten, die hauptsächlich aus der früheren Gewerkschaftsbewegung, aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und aus der Arbeiterbewegung kamen.

Auch in den beiden Kirchen regte sich ein lebhafter Widerstand, vor allen Dingen von dem Augenblick an, als es offenbar wurde, daß das System nicht nur die politischen Rechte des Bürgers, sondern auch seine religiösen Rechte angreifen wollte, als offenbar wurde, daß der Nationalsozialismus unter möglichster Ausschaltung des Christentums so etwas wie eine neue Ersatzreligion werden wollte. Schon 1934 gründete sich innerhalb der evangelischen Kirche Deutsch-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

lands die "Bekennende Kirche" - bekannt durch ihren Gründungsakt, der sogenannten Barmer Erklärung aus dem Jahre 1934. Auch in der katholischen Kirche gab es starke Gruppen, die sehr heftig dagegen opponierten, daß 1935 der Papst ein Konkordat mit Hitler abschloß und ihm zum heftigsten Unwillen eines großen Teils der deutschen Katholiken damit hoffähig in der Weltdiplomatie machte. Ich will nur einige Namen nennen, ich denke an den Kardinal Graf von Galen, den Löwen von Münster, der den Mut hatte von der Kanzel gegen die Gewaltmaßnahmen des Systems zu predigen.

Auch in der Wehrmacht regten sich schon frühzeitig Stimmen des Widerstandes. Das Offizierkorps hatte wohl am 30. Januar 1933 Gewehr bei Fuß gestanden und begrüßte natürlich aus seiner Lage als Armee die Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates, die auf die Wiedereinführung der Wehrhoheit und die Aufrüstung hinführten. Aber in Kreisen der Generalität wurde doch schon frühzeitig an den Gewaltmethoden Anstoß genommen, mit denen Adolf Hitler in Deutschland hatte zu regieren begonnen. Wir entsinnen uns der Fritsch-Krise von 1938, wo der damalige Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Freiherr von Fritsch, weil er auch in den Augen der nationalsozialistischen Partei suspekt war und nicht nach ihrer Meinung so richtig mitmachen wollte, unter den diffamierendsten Umständen entlassen worden ist. Es wurde ihm durch ein von der Gestapo gekauftes Subjekt nachgesagt, er hätte ein Zusammentreffen mit einem Homosexuellen gehabt; eine Intrige, die sich nachher völlig in Unwahrheit auflöste. Fritsch ist absolut rehabilitiert worden, aber er wurde nicht wieder in seine Stellung zurückgerufen. Man war ihn los. Und im Gefolge dieser Fritsch-Krise verließ auch der Chef des Generalstabs, General Ludwig Beck, den Dienst, weil er aus Gewissensgründen nicht mehr mitmachen konnte.

Das ist der Ausgang einer militärischen Opposition, die 1938 bei Gelegenheit der Sudetenkrise und vor dem München-Abkommen - das haben jetzt erst die Dokumente zutage gebracht - nahe daran war, durch einen militärischen Staatsstreich die Diktatur zu stürzen und wieder verfassungsmäßige Rechte in die Welt zu setzen.

Auch in der Jugend, vor allen Dingen in der studentischen Jugend, regten sich Widerstandskräfte. Auch hier aus einer Fülle, die man erwähnen könnte, nur ein leuchtendes Beispiel: Die Geschwister Scholl, das heldenhafte Studentengeschwisterpaar, das in der Münchner Universität Flugblätter gegen Hitler im Lichthof herunterwarf. Hans und Sophie Scholl wurden gefaßt, verurteilt und als jun-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/62-134

ge Menschen von 20 und 22 Jahren hingerichtet.

Diese verschiedenen Widerstandsbewegungen in Deutschland aus den verschiedensten Quellen : aus der politisch-gewerkschaftlichen, aus der religiös-kirchlichen, aus der militärischen Quelle haben einen Kulminationspunkt, wo fast alle diese Ströme, wenn auch nicht in einer klar organisierten Form, zusammenliefen: in dem 20.Juli 1944, wo es zu einer offenen Aktion kam. Bei dem 20. Juli 1944 handelte es sich um eine Widerstandsbewegung, die von allen Schichten des Volkes getragen war, wo ehemalige führende Gewerkschaftspolitiker: Leber, Mierendorf, Leuschner ebenso beteiligt waren wie führende Männer der Kirche, des Adels, des Bürgertums und der Armee. Der 20.Juli ist unter dramatischen Umständen gescheitert.
Ich will hier Einzelheiten ersparen, da glücklicherweise diese Ereignisse in den letzten Jahren immer mehr eine Beachtung gefunden haben und man immer mehr darüber hören und lesen kann. Sie wissen, daß der hochtalentierte, geistige und aktivistische Kopf der Bewegung des 20.Juli, Oberst im Generalstab Graf Klaus von Stauffenberg , eine Bombe in das Führerhauptquartier in Rastenburg lancierte, sie selbst dort in einer Aktentasche abstellte bei einer Tagesbesprechung und sich dann mit dem Flugzeug nach Berlin begab, um im Oberkommando der Wehrmacht in der Bendlerstrasse die Aktion auszulösen. Dort hatte er Helfer in General Olbricht, Oberst Mertzheim, usw. Aber es kam nicht zum Gelingen, da die Bombe wohl einigen Schaden angerichtet hatte, aber Adolf Hitler blieb im wesentlichen unverletzt. Auch in der Bendlerstrasse regten sich Kräfte, die sich, als sie den unglücklichen Ausgang des Attentats in Rastenburg erfuhren, sofort auf die Gegenseite schlugen. Major Remer arrangierte sich mit Göbbels und der SS und schlug den Aufstandsversuch nieder.

Ich möchte ihnen als Erläuterung für die Situation, in der sich damals die Beteiligten und darunter hohe und höchste Offiziere befanden, durch ein Zitat nahebringen, daß von Generalmajor Henning von Tresckow, I A einer Heeresgruppe im Osten, gesagt worden ist, womit er Stauffenberg zum Handeln anregte:

> "Das Attentat muß erfolgen, coute que coute (koste es, was es wolle), sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem in Berlin gehandelt werden, denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere danach ist gleichgültig."

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Und nun müssen wir uns vorstellen, welche Gewissensentscheidung bei diesen Männern vorausgegangen ist, die ja, soweit es sich um Offiziere handelte, in der Tradition des preußischen Generalstabs erzogen worden sind, also in der Tradition des Gehorsams und der Disziplin, und wobei es sich um Männer aus den christlichen Kirchen handelte, die aus ihrem christlichen Bekenntnis heraus ansich doch jedes Attentat ablehnen müssen. Welche heftige Gewissensentscheidung ist hier getroffen worden, daß all diesen Bedenken zum Trotz dennoch der Entschluß zum Handeln bis zum Attentat gefaßt worden ist?

Der 2o.Juli ist gescheitert, eines der tragischsten und dramatischsten Ereignisse in unserer Geschichte. Aber der 2o.Juli hat ein Fanal gesetzt. Es ist heute die junge Bundeswehr, die ja auch nicht völlig frei im Raum und traditionslos sich aufbauen kann, die die Tradition des 2o.Juli übernommen hat. Das wird deutlich an dem Tagesbefehl der Bundeswehr zum 2o.Juli 1959, den der damalige Generalinspekteur General Heusinger erlassen hat:

> "Die Tat des 2o.Juli 1944 ist eine Tat gegen das Unrecht und gegen die Unfreiheit, ist ein Lichtpunkt in der dunkelsten Zeit Deutschlands. Die tragische Wahrscheinlichkeit des Scheiterns vor Augen entschlossen sich freiheitlich gesinnte Kräfte aus allen Lagern, in vorderster Front Männer aus den Reihen der Soldaten, zum Sturz des Tyrannen. Das christlich humanistische Verantwortungsbewußtsein, das diesen Entschluß bestimmte, gab ihrem Märtyrertum die Weihe. Wir Soldaten der Bundeswehr stehen in Ehrfurcht vor dem Opfer dieser Männer, deren Gewissen durch ihr Wissen aufgerufen war. Sie sind die vornehmsten Zeugen gegen die Kollektivschuld des deutschen Volkes. Ihr Geist und ihre Haltung sind uns Vorbild."

So sehen wir also, daß der Geist des 2o.Juli, d.h. der Geist des Widerstandes gegen eine unrechtmäßige Gewalt, heute zu seiner Rechtfertigung gekommen ist. Wir wissen, daß die historische Tatsache des Widerstandes gegen die Gewaltherrschaft auch ein wesentlicher Bestandteil, ein geistiges und politisches Fundament unserer heutigen Bundesrepublik ist und ihr die Möglichkeit gegeben hat, verhältnismäßig schnell nach dem Zusammenbruch von 1945 wieder in den Kreis der freien Völker aufgenommen zu werden und dort wieder Achtung zu erhalten.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/82-435

Der Widerstand, so wie ich ihn im Hinblick auf die Zeit des sogenannten Dritten Reiches erläutert habe, ist aber keine historische Reminiszenz, eine Erinnerung, die jetzt in der Geschichte zurückliegt und an die man sich an Feiertagen gelegentlich durch gute Festreden erinnert. Der Widerstand gegen das Unrecht und die Gewalt ist eine dauernde Pflicht zu jeder Zeit, zu jeder Stunde, wo Unrecht und Gewalt die Oberhand gewinnen, wo die Grundrechte der Menschen bedroht sind. Deswegen ziehen wir auf jeden Fall und ohne weiteres in diesen Kreis unserer Betrachtungen den 17.Juni 1953 ein und auch den Aufstand von 1956 in Budapest usw. usf. Ich meine, es ist eine gerade Linie vom 20.Juli 1944 zum 17.Juni 1953. Die Kämpfer vom 17.Juni 1953 sind die geistigen Erben der Männer des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft. Hier handelt es sich um eine neue Gewaltherrschaft unter zum Teil geringfügigen anderen Vorzeichen. Aber hier wie dort wird das Menschenrecht verletzt, die Freiheit unterdrückt, und das gibt dem politisch bewußten Bürger das Recht und die Pflicht zum Widerstand, das Recht und die Freiheit zu schützen und zu wahren.

Wie weit haben diese Gedanken geistig und verfassungsmäßig bei uns heute einen Niederschlag gefunden? In der Verfassung des hessischen Staates heißt es: "Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht."
Es ist der Artikel 147 der Verfassung des Landes Hessen aus dem Jahre 1948. Eine dem Artikel 147 entsprechende Vorschrift war bisher dem deutschen Verfassungsrecht unbekannt. Mit dieser Verfassungsbestimmung hat sich Hessen nicht nur hinter die Widerstands-Kämpfer in den Jahren 1933 bis 1945 gestellt und ihr Tun legitimiert, es hat auch eine Brücke zu dem demokratisch-liberalen Gedankengut der deutschen Frühzeit und den demokratisch-liberalen Bewegungen der Welt geschlagen. Schon im Sachsenspiegel, einem altdeutschen Rechtsbuch, hieß es: "Der Mann muß wohl auch seinem König und seinem Richter, wenn dieser Unrecht tut, wehren, und sogar helfen, ihm zu wehren in jeder Weise, und damit verletzt er seine Treuepflicht nicht." Dieser Satz wurde im Jahre 1215 niedergeschrieben und es ist dasselbe Jahr, in dem die Magna Carta, das Widerstandsrecht der Engländer sanktionierte und damit die Grundlage aller modernen Demokratien schuf.

Nun ein Blick auf unser Bonner Grundgesetz. Im Bonner Grundgesetz hat eine solche klare Bestimmung, wie sie in der hessischen Verfassung in vorbildlicher Weise steht, noch keinen Niederschlag gefunden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Aber in dem Artikel 1 unseres Grundgesetzes lautet es: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist erste Pflicht jeder staatlichen Gewalt."

Das ist meines Erachtens eine klare Grundlage für ein Widerstandsrecht, für eine Widerstandspflicht für jeden Bürger, wenn die Würde des Menschen angetastet wird, wenn die Würde des Menschen verletzt wird, wenn also auch die staatsbürgerlichen Freiheiten angegriffen oder außer Kraft gesetzt werden, vor allen Dingen, wenn die persönliche Freiheit ungesetzlich bedroht und mißachtet wird.
Die Würde des Menschen ist unantastbar, das ist der erste und oberste Gesichtspunkt unserer Demokratie, unseres freiheitlichen Rechtsstaates und das verpflichtet vor allen Dingen die staatliche Gewalt in erster Linie Menschenrecht und bürgerliche Freiheit zu achten und zu schützen.

Lassen Sie mich bitte zum Schluß den Dichter sprechen lassen. Schiller läßt in seinem Wilhelm Tell den heißblütigen, temperamentvollen, jungen Werner Stauffacher ausrufen:

"Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht.
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last - greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
Die droben hangen unveräußerlich
Und unzerbrechlich, wie die Sterne selbst - ."

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106/132-136

JMLAU, Hans Günther

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-137

Gerhard Wundermacher, in

NOTGEMEINSCHAFT DER DURCH DIE NÜRNBERGER GESETZE BETROFFENEN

Telefon Nr.: 35 38 59
Telegramm-Adresse: Notgemeinschaft
Postscheckkonto: 271 99 Hamburg
Bankkonten: Hamburger Kreditbank, Konto Nr. 111 79
Brinckmann, Wirtz & Co.
Bank für Gemeinwirtschaft A. G.

Hamburg 36, den 22. Februar 1955
Kaiser-Wilhelm-Str. 85, II., Zimmer 202

Wm/Gro

Herrn
Bürgermeister Werner Z e h d e n

Berlin - Steglitz
Rathaus

Sehr geehrter Herr Z e h d e n !

In der "Mahnung" Nr.8 vom 15.2.1955 beschliessen Sie den Artikel "Dokumente der Hitler-Barbarei". Darin bitten Sie um Informationen darüber, wie der Überfall auf den Sender Gleiwitz vor sich gegangen ist.

Näheres darüber kann mein Freund und Kollege im hiesigen Landesvorstand der CDU, Günther Imlau, Hamburg 23, Maxstr.38, bekunden. Im Bedarfsfalle darf ich Sie also bitten, sich an ihn zu wenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-186 [illegible]

Hans Günther Imlau

MITGLIED DER HAMBURGER BÜRGERSCHAFT

Hamburg, den 17. März 1955

Sehr geehrter Herr Hammer!

Erst heute kann ich leider auf Ihre Zeilen vom 2. d.M. eingehen.

Ich habe tatsächlich Herrn Wundermacher gegenüber vor längerer Zeit einmal erwähnt, daß ich während des Krieges in Posen die flüchtige Bekanntschaft eines Unterscharführers der Waffen-SS machte, der nach eigener Angabe einen hohen Grad in der allgemeinen SS bekleidete. An den Namen des Herrn kann ich mich leider nicht mehr genau erinnern, ich weiß nur noch, daß der Name mit einem N beginnt.

Dieser meines Wissens aus Krakau stammende sogenannte "Volksdeutsche" erzählte damals sehr detailliert, daß er vor dem Kriege als Vertreter der sogenannten Deutschen Minderheit in Polen mehrfach bei offiziellen NS-Dienststellen in Berlin zu Gast gewesen sei und von dort den Auftrag erhalten habe, gemeinsam mit freiwilligen Volksdeutschen aus Polen den Sender Gleiwitz in polnischen Uniformen zu überfallen, wobei er selbst die Rolle eines polnischen Offiziers gespielt haben will. Er erzählte, daß die polnischen Uniformen ihm aus Berlin geliefert und auf abenteuerliche Weise über die Grenze nach Polen eingeschmuggelt worden seien. Der Überfall auf den Sender Gleiwitz sei dann auch auf ein durch den Rundfunk an ihn gegebenes vorher vereinbartes Stichwort hin planmäßig erfolgt.

Ich muß diese Mitteilung mit dem selbstverständlichen Vorbehalt wiedergeben, daß ich die Angaben dieses Herrn nicht prüfen konnte. Er war seinerzeit als Sachbearbeiter bei der SS-Ergänzungsstelle "Warthe" Nr. XXI in Posen beschäftigt. Immerhin machten mir seine Angaben und auch er selbst einen durchaus glaubwürdigen Eindruck und ich hatte nicht das Gefühl, einem Aufschneider gegenüber zu stehen.

Ich hoffe, daß Ihnen diese leider nur vagen Angaben von Nutzen sein können und stehe Ihnen für Rückfrage selbstverständlich gern zur Verfügung. Vielleicht gelingt es mir auch, den Namen dieses Herrn irgendwie in meinem Gedächtnis zu rekonstruieren, was mir ad hoc leider nicht gelingen will. Mit freundlichen Grüßen

Ihr ergeb.

[signature]

HAMBURG 23 · MAXSTRASSE 30 · RUF: [illegible]

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-100/132-139

JACOBI, Werner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-16/192-A06

DEUTSCHER BUNDESTAG
Abgeordneter
Werner J a c o b i

BONN a. Rh.
BUNDESHAUS · Fernsprecher 8541

Köln-Marienburg, den 29.1.1951
Lindenallee 17.

Herrn
Schriftsteller Walter H a m m e r ,
H a m b u r g 39,
Bilserstr. 16d.

Lieber Walter Hammer!

Sei für Deine Zeilen vom 14. Januar herzlich bedankt. Den mit übersandten Zeitungsausschnitt sende ich Dir wunschgemäß wieder zurück; ebenfalls die Abschriften, damit Du diese Unterlagen gegebenenfalls wieder verwenden kannst. Für Deine Geburtstagswünsche darf ich Dir ebenfalls danken. Dagegen halte ich eine Eineinnahme von mir in die als "Arbeitsgruppe alter Sachsenhausener" vorgesehene "Prominentengruppe" mit Rücksicht auf meinen nur kurzen Sachsenhausener Aufenthalt nicht für angebracht. Ich bin bereits im Herbst 1941 nach Groß-Rosen "verschafft" worden und könnte mir denken, daß Du an meiner Stelle noch jemanden findest, der länger in Sachsenhausen war.

Im übrigen würde ich Dir raten, den Parteivorstand der SPD in Hannover, der bekanntlich besondere Gruppen ehemals verfolgter Sozialdemokraten ins Leben gerufen hat, vorab zu informieren. Ich halte dies für umso erforderlicher, als Deine Publikation in dem reichlich fragwürdigen Düsseldorfer "Freien Wort" leicht missdeutet werden könnte. Dein Anliegen, das Du mir im vergangenen Jahr in Bonn in einer kurzen Information angedeutet hast, sollte jedenfalls mit Hannover abgestimmt werden, wobei ich davon überzeugt bin, daß man, im ersten Stadium von Dir angesprochen, fraglos keine Einwände erheben wird. Diese kommen aber mit einiger Wahrscheinlichkeit, wenn Du vollzogene Tatsachen servierst. Bitte, fasse meinen Hinweis nicht so auf, als ob ich Dich und Deine Arbeit irgendeiner Zensur unterstellen möchte. Dein Vorhaben setzt aber nun einmal, wenn es eine tiefe und breite Wirkung auslösen soll, mindestens eine gewisse Sympathie der SPD voraus. Und da diese Sympathie nicht erkauft zu werden braucht, sondern durch ein geschicktes Anschreiben fraglos erreicht werden kann, solltest Du meinen Rat aufgreifen. Sachbearbeitend zuständig ist beim Parteivorstand dessen Organisationssekretär Egon FRANKE. Sicherlich würde auch das parteioffizielle Wochenblatt "Der neue Vorwärts" eine ähnliche Arbeit, wie sie das "Freie Wort" brachte, annehmen, wenn bei diesem Aufsatz der besondere Akzent auf

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

die Notwendigkeit gelegt würde, besonders das Ausmaß der sozialdemokratischen Opfer des Naziregimes sichtbar zu machen. Der Chefredakteur des "Neuen Vorwärts", Dr. Gleisperg, ist ganz gewiss zur Aufnahme einer derartigen Arbeit bereit, die per Saldo der Sachsenhausener Forschungsstelle einen gewichtigen moralischen Kredit verschaffen könnte.

In der Anlage übersende ich Dir noch einmal den Wortlaut meines Lagergedichtes "Die Parole". Ich muss es aus dem Gedächtnis diktieren und betone noch einmal, daß das ganze niemals den Anspruch auf literarisches Gewicht erhoben hat. Das Gedicht ist für eine illegale Laberveranstaltung geschrieben worden, in der ich als Lagersender Knignaujokshausen auftrat.

Ich diktiere diese Zeilen am späten Abend, von Drucksachen und Akten schier erdrückend umrahmt, da ich Dich nicht allzulange auf Post warten lassen wollte.

Mit herzlichen Grüßen

Dein

Werner Hirsch

Anlagen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-101

14.September 1953
(H/L)

Lieber Werner Jacobi !

Aufrichtig hat mich Deine Wiederwahl gefreut! Lasse bitte auch mich zu Deinen Gratulanten gehören und lasse mich mit meinem Glückwunsch eine Bitte verknüpfen.

Nun unser Freund Hermann Brill zu meinem aufrichtigen Leidwesen nicht wiedergewählt worden ist, wäre es doch sehr zu wünschen, wenn seine speziellen Aufgaben auch weiterhin energisch verfolgt würden. Sehr ärgerlich, daß auch Fritz Henssler, Paul Löbe und Willi Eichler im neuen Bundestag fehlen werden. Wäre es nicht ratsam, wenn sich innerhalb der neuen Fraktion ein Arbeitskreis ehemaliger Verfolgter bilden würde? Nachdem er sich so eifrig um das Wiedergutmachungsgesetz bemüht hat, sollte da auch Hermann Brill mit einbezogen werden. Ich bin über sein Mißgeschick aufrichtig betrübt. Wir werden in diesem Bedauern sicher übereinstimmen.

Wenn ich in etwa drei Wochen wieder einmal nach Bonn komme, werde ich hoffentlich auch mit Dir ein paar Worte sprechen können. Nach meinem Umzug kann sich meine Arbeit nun endlich wieder frei entfalten und darüber hätte ich Dir gerne kurz berichtet.

Mit herzlichen Grüßen verbleibe ich Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 106/32-142

ABGEORDNETER
des Deutschen Bundestages
Werner Jacobi

BONN
Bundeshaus
Fernruf 20741 (Ortsverkehr)
20121 (Fernverkehr)

Köln-Marienburg, 1.3.1956
Lindenallee 17
/la

Herrn
Walter Hammer

Hamburg 39
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer,

ich darf Dir für Dein Schreiben vom 28.2. sehr herzlich danken. Es hat mir wieder einmal deutlich gemacht, wie wichtig es ist, daß Du trotz aller Schwierigkeiten Dein Archiv weiterführst. Die Staatsanwaltschaft in Bonn müßte Dir besonders dankbar sein, daß Du ihr in so substantiierter Weise Anhaltspunkte für die Ermittlungen zur Verfügung gestellt hast. Ich habe einen Teil Deiner Feststellungen fotokopiert, um meine eigenen Unterlagen zu vervollständigen. Die mir zugeleiteten Kopien füge / ich in der Anlage zu meiner Entlastung wieder bei.

Darf ich nun meinerseits mit einer Bitte kommen ? In einem schweizerischen Verlag (Zürich-Verlag?) soll vor Jahren eine Sammlung von Vorschriften herausgebracht worden sein, die Dienstanweisungen für die KZ-Wachmannschaft enthält. Weißt Du etwas darüber und kannst Du mir evtl. nähere Angaben machen, damit ich diese Vorschriften in die Hand bekomme ? Ich brauche sie für die Fortführung meiner eigenen publizistischen Pläne, die im wesentlichen mit Groß-Rosen zusammenhängen, seit Jahren aber wegen meiner vielfachen Arbeitsüberlastung in der Schublade liegen. Mir liegt sehr daran, wenigstens materialmäßig die Dinge zu vervollständigen.

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen

Dein

Werner Jacobi

Anlage

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-1083

9. März 1956.

Lieber Werner Jacobi !

Leider muß ich Dir eine Enttäuschung bereiten. Ich habe mir hin und her überlegt, worauf denn nun eigentlich Deine Frage vom 1. März zielte. Es gibt im Ausland, zuletzt auch nicht in der Schweiz, mancherlei Widerstandsliteratur erschienen, auf die kein Verlaß ist. Ich würde empfehlen, auf apokryphe Machwerke ganz zu verzichten. Hier denke ich namentlich an den angeblichen SS-Bericht, aber auch im übrigen fehlt es an derlei Fragwürdigem nicht. Aber ich will Deine Frage einmal im Auge behalten. Sollten mir die Dienstanweisungen für die KZ-Wachmannschaften begegnen, dann bekommst Du sofort Bescheid. Hoffentlich bleibst Du uns das Buch über Groß-Rosen nicht schuldig, was zu befürchten wäre, wenn Du nun Oberbürgermeister von Mannheim oder Hagen werden solltest. Ich würde es für besser halten, wenn Du eines Tages Papa Heuß ablösen und an seiner Stelle Bundespräsident werden würdest. Lege Dich nur nicht zu früh fest! Du glücklicher Mensch hast ja (Dein ganzes Leben noch vor Dir!

Mit herzlichen Grüßen und Wünschen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-144

Deutscher Bundestag

Abgeordneter

Werner Jacobi

Bonn 25.7.57. I/a
Bundeshaus
Fernruf 20141 (Ortsverkehr)
22151 (Fernverkehr)

Köln-Marienburg
Marienburgerstr. 22

Herrn
Walter Hammer
(24a) Hamburg 39
.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.
Veerstücker 9

Lieber Walter Hammer!

Ich finde es keineswegs grausam, sondern berechtigt von Dir, daß Du auf Deine seinerzeitige Bitte, mit Heinz Kühn zu sprechen, zurückkommst. Das Gespräch mit Kühn hat längst stattgefunden, obwohl er mit der "Demokratische Gemeinde" gar nichts zu tun hat und nur noch gelegentlich an einem Mitteilungsblatt mitwirkt, das in Nordrhein-Westfalen unter dem Titel "Demokratischer Aufbau" herauskommt. Für die "Demokratische Gemeinde" bin ich selbst verantwortlich und ich sichere Dir zu, im Septemberheft in diesem unserem führenden kommunalpolitischen Fachorgan etwas für die Stadtverwaltungen und unsere Rübe zu schreiben, was sie veranlassen könnte, bei gewissen Gelegenheiten sich der Publikationen zu entsinnen.

Ich mache in der Tat nur Kurz ferien, da der Wahlkampf eine lange Atempause nicht gestattet. Laß Dir gute Wünsche zurufen.

In herzlicher Verbundenheit

Dein

Werner J.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-AUE

Werner Jacobi

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bonn 7.1.58. 1/a
Bundeshaus
Fernruf 20271 (Vermittlung)
20151 (Fernverkehr)
Köln-Marienburg
Marienburgerstr. 22

Herrn Hugo Sieker

(24a) Hamburg 36
.-.-.-.-.-.-.-.-.-.
Postfach 1730

Sehr geehrter Herr Sieker!

Leider komme ich erst heute dazu, auf Ihr Schreiben vom 15.12. zu antworten. Selbstverständlich bin ich grundsätzlich gerne bereit, an der Ehrengabe von Walter Hammer durch einen Beitrag mitzuwirken. Mir ist jedoch noch nicht klar, in welcher Weise dies geschehen sollte. Im Konzentrationslager Sachsenhausen war ich mit Walter Hammer nur kurze Zeit zusammen. Ich weiß nicht recht, ob es sich lohnt, die wenigen Episoden, die wir gemeinsam erlebten, festzuhalten. Seine alte Zeitschrift "Junge Menschen" habe ich in den zwanziger Jahren, als ich selbst jugendbewegt war, mit großem Interesse gelesen, nach 1945 mit Kummer seinen Bericht über die Zerstörung seines Archivwerkes im Zuchthaus Brandenburg zur Kenntnis genommen. Alles zusammen läßt sich sicherlich gut schildern und mit einem allgemeinen Zeitgedanken verbinden. Andererseits ist mir unbekannt, wie Sie sich selbst die Ehrengabe gedacht haben. Die Beiträge müßten ja irgendwie zueinander passen. Nun bin ich am kommenden Sonnabend, 11.1., für einige Stunden anläßlich einer Sitzung des kommunalpolitischen Beirates der SPD im Rathaus in Hamburg. Vielleicht wäre es gut, wenn wir bei dieser Gelegenheit in einem persönlichen Gespräch unsere Gedanken austauschen könnten. Haben Sie doch die Freundlichkeit, mich im Laufe des Vormittags im Rathaus anzurufen, damit wir um die Mittagszeit ein Treffen vereinbaren können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

(Jacobi)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-AUG

12.Januar 1958

Lieber Werner Jacobi!

Es hatte mich sehr gefreut, gestern am Telefon wenigstens ein paar Worte mit Dir sprechen zu können. Inzwischen erfuhr ich durch Rundfunk, dass Dich die Tagung bis zum Abend in Anspruch genommen hat. Nun hoffe ich, dass es mir noch vergönnt sein möge, Dich in einigen Wochen hier bei mir begrüssen zu dürfen. Allerdings sollten wir Tag und Stunde Deines Besuches beizeiten verabreden, damit ich auch ganz zu Deiner Verfügung stehen kann.

Sehr dankbar bin ich Dir für Deine Bereitwilligkeit, bei der Rückschau auf die besten Jahre der Jugendbewegung mitzuwirken. Eigentlich sollte diese umfangreiche Publikation eine Überraschung für mich werden. Aber dann ~~xxxxx~~ bestürmte mich Hugo Sieker dermassen mit Neugierde, dass ich Lunte roch. Und weil es nun kein Geheimnis mehr zu bewahren gibt, hielt ich es für geboten, mich gestern anstelle von Hugo Sieker bei Dir zu melden. Zwar geht es mir seit vierzehn Tagen ganz miserabel, doch wenn ich noch einmal glücklich über den Winter hinwegkomme, werde ich im Mai vielleicht tatsächtlich noch 70 werden.

Du selber wirst am 18.Januar Deinen 51. Geburtstag feiern können, wozu ich Dir wohl schon heute herzlich gratulieren darf. Wenn Du dieses relativ gute Buch über Sachsenhausen noch nicht kennst, wird Dir Franz Ballhorns "Kelter Gottes" wahrscheinlich als Erinnerung an Sachsenhausen willkommen sein.

Zu meiner Freude durfte ich gestern feststellen, dass Du Dir von Deinem Beitrag ungefähr das gleiche Bild gemacht hast, welches mir schon vorschwebte.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Gerade wir Menschen aus der Jugendbewegung sollten uns verpflichtet fühlen, Zeugnis abzulegen und Forderungen zu stellen. Wir glaubten, einen neuen Lebensstil erreichen zu können; mit dem Meissner=Gelöbnis verpflichteten wir uns zu lauterer Wahrheit. Was uns dann auf unserm Weg durch die Hitlerhöllen begegnete, hat uns wohl am stärksten gepackt und umgeschmissen. Wir blieben nüchtern und hielten Stand. Man darf wohl sagen, dass wenigstens ein guter Teil der Kräfte aus der Jugendbewegung seine Bewährungsprobe bestanden hat. Bedauerlich bleibt nur, dass man immer noch so wenig getan hat, um beredtes Zeugnis abzulegen.

Der SCHACHT darf natürlich nicht vergessen werden!

Aus unserm Haubach=Gedenkbuch wissen wir schon, dass Du bei den Hofgeismarern führend warst. Ich glaube von Walter Kolb erfahren zu haben, dass Ihr seinerzeit gemeinsam den Deutschen Republikanischen Studentenbund gegründet hattet. Das würde ich einleitend für erwähnenswert halten. Und dann die Katastrophe! Die Erkenntnisse, die wir gewannen, wären eben jetzt für die junge Generation von heute bemerkenswert. Aber es würde sich ferner empfehlen, auch Erinnerungen festzuhalten an Menschen der Jugendbewegung (und Wesensverwandten), die Dir auf Deiner Rundreise durch Zuchthaus und KZ begegnet sind und über deren Schicksal vielleicht noch der Schleier des Geheimnisses gebreitet ist. Du weisst, da ich seit 12 Jahren geradezu Tag und Nacht darauf bedacht bin, recht viele unserer dem Hitlerwahn zum Opfer gefallenen Freunde vor dem Vergessenwerden zu bewahren und für eine würdige Totenehrung (ohne zurechtretuschierte Grimassen) zu sorgen. Thomas Mann und Hermann Hesse haben mir Beifall gezollt. Auch sonst hatte ich eine gute Presse. Aber den Wert meines Archivs kennen nur wenige. In der Hoffnung, dass ich Dir bald wenigstens die kostbarsten Schätze einmal vorführen kann, verbleibe ich mit herzlichen Grüssen und Wünschen

Dein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-108132-147

Werner Jacobi

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bonn 27.1.58. I/a
Bundeshaus
Fernruf Zuhrt (Ortsverkehr)
20151 (Fernverkehr)

Köln-Marienburg
Marienburgerstr. 22

Herrn
Schriftsteller Walter Hammer
(24a) Hamburg 39
.-.-.-.-.-.-.-.-.
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer!

Daß das, was lange währt, nicht unter allen Umständen gut ist, wenn es schließlich Gestalt gefunden hat, zeigt der anliegende Beitrag, den ich endlich am gestrigen Sonntag zu Papier gebracht habe. Ich finde ihn in mancherlei Hinsicht unausgeglichen und stelle ihn deshalb freimütig zur Diskussion. Mit einer liebenswürdigen Antwort, daß Du die Arbeit ausgezeichnet findest, ist mir und unserem gemeinsamen Anliegen nicht gedient. Zerpflücke das Ganze und schicke mir ein Exemplar mit eventuellen Korrekturen wieder zurück.

Deiner Bitte, möglichst viele Begegnungen aus der Lagerzeit einzubauen, habe ich nur sehr unzulänglich entsprechen können. So bliebe die Auswirkung der Aktion Gitter in Groß Rosen (die Ankunft von Paul Löbe und Winzer ua) zu schildern. Mein Bedenken war und ist, daß dann überhaupt kein rechter Sachzusammenhang mehr darzustellen ist, und sich das Ganze im wesentlichen auf eine Schilderung von Einzelepisoden erstrecken würde. Aber auch hier magst Du eine gegenteilige Meinung haben. Äußere sie bitte. Übrigens wußte und weiß ich auch nicht, wie lang der Beitrag sein darf. Betrachte das Ganze als ein Entwurfmanuskript. Und laß bald wieder von Dir hören.

In Herzlichkeit

Dein

Werner J.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

I.

ED-106 132-1118

Werner Jacobi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bonn- 10.3.58. I/a
Bundeshaus
Fernruf 20141 (Ortsverkehr)
20151 (Fernverkehr)

Köln-Marienburg
Marienburgerstr. 22

Herrn Walter Hammer
(24a) Hamburg 39
.-.-.-.-.-.-.-.-.
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer!
In aller Eile will ich Dein Schreiben vom 8.3. wenigstens kurz bestätigen. Da mich Fritz Sänger auch in einer anderen Sache leider ohne eine Antwort gelassen hat, habe ich über die Mannheimer Fotografin, von der eines meiner besten Bilder stammt, mit gleicher Post die Zusendung eines reproduzierfähigen Glanzfotos veranlaßt, das Du sicherlich in den nächsten Tagen in den Händen haben wirst.

Den Gruß von Ernst Lemmer finde ich ganz hervorragend. Ich beglückwünsche Dich zu dieser anständigen und ehrlichen Gesinnungsdokumentation. Ihr gegenüber erscheint mir mein Beitrag nach wie vor recht unzulänglich, doch will ich gern darauf verzichten, Autorenkorrekturen nach Eingang des versprochenen Abzuges einzubauen.

Beim "Schacht" hat es sich um eine Zeitschrift gehandelt, die von Fritz Wortelmann, dem damaligen Dramaturgen des Stadttheaters Bochum (Intendant Dr. Saladin Schmitt) begründet worden war. Ausgangspunkt ist die Bildung von sogenannten Feierabendgemeinden im Ruhrgebiet gewesen. In diesen Einrichtungen wurde der Versuch gemacht, besonders die arbeitenden Schichten an das Theater, an Kunst und Literatur heranzuführen. Die ursprünglich diese Arbeit verbindende Zeitschrift wurde immer mehr ausgebaut und schließlich ihrem Untertitel entsprechend eine "Zeitschrift für bewußte Kulturarbeit im rheinisch-westfälischen Industriegebiet". Ich bin bis in meine ersten beiden Studienjahre hinein,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-196/32-149

zunächst noch als Sekundaner und Primaner Mitredakteur gewesen. Das Ganze war eine Episode, der infolge finanzieller Schwierigkeiten nach wenigen Jahren ein ziemlich trauriges Begräbnis folgte.[1] So, das wäre das Wichtigste für den Augenblick.

Sei in aller Herzlichkeit gegrüßt

von Deinem

Werner Jacobi

[1] Die Zeitschrift „Der Schacht" existierte von 1923 - 1927

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-150

Werner Jacobi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bonn 14.7.1958. I/a
Bundeshaus
Fernruf 206
Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 261 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen

Köln-Dellbrück
Grafenmühlenweg 202

Herrn Walter Hammer
(24a) Hamburg 39
.-.-.-.-.-.-.-.-.
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer!

Vor einigen Tagen ging eine Anfrage des Untersuchungsrichters beim Landgericht I München bei mir ein. Ich habe ihm gemäß beigefügter Durchschrift geantwortet und nehme an, daß er sich aufgrund meiner Anregung, wenn nicht bisher schon geschehen, in der Sache an Dich wenden wird.

Mit herzlichen Grüßen

Dein

Werner Jacobi

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106782-151

---- 14.7.1958. I/a

Werner Jacobi

Landgerichterat aD

Köln-Dellbrück
Grafenmühlenweg 202

An den
Herrn Untersuchungsrichter
beim Landgericht München I
(13b) München 35
.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.
Justizpalast

Betr. Bugdalle, Richard, wegen Mordes
Bezug Dortiges Schreiben vom 9.7.58

Sehr geehrter Herr Landgerichtsrat!

Auf das dortige Schreiben vom 9.7. teile ich folgendes mit:
Ich war als politischer Schutzhäftling mit der Lagernummer 26 082 vom Frühjahr 1940 bis Herbst 1941, dem Zeitpunkt meiner Überstellung in das Konzentrationslager Groß Rosen/Schlesien im KL Sachsenhausen (Oranienburg b. Berlin) inhaftiert. Aus dieser Zeit ist mir in Erinnerung, daß Bugdalle zu den am meisten gefürchteten Blockführern des Lagers gehörte. Er stand ebenso wie die demnächst in Bonn vor Gericht stehenden SS-Angehörigen Sorge, Schubert und Knittler in dem Ruf äußerster Rücksichtslosigkeit und Brutalität. Unter den Häftlingen wurde er"Brutalla"genannt. Wiederholt ist mir zur Kenntnis gekommen, daß Bugdalle, vor allem bei seiner Tätigkeit in der Strafkompagnie (SK), Häftlinge über das gewöhnliche Maß hinaus gepeinigt und zT mit Todeserfolg mißhandelt hat. Eigene Beobachtungen habe ich nicht anstellen können, weil dies die Größe des Lagers, dessen Insassen nur bei Appellen versammelt waren, und die Art meiner Beschäftigung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-152

(Außentätigkeit im Klinkerbau, Industriehof und bei den Heinkel-Flugzeugwerken in Oranienburg sowie Innentätigkeit im Häftlingskrankenbau) unmöglich machte. Was sich in der Isolierung (SK) vollzog, geschah vor einem relativ kleinen Teilnehmerkreis, zu dem ich nicht gehört habe.

Konkrete Einzelheiten über Strafhandlungen des Bugdalle dürften folgende Zeugen angeben können:

1. der Schriftsteller Walter Hammer, wohnhaft Hamburg 39, Veerstücken 9. - Hammer verfügt über eine umfangreiche Dokumentation und führt ein Archiv, dessen Unterlagen möglicherweise wichtiges Material enthalten.

2. Kaufmann Harry Naujoks, ebenfalls Hamburg. Seine genaue Anschrift ist mir nicht bekannt, liegt jedoch bei dem zu 1. Genannten vor. N. war in der fraglichen Zeit erster Lagerältester und dürfte zahlreiche Einzelheiten über die Art und Weise kennen, in der Bugdalle seine Funktion als Blockführer ausgeübt hat.

Über beide Zeugen können wahrscheinlich weitere Tatzeugen ermittelt werden.

Mit verbindlicher Begrüßung

(Jacobi)

Dd. Herrn Walter Hammer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/132-153

Werner Jacobi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bonn 10.9.1958. I/a
Bundeshaus
Fernruf 206
Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 2361 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Köln-Marienburg
Marienburgerstr. 22

Herrn
Walter Hammer
(24a) Hamburg 39
.-.-.-.-.-.-.-.-.
Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer!

Leider komme ich nicht mehr dazu, diesen Brief selbst zu unterschreiben, weil ich auf dem Sprunge zur SPD-Bundeskonferenz für Kommunalpolitik in Mainz bin. Mir liegt jedoch daran, Dir sehr herzlich für Deinen Brief vom 5.9. Dank zu sagen und für die Anlagen, die Du ihm beigefügt hattest, und die mir zT unbekannt waren. Hinzu kommt, daß ich auf die Feststellung Wert lege, mit Dir auch dahin einig zu sein, daß eine Dokumentationssammlung allein nicht ausreichend ist. Sie ist aber als sozusagen amtlich bestätigte Materialsammlung notwendig, um die Kultusverwaltungen der Länder und die Lehrerschaft nicht in den Stand zu setzen, zu sagen, es fehle an überprüftem amtlichem Material für den Geschichtsunterricht. Hier wird in Zukunft verstärkt anzusetzen sein, und zwar bei den Schulen aller Art, vor allem auch bei den weiterführenden und Berufsschulen. Die bisher von den Kultusministerien sporadisch herausgegebenen Erlasse haben einen nur sehr mässigen Erfolg gehabt. Dies in aller Kürze und mit sehr herzlichen Wünschen

Dein
gez. Werner Jacobi
i.A.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 108/32-154

Werner Jacobi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bonn 23.2.1962. Ja/vM

Fernruf 206.....

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 2061 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Köln-Marienburg
Marienburgerstr. 22

Herrn Walter Hammer

Hamburg 39

- - - - - -

Veerstücken 9

Lieber Walter Hammer!

Auf Dein Schreiben vom 16.2.1962 habe ich gestern Gelegenheit genommen, mit Fritz Erler über die von Dir angeschnittene Frage der Weiterbearbeitung Deines Archivmaterials zu sprechen. Fritz Erler ist der Auffassung, daß die zwischen Professor Abendroth und der SPD aufgetretenen Schwierigkeiten mit der von Dir erfolgten Beauftragung nichts zu tun haben dürften. Er meint, daß lediglich zu prüfen wäre, ob das Institut von Professor Abendroth für die Dinge besonders geeignet sei. Wesentliche Veröffentlichungen zeitgeschichtlicher Art aus dem Abendroth-Institut seien ihm nie vor Augen gekommen, ~~und~~ So warte er schon seit längerer Zeit auf die Drucklegung einer Dissertation, die er einmal flüchtig gesehen habe und deren Verbreitung erwünscht sei. Du mußt das selbst beurteilen können. Immerhin besteht so viel Klarheit, daß Du nicht wegen des Parteiausschlusses von Abendroth irgendwelche Änderungen Deiner bisherigen Pläne vornehmen mußt.

In alter treuer Verbundenheit und mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen

Dein

Werner Jacobi

(Jacobi)

N.S. Die mir übersandten Unterlagen habe ich im wesentlichen durchgesehen. Sie waren für mich sehr instruktiv. Ich werde die Lektüre über Sonntag fortsetzen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

CDU und Zentrum vereiteln Einigung über das Landesgrundgesetz

Nordrhein-Westfalen im Verfassungskonflikt

Von Werner Jacobi, M. d. B., Vorsitzendem des nordrhein-westfälischen Verfassungsausschusses

Als sich am späten Nachmittag des Pfingstsamstags die Mitglieder des Verfassungsausschusses im Düsseldorfer Landtag „frohe Pfingsten" wünschten, geschah dies ohne besondere Herzlichkeit. Zu hart waren gerade in dieser letzten Sitzung vor der dritten Lesung des Landesgrundgesetzes die Meinungen aufeinander geprallt, als daß noch die Hoffnung auf eine Verständigung in den „neuralgischen" Punkten, den Artikeln über die Schul- und Kulturpolitik, hätte bestehen können. Wenn das Plenum in der ersten Juniwoche wieder zusammentritt, um nach den Plänen des Ältestenrates mit der dritten Lesung des Verfassungsentwurfes zu beginnen und sie nach zwei- oder dreitägiger Beratung abzuschließen, wird die vorsätzliche Zurückhaltung der Parteien, die die letzten Wochen der Verständigungsbemühungen kennzeichnete, der Vergangenheit angehören. Dennoch wäre es falsch, den Grund zu dieser veränderten Situation ausschließlich oder auch nur vornehmlich in dem kurz bevorstehenden Wahltermin zu suchen. Es sind nicht so sehr taktische Erwägungen als Grundsatzunterschiede, die den nunmehr allen zutage tretenden Konflikt zwischen den drei Regierungsparteien bedingen. Die SPD hat sich seit dem 29. November 1949, dem Tage, an dem die nordrhein-westfälische Landesregierung nach einer zwölfstündigen Kabinettssitzung den Mehrheits- und Minderheitsvorschlag für ein Landesgrundgesetz verabschiedete, redlich bemüht, an einer Überbrückung der Meinungsverschiedenheiten mitzuwirken. Ihre Hoffnung war, daß CDU und Zentrum ihre endgültige Stellungnahme zu den umstrittenen Artikeln der geplanten Landesverfassung nicht nur den Wünschen eifernder Kleriker des vorparlamentarischen Raumes unterordnen, sondern staatspolitisch entscheiden würden.

Diese

Hoffnung auf eine Charta der Toleranz

muß als gescheitert angesehen werden. CDU und Zentrum scheinen nicht die geringste Neigung zu haben, gegen SPD, FDP und KP mit einer Mehrheit von nur wenigen Stimmen die künftige nordrhein-westfälische Schul- und Kulturpolitik durch eine verfassungsmäßige Dekretierung vorweg zu bestimmen.

Die SPD hatte durch eine ganze Reihe von ausgleichenden Formulierungen ihre ernstliche Bereitschaft kundgetan, die vorhandenen Gegensätze im Interesse eines für breite Bevölkerungsschichten tragbaren Gesamtwerkes zu überbrücken. So war von ihr der Verzicht darauf erklärt worden, die christliche Gemeinschaftsschule als Regelschule zu verlangen. Sie war bereit, den Katalog der Gleichrangigkeit von konfessionellen, christlichen Gemeinschafts- und Weltanschauungsschulen anzuerkennen, und zeigte sich gewillt, einer Elternrechtsformulierung zuzustimmen, die einer künftigen Schulgesetzgebung ein breites und tolerantes Fundament gegeben hätte. Die Formulierung, die zur Billigung gefunden hätte, war:

„Jedes Kind hat ein Recht auf eine seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechende Bildung.

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.

Dieses Recht der Eltern, die Erziehung der Kinder zu bestimmen, der Anspruch der Kinder auf eine bestmögliche Ausbildung sowie die Verpflichtung der Gemeinschaft,

weitgehende Abhängigkeit beider Parteien von den Intentionen des katholischen Klerus. Sie ist so stark, daß

der konfessionelle Eiferer

der Verfassungsapologeten der CDU und des Zentrums sich sogar der Forderung der SPD und FDP versagte, die Gemeinschaftsschule im Landesgrundgesetz eindeutig als christliche Gemeinschaftsschule zu bezeichnen.

Man braucht nur die Agitationsmethoden zu kennen, mit denen in den letzten Wochen von gewisser Seite der Kampf gegen den christlichen Charakter der Gemeinschaftsschule geführt wird. Zwar ist es in weiten Gebieten Süddeutschlands und auch im ehemaligen Landesteil Lippe seit Jahrzehnten unbestritten, daß derartige interkonfessionelle Schulen christliche Schulen sind. Sie haben sich bewährt und viel zu einer Milderung des tragischen Erbes der Konfessionsspaltung beigetragen. Den Eiferern der „ecclesia militans" aber sind sie ein Ärgernis. Schlagworte von der Schule der Gottlosigkeit, ja des Teufels, wie sie bereits in den letzten Wochen einzelnen Klerikern entschlüpft sind, lassen das beschämende Niveau erkennen, von dem aus mancher CDU- und Zentrumsstratege im privaten und, wie zu befürchten, auch im geistlichen Rock in den Wahlkampf einzugreifen gedenkt. Die SPD darf derartigen Methoden nach ihren in den nordrhein-westfälischen Verfassungsberatungen immer wieder unternommenen Bemühungen einer Entkrampfung der Atmosphäre, gestützt auf die von ihr gestellten Anträge, mit Ruhe entgegensehen. Wenn CDU und Zentrum den sozialdemokratischen Formulierungsvorschlag zu Artikel 11 noch am Pfingstsonnabend im Verfassungsausschuß niedergestimmt haben, so haben damit beide Parteien eine schwere Verantwortung auf sich genommen. Der SPD-Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„In christlichen Gemeinschaftsschulen werden Kinder der verschiedenen Bekenntnisse im Geiste der ihnen gemeinsamen christlichen Ethik erzogen.

Der Religionsunterricht wird in den christlichen Gemeinschaftsschulen nach Konfessionen getrennt in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt."

Wer als Christ eine solche Formulierung ablehnt, muß sich entgegenhalten lassen, daß er jenen Vorschub zu leisten willens ist, die durch die Ablehnung des Adjektivums „christlich" die Gemeinschaftsschule diskreditieren und ihre Bejahung zum Gegenstand eines Gewissenskonfliktes der Eltern machen wollen. Es deutet alles darauf hin, daß CDU und Zentrum auch in der dritten Lesung des Landesgrundgesetzes zu keinem gleichwie erarteten Entgegenkommen bereit sein werden. Sollten sie mit dem Gedanken spielen, die SPD werde in den schul- und kulturpolitischen Artikeln überstimmt, dennoch dem Gesamtwerk die Billigung nicht versagen, so ist schon im Ausschuß klar und unmißverständlich die Irrtümlichkeit einer solchen Auffassung klargestellt worden.

Der Landesgrundgesetzentwurf, wie er jetzt der Verfassungsausschuß verlassen hat und dem Plenum zur dritten Lesung vorliegt, trägt deutlich den Stempel der Intoleranz und weist so stark gegenreformatorische Züge auf, daß es keinerlei Zweifel unterliegen kann, daß damit

das Nein der SPD

geradezu provoziert worden ist.

Alle Hinweise auf die staatspolitischen Gefahren, die sich aus einer solchen Situation ergeben können, haben bis zur Stunde nicht zu einem Einlenken der auf ihre knappe Mehrheit im Parlament pochenden Abgeordneten der CDU und des Zentrums geführt. Es besteht wenig Hoffnung, daß sich hierin etwas bei der dritten Lesung im Plenum ändern könnte.

Neuer Landtag nicht gewünscht

Wenn die Entscheidung, was von CDU und Zentrum erhofft Ergebnis wählen sollte, so ist dennoch keine der neuen Landtag bindende Verfassungsurkunde zustande gekommen. Der gegenwärtige Landtag hatte keinen Verfassungsauftrag. Er ist keine verfassunggebende Versammlung und kann demzufolge nicht nach der Maßgabe Verfassungsbestimmungen stabilieren, daß diese durch einen Volksentscheid sanktioniert werden. Dieser im Regierungsentwurf auch vorgesehene Volksentscheid aber dürfte schon aus rein technischen Gründen mit der Landtagswahl am 18. Juni nicht mehr verbunden werden können. Zwar deutet darauf hin, daß CDU und Zentrum möglicherweise eine erneute Verschiebung des Wahltermins versuchen werden, doch würde dies einen Gesetzeseinschub erforderlich machen, und der Wahltermin des 18. Juni dürfte gesetzlich bestimmt worden sein. Von der politischen Wirkung abgesehen, die ein solches Verfahren bei der Bevölkerung auslösen müßte, dürfte der in den letzten Kalendertagen liegende Landtag kaum noch die Möglichkeit haben, einen solchen Hexenritt über die Hürden von drei Lesungen hinweg zu sanktionieren.

So wird das Wahlergebnis des 18. Juni über seine allgemein politische Bedeutung hinaus von erheblichem Gewicht auch für das endgültige Gesicht des Landesgrundgesetzes sein. Gerade weil CDU und Zentrum dies wissen, versuchen sie in diesen Tagen alles, um vollendete Tatsachen zu schaffen und ihre gegenwärtige knappe Mehrheit zur Errichtung einer Art von Festplatz auszunutzen. Sie dürften sich verrechnet haben.

„ARCUS" Nachrichten-Büreau
Berlin-Tempelhof, Boelckestr. 41a
Fernruf 66 40 54

Aachener Volkszeitung, Aachen

Nr. Dat.

11 JUL 1953

Vor den Geschworenen:

KZ-Kapo unter hundertfacher Mordanklage

„Wenn er das getan hätte, stünde er nicht mehr hier" – Seit 12 Jahren hinter Gittern – „Bühnenschau" in Dachau

Am ersten Verhandlungstag vor dem Schwurgericht gegen den dreimal vorbestraften 46 Jahre alten Schachtmeister Peter Bongartz aus Aachen, der als Kapo des KZ-Lagers Groß-Rosen von 1942 bis Februar 1945 nach der Anklage über hundert Häftlinge getötet und eine gleich große Anzahl fortgesetzt haben soll, wurden bis in die späten Abendstunden die drei ersten von insgesamt neunzehn Zeugen vernommen. Diese Zeugen, unter denen sich ein Mithäftling des Angeklagten aus Köln und noch der aus Werl vorgeführte frühere Lagerkommandant befand, konnten gegen Bongartz bisher nur verhältnismäßig wenig Belastendes aussagen. Der Zeuge aus Köln hat gesehen, wie Bongartz zwei Häftlinge, die vermutlich Kartoffeln hätten „organisieren" wollen, mit einem Schaufelstiel niedergeschlagen habe. Einer der Geschlagenen habe sich stöhnend wieder erheben können, während der andere ins Revier überführt worden sei. Bongartz, der eine sichere Zuversicht zur Schau trägt, bestreitet die ihm zur Last gelegten Beschuldigungen.

Der Kölner Zeuge, Beigeordneter des Deutschen Städtetages, war von 1942 bis zum Schluß als politischer Häftling im niederschlesischen KZ-Lager Groß-Rosen. Vom Lager aus sah er, wie Bongartz die beiden Häftlinge niederschlug und dabei „wie ein Bär" brüllte. Bongartz sei nach seiner Auffassung ein primitiver Mensch mit Neigung zum Jähzorn. Doch hätte er auch gegen Kranke sehr hilfsbereit sein können, wenn sie ihn richtig angesprochen hätten. Von Morden, die Bongartz begangen habe, sei ihm nichts zu Ohren gekommen.

Maschinerie des Todes

Der Zeuge machte erschütternde Aussagen über Exekutionen mit Blausäure an gefangenen Russen im Krankenrevier. Ein SS-Unterarzt und ein ihm unterstellter Blockältester hätten zahlreiche Kranke durch Injektionen mit Blausäure oder durch vergiftete Getränke ins Jenseits befördert. „Tödliche Bergin" hätten die deutschen Häftlinge diesen Arzt und „Dr. Eisenbart" seinen Apotheker, der das Gift in Verwahrung gehabt habe, genannt. Er habe morgens des öfteren über Leichenhaufen klettern müssen, um den Toten die Erkennungsmarken abzunehmen. Später habe der Arzt es ihm als Schreiber sogar überlassen, die Eintragungen über die Todesursache zu machen und ihm als Laien ein statistisches Jahrbuch mit einer Anzahl von Todesursachen in die Hand gedrückt. Daraus habe er wahllos ihm unbekannte medizinische Bezeichnungen entnommen und sogar Todesursachen eingetragen, die, wie er später festgestellt habe, nur in den Tropen vorkommen könnten.

Lagerkommandant kennt Bongartz nicht

Völlig mit Spannung erwartete Vernehmungen des Lagerkommandanten von Groß-Rosen, eines 43jährigen früheren SS-Sturmbannführers, der unter schwerer Bewachung aus Werl zum Termin vorgeführt wurde, brachte keine Ergebnisse gegen Bongartz. „Ich kenne den Angeklagten nicht" erklärte der frühere KZ-Kommandant. Er war erst im Oktober 1943 Kommandant dieses und zugleich mehrerer anderer Lager geworden.

Dieser Zeuge erklärte, durch den Vorsitzenden des Schwurgerichts, Amtsgerichtsrat Dr. Spilles, auf die Aussagen eines Zeugen aus der Zeit im Dachau-Landsberger Kriegsverbrecherprozeß 1947 verteidigt habe. Bongartz wurde damals zu fünfzehn Jahren Gefängnis wegen Körperverletzung gegenüber Häftlingen verurteilt, später zu zwölf Jahren begnadigt. Diese Strafe hatte er am 22. Mai d. J. verbüßt.

Der Rechtsanwalt stellte die Frage, warum Bongartz in dem damaligen Prozeß in keinem einzigen Falle wegen Groß-Rosen belastet worden sei. Das allein sei schon ein Beweis, daß die schweren Vorwürfe zweifelhaft seien. Bongartz habe im KZ-Lager Dachau, wohin auch die Häftlinge aus Groß-Rosen bei Kriegsende evakuiert worden seien, acht bis zehn Mal die sogenannte „Bühnenschau" mitmachen müssen, ohne daß irgendein Häftling aus Groß-Rosen ihn belastet habe.

Bei dieser Bühnenschau seien Häftlinge, die Funktionen gehabt hatten, im Scheinwerferlicht auf einer zehn Meter breiten Straße aufgestellt worden, während die etwaigen Ankläger aus dem Dunklen her angeblich Belastungen hätten erheben können. Komitees aus alten Herren Länder hätten alle Verdächtigen in zahllosen Vernehmungen durchleuchtet. Es sei vollkommen ausgeschlossen, daß einer der Häftlinge sich nicht gemeldet hätte, wenn gegen Bongartz etwas vorgelegen hätte.

„Berufszeugen" in Dachau

Das Urteil, das Bongartz mit fünfzehn Jahren Gefängnis bestraft habe, habe weder eine mündliche noch eine schriftliche Begründung enthalten. Hier sei eine Mordanklage völlig in sich zusammengebrochen, und auch die anderen Anklagepunkte z. T. geringfügig und zum anderen Teil unbewiesen geblieben.

In Dachau hätten sich noch jahrlang „Berufszeugen" aufgehalten, die es auf die Verhandlung zu seiner Person und seinem Werdegang vernommen wurde, 1941 wegen Arbeitssabotage am Westwall zu sechsmonatigem Sonderlager, Sachsenhausen, gekommen und im September 1941 nach Groß-Rosen überstellt worden zu sein. Von Oktober 1941 bis Februar 1942 habe er als Kapo in Deutsch-Lissa ein Außenkommando von Groß-Rosen geführt. Später sei er in der Lagergärtnerei als Vorarbeiter und eine Zeitlang auf dem Fußmarsch nach Dachau Oberkapo, nach dem Zusammenbruch einige Zeit noch Mitglied der Internationalen Lagerpolizei in Dachau gewesen.

Ein menschliches Wrack

Bongartz, der seit 1941 ununterbrochen inhaftiert ist, betritt auf einen Stock gestützt den Verhandlungssaal. Blaß, hager, mit gekrümmtem Rücken stützt er sich bei seiner Vernehmung mit einer Hand auf einen Stuhl und mit der anderen auf seinen Stock. Damals, sagte ein Zeuge, sei er ein Kerl wie ein Schrank" gewesen. Jetzt ist er lungenkrank und ein menschliches Wrack.

Deshalb ist es erstaunlich, mit welcher Wendigkeit und Aufmerksamkeit er jeder Phase der Verhandlung folgt und immer schnell mit der Antwort dabei ist. Bongartz hat anscheinend ein ausgezeichnetes Gedächtnis. Ueber Namen und Funktionen seiner Mithäftlinge und des SS-Personals weiß er noch genau Bescheid. Auch über wichtige Vorkommnisse, die sich auf seine verschiedenen Tätigkeiten und sonstigen Vorgänge beziehen, weiß er fast auf den Tag genau zu berichten.

In diesem Strafverfahren sollen 19 Zeugen vernommen werden. Ursprünglich waren es mehr, aber ein Teil ist inzwischen verstorben, während andere Zeugen, die in der Ostzone wohnen, nicht kommen werden.

des 62. Lagers Groß-Rosen von 1940 bis Februar 1945 auf etwa 40 000 geschätzt hatten. Hundert Häftlinge wurden mit einer doch große Anzahl vorgeschlagen haben soll, wurden bis in die späten Abendstunden des drei ersten von insgesamt neunzehn Zeugen vernommen. Diese Zeugen, unter denen sich ein Mithäftling des Angeklagten aus Köln und auch der aus Werl vorgeführte frühere Lagerkommandant befand, konnten gegen Bongartz bisher nur verhältnismäßig wenig Belastendes aussagen. Der Zeuge aus Köln hat gesehen, wie Bongartz zwei Häftlinge, die vermutlich Kartoffeln hätten „organisieren" wollen, mit einem Schaufelstiel niedergeschlagen habe. Einer der Geschlagenen habe sich stöhnend wieder erheben können, während der andere bis Revier überführt worden sei. Bongartz, der eine sichere Zuversicht zur Schau trägt, bestreitet die ihm zur Last gelegten Beschuldigungen.

Der Kölner Zeuge, Beigeordneter des Deutschen Städtetages, war von 1933 bis zum Schluß als politischer Häftling im niederschlesischen KZ-Lager Groß Rosen. Vom Lager aus sah er, wie Bongartz die beiden Häftlinge niederschlug und dabei „wie ein Bär" brüllte. Bongartz sei nach seiner Auffassung ein primitiver Mensch mit Neigung zum Jähzorn. Doch hätte er auch gegen Kranke sehr hilfsbereit sein können, wenn sie ihn richtig angesprochen hätten. Von Morden, die Bongartz begangen habe, sei ihm nichts zu Ohren gekommen.

Maschinerie des Todes

Der Zeuge machte erschütternde Aussagen über Exekutionen mit Blausäure an gefangenen Russen im Krankenrevier. Ein SS-Unterarzt und ein ihm unterstellter Blockältester hätten zahlreiche Kranke durch Injektionen mit Blausäure oder auch verseuchte Getränke ins Jenseits befördert. „Dabei", sagte der Zeuge, „hätten die deutschen Häftlinge diesen Arzt und „Dr. Eisenhart" seinen Apotheker, der das Gift in Verwahrung gehabt habe, genannt. Er habe morgens des öfteren über Leichenhaufen klettern müssen, um den Toten die Erkennungsmarken abzunehmen. Später habe der Arzt es ihm als Sanitäter sogar überlassen, die Eintragungen über die Todesursache zu machen und ihm als Laien ein statistisches Jahrbuch mit einer Anzahl von Todesursachen in die Hand gedrückt. Daraus habe er wahllos ihm unbekannte medizinische Bezeichnungen entnommen und sogar Todesursachen eingetragen, die, wie er später festgestellt habe, nur in den Tropen vorkommen könnten.

Lagerkommandant kennt Bongartz nicht

Die mit Spannung erwartete Vernehmung des Lagerkommandanten von Groß-Rosen, eines 43jährigen früheren SS-Sturmbannführers, der unter schwerer Bewachung aus Werl zum Termin vorgeführt wurde, brachte keine Ergebnisse gegen Bongartz. „Ich kenne den Angeklagten nicht" erklärte der frühere KZ-Kommandant. Er war erst im Oktober 1943 Kommandant dieses und zugleich mehrerer anderer Lager geworden.

Dieser Zeuge erklärte, durch den Vorsitzenden des Schwurgerichts, Amtsgerichtsrat Dr. Spilles auf die Möglichkeit seiner Vereidigung hingewiesen, „während meiner Amtszeit waren Verbrechen an KZ-Häftlinge völlig ausgeschlossen." Und auf die Frage des Verteidigers, Rechtsanwalt Surholt: „Glauben Sie, daß Bongartz jeden Tag ein bis zwei Häftlinge umgebracht haben kann?" „Ausgeschlossen, dann stünde er nicht mehr hier." Dieser Zeuge war als Kriegsverbrecher selbst zunächst zum Tode und dann zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hofft 1955 entlassen zu werden. Weshalb er verurteilt worden sei, wisse er nicht. Bis heute habe er weder eine schriftliche noch eine mündliche Urteilsbegründung gehört.

Bongartz schon einmal unter Mordanklage

Zu Gunsten des Angeklagten Bongartz sprach sich ein Rechtsanwalt aus Münster aus, der ihn im Dachau-Landsberger Kriegsverbrecherprozeß 1947 verteidigt hatte. Bongartz wurde damals zu fünfzehn Jahren Gefängnis wegen Körperverletzung gegenüber Häftlingen verurteilt, später zu zwölf Jahren begnadigt. Diese Strafe hatte er am 22. Mai d. J. verbüßt.

Der Rechtsanwalt stellte die Frage, warum Bongartz in dem damaligen Prozeß in keinem einzigen Falle wegen Groß-Rosen belastet worden sei. Das allein sei schon ein Beweis, daß die schweren Vorwürfe zweifelhaft seien. Bongartz habe im KZ-Lager Dachau, wohin auch die Häftlinge aus Groß-Rosen bei Kriegsende evakuiert worden seien, acht bis zehn Mal die sogenannte „Bührenschau" mitmachen müssen, ohne daß irgendein Häftling aus Groß-Rosen ihn belastet habe.

Bei dieser Bührenschau seien Häftlinge, die Funktionen gehabt hatten, im Scheinwerferlicht auf einer zehn Meter breiten Straße aufgestellt worden, während die etwaigen Ankläger aus dem Dunklen hervortreten, Beschuldigungen hätten aussprechen können. Komitees aus aller Herren Länder hätten alle Verdächtigen in zahllosen Vernehmungen durchleuchtet. Es sei vollkommen ausgeschlossen, daß einer der Häftlinge sich nicht gemeldet hätte, wenn gegen Bongartz etwas vorgelegen hätte.

„Belastungszeugen" in Dachau

Das Urteil, das Bongartz mit fünfzehn Jahren Gefängnis bestraft habe, habe weder eine mündliche noch eine schriftliche Begründung enthalten. Hier sei eine Mordanklage völlig in sich zusammengebrochen, und auch die anderen Anklagepunkte z. T. geringfügig und zum anderen Teil unbewiesen geblieben.

Bongartz, der seit 1941 ununterbrochen inhaftiert ist, betrat mit einem Stock gestützt den Verhandlungsraum. Bloß, hager, mit gekrümmtem Rücken stützt er sich bei seiner Vernehmung mit einer Hand auf einen Stuhl und mit der anderen auf seinen Stock. Damals, sagte der Zeuge, sei er ein Kerl wie ein Schrank" gewesen. Jetzt ist er lungenkrank und ein menschliches Wrack.

Deshalb ist es erstaunlich, mit welcher Wendigkeit und Aufmerksamkeit er jeder Phase der Verhandlung folgt und immer schnell mit der Antwort dabei ist. Bongartz hat anscheinend ein ausgezeichnetes Gedächtnis. Ueber Namen und Funktionen seiner Mithäftlinge und des SS-Personals weiß er noch genau Bescheid. Auch über wichtige Vorkommnisse, die sich auf seine verschiedenen Tätigkeiten und sonstigen Vorgänge beziehen, weiß er fast auf den Tag genau zu berichten.

In diesem Strafverfahren sollen 19 Zeugen vernommen werden. Ursprünglich waren es mehr, aber ein Teil ist inzwischen verstorben, während andere Zeugen, die in der Ostzone wohnen, nicht kommen werden.

Institut für Zeitgeschichte München

Das Wohnungsbaudilemma

Familienheimgesetz und Regierungsnovelle gefährden den sozialen Wohnungsbau

Von Werner Jacobi, MdB.

N. V. Der Wohnungsbau und die Wohnungsbaugesetzgebung sind in den letzten Tagen wieder zu einer Angelegenheit des öffentlichen Interesses geworden, nachdem die Streitigkeiten zwischen Bundeswohnungsbauminister Preusker und dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für den Wohnungsbau, Lücke (CDU), öffentlich bekannt wurden. Minister Preusker soll dem Bundeskanzler sogar seinen Rücktritt angeboten haben, doch ist nach den letzten Äußerungen des Bundeskanzlers zu erwarten, daß man eine „Einigung" erzielen wird. Zum sozialen Wohnungsbau nimmt heute grundsätzlich Bundestagsabgeordneter Werner Jacobi Stellung.

Im Bundestagswahlkampf ist seitens der Regierungsparteien u. a. auch mit ziemlicher Lautstärke von den großen Erfolgen auf dem Gebiete des Wohnungsbaues die Rede gewesen. In Broschüren, Flugblättern und Reden wurde hierbei der „Europa-Baurekord" der Bundesrepublik herausgestellt. „Wir bauen in jeder Minute ein neues Haus", hieß es in stolzen Tönen. Wir, damit waren die Bundesregierung und ihre parlamentarischen Hilfstruppen gemeint. Kein Wort fiel von den Ländern und Gemeinden, von der vorbildlichen Anstrengungen der Wohnungswirtschaft, und schon gar nicht von der wesentlichen sozialdemokratischen Initiative, die nicht zuletzt die Grundlage unseres Wohnungsbaugeschehens, das Erste Wohnungsbaugesetz und den sozialen Wohnungsbau, zu danken ist.

Wieder einmal mehr hielt man den Zweck die Mittel heiligen, sparte man mit der notwendigen Anerkennung der Leistungen Dritter, aber auch mit der Kritik an nur unzulänglich Erreichtem.

Verfälschter sozialer Wohnungsbau

Zwar hatte schon die Novelle zum Wohnungsbaugesetz vom 25. August 1953 durch die Anhebung der Richtsatzmieten und die Einführung der neuen Kategorie des öffentlich geförderten Wohnungsbaues auch den Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen zu denken.

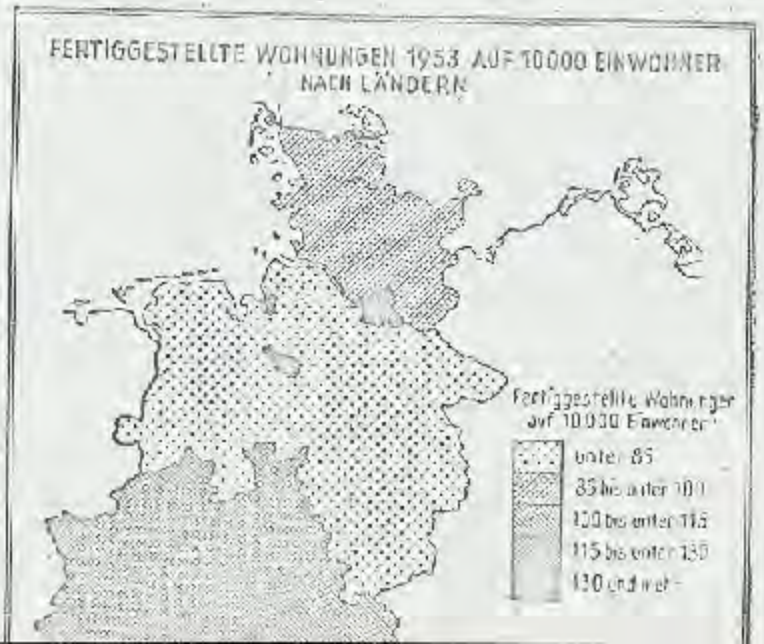
Der schon dem ersten Bundestag vorgelegte, aber wegen seiner sachlichen Unreife nicht einmal zur Ausschußberatung gebrachte sogenannte Familienheimgesetzentwurf wurde von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits kurz nach dem Zusammentritt des neu gewählten Parlaments erneut und zunächst unverändert vorgelegt. Seitdem ist viel Druckerschwärze darauf verwendet worden, die Vorrangigkeit eines solchen Sondergesetzentwurfs zu unterstreichen. Der neue Wohnungsbauminister, Dr. Preusker, hat bisher vergeblich versucht, seinen Koalitionsfreunden begreiflich zu machen, daß den letzten Jahren sei am Bedarf vorbeigebaut worden. Sie begründen diese Behauptung mit dem Hinweis, daß viel mehr Menschen mit Eigenheimen hätten versehen werden können, wenn nicht der Bau von Mietwohnungen im Vordergrund gestanden hätte.

Dabei übersehen sie bewußt, daß das Gros der Wohnungssuchenden aus mancherlei Gründen kaum jemals daran denken kann, die vielfältige Last, die der Bau eines solchen Hauses mit sich bringt, auf sich zu nehmen. Zur Mietwohnung zu müssen, ist nun einmal das Schicksal von Millionen, und nicht unter allen Umständen ein bitteres. Ein Eigenheim schafft aus sich heraus keineswegs — wie es oft behauptet wird — soziale Sicherheit; es setzt soziale Sicherheit voraus. War es erbaut, muß es erworben und bewirtschaftet können, mit anderen Worten: nicht nur der Wunsch nach einem solchen Eigenheim — und wer hätte ihn nicht? —, sondern auch der Rechtstitel hat hier zu sprechen. Mancherlei Mißbrauch und Opfer sind mit in Ansatz zu bringen, sonst werden Traumhoffnungen geweckt und bittere Enttäuschungen geradezu frivol mit in Kauf genommen.

Keine Glaubenssache

Als vor einiger Zeit die große katholische Demonstration gegen den Schulgesetzentwurf der niedersächsischen Landesregierung in Hannover organisiert wurde, hat der Reporter einer großen süddeutschen Zeitung eine wahllose Befragung von Teilnehmern dieser Aktion durchgeführt. Kaum jemand der Angesprochenen konnte ihm sagen, wofür man eigentlich demonstriere. Einige meinten, es sei wegen des Glaubens, der in Gefahr sei. Der Fall zeigt schlagend, wohin es führt, wenn man Menschen zu Gefühlswallungen veranlaßt, wo es um konkrete nüchterne Dinge geht. Nun, in diesem Falle wurden nur Umzüge veranstaltet. Die an ihnen Beteiligten nahmen an einer einmaligen Massenveranstaltung teil und glaubten, irgendeinem guten Anliegen zu dienen. Bei der Propaganda für das Familienheim aber werden konkrete Hoffnungen erweckt. So begrüßenswert sie sein mögen, man muß ihnen, wenn man wirkliche Verantwortung spürt, das Wissen um die Schwierigkeiten vorschalten, die mit dem ausgelöster Regelung verbunden sind.

Wir können uns des Verdachtes nicht erwehren, daß hier bewußt nivelliert wird, was geschehen müßte, daß Hoffnungen erweckt werden, deren Erfüllung noch für lange Zeit



gen. Wenn die Regierungsnovelle sich ein derartiges Anliegen wirklich zu eigen machen wollte, so müßte sie die Erhöhung des Anteils der öffentlichen Darlehen vorsehen. Dies deshalb, weil den leistungsschwachen Bevölkerungskreisen bekanntlich in der Regel keine eigenen Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen.

Verwaschene Formulierungen

Stattdessen sieht der Entwurf lediglich die planmäßige Erhöhung des Eigenheimbaues und sonstiger Eigentumsförderungsmaßnahmen vor. Er tut dies im übrigen, ohne sie auf einen echten Bedarf abzustellen und überläßt der Ministerialbürokratie der Länder offenbar weitgehend für Eigenheime die Höchstdarlehen durch die Länder grundsätzlich erhöht werden können, soll dies für Mietwohnungen nur in Ausnahmefällen geschehen dürfen. Die praktische Folge wird sein, daß für Mietwohnungen im Zweifel nur noch 4000 bis 5000 DM gewährt werden, obwohl gerade bei ihnen wegen einer Restfinanzierung durch Bankvorstandsdarlehen vielfach Schwierigkeiten gestellt werden können. Was sollen die Bewilligungsstellen mit einer so verwaschenen Formulierung wie der anfangs, daß „den Erfordernissen Rechnung zu tragen" ist? Auch die vorgesehene Prämienregelung bedarf einer kritischen Überprüfung. So ist nicht einzusehen, warum Mietdarlehen, wenn sie schon einmal beigebracht werden können, keine Begünstigung finden und warum beispielsweise der Erwerb eines zweiten Genossenschaftsanteils für Dritte als ein echter Akt der Nachbarschaft- und Selbsthilfe nicht prämienbegünstigt sein soll.

Dies sind nur erste Randbemerkungen zu einem Entwurf, der in allen Einzelheiten sorgfältigster Prüfung bedarf, sobald er dem Bundestag offiziell zugeleitet ist.

Bei den Beratungen wird die sozialdemokratische Opposition nicht darauf verzichten, leidenschaftslos das Für und Wider der vorgesehenen Regelung zu erörtern. Nicht auf Tendenzen, sondern auf nüchterne Regelungen kommt es an. Ideologien haben hinter den harten Notwendigkeiten des Alltags zurückzustehen.

Institut für Zeitgeschichte München

Ebenso wurde verschwiegen, daß [redacted] einem wirklich sozialen Wohnungsbau seit längerer Zeit nur noch bedingt die Rede sein kann.

Das ursprüngliche Anliegen, auf dessen gesetzgeberische Sicherung seinerzeit vor allem die SPD immer wieder besonderen Wert gelegt hatte, ist in der Praxis mehr und mehr zurückgedrängt worden. Die Zahl der Wohnungsbauten stieg, der Anteil der leistungsschwachen Bevölkerungskreise an dem Besitz von Neubauwohnungen dagegen sank. Seit langem steht der Wohnungssuchende, dem keine wesentlichen eigenen Kapitalmittel zur Seite stehen, wieder am Ende der Schlange. Ohne Baukostenzuschüsse oder Mieterdarlehen eine Wohnung zu erhalten, ist für den „Normalverbraucher" eine zumeist aussichtslose Sache.

Das Wohnungsdefizit

Die Zahl dieser auf eine nurvermindert, ja verstärkte öffentliche Hilfe Angewiesenen aber ist nach wie vor groß. Ob das noch bestehende Wohnungsdefizit etwas über oder etwas unter 4 Millionen liegt, läßt sich exakt nicht feststellen, weil immer noch die von der SPD seit Jahren geforderten statistischen Unterlagen über die Bedarfsstruktur in der Wohnungswirtschaft ebenso wie die gleichzeitig verlangten Erhebungen über die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten der Erhaltung des vorhandenen Wohnraumes und der Einkommensverhältnisse ausstehen. Soviel ist jedoch unstreitig, daß mindestens 3,5 Millionen Wohnungen fehlen, um eine einigermaßen ausreichende Wohnungsversorgung sicherzustellen.

Liberalisierung der Wohnungswirtschaft?

Dennoch ist sofort nach den Bundestagswahlen die möglichst schnelle Liberalisierung des Wohnungsbaues von maßgebenden Sprechern der Bundesregierung und der Regierungsparteien gleichsam programmatisch verkündet worden. Neuerdings mehren sich aus denselben Reihen die Stimmen, die, unabhängig von Etappenlösungen, an deren Ende die vorbehaltlose freie Marktwirtschaft auch auf dem Gebiete des Wohnungsbaues stehen soll, schon jetzt einen radikalen Umbau der Wohnungsbaupolitik verlangen. Hierbei wird vor allem von der Notwendigkeit gesprochen, mehr als bisher an es eines besonderen Gesetzes für die bevorzugte Förderung des Eigenheimes nicht bedarf. Sein Hinweis auf die Tatsache, daß schon die erste Novelle vom August 1953 hier weitgehende zusätzliche Forderungen enthielte, wurde in taube Ohren gesprochen.

Die Preusker-Novelle

Auch nachdem Preusker sich dazu entschlossen hat, wesentliche Gedanken des Familienheimgesetzes in eine zweite Novelle zum Wohnungsbaugesetz einzubauen, die vom Bundeskabinett am 28. April 1954 verabschiedet wurde, und zur Zeit dem Bundesrat vorliegt, haben die Initiatoren des Familienheimgesetzentwurfes ihre Forderungen nach einer sondergesetzlichen Regelung nicht aufgegeben. Ja, in den letzten Tagen ist über den diesbezüglichen Streit sogar eine Art Regierungskrise ausgebrochen. Unfreundliche Briefe hin und her und mancherlei Kabalen haben eine Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens zwischen den Koalitionsparteien erzeugt, die die Opposition mit Schadenfreude erfüllen könnte, wenn nicht durch diesen Streit allgemeine Schwierigkeiten für die gleichwie immer geartete Wohnungspolitik zu entstehen drohten. Es besteht die Gefahr, daß der Wohnungsbau in ein Dilemma gerät, das sich auf die weitere Entwicklung störend auswirken kann. An die Stelle nüchterner Betrachtung eines fürwahr nüchternen Zweckes, nämlich möglichst viele Wohnungen für möglichst Viele zu bauen, sind offenbar Fragen des Prestiges und ideologische Traumvorstellungen getreten.

Sozialromantik

Niemand von uns bestreitet, daß die Förderung des Eigentumsgedankens ein staatspolitisch wichtiges Anliegen ist. Auch die Opposition hat dies wiederholt und nicht aus taktischen Erwägungen bekundet. Andererseits kann und darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Bedarf es ist, der beim Wohnungsbau im Vordergrund zu stehen hat. Die Apologeten einer einseitigen Eigentumsförderung meinen, in den

Die Oeffentlichkeit wurde getäuscht

Die Streitigkeiten, die zwischen dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wiederaufbau und Wohnungswesen im Bundestag und Sprecher der CDU in Wohnungsbaufragen, Lücke, auf der einen und Bundeswohnungsminister Dr. Preusker auf der anderen Seite über die Fragen des Familienheimgesetzentwurfs aufgetreten sind, und eine völlig unzureichende Unterrichtung der Presse haben zu völlig falschen Vorstellungen in der Oeffentlichkeit geführt. Es ist der Eindruck entstanden, daß vom Streit über die Einzelheiten einer besonderen Familienheimförderung abgesehen, die in Angriff genommenen gesetzgeberischen Arbeiten eine sorgenfreie Entwicklung des Wohnungsbaues garantierten. Hierbei ist besonders der Eindruck erweckt worden, als ob besonders die leistungsschwachen Kreise der Bevölkerung in Zukunft in besserer Weise als bisher mit einer Wohnungsversorgung rechnen könnten.

Triumphierend wird darauf hingewiesen, daß die neue Novelle der Bundesregierung beispielsweise in ihren Paragraphen 28 ein ausdrückliches Verbot verlorener Baukostenzuschüsse für öffentlich geförderte Mietwohnungen vorsehe.

Die SPD hat schon bei den früheren Beratungen immer wieder auf eine analoge diesbezügliche Verbotsvorschrift hingewiesen, hierbei jedoch zugleich zum Ausdruck gebracht, daß auch das System der Mietvorauszahlungen dringend einer Ueberprüfung bedarf. Solche Mietvorauszahlungen bleiben nach dem Regierungsentwurf nach wie vor erlaubt und werden ein bequemes Ausweichobjekt für Vorabförderungen an Wohnungssuchende bleiben. Da der Regierungsentwurf zudem beim Wohnungsbau für Leistungsschwache nur unverbindliche Festlegungen enthält und leider darauf verzichtet, Garantien für untragbare Mieten festzulegen — die bisherigen Richtsatzmiete soll ganz fortfallen —, ist zu befürchten, daß genau das Gegenteil von dem eintritt, was in Pressemeldungen verheißungsvoll verkündet wurde. Die leistungsschwachen Bevölkerungskreise werden noch weniger als bisher Neubauwohnungen erhalten.

Die Vorlage der Bundesregierung sieht die konsequente Fortsetzung des schon in der ersten Novelle eingeschlagenen Kurses vor. Der sogenannte gehobene Wohnungsbau wird erneut ausgeweitet. Die nach Fortfall der Richtsatzmiete vorgesehene manipulierte Kostenmiete erfährt keine Begrenzung, und die der Presse gegebenen Informationen, daß es das besondere Anliegen des Entwurfs sei, in stärkerem Maße als bisher Wohnungen für die breiten Schichten der Bevölkerung zu bauen, erweisen sich mangels entsprechender konkreter Vorschriften als problematische Verheißun-

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Bonner 14.9.1953

Die Mannheimer Oberbürgermeisterwahl

Rhein-Neckar-Metropole wählte früheren NS-Führer

„Die Mannheimer Bevölkerung hat am Sonntag den 51jährigen Dr. Hans Reschke zu ihrem neuen Oberbürgermeister gewählt. Bei einer Wahlbeteiligung von 90,8 Prozent sprachen sich 29 748 (51,2 Prozent) Wahlberechtigte für Dr. Reschke aus, während 28 324 (48,7 Prozent) ihre Stimme dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Werner Jacobi gaben. Reschke war vom „Mannheimer Wählerblock" aufgestellt worden, der sich aus der Union, den Freien Demokraten, der Deutschen Partei und dem Gesamtdeutschen Block sowie einigen Unabhängigen zusammensetzte."

Das ist der Wortlaut einer Meldung der Deutschen Pressagentur, die am letzten Montag bei der Redaktionen der westdeutschen Zeitungen einlief. Der normale Zeitungsleser mag sie ohne sonderliches Interesse zur Kenntnis genommen haben. Vielleicht hat er die Nachricht mit der Bemerkung kommentiert: „Sieh' an, die Bonner Koalition hat die Opposition nur ganz knapp geschlagen!" Möglicherweise sah er in der Meldung die Registrierung eines lokalen Ereignisses. Normalerweise ist dies eine Bürgermeisterwahl ja wohl auch.

Mehr als eine rein lokale Entscheidung

Was die Volkswahl der Mannheimer Bürgerschaft vom 11. September jedoch über den Rahmen einer rein lokalen Entscheidung hinaus hebt, ist die Vergangenheit der beiden Kandidaten, die sich als Rivalen gegenüberstanden. Die SPD, in dieser Stadt der Arbeit die stärkste Partei, hatte in dem Beigeordneten des Deutschen Städtetages und sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Werner Jacobi einen weit über die Reihen seiner politischen Freunde hinaus hochgeschätzten und versierten Kommunalpolitiker ins Rennen geworfen. Sein beispielloser Einsatz in diesem Wahlkampf — allein 63 Versammlungen sahen ihn in den letzten vier Wochen in allen Stadtteilen auf dem Podium — riß nicht nur seine politischen Freunde mit.

Auch in weiten Kreisen des aufgeschlossenen Bürgertums erregte der bis dahin in Mannheim nur wenig bekannte, doch seine Zuhörer durch Sachkunde und hellwache Kampfesführung überzeugende, ja begeisternde 48jährige Kommunalpolitiker lebhaftes Aufsehen. Sein Glanzstück war ein auf Einladung überparteilicher Frauenverbände veranstaltetes gemeinsames Auftreten mit seinem Gegenkandidaten. Der größte Saal der Stadt war überfüllt, der überwiegende Teil der Zuhörerschaft, wie der Beginn der Veranstaltung zeigte, offenbar voller Vorbehalte gegenüber dem Nichtmannheimer Sozialdemokraten. Am Schluß jedoch gab es bei allen objektiv Urteilenden nur eine Meinung: Jacobi ist der bessere Fachmann und die stärkere Persönlichkeit. Die größte Zeitung der Stadt (der „Mannheimer Morgen"), bis zur letzten Stunde, obwohl sie sich unabhängig nennt, einseitig für Reschke agitierend, versuchte selbst hier den eindeutigen Erfolg Jacobis abzuschwächen. Uns fehlt der Raum, die hinterhältigen Parolen und Methoden anzuprangern, deren man sich bediente, um den „überparteilichen" Kandidaten gegenüber dem „Parteimann" zu favorisieren. Auch wollen wir hier nicht auf das Niveau eingehen, das unter Federführung der CDU im Mannheimer Wahlkampf präsentiert wurde. Erwähnt sei nur, daß man die Tatsache, daß die KPD keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, dazu benutzte, Jacobi auch als von den Kommunisten vorgeschlagen zu bezeichnen und daß dies wider besseres Wissen behauptet wurde.

Der politisch verfolgte Demokrat

Das alles würde den nun zurückliegenden Mannheimer Wahlkampf jedoch nicht von vergangenen politischen Auseinandersetzungen abheben. Was der Oberbürgermeisterwahl in der 288 000 Einwohner zählenden Rhein-Neckar-Stadt ihre besondere Bedeutung verleiht, ist die Persönlichkeit der beiden Rivalen.

Werner Jacobi ist von Irthester Jugend an demokratischer Sozialist und Humanist. 1933 wurde der begabte junge Jurist aus dem Staatsdienst entlassen. 1937 wegen Verbreitung der Dahlemer Predigt Martin Niemöllers und der Aufrechterhaltung von Verbindungen mit emigrierten Freunden inhaftiert. Bis zum Kriegsende mußte er das harte Los des politischen Schutzhäftlings tragen. Körperlich geschwächt, doch geistig und seelisch ungebrochen, stürzte er sich nach 1945 mit aller Energie in die Wiederaufbauarbeit. Als Landrat und Oberbürgermeister machte er sich schnell einen Namen. Einer der hervorragendsten Repräsentanten des geistigen Deutschland, der Dichter und Schriftsteller Frank Thiess, sah über Werner Jacobi kürzlich folgendes Urteil ab:

> „... und wenn mir etwas angesichts dieses Mannes auffiel, war es die hohe allseitige Bildung und durchdringende Klarheit seines Urteils, die jede Unterhaltung mit ihm zugleich ins Wesentliche erhob. Von dem, was er in den KZ-Lagern des Hitler-Terrors durchgemacht hatte, sprang er. Erst nach Jahren erzählte er mir eines Nachts den Roman seines Martyriums. Er war ohne eine Spur von Ressentiments aus diesem Inferno hervorgegangen."

Und der Protégé des Hitler-Regimes

Nun, nicht Werner Jacobi wurde in Mannheim gewählt. Der neue Oberbürgermeister heißt Dr. Hans Reschke. Daß er Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer war, daß ihn die Schmisse des früheren Corpsstudenten vom gewöhnlichen Sterblichen abhoben, man mag's hinnehmen. Derartiges ist in unserer restaurativen Zeit nicht sonderlich aufregend. Was besorgt und nachdenklich stimmt, ist der politische Vergangenheit des Mannes. Reschke war ein ausgesprochener Protegé des Hitler-Regimes. Der bejahte junge Regierungsassessor wurde Landrat in Hoxter (Westfalen). Hier sah man ihn zum ersten Male in der schwarzen Uniform der Allgemeinen SS. 1938 berief ihn das Vertrauen der Nazi-Regierung zum Landrat des größten preußischen Landkreises Recklinghausen.

Doch nicht genug dieses Vertrauensbeweises. Unter Beibehaltung seiner Landratsfunktion holte ihn Martin Bormann in die Parteikanzlei der NSDAP, wo er bis zum bitteren Ende einer der angesehensten Sachverständigen in der Ministerialkanzlei des Braunen Hauses war und unter Staatssekretär Dr. Klopfer bis in die letzten Kriegstage Entwürfe für eine nationalsozialistische Verwaltungsreform ausarbeitete.

Oft saß er 14 Tage lang im Münchener Regierungsbunker, während in seinem industriellen Landkreis die Bomben fielen und sein Oberinspektor die Unterbringung von Evakuierten und Ausgebombten steuern mußte. Bleibt nur noch zu berichten, daß Dr. Reschke auch noch Angehöriger des Nachrichtendienstes (SD) war, um das Bild dieses „neutralen Fachmannes" abzurunden.

Das alles störte die CDU nicht!

Die Mannheimer CDU haben alle diese Tatsachen nicht gestört. Ihr kam es nur darauf an, die Wahl eines Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister zu verhindern. Um dies zu erreichen, war ihr jedes Bündnis recht, die Einzelheiten der nicht ganz [illegible] Vorbelastung des Mannheimer [illegible]kandidaten bei jeder Aufstellung kannt gewesen sein sollten sie kaum [illegible]ch heraus.

Mögen Erwägungen [illegible]recht von der SPD die Zurückz[illegible] Kandidaten verhindern haben, [illegible] bleibt, daß er selbst keine Konsequ[illegible] während des Wahlkampfes hatte [illegible]stigkeit über den zweiten Weltkri[illegible] auszuführen: „Wir müssen uns da[illegible] klar sein, daß wir von diesem [illegible] sagen konnten, daß er uns aufgez[illegible] sondern daß wir doch ein gerüt[illegible] als Nation gesehen, nicht als [illegible] an diesem Geschehen Schuld ha[illegible] bei anderer Gelegenheit erklärte [illegible]

Propaganda-M[illegible]

Zu Beginn des Wahlkampfes ve[illegible] versorgte Bürgerhilfe bei der Fe[illegible] der Propaganda, die mit unbe[illegible] Geldmitteln der Industrie geführt den „überparteilichen Fachmann" gegen den „Parteimann" Jacobi zu führen. Der mit größter Int[illegible] führte Wahlkampf ließ jedoch [illegible] als den größeren Fachmann in T[illegible] traten. Also mußten neue Argum[illegible] ihm herhalten. Man stempelte ihn [illegible]gehaltenen", den der Bonner Pa[illegible] den Mannheimer Sozialdemokrat[illegible] zwungen" habe. Diese Behauptun[illegible] falsch und man wußte dies auch, a[illegible] bequem und appellierte an den Lo[illegible] auch sie nicht zu verdanken schien [illegible] in letzter Stunde zu massiverer P[illegible] bemächtigte sich der Tatsache, da[illegible] aus Angst vor einer Koalitionsl[illegible] lage auf einen eigenen Kandidaten [illegible] hatte. Obwohl man wußte, daß z[illegible] SPD oder ihrem Kandidaten auf [illegible] und den Kommunisten auf der an[illegible] weder Absprachen getäf[illegible] auch nur Verhandlungen worüber waren, erschienen in [illegible] Tagen vor der Wahl die Indus[illegible] Geld in Hülle und Fülle — Inser[illegible] und Klebezettel. Dort war zu lese[illegible]

Jacobi wählt der Kommunist,
[illegible] ein linker Sozialist.

...ndesregierung nach einer zweitägigen ...abstimmung den Mehrheits- und Minder...heitsvorschlag für ein Landesgrundgesetz ver...schiedene, redlich bemüht, zu einer Über...brückung der Meinungsverschiedenheiten mit...zuwirken. Ihre Hoffnung war, daß CDU und ...Zentrum ihre endgültige Stellungnahme zu ...den umstrittenen Artikeln der geplanten ...Landesverfassung nicht nur den Wünschen ...ihrer Kleriker des vorparlamentarischen ...Raumes unterordnen, sondern staatspolitisch ...entscheiden würden.

Diese

Hoffnung auf eine Charta der Toleranz

...muß als gescheitert angesehen werden. CDU ...und Zentrum scheinen nicht die geringste ...Neigung zu haben, gegen SPD, FDP und KP ...mit einer Mehrheit von nur wenigen Stimmen ...die künftige nordrhein-westfälische Schul- und ...Kulturpolitik durch eine verfassungsmäßige ...Verankerung vorweg zu bestimmen.

Die SPD hatte durch eine ganze Reihe von ...gleichenden Formulierungen ihre ernstliche ...Bereitschaft kundgetan, die vorhandenen ...Gegensätze im Interesse eines für breite Be...völkerungsschichten tragbaren Gesamtwerkes ...zu überbrücken. So war von ihr der Verzicht ...darauf erklärt worden, die christliche Gemein...schaftsschule als Regelschule zu verlangen. Sie ...war bereit, den Katalog der Gleichrangigkeit ...der konfessionellen, christlichen Gemeinschafts...und Weltanschauungsschulen anzuerkennen. ...Sie zeigte sich geneigt, einer Elternrechts...verfügung zuzustimmen, die einer künftigen ...Gesetzgebung ein breites und tolerantes ...Ermessen gegeben hätte. Die Formulierung, ...in ihre Billigung gefunden hatte war:

„Jedes Kind hat ein Recht auf eine seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechende Bildung.

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.

Dieses Recht der Eltern, die Erziehung der Kinder zu bestimmen, der Anspruch der Kinder auf eine bestmögliche Ausbildung sowie die Verpflichtung der Gemeinschaft, eine solche Erziehung und Ausbildung allen Kindern zu gewährleisten, bilden die Grundlagen des Schul- und Erziehungswesens."

CDU und Zentrum jedoch wollten das uneingeschränkte, absolute Elternrecht und darüber hinaus, daß auch die einklassige Schule zum Regelgrundgesetz als geordneter Schulbetrieb erhoben und damit einer weiteren Aufsplitterung des Schulwesens und der Bildung in Zwergschulen Tür und Tor geöffnet werde. Auch in der Frage der Behandlung der Privatschulen ließ sich keine Einigung erzielen. Sie sollen nach der Absicht von CDU und Zentrum in öffentlichen Schulen auch in bezug auf die finanziellen Ansprüche gegenüber der öffentlichen Hand gleichgestellt werden. Hier und in einer Reihe anderer Punkte zeigt sich die Wahlkampf abwarten, sondern [illegible] derartigen Methoden [illegible] Nordrhein-westfälischen Verfassungsausschusses immer wieder unternommenen Bemühungen einer Entgiftung der Atmosphäre gestützt auf die von ihr gestellten Anträge, mit Ruhe entgegensehen. Wenn CDU und Zentrum den sozialdemokratischen Formulierungsantrag zu Artikel 11 noch am Pfingstsonnabend im Verfassungsausschuß niedergestimmt haben, so haben damit beide Parteien eine schwere Verantwortung auf sich genommen. Der SPD-Antrag hatte folgenden Wortlaut:

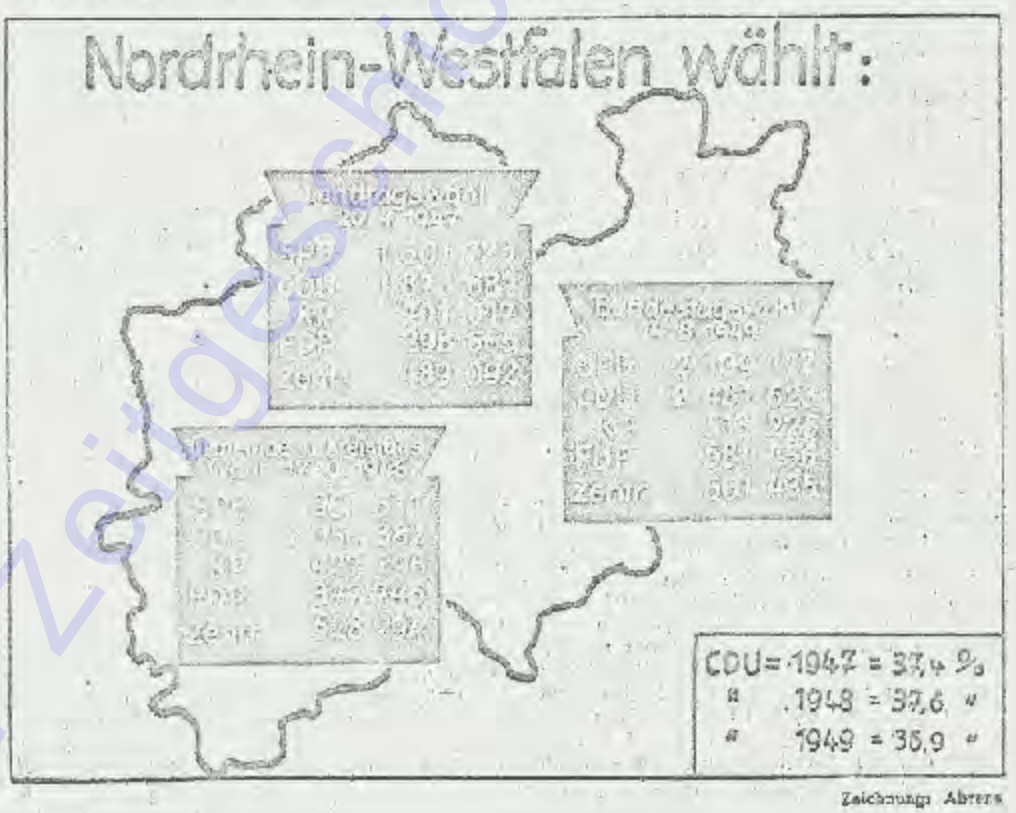
„In christlichen Gemeinschaftsschulen werden Kinder der verschiedenen Bekenntnisse im Geiste der ihnen gemeinsamen christlichen Ethik erzogen.

Der Religionsunterricht wird in den christlichen Gemeinschaftsschulen nach Konfessionen getrennt in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt."

Wer als Christ eine solche Formulierung ablehnt, muß sich entgegenhalten lassen, daß er jenen Vorschub zu leisten willens ist, die durch die Ablehnung des Adjektivums „christlich" die Gemeinschaftsschule diskreditieren und ihre Bejahung zum Gegenstand eines Gewissenskonfliktes der Eltern machen wollen. Es deutet alles darauf hin, daß CDU und Zentrum auch in der dritten Lesung der Landesgrundgesetzes zu keinem gleichwie gearteten Entgegenkommen bereit sein werden. Sollten

...gegenwärtige Landtag hatte keinen Verfassungsauftrag. Er ist keine verfassunggebende Versammlung und kann demzufolge nur auf der Maßgabe Verfassungsbestimmungen statuieren, daß diese durch einen Volksentscheid sanktioniert werden. Dieser im Regierungsentwurf auch vorgesehene Volksentscheid aber dürfte schon aus rein technischen Gründen mit der Landtagswahl am 18. Juni nicht mehr verbunden werden können. Zwar deutet einiges darauf hin, daß CDU und Zentrum möglicherweise eine erneute Verschiebung des Wahltermins versuchen werden, doch würde dies einen Gesetzbeschluß erforderlich machen, weil der Wahltermin der 18. Juni durch Gesetz bestimmt worden ist. Von der politischen Wirkung abgesehen, die ein solches Verfahren bei der Bevölkerung auslösen müßte, dürfte der in den letzten Kalendertagen liegende Landtag kaum noch die Möglichkeit haben, einen solchen Husarenritt über die Hürden von drei Lesungen hinweg zu sanktionieren.

So wird das Wahlergebnis des 18. Juni über seine allgemein politische Bedeutung hinaus von erheblichem Gewicht auch für das endgültige Gesicht des Landesgrundgesetzes sein. Gerade weil CDU und Zentrum dies wissen, versuchen sie in diesen Tagen alles, um vollendete Tatsachen zu schaffen und die gegenwärtige knappe Mehrheit zur Erringung einer Art von Faustpfand auszunutzen. Sie dürften sich verrechnet haben.



Zeichnung: Ahrens

Institut für Zeitgeschichte

ED-106/32-161

erbürgermeisterwahl und die Demokratie

ar-Metropole wählte früheren SD-Führer zum OB

ge Dr. Hans Reschke
[illegible] 1935 [illegible]
[illegible] und 1937
[illegible] in Weimar
" unterzieht worden, der
und dem Gesamtbereich

acobi ist von frühester
mokratischer Sozialist und
wurde der begabte junge
Staatsdienst entlassen, 1937
ng der Dahlemer Predigt
s und der Aufrechterhaltung
n mit emigrierten Freunden
m [illegible]esende mußte er das
litä[illegible]n Schutzhaftlings ins-
gesamt, doch gnädig und
hen, stürzte er sich nach 1945
in die Wiederaufbauarbeit.
Oberbürgermeister machte
nen Namen. Einer der her-
epräsentanten des geistigen
r Dichter und Schriftsteller
s, gab über Werner Jacobi
s Urteil ab:

n mir etwas zuerst an diesem
war es die hohe allseitige
rscheinende Klarheit seines
Unterhaltung mit ihm zugleich
erhob. Von allem, was er in
des Hitler-Terrors durchge-
[illegible]wieg, er. Erst nach Jahren
[illegible]nes Nachts der Roman seines
war ohne eine Spur von
aus diesem Inferno hervor-

ege des Hitler-Regimes

ner Jacobi wurde in Mann-
er neue Oberbürgermeister
R[illegible]hke. Daß er Haupt-
er Industrie- und Handels-
ß ihn die Schweißen des
ndenten vom gewöhnlichen
en, mag angehen. Derartiges
nativen Zeit nicht sonder-
s besorgt und nach-
mt, ist die politische
it des Mannes. Reschke
pchener Protegé des Hitler-
egabte junge Regierungs-
ndrat in Höxter (Westfalen).
n zum ersten Male in der
m der Allgemeinen SS. 1935
ertrauen der NS-Regierung
größten preußischen Land-
ausen.

g dieses Vertrauensbeweises,
ng seiner Landratsfunktion
rtin Bormann an die
der NSDAP, wo er bis
de einer der angese-
hergeordneten in der
anzlei des Braunen
und unter Staatssekretär
die letzten Kriegstage Ent-
tionalsozialistischer Verwal-
beitete.

Tage lang im Münchener
lbrand in seinem industriel-
e Bomben fielen und sein
Unterbringung von Evaku-
gehobenen steuern mußte.
berichten, daß Dr. Reschke
äriger des Buchhändlers

Fern, wie die oder jene Kenntnis recht. Auch wenn die Einzelheiten der nicht ganz alltäglichen Vorbelastung des Mannheimer Bürgermeisterkandidaten bei seiner Aufstellung nicht bekannt gewesen sein sollten, sie kamen schließlich heraus.

Mögen Prestigeerwägungen der Parteien rechts von der SPD die Zurückziehung des Kandidaten verhindert haben, unerfindlich bleibt, daß er selbst keine Konsequenzen zog. Während des Wahlkampfes hatte er die Dreistigkeit, über den zweiten Weltkrieg wörtlich auszuführen: „Wir müssen uns darüber völlig klar sein, daß wir von diesem Krieg nicht sagen konnten, daß er uns aufgezwungen sei, sondern daß wir doch ein gerüttelt Maß — als Nation gesehen, nicht als einzelner — an diesem Geschehen Schuld hatten." Und bei anderer Gelegenheit erklärte er von sich, seine NS-Vergangenheit verteidigend: „Ich fühle mich frei von persönlicher Schuld."

Das sagt ein Mann, der sich im Wahlkampf als überzeugter evangelischer Christ empfehlen ließ. Das kann bei einer solchen politischen Vergangenheit aber wohl nur jemand sagen, der kein Gefühl der Scham kennt, sondern zu allen Zeiten bereit ist, um der Karriere willen auf Charakter zu verzichten. So er überhaupt einen hat, denn hätte er einen, so hätte sich alles in ihm aufbäumen müssen, gegen einen Mann zu kandidieren, der in der Zeit ein Opfer des Terrors war, in der er selbst dem System des Terrors an hervorragender Stelle gedient hat. Denn dies hat er getan und diese Schuld nimmt ihm keiner ab. So etwas ist nun Oberbürgermeister in Mannheim. Arme Demokratie, armes Deutschland!

Propaganda-Methoden aus der Goebbels-Zeit

Zu Beginn des Wahlkampfes versuchte der vereinigte Bürgerblock bei der Federführung der Propaganda, die mit unbeschränkten Geldmitteln der Industrie geführt wurde, den „überparteilichen Fachmann" Reschke gegen den „Parteimann" Jacobi ins Feld zu führen. Der mit größter Intensität geführte Wahlkampf ließ jedoch bald Jacobi als den größeren Fachmann in Erscheinung treten. Also mußten neue Argumente gegen ihn herhalten. Man stempelte ihn zum „Hergelaufenen", den der Bonner Parteivorstand den Mannheimer Sozialdemokraten „aufgezwungen" habe. Diese Behauptung war zwar falsch und man wußte dies auch, aber sie war bequem und appellierte an den Lokalstolz. Als auch sie nicht zu verfangen schien, griff man in letzter Stunde zu massiveren Parolen. Man bemächtigte sich der Tatsache, daß die KPD aus Angst vor einer katastrophalen Niederlage auf einen eigenen Kandidaten verzichtet hatte. Obwohl man wußte, daß zwischen der SPD oder ihrem Kandidaten auf der einen und den Kommunisten auf der anderen Seite weder Absprachen getätigt noch auch nur Verhandlungen geführt worden waren, erschienen in den letzten Tagen vor der Wahl — die Industrie gab ja Geld in Hülle und Fülle — Inserate, Plakate und Klebezettel. Darauf war zu lesen:

Jacobi wählt der Kommunist,
wer ein linker Sozialist!

oder:

Wähler zeige klare Haltung,
SPD heißt rückwärts schn,
an der Spitze der Verwaltung
muß ein freier Bürger steh'n!

oder:

Wer mit der KPD paktiert,
hat sich bewußt dazu verstiegen,
daß Moskau ihm den Kurs diktiert,
drum muß am Sonntag Reschke siegen.

So und ähnlich lauteten die Parolen. Dabei hatte Jacobi den Kommunisten nie eine Konzession gemacht und nicht um ihre Stimmen gebuhlt. Was frohlockte das. Nur frisch drauf los verkümmelt. Von der NS-Schuld des eigenen Kandidaten schwieg man. Das Ergebnis war, daß, wie die Stimmzählung besonders in den Elendsvierteln zeigte, Jacobi kaum kommunistische Stimmen erhielt, trotz tiefer Einbrüche in bürgerliche Kreise aber dennoch das Handicap des Kommunistenschrecks nicht ausgleichen konnte. Wenn auch nur mit einer knappen Mehrheit siegte der frühere SS- und SD-Führer Dr. Reschke. Und dies in einer Arbeiterstadt. Und dies im Jahre 1956! Der Verfolger besiegte den Verfolgten, mit Propagandamethoden aus der Goebbels-Zeit. Und die Federführung hatte die CDU!

Archiv

ED-106/32-163

JAKSCH, Wenzel

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-136/32-164

5.Oktober 1952

Herrn
Direktor Wenzel Jaksch
Amt für Flüchtlingsfragen
W i e s b a d e n

Lieber Genosse Wenzel Jaksch!

Bedarf es einer Legitimation ? Vielleicht erinnern Sie sich meiner, wenn Sie einmal das beiliegende Blatt überfliegen. Als ich in Kopenhagen als Emigrant lebte, kam ich mit unseren alten Freunden Josef Hofbauer und Karl Kern bisweilen zusammen, lasdamals auch Ihre Zeitung, die Sie in Oslo herausbrachten.

Gegenwärtig bin ich beim Werk, im Auftrag des Berliner Magistrats ein Buch über Plötzensee zu schreiben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie zum Gelingen dieses Werkes beitragen wollten. Meine Bitte um Rat und Hilfe richtet sich vorzugsweise auf Auskünfte und Bilder von jenen mehr als 300 Tschechen, die alleine in Plötzensee hingerichtet worden sind, überwiegend Prominenz. Es ist für uns denn doch wohl ein Gebot der Ritterlichkeit, auch dieser Männer ehrend zu gedenken, die heute, wie ich aus Erfahrung weiss, in Prag nicht mehr genannt und geehrt werden dürfen.

Vor allem wäre mir an Bildern gelegen von Prof. Sedmik, der Sektionschef im Auswärtigen Amt der CSR gewesen ist,und von einem Führer der tschechischen Sozialdemokratie Vavra, der zugleich mit Sedmik und vielen anderen namhaften Tschechen hingerichtet wurde. Vielleicht erinnern Sie sich jenes grossen Prozesses, der bekanntgewesen sein muss unter dem Namen " Patscheider-Prozess".

Ich könnte mir vorstellen, dass es in der Emigration noch Freunde jener beiden Genannten gäbe, die zu der gedachten Totenehrung gerne beitragen und mir Porträts der Hingerichteten verschaffen wollten. Aber an wen müsste ich mich dann wenden? Helfen Sie mir doch

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

bittemit einem Fingerzeig, wenn Sie mir nicht unmittelbar zu helfen imstande sein sollten.

Übrigens gab es bei uns im KZ Sachsenhausen gegen 1200 tschechische Studenten, die sich durch Fleiss und gute Haltung ausgezeichnet haben. Ich erinnere mich noch eines gewissen Orth, der Germanistik studierte und später auch noch Universitäts-Professor wurde. Wissen Sie vielleicht etwas von ihm?

Elend ums Leben kam (wir hausten im gleichen Block) General"Smek mit dem Barth". Er ist regelrecht verhungert. Ferner war da der Redakteur Ivan Herben, von dem man mir berichtet hat, dass er inzwischen auch aus Prag fliehen musste. Er hat übrigens eines der besten Bücher über das KZ geschrieben. Wissen Sie vielleicht, wo er zu erreichen wäre?

Nicht zuletzt müsste Waldemar Quaiser genannt werden, der jetzt ja wohl in Wien wohnt. Ich war nicht wenig überrascht, ihm in Sachsenhausen zu begegnen.

Grollen Sie mir bitte nicht, dass ich Sie so ausgiebig belästigt habe. Aber ich denke, dass wir zusammenhalten müssen und uns nicht ausschliessen dürfen, wenn es sich um Totenehrung handelt.

In alter gesinnungsfreundlicher Verbundenheit verbleibe ich Ihr Kampf=und Parteigenosse

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

soz.dem.
ED-106/352-165

Wenzel J a k s c h

Wiesbaden, den 8.1o.1952
Adolfsallee 34

Herrn
Walter H a m m e r
Schriftsteller
H a m b u r g

Bilserstrasse 16d

Lieber Walter Hammer,

es bedarf wirklich in Ihrem Falle keiner Legitimation ! Ihr Wirken war mir längst bekannt, auch wenn wir bisher nicht in engerer persönlicher Verbindung standen. Ihr Buch über Plötzensee wird sicher eines der schaurigsten Kapitel des III. Reiches der Nachwelt überliefern. Leider kann ich in der Sache nicht behilflich sein. Genossen S e d m i k kannte ich sehr gut. Bei V a v r a weiss ich nicht, ob es sich um den Redakteur des "Pravo lidu" oder um den bekannten Funktionär der tschechischen Arbeiterturner handelt. Am besten wäre es, die gewünschten Einzelheiten bei der Auslandsvertretung der tschechischen Sozialdemokraten einzuholen, deren Adresse über Genossen Heinz P u t z r a t h beim Parteivorstand in Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 17o, festzustellen wäre. Leider haben sich die tschechischen Sozialdemokraten als Partei später bei den Austreibungen auch gegen meine Genossen so schlecht benommen, dass ich mit Ihnen keine Verbindung mehr habe. Waldemar Q u a i s s r habe ich vor einigen Tagen in München gesprochen. Seine derzeitige Adresse lautet: W.Quaisser, Wien XIX, Döblinger Hauptstrasse 77. Mit besten Wünschen für das Gelingen Ihrer Arbeit und

sozialistischen Grüssen

Ihr

Jaksch

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-166

13. Mai 1953

Herrn Direktor
Wenzel Jaksch
Wiesbaden
Adolfsallee 34

Lieber Wenzel Jaksch!

Sie hatten im Oktober vorigen Jahres die Freundlichkeit, mich mit einigen Fingerzeigen zu unterstützen. Verargen Sie es mir bitte nicht, daß ich Sie heute nochmals mit einer Bitte belästige. Obwohl ich mittlerweile ein paar Dutzend Briefe geschrieben habe, auch nach England und Kanada, wollte es mir leider nicht gelingen, ein Bild von Sedmik zu erlangen. Inzwischen konnte ich feststellen, daß drei- bis vierhundert prominente Persönlichkeiten aus Ihrer alten Heimat in Plötzensee hingerichtet worden sind. Ich fühle mich verpflichtet, sie in unsere Totenehrung miteinzubeziehen.

Nun ich nirgend sonst zum Ziele zu kommen weiß, hege ich die Hoffnung, daß mir Karl Kern vielleicht helfend beispringen wird. Darf ich Sie um seine Adresse bitten? Ein paar Zeilen genügen!

In alter gesinnungsfreundlicher Verbundenheit
verbleibe ich mit sozialistischem Gruß
Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-167

Wenzel J a k s c h

Wiesbaden, den 16. Mai 1953
Adolfsallee 34

Herrn
Walter H a m m e r
H a m b u r g 39
Bilserstr. 16 d

Lieber Walter H a m m e r !

Auf Ihre Anfrage vom 13. Mai teile ich Ihnen die Adresse von Karl K e r n wie folgt mit:

Lantmannagatan 64 A
M a l m ö.

Mit besten Grüssen !

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 180/32-168

DEUTSCHER BUNDESTAG
Abgeordneter
Ernst P a u l

BONN, den 6. Oktober 1954
(Bundeshaus)
Fernruf 201 41

Herrn
Walter H a m m e r
Schriftsteller
H A M B U R G 39
Veerstücken 9

Lieber Genosse Walter Hammer!

Zunächst danke ich Dir bestens, daß Du mich auf die Auslassungen des Herrn Rössler-Richter aufmerksam gemacht hast. Ich kenne sie allerdings nicht und wäre Dir dankbar, wenn Du mir eine Abschrift zukommen lassen könntest. Ich würde dann gemeinsam mit den Genossen Jaksch und Reitzner überlegen, was getan werden kann, um dieser Sache Einhalt zu gebieten.
An Deinen dankenswerten Bemühungen, die Leidenswege der alten deutschen Parlamentarier zu würdigen, wollen wir uns gerne beteiligen. Aus dem Prager Parlament wäre aus dem deutschen Bereich vor allem Dr. Ludwig C z e c h zu erwähnen, der im KZ Theresienstadt verstarb, ferner Rudolf H e g e r , der zwar in Freiheit, aber an den Folgen der längeren Gestapo-Haft zugrunde ging, dann noch Emil S t r a u s s als Mitglied der Böhmischen Vertretung, einer Art Landtag, der in Auschwitz vergast wurde. Bilder der Genannten könnte ich beschaffen, auch nähere Daten. Ich werde auch mit Jaksch die Frage prüfen, welche von den Tschechen wir in Vorschlag bringen können.

Mit besten Grüßen

Dein

Ernst Paul

P.S. Inzwischen habe ich die obenerwähnte Sache durch Jaksch erhalten

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

EB 106/52-164

1. Oktober 1954

Herrn Bundestagsabgeordneten
E r n s t P a u l
Ohereßlingen / Neckar
Gerhardstraße 19

Lieber Genosse Ernst Paul!

Wahrscheinlich werde ich nicht der Erste sein, der Dir berichtet von einer Infamie, die Rudel und Konsorten sich in Buenos Aires leisteten.

Dort erscheint ein Hetzblatt unter dem Titel "Der Weg", womit das Auslandsdeutschtum, ganz besonders in Südafrika, geradezu überschwemmt wird, weil diese Herrschaften offenbar in Geld schwimmen.

In diesen Heften erscheinen gegenwärtig Artikel von jenem famosen Abgeordneten des Bundestages Rößler-Richter, der darin sowohl Dich als auch Wenzel Jaksch und Richard Reitzner anpöbelt.

Ich habe schon Prof. Dr. Franken auf die ihm drohende Gefahr aufmerksam gemacht. Wir sollten nicht vergessen, daß auch in den zwanziger Jahren verkrachte Existenzen aus Ägypten, Südafrika, Amerika und dem Baltikum kamen, um die deutsche Bevölkerung besoffen zu quatschen und Hitler die Wege zu ebnen. Ich glaube, daß die Bundeszentrale gut daran täte, sich nicht ausschließlich dem Heimatdienst zu widmen, sondern auch der aus Argentinien drohenden Gefahr entgegenzutreten. In großer Sorge bin ich von vornherein gewesen, daß den

der Bildband

Helden in Buenos Aires von Annedore Leber in die Hände geraten könnte mit all den Blößen, die wir uns darin gegeben haben. Das wäre für diese Herrschaften ein gefundenes Fressen.

Wie Du weißt, arbeite ich gegenwärtig an einem illustrierten Werk, worin die Leidenswege der alten deutschen Parlamentarier gewürdigt werden sollen. Es entwickelt sich alles vielverheißend: schon über hundert gute Bilder liegen mir vor, darunter auch viele ganz vorzügliche und sehr seltene Aufnahmen.

Es sollte nun doch unsere Pflicht sein, in diesem Zusammenhang auch jener Hitler zum Opfer gefallenen Abgeordneten des Prager Parlamentes zu gedenken, natürlich nur insofern, als Ihr das glaubt verantworten zu können. Ich wäre Dir dankbar, wenn Du mir die betreffenden Namen anvertrauen wolltest, damit ich sie wenigstens beiläufig nennen kann.

Mit herzlichen Gesinnungsgrüßen verbleibe ich

Dein

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106/32-190

Abschrift von Abschrift

ARCHIV
WALTER
HAMMER

Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt

17. Juni 1955

Lagebericht 1 9 3 7

(Seiten 69/72)

Stand der kommunistischen Bewegung in Deutschland.
Überblick über die marxistischen und anarchistisch-syndikalistischen Umtriebe.
Entwicklung des russischen Emigrantentums und die sowjetrussischen Institutionen in Deutschland.

G e h e i m !

Die Deutsche Freiheitspartei.
Bereits seit 1936 waren in P r a g Bestrebungen zu verzeichnen, alle auf sozialistischem Boden stehende Splittergruppen erneut zu vereinen. Man nannte sich "Volkssozialistische Bewegung".Beteiligt daran waren der sudetendeutsche Abgeordnete der SPCSR. J a k s c h, Otto S t r a s s e r und der ehemalige Sekretär des Grafen B r o c k d o r f - R a n t z a u, C a h e n. Gleich das erste Flugblatt, welches herausgegeben wurde, hatte die Überschrift "Deutsche Freiheitsbriefe". Nach einiger Zeit merkte man, dass die Basis dieser Sammelbewegung zu klein war und man suchte nach anderen Mitteln, um im grösseren Rahmen nach Deutschland hineinzuarbeiten und grössere Kreise zu erfassen.Die Umstellung dauerte verhältnismässig lange und erst im April 1937 begann die Gruppe, welche sich jetzt "Deutsche Freiheitspartei" nannte, die Fortsetzung der Agitation mit dem "Deutschen Freiheitsbrief Nr. 2". Die Anzahl der Freiheitsbriefe hat mit Unterbrechungen die Nummer 27 erreicht. Ausserdem erschienen mehrere Pamphlete, die mit dem Programm dieser angeblichen Partei nichts zu tun hatten, sondern nur der Lächerlich-oder Verächtlichmachung führender Persönlichkeiten dienten. Zunächst wurden die Briefe mit der Post hauptsächlich aus L o n d o n, Z ü r i c h, W i e n und K o p e n h a g e n versandt.Bald ging man aber ausserdem dazu über, grössere Mengen als Postsendung frankiert und mit Anschrift versehen über die Grenze zu schaffen und im Inland in den Briefkasten zu werfen. Es gelang sehr bald, den Exponenten des Versandes der Freiheitsbriefe ausfindig zu machen. Es handelt sich um den ehemaligen Verbandssekretär der Bankangestellten in B e r l i n, E m o n t s, welcher in E u p e n in Belgien seinen Wohnsitz aufgeschlagen hat. Der weitaus grösste Teil der Sendungen wird regelmässig abgefangen und nur ein kleinerer Teil gelangt zur Aufgabe und in die Hände der Empfänger. Von diesen übergeben wiederum eine grosse Anzahl die Briefe sofort zum Teil mit entrüsteten Bemerkungen der Polizei.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die "Deutsche Freiheitspartei" wendet sich nicht xx an eine bestimmte Gruppe, sondern hat ein sehr allgemeines Programm aufgestellt, welches für alle ehemaligen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zutreffend sein kann. Man wendet sich gegen die Überspannung der autarken Wirtschaftspolitik, gegen die Auslieferung der deutschen Industrie und Wirtschaft an Grosskonzerne und fordert Lebensraum für jeden. Man gibt vor, für ein gerechtes Gehalt und einen gerechten Lohn aller schaffenden Volksschichten zu kämpfen und fordert Schutz für jede Religionsgemeinschaft und ihren Gottesdienst. Man verlangt ein unparteiisches Recht und unparteiische Gerichte für jederman. Natürlich fehlt auch die Forderung nach der freien Meinungsäusserung in Rede und Schrift nicht. Man verlangt weiter, dass sich die Führer vor dem Volke verantworten müssen, dass sie gewählt und abgesetzt werden können. Man fordert auch die Auflösung des bestehenden Reichstages und Neuwahlen bei freiem Versammlungs-und Presserecht. In der Aussenpolitik will man Friede mit allen Völkern und ist für eine Verständigungspolitik mit allen Staaten, besonders mit Frankreich, Polen und Tschechoslowakei.

Die Ermittlungen im Laufe des verflossenen Jahres haben ergeben, dass hinter dieser Freiheitspartei nur eine kleine Gruppe von Personen mit anscheinend grossen Geldmitteln steht. Anhalts-und Ansatzpunkte einer eigentlichen Partei im Reich und auch in der Emigration haben sich nicht ergeben. Fest steht, dass E m o n t s die Drucksachen aus P a r i s bezieht und dass der ehemalige Finanzminister H i l f e r d i n g daran beteiligt ist.

Die Anschriften der Personnen in Deutschland werden durch ein Berliner Adressenbüro von E m o n t s beschafft. Es handelt sich meistens um Ärzte, Professoren, führende Politiker, Industrielle und auch die Landwirtschaft wird nicht vergessen. Als wichtigstes beliefert man auch immer die Journalisten fremder Zeitungen in Deutschland, Nachrichtenbüros und führende politische Persönlichkeiten des In-und Auslandes, um auch den gewünschten Widerhall in der Presse zu erhalten. Im Verlaufe des vergangenen Jahres wurden ungefähr 6 000 versandfertige Schreiben direkt der Verbreitung entzogen, weiter wurden durch Devisennachschau ca. 2300 festgehalten und etwa 2000 dürften die Adressaten erreicht haben, von denen wiederum der grösste Teil die Schriften abgeliefert hat.

Natürlich fehlte es auch nicht an Hinweisen über Exponenten dieser angeblichen Partei im Inlande, aber diese Angaben hielten einer Nachprüfung nicht stand. So hat sich auch die aufgekommene Meinung, dass hinter dieser Angelegenheit die Kommunistische Partei und insbesondere M ü n z e n b e r g steht, nicht bewahrheitet.

Das Verhalten des E m o n t s bezüglich der "Deutschen Freiheitspartei" hat sogar zu Auseinandersetzungen innerhalb des Volksfront-Ausschusses in P a r i s geführt. E m o n t s wurde aber durch eine Untersuchungskommission dieses Ausschusses gedeckt. Auch aus entsprechenden Presseäusserungen über die "Deutsche Freiheitspartei" geht hervor, dass es sich nicht um eine Partei handelt, sondern nur um eine kleine Gruppe von Leuten, welche damit den Zweck verfolgten, Zersetzung in die Reihen der Bürgerlichen im Reich zu tragen.

ED 106 132-171

NEUE KOMMENTARE

zu sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen der Kriegsgeschädigten und Vertriebenen
Frankfurt am Main, Mauerweg 20 · Telefon 492386

Nummer 16 Erste Dezember-Ausgabe 1958

Probenummer

AUS DEM INHALT:

	Seite
Wem dient Wenzel Jaksch ?	1
So geht es wirklich nicht (Zur Rapacki-Plan-Diskussion)	5
"Wir fassen die heißesten Eisen an!"	9
Hetze nicht gefragt (Landsmannschaftsführer ohne Zuhörer)	12
Wieder Jugendburgen und Staatsrundfunk ?	13
Pommersche Landsmannschaft distanziert sich	14
Nackt und ungetarnt ("Deutscher Anzeiger" und "Vertriebenen-Anzeiger")	15

Verantwortlicher Herausgeber: Georg Herde
Die Neuen Kommentare erscheinen zweimal im Monat
Bezugsgebühr 5,— DM monatlich (Abdrucksrecht eingeschlossen)
Bezahlung erbeten auf Postscheckkonto Frankfurt/M. 54153 oder direkt an die Geschäftsstelle des Herausgebers
Für Bezieher in der DDR: Berliner Stadtkontor Bank v. Groß Berlin Kto.Nr. 20/147747

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/39-/79

Wem dient Wenzel Jaksch ?

Eine immer stärker werdende Unruhe breitet sich wegen der Entwicklung in der Bundesrepublik sowohl in den westlichen Ländern als auch in den Ostblockstaaten aus, aber nicht zuletzt auch in der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik.

Hauptursache dafür, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik mit Skepsis, ja Furcht beobachtet wird, sind

- die durch Bonn forcierte Aufrüstung,
- die Neuerrichtung des Generalstabes,
- die Erkenntnis, daß tausende ehemalige aktive und verantwortlich tätige Hitlergefolgsleute im Staatsapparat, im Rechtswesen, in Parteien und Massenorganisationen wieder entscheidende Positionen erlangten und schließlich
- die Tatsache, daß die Kanonenkönige, die 1945 auch vom deutschen Volke aus zu recht als Kriegsverbrecher verurteilt wurden, heute größere wirtschaftliche Macht besitzen und kontrollieren als je zuvor.

Mit besonderer Besorgnis wird außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik registriert, daß vor allem

- die Landsmannschaften und Vertriebenen-Organisationen Sammelbecken "völkischer Grenzlandpolitiker" sind, die an die "Traditionen des Volkstumskampfes" der Aera des tausendjähriger Reiches anknüpfen und die gemeinsam mit "Abendländischen", die von der "latein-europäischen Neuordnung" träumen und dazu mit solchen, denen der preussische Knotenstock das höchste Ordnungsideal bedeutet, den Kommunismus ausrotten wollen.

Die Völker Europas fragen besorgt mit den deutschen Demokraten:

- Gibt es nicht ernsthafte Zeichen dafür, daß unter der Losung "Beseitigung des Unrechts von 1945" nun mit Atomwaffen ein Revanchekrieg vorbereitet wird, zumal ja die Losung "Nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung muß es heißen" schon ausgegeben wurde?

Diese ernsthafte Besorgnis führte offensichtlich auch zum kühlen Empfang des Bundespräsidenten in Großbritannien seitens der britischen Bevölkerung. Die gleiche Besorgnis kam auch in der Erklärung des tschechischen Außenministeriums über den Revanchismus in der

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-173

Bundesrepublik vor Mitte Oktober dieses Jahres zum Ausdruck. Auch die gemeinsame sowjetisch-polnische Erklärung vom 11. November 58 weist auf diese Entwicklung hin.

Aber es soll nicht übersehen werden, daß auch in der Bundesrepublik mit wachsender Besorgnis auf Pläne wie "Psychologische Verteidigung", "Notstandsrecht", "Todesstrafe für Landesverräter" und auf das Wirken der sogenannten "heimatvertriebenen Rechten" hingewiesen wird. Und die Befürchtungen werden immer größer, je stärker die atomare Aufrüstung der Bundeswehr betrieben wird.

Leider ist der Widerstand gegen die Politik, die uns gradwegs auf die Straße der unglückseligen Vergangenheit hinführt, in unserem Land noch nicht so stark, daß er die Befürchtungen der anderen Völker und Nationen ausräumen könnte. So ergibt sich die Tatsache, daß jeder Bundesbürger - vor allem dann, wenn er im politischen Leben steht oder Publizist ist - bei Betreten ausländischen Bodens befragt wird:

> Wie steht es in Westdeutschland?
> Ist nicht die Gefahr einer Neuauflage des Nationalsozialismus vorhanden?
> Gibt es nicht starke Kräfte, die den Revanchekrieg vorbereiten, um ihre Gebietsforderungen zu realisieren und ihren Herrschaftsbereich dem starken wirtschaftlichen Potential entsprechend auszudehnen?

Und schließlich die immer wiederkehrende Frage:

> Sind die demokratischen Kräfte in Westdeutschland einig und stark genug, um eine Neuauflage deutscher Politik von "Blut und Boden" und "am deutschen Wesen soll Europa genesen" zu verhindern?

Solche Fragen sind zweifellos auch dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Seliger-Gemeinde, Wenzel Jaksch, gestellt worden, als er vor kurzem Norwegen besuchte. Seine Antwort in einer Rede vor dort lebenden Sudetendeutschen, in der er auf die Strukturwandlungen und politischen Strömungen in Westdeutschland einging, dürfte allerdings kaum beruhigend und befriedigend gewesen sein. Wenzel Jaksch sagte dort laut "VdL-Informationen" Nummer 46/1958 unter anderem:

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

"Begreiflicherweise hat sich jahrelang die Aufmerksamkeit der ausländischen Öffentlichkeit auf die Frage konzentriert, ob mit einer Wiedergeburt des Nazismus gerechnet werden müsse. Dazu möchte ich allgemein sagen, daß die Demokratie ein solches tragisches Erbe nicht mit dem Messer des Chirurgen beseitigen kann. In einem Rechtsstaat können nicht frühere Gesinnungen verurteilt werden, sondern nur Taten und zwar beweisbare Tatbestände. Immerhin ist das ganze Panorama der Nazi-Verbrechen in einer Kette von Prozessen aufgerollt worden und hat bei den Durchschnittsdeutschen, besonders aber bei der Jugend, einen tiefen Eindruck hinterlassen. Es mag noch da und dort einen unbestraften Verbrecher geben oder ein Grüppchen von Unbelehrbaren, aber man sollte im Auslande über diese Restprobleme der Hitler-Zeit nicht die ermutigende Tatsache übersehen, wie gründlich sich die Massen des deutschen Volkes innerlich vom Nationalsozialismus abgewandt haben."

Bemerkenswert erscheint mir der Satz Wenzel Jaksch's:

"In einem Rechtsstaat können nicht frühere Gesinnungen verurteilt werden, sondern nur Taten und zwar beweisbare Tatbestände."

Dieses Prinzip, das in der Bundesrepublik praktiziert wird, bewirkt aber, daß zum Beispiel

ein SS-Scharführer - mit vollem Recht - wegen seiner Untaten gegen die Menschlichkeit bestraft wird, während andererseits der Kommentator der Hitlerschen Rassengesetze Staatssekretär bei der Bundesregierung ist; oder
der ehemalige kommandierende SS-General, der die Mitverantwortung für die Massenausrottung der polnischen Bevölkerung trägt, die Immunität eines Landtagsabgeordneten genießt.

Die von Jaksch vertretene Auffassung führt auch dazu, daß zwar mit voller Berechtigung Angehörige der Hitler'schen Wehrmacht (meist Angehörige des Mannschaftsstandes oder der niederen Offiziersgruppen) als ausführende Organe von Verbrechen gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung oder Bürger anderer Länder vor Gericht stehen und verurteilt werden, aber Generalstabsoffiziere und Generäle der Hitlerarmee heute höchste Kommandostellen in der Bundeswehr einnehmen.

Diese Auffassung bringt aber auch mit sich, daß

der ehemalige Blockleiter, der als Mitläufer der NSDAP täglich seine politische Order aus der NS-Presse oder dem NS-Rundfunk bezog, wegen seiner Vergangenheit oft noch

Institut für Zeitgeschichte

ED-1/56182-175

Schwierigkeiten hat, während Ideologen und Publizisten der faschistischen Aera längst wieder Chefredakteure zum Beispiel von Vertriebener-Zeitungen sind, bzw. als Partei- oder Landsmannschaftsführer Reden im Sinne des NS-Gedankengutes halten.

Ist es nicht höchste Zeit, daß solche Grundsätze, wie sie Wenzel Jaksch in seiner Rede aufstellt, dann revidiert werden müssen, wenn von ehemaligen führenden Nazi-Funktionären heute erneut Thesen über "Volk-ohne-Raum", "Befreiung", "Anknüpfen an die völkischen Traditionen" aufgestellt werden, bzw. der Weg zum Einparteienstaat propagiert wird. Denn solche Bestrebungen entsprechen nicht den Gedanken des Grundgesetzes über Frieden, Völkerverständigung und Demokratie.

Wenzel Jaksch hat recht, wenn er sagt, daß die Massen des deutschen Volkes sich innerlich vom Nationalsozialismus abgewandt haben. Der grauenhafte Krieg und seine Folgen waren die entscheidende Ursache dafür.

Aber war nicht nach 1918 im deutschen Volk die Abscheu gegen den Krieg und die Politik der Stärke ebenso groß? Und haben nicht politische Scharlatane in einem Zeitabschnitt von 15 Jahren es fertig gebracht, mit der Dolchstoßlegende, mit der Propaganda des "Schandvertrages von Versailles", mit Rassenwahn und der Losung "Volk-ohne-Raum" derartig viele Giftspritzen zu verabreichen, daß das deutsche Volk in sein eigenes Unglück rannte und gleichzeitig unsägliches Elend über die Völker Europas brachte?

Wenzel Jaksch spricht von einem "Grüppchen Unbelehrbarer". Wer die Landsmannschaftsveranstaltungen besucht, wer die Vertriebenenzeitungen liest und dort die Thesen "Ausrottung-des-Bösen-mit-Atomwaffen", "Volk-ohne-Raum" und des wütenden Antikommunismus vernimmt, der kann nicht mehr von einem Grüppchen Unbelehrbarer sprechen. Er muß zu seinem Erschrecken feststellen, daß hier eine Mannschaft angetreten ist, die mit materieller Unterstützung von Bundes- und Landesregierungen ständig neue Giftpfeile gegen das friedliche Zusammenleben aller Völker abschießt.

Aber Wenzel Jaksch, selbst maßgebender Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der zum stellvertretenden Vorsitzender der

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

FD-106/82-176

Vereinigung BvD/VdL, Bund der Vertriebenen, vorgeschlagen ist, will offensichtlich nicht erkennen, daß er jetzt mit denjenigen unter einer Fahne marschiert, die den Tod und die KZ-Haft tausender sudetendeutscher Sozialdemokraten mitverschuldet haben, die die moralische Mitschuld am Krieg und an dem Heimatverlust tragen. Es ist n i c h t die Fahne der Sozialdemokratie, sondern es ist die Fahne, auf der "Befreiung", "Volk-ohne-Raum" und "Ausrottung-des-Bösen-mit-Atomwaffen" geschrieben steht.

- - -

So geht es wirklich nicht

Die Neufassung des Rapacki-Planes, welche der polnische Außenminister am 4.11.1958 in Warschau vorlegte, gehört zu den politischen Problemen, die zur Zeit sowohl Militärs als auch Diplomaten und damit die öffentliche Meinung am meisten beschäftigen.

Die erste Fassung des Planes sah die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa vor, welche die Gebiete der Volksrepubliken CSR und Polen, der DDR und der Bundesrepublik umfassen sollte. Dieser Plan fand in den westlichen Ländern, besonders aber in der Bundesrepublik eine solche Zustimmung, daß selbst Vertreter der Bundesregierung ebenso wie die ihrer atlantischen Verbündeten es nicht wagen konnten, ihn rundweg abzulehnen. Der Wunsch und Wille der Bevölkerung in West und Ost, die Atomkriegsgefahren zu bannen und aus dieser Sicht jeden Schritt zur Entspannung zu begrüßen, zwang die westlichen Regierungen, besonders die Bundesregierung dazu, nach einleuchtenden Gründen der Ablehnung des Planes zu suchen. Sie erklärten, die konventionelle Bewaffnung werde nicht berührt und wollten weismachen, daß die Lösung der deutschen Frage durch den Rapacki-Plan erschwert werde.

Der polnische Außenminister legte nun seinen revidierten Plan vor, der in zwei Etappen gegliedert ist und zunächst vorsieht:

1. Herstellungsverbot von Kernwaffen auf dem Territorium Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokrati-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

"Abendländische Christen" drängen zur Macht:

Die "Sudetendeutsche Aktion"

- bisherige Arbeit und Zielsetzung -

Die "Frankfurter Rundschau" vom 31. Okt.1958 überschrieb eine Abhandlung von Botho Kirsch "Abendländische Christen drängen zur Macht - Kontaktpflege zu politischen Abenteurern soll fehlendes Echo im Volk ersetzen." Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um einen Bericht über eine Tagung in Mainz der vor Jahresfrist mit Unterstützung namhafter kirchlicher Kreise in Rom gegründeten "Rumänischen Akademischen Gesellschaft". Dem Bericht der FR entnehmen wir:

> "... es war sicher auch kein Zufall, daß der Direktor des Instituts für Europäische Geschichte, Prof.D. Dr.Lortz, dem Dr. Hans Globke, der es unter Konrad Adenauer zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt gebracht hat, in Mainz ausdrücklich für die wertvolle finanzielle Hilfe zum Gelingen des Kongresses danken konnte.
> Es ist kein Zweifel daran möglich: die "abendländischen Christen" neuer und alter Prägung drängen zur Macht. Noch fehlt ihnen die politische Massenbasis in den Demokratien des Westens. Darum pflegen sie umso sorgfältiger die mannigfachen Kontakte zu der politischen Irredenta des europäischen Ostens und Südostens, aber auch zu den deutschen Heimatvertriebenen."

Weiter entnehmen wir der "Frankfurter Rundschau":

> "Ein Blick in die Gästeliste des Kongresses für "Kultur und Freiheit" zeigt, welche Bedeutung man in diesen Kreisen der "abendländischen Kontaktpflege" beimißt. Aus Madrid, einem der Verschwörerzentren der revolutionären Reaktion, kam Mihai Fotin E n e s c u, der engste politische Berater des Prinzen N i c o l a e, der sich in der Emigration mit dem größten Teil der Eisernen Garde gegen den rechtmäßigen rumänischen König Michael und das ihn stützende Nationalkomitee aus den demokratischen Parteien des Landes stellte. Über den Prinzen und seinen Berater Enescu laufen die Verbindungen zu Otto von Habsburg und seinem "Europäischen Dokumentationszentrum", in dessen bundesdeutscher Untergruppe, der "Abendländischen Akademie", neben fünf amtierenden Bundesministern auch jener Prof.Dr. Georg Stadtmüller (Tagungsreferent, d.Verf.) mitarbeitet.
>
> Mit Referaten stellen sich in Mainz auch zwei der bekanntesten literarischen Wortführer der Eisernen Garde vor: die Dichter Horia S t a m a t u und Vintila H o r i a, die beide nach dem Krieg als Mitarbeiter des von dem "Europäischen Dokumentationszentrum" gesteuerten "Freiheitssenders Madrid" hervorgetreten sind, der seit 1956 auch in rumänischer Sprache hinter den Eisernen Vorhang strahlt."

...

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-100/32-138

Mitglied der "Abendländischen Akademie" ist unter anderen neben dem Bundesvertriebenenminister, Prof.Dr. Oberländer, der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), Dr.Lodgman von Auen. Die "Frankfurter Rundschau" schrieb: "Die 'abendländischen Christen' drängen zur Macht" - und darum pflegen sie sorgfältige Kontakte zu der politischen Irredenta des europäischen Ostens und Südostens, aber auch zu den deutschen Heimatvertriebenen. "Noch fehlt den "abendländischen Christen" die politische Massenbasis in den Demokratien des Westens", ist in der FR zu lesen. Die Betonung liegt dabei offensichtlich auf dem noch. NEUE KOMMENTARE wollen mit folgendem Beitrag die demokratische Öffentlichkeit über Mittel, Methoden und Anstrengungen unterrichten, die die "abendländischen Christen" zum Beispiel unter den sudetendeutschen Vertriebenen anwenden, um die fehlende Massenbasis zu erreichen.

"Sudetendeutsche Aktion" formiert sich

Im Herbst 1957 wurde die "SUDETENDEUTSCHE AKTION" gebildet. Dieser "Kreis junger Landsleute" - so bezeichnet er sich selbst - wird von einem sogenannten Koordinationsausschuß geleitet. Ihm gehören an:

Oesi Böse, Bundesjugendführer der Sudetendeutscher Jugend (SdJ)
W.Egerter, Vorsitzender der sudetendeutschen Studenten
Dr.R.Hilf, Generalsekretär des Sudetendeutsch-Tschechischen Föderativausschusses, persönlicher Referent des Sprechers der SL, Lodgman von Auen
Erich Kukuk, Landesvorsitzender der SdJ - Bayern
Johannes Prinz zu Löwenstein, Mitglied des Sudetendeutschen Rates (SR)
Dieter Max, Landesgeschäftsführer der SdJ - Bayern
Walter Richter, Mitglied der Bundesversammlung der SL
A.K. Simon, außenpolitischer Referent des Sprechers
Karl Simon, Leiter der Außenstelle Bonn der SL
Dr.H. Wendlberger, Mitglied des Bundesvorstandes der SL

Die Mitgliederliste des Koordinationsausschusses der Sudetendeutschen Aktion (im folgenden SA) verrät auf den ersten Blick, daß alle diese "jungen" Männer einflußreiche Funktionen in der SL ausüben; gleich drei Referenten des Mitgliedes der "Abendländischen Akademie" und Sprechers der SL, Lodgman von Auen, sind vertreten. Die Herren Dr.R.Hilf und Dipl.Ing.Simon - in SL-Kreisen als die beiden Raben bekannt - sind auch die Männer, die in der Zentrale der SL die Fäden in der Hand halten. Im Generalsekretariat bei Dr.Hilf befindet sich auch der Sitz der FIDES G.m.b.H. (Beirat Dr.Hilf), der Eigentümerin des Organs der SL (Herausgeber Dr.Lodgman von Auen). Die FIDES G.m.b.H. ge-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106132-174

hört Prinz zu Löwenstein - Wertheim - Rosenberg, Prinz zu Fürstenberg, Prinz zu Hohenlohe-Langenburg und Fürst zu Waldburg zur Zeil. Letzterer ist nahe verwandt mit Otto von Habsburg.

Diese personellen Verflechtungen beweisen, daß die "abendländischen Christen, die zur Macht drängen", alle Fäden der SL in der Hand haben.

Ein Jahr Sudetendeutsche Aktion

Als Ziel und Zweck der Gründung wurde angegeben:

"1. die Aktivierung der jungen sudetendeutschen Generation zum politischen Einsatz für unsere Volksgruppe.

2. Die Belebung der politischen Arbeit in der Landsmannschaft.

3. Die Aufklärung unserer Landsleute über die tatsächliche Lage, daraus resultierend der Aufbau einsatzfähiger und einsatzwilliger regionaler Gruppen der Sudetendeutschen Aktion." ("Sudetendeutsche Aktion" November 1958 S.1)

Anfangs gab es in den Reihen der SL erhebliche Widerstände gegen diese Neugründung; solange, bis die führenden "Abendländer in der SL und der Koordinationsausschuß klar gemacht hatten, daß sie (die SA) auf keinen Fall in Konkurrenz zur Sudetendeutschen Landsmannschaft, zum Sudetendeutschen Rat, zur sudetendeutschen Jugend und zu den Gesinnungsgemeinschaften treten wolle. Die SA erklärte, sie wolle der Landsmannschaft helfen.

Anfang des Jahres 1958 hat der Bundesvorstand der SL, in dem die führenden Kräfte aller oben aufgeführten Organisationen vertreten sind, in einer offiziellen Erklärung die Arbeit der SA gebilligt.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt bestand die Arbeit der SA in der Herausgabe eines Informationsdienstes "Sudetendeutsche Aktion, Mitteilungen der Jungen Generation" (Herausgeber Dr.Rudolf Hilf, München, Karlsplatz). Das Informationsblatt wurde an einen engen, auserlesenen Kreis von Funktionären der Landsmannschaft versandt. Gleichzeitig wurden im gesamten Bundesgebiet eine Reihe von In-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

FI-106152-180

formationstagungen durchgeführt: so in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saar, Hessen, Baden-Württemberg, sowie allen Bezirken des Landes Bayern. "Zweck dieser Tagungen" - so wird in der "Sudetendeutschen Aktion" Novemberausgabe 1958 erklärt, - "war: Aufklärung über die Lage der Volksgruppe, über Zweck und Ziel der Sudetendeutschen Aktion, Schaffung von organisatorischen Ansatzpunkten für die Breitenarbeit in den Ländern, Bezirken und Kreisen."

Mit dem Herbst des Jahres 1958 begann die SA mit der Breitenarbeit - also mit der Schaffung der politischen Massenbasis. In der Sudetendeutschen Aktion vom November 1958 (deren Inhalt in der Folge besprochen wird) ist darüber zu lesen:

> "Diesmal soll die Arbeit bis in den letzten Kreis hineingetragen werden. Eine Reihe zentraler Schulungen für die aktiven Mitarbeiter der Sudetendeutschen Aktion soll folgende Themen behandeln:
>
> 1. Die außenpolitische Lage unserer Volksgruppe - Gefahren und Chancen,
>
> 2. Schaffung von Arbeitskreisen für bestimmte Aufgaben,
>
> 3. Einsatzbereitschaft in der jungen Generation,
>
> 4. Die Lage in der CSR, speziell in unseren Grenzgebieten." (Seite 2)

Henleins laufen über

In der sogenannten Vertriebenenpolitik sind wie auf keinem anderen Gebiete des politischen Lebens ehemals namhafte Nationalsozialisten tätig: SS-Generäle, hohe Funktionäre der Hitler- und Henleinpartei und des NS-Staates, nazistische Redakteure und Publizisten, zahlreiche Abgeordnete des Reichstages und viele andere wirken in den Vertriebenenverbänden, indem sie die alten faschistischen Thesen "Volk-ohne-Raum", den Antikommunismus, die Politik der Stärke, ja den Einparteienstaat propagieren.

Die sudetendeutsche organisierte Gruppe von Nationalisten ist der "Witikobund". Über ihn ist in der SA zu lesen:

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

FT-106/32 ABA

"Verworren blieb zunächst die Lage auf dem sogenannten völkischen Sektor, der in den letzten Jahrzehnten zweifelsohne die Mehrheit unserer Volksgruppe umfaßt hatte. Zunächst einmal wurde der Aufbau der Landsmannschaft überwiegend von Kräften des völkischen Lagers getragen, ohne daß man daran gedacht hätte, sich sozusagen weltanschaulich abzugrenzen. Schließlich aber blieb auch das nicht aus. Aus Angehörigen verschiedener völkischer Nationalsozialisten und ständestaatlicher Autonomisten, aus Angehörigen des sogenannten 'Aufbruchs', der 'Bereitschaft', des 'Kameradschaftsbundes' etc. wurde der Witikobund ins Leben gerufen."("Sudetendeutsche Aktion" Nov.1958 S.3)

Interessant ist, daß Mitglieder des Witikobundes auch Mitglieder des Koordinationsausschusses der SA sind. Denn die Sudetendeutsche Aktion und die alten Henlein- und Hitlergefolgsleute sind sich über ihre Ziele vollkommen einig: Der "Lebensraum" muß zurückgewonnen werden! - Die Völker des Ostens und Südostens müssen "befreit" werden! - Und die "alte Ordnung" muß dort wieder hergestellt werden! Beide Gruppen, die "völkische" wie die "abendländische", wirken so - unterstützt durch Steuergelder und aus anderen Finanzquellen des In- und Auslandes, ja aus Übersee - Schulter an Schulter als Paradepferde des kalten Krieges. Sie wenden sich gemeinsam gegen die Normalisierung der Beziehungen zu Polen, der CSR, Ungarn, Rumänien etc.; sie erheben gemeinsam ihre Forderung nach der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr, und sie wenden sich gemeinsam gegen das friedliche Nebeneinander der Völker. Aber trotzdem gibt es Meinungsverschiedenheiten.

Vom Großdeutschen Reich ...

Die Sudetendeutsche Aktion, d.h. die "Abendländler", sind der Meinung, mit den alten nationalistischen Parolen sei bei den Völkern des Ostens, aber auch des Westens nichts zu erreichen. Für die erneut propagierte Neuordnung Europas und die Befreiung der Völker müßten andere, neue Methoden angewandt werden.

In der Sudetendeutschen Aktion wird zu dieser Auseinandersetzung unter der Überschrift "Vor der Entscheidung" folgendes gesagt:

"Gibt es eine Hoffnung für die sudetendeutsche Sache und wann wird sie sich erfüllen?

Institut für Zeitgeschichte Archiv

GL-66/82-182

Was wir können, ist:

1. Zu versuchen, unser Schicksal und damit auch die künftige Politik der Volksgruppe in einem größeren Zusammenhang zu sehen.
2. Daraus die erforderlichen Schlüsse für den einzuschlagenden Kurs zu ziehen.
3. Uns entschlossen und sorgfältig auf die zu erwartende Lage vorzubereiten. (ebenda S.5)

Zu Punkt 1 heißt es dann unter anderem:

"Auch die nüchternste Realpolitik braucht die geistige Basis ...
Die letzte große Zeitströmung, die ganz Europa umfaßte, war und ist noch der Nationalismus. Er begann seinen Siegeszug in Westeuropa in England und in Frankreich, stürzte Mitteleuropa in ein Jahrhundert von Kämpfen und Wirren, eroberte dann Osteuropa und ist heute in der Welt der afro-asiatischen Völker immer noch die Hauptantriebskraft.

Ohne das Gesunde im Nationalismus verkennen zu wollen - nämlich die Einordnung in eine geschichtliche, stammliche, sprachliche und kulturelle Gemeinschaft - ist heute am Schluß dieser Epoche erkennbar, daß die Welt dadurch in einer früher unvorstellbaren Weise zerrissen wurde und daß die moderne Waffenentwicklung in der Hand eines egoistischen und trennenden Nationalismus die Tür zum endgültigen Chaos öffnet.

Wir selbst haben am eigenen Leibe Höhen und Tiefen dieses Zeitgeistes erfahren müssen. Was ein Jahrhundert sich ersehnte, die Einigung aller Deutschen in den Grenzen eines einheitlichen Nationalstaates, erfüllte sich für uns 1938. Aber es war der gleiche nationalistische Zeitgeist, der uns 7 Jahre später aus unserer Heimat jagte." (ebenda S.5)

Das ist offensichtlich nicht nur eine Absage an den Nationalsozialismus, sondern auch eine Verurteilung der liberalen Befreiungsbewegung.

Die SA erinnert an den diesjährigen Sudetendeutschen Tag und insbesondere an die Rede von Prinz Karl Anton Rohan, der den Sudetendeutschen zurief: "Kehret um und wandelt Euch!" Welchen Wandel dieser Prinz Rohan meinte, möge aus Zitaten seines Buches "Schicksalsstunde Europa", erschienen im Leykam-Verlag, Graz, 1937 ersichtlich sein, die wir im Anhang wiedergeben.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

10 000 hörten Wenzel Jaksch in München

„Führerrolle" im Kampf um die Rückkehr ins Sudetenland zurückgewiesen

Neuer Vorwärts (Von unserem Münchener I. T.-Berichterstatter) 26.3.49

Vor etwa 10 000 Zuhörern sprach in der Ausstellungshalle in München der einmalige Vorsitzende der Sudetendeutschen Sozialdemokratie,

Jaksch verwies am Anfang seiner Rede auf die Manöver kommunistischer Agenten, denen er es zu verdanken habe, daß er erst einundhalb Jahre später aus der Emigration heimkehren durfte. Heute lehne er wie einst das Führerprinzip ab, das einem Rennwagen ohne Bremse gleiche. Darum lehne er auch die ihm von vielen Seiten angedichtete „Führerrolle" im Kampf um die Rückkehr der Vertriebenen in ihre einstige Heimat ab.

Im Februar 1948 habe die alte Garnitur tschechischer Politiker, die oft gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen habe, das neue Regime zu spüren bekommen. Starken Beifall erhielt Jaksch, als er jedoch bat, die kommunistische Politik in der Tschechoslowakei nicht denen zu entgelten, die nun als Emigranten nach Deutschland kommen. Jaksch warnte ernstlich davor, die heutige Tschechoslowakei mit einer Kollektivschuld für die Austreibung der Sudetendeutschen zu belasten. Es gäbe in allen Ländern eine Front der konstruktiven Kräfte. Sich mit diesen Kräften zu verbinden, sei die große Aufgabe der Sozialdemokratie.

Zur vielumstrittenen Frage der Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat sagte Jaksch, er wisse, daß mit seinem Namen ein unerhörter Mißbrauch getrieben worden sei. Wiederum seien es kommunistische Agenten gewesen, die gefälschte Flugblätter herausgegeben hätten, in denen behauptet wurde, Jaksch werde unter dem Schutze der amerikanischen Besatzungsmacht an der Spitze der sudetendeutschen Vertriebenen in die CSR einziehen. „Ich bin", so sagte Jaksch, „seit meinem 17. Lebensjahr Sozialdemokrat. Wie sich mein Rechtsgefühl gegen Unterdrückung der Völker durch Hitler, gegen die Gewaltmethoden in Polen und die Ausrottung der Juden empörte, so würde ich den Namen Sozialdemokrat nicht verdienen, wenn ich zu dem Unrecht der Austreibung schweigen würde. Es ist ein Verbrechen, das den übrigen Kriegsverbrechern an der Menschheit gleichzusetzen ist."

„Als einfaches Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands", so fuhr Jaksch fort, „stehe ich vor Ihnen. Es ist mir eine große Ehre, einer Partei anzugehören, an deren Spitze Kurt Schumacher steht. Wir sudetendeutschen Sozialdemokraten wollen uns nicht ohne weiteres gleichschalten, und müssen wir das schon ändern, so werden wir uns in erster Linie europäisieren und nicht bajuwarisieren." Mit der Aufforderung an seine Landsleute, nicht müde zu werden bei dem Versuch, in der neuen Heimat erfolgreich aufzubauen, schloß Jaksch seine mit großer Begeisterung aufgenommene Rede.

Institut für Zeitgeschichte München

Neuer Vorwärts
2. 4. 49

Warnung vor Abenteurern

Wenzel Jaksch sprach in Fürth und Bayreuth

(Von unserem Nürnberger S-Korrespondenten)

Nach der eindrucksvollen Kundgebung in München (siehe „Neuer Vorwärts" Nr. 13) sprach der ehemalige Vorsitzende der sudetendeutschen Sozialdemokratie, Wenzel Jaksch, in Fürth und Bayreuth. Nach weiteren Kundgebungen in Süddeutschland wird Jaksch auch im Westen zu heimatvertriebenen Sudetendeutschen, u. a. in Köln, Bochum und Bielefeld, sprechen.

In seiner Rede in Fürth sagte Wenzel Jaksch unter anderem:

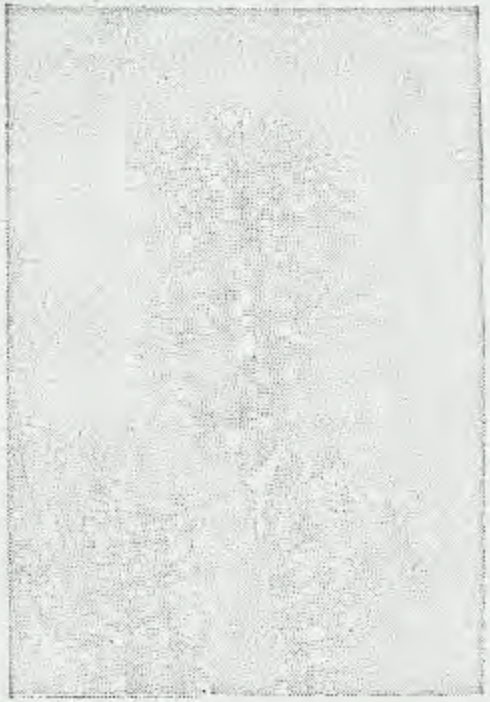
„Die Arbeit, die wir in den hinter uns liegenden schweren Jahren geleistet haben, der unermüdliche Versuch, die furchtbare Not zu wenden, ist der beste Beweis sozialdemokratischer Heimattreue. Niemals kam mir der Gedanke, die sudetendeutsche Sache aufzugeben. Wir haben aber nicht die Absicht, uns von dem Gesamtleid abzusondern. Wir bekennen uns vielmehr zu einer unlösbaren Schicksalseinheit aller Heimatvertriebenen."

Im weiteren Verlauf seiner Rede befaßte sich Jaksch mit den Möglichkeiten und Forderungen zur Linderung der Not der Heimatvertriebenen. Die augenblicklich schwerste Bedrohung der Flüchtlingsexistenzen sei in den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu sehen. Die Lösung dieser Frage, die Beseitigung schändlicher Zustände in manchen Flüchtlingslagern und die Gewährung eines Minimums an Hilfe für die Flüchtlinge, die sonst zwangsläufig Feinde der Gesellschaft werden müssen, seien unabdingbare Sofortmaßnahmen. Wenzel Jaksch unterstrich hierbei die Notwendigkeit eines Flüchtlingsministeriums für Bayern.

Die weiteren Schritte in der Flüchtlingsfrage müssen zu Maßnahmen auf bundesmäßiger Grundlage führen, um eine einheitliche Linderung der bestehenden Not zu erreichen. Weiter ist ein zonenmäßiger Ausgleich dringend nötig. Man dürfe die Menschen nicht dort binden, wo sie niemals eine Existenz finden können. In dieser Hinsicht sei das inzwischen geschaffene Bundesamt für Flüchtlingsfragen als ein bescheidener Anfang zu werten.

Weiter sagte Jaksch, es sei bekannt, daß das Flüchtlingsproblem nicht mit westdeutschen Mitteln allein gelöst werden könne. Deutschland müsse zunächst aber alle eigenen Mittel und Kräfte anspannen, um mit moralischer Berechtigung die Hilfe des Auslandes anrufen zu können. Die Sozialdemokratie wolle dabei mit jedermann zusammenarbeiten, der es ehrlich meint. Aber für politische Abenteurer und Hochstapler ist bei dieser Arbeit kein Platz.

Zum Problem der Heimkehr führte der Redner aus, daß er die seelische Not der Sudetendeutschen und aller Flüchtlinge kenne und verstehe. Die politische Vernunft gebiete aber, daß die Frage der Heimkehr jetzt nicht auf der Tagesordnung stehe. Wir müssen dagegen versuchen, mit allen demokratischen und humanistischen Kräften Europas ins Gespräch zu kommen. Eine Heimkehr auf Kosten eines Atomkrieges dürfe es nicht geben.



Wenzel Jaksch

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Wenzel Jaksch

Caux — Ein Lourdes der Politik?

Die mit großer Intensität betriebenen Versuche der „Moralischen Aufrüstung", durch Einladungen bekannter politischer Persönlichkeiten und Vertretern von Industrie und Gewerkschaften nach dem Alpenhotel in Caux-sur-Montreux in der Schweiz Propaganda für sich zu machen und durch Veranstaltung von Theateraufführungen in Industriegebieten die Arbeiterschaft zu bestechen, machen es notwendig, sich mit dem Geist und den Methoden dieser Bewegung zu beschäftigen. Auf die undurchsichtige Art ihrer Finanzierung und die fragwürdige Rolle, die ihr „Führer" Frank Buchman gegenüber dem Hitler-Regime gespielt hat, haben wir schon bei früheren Gelegenheiten verwiesen. Die Redaktion.

Die Heilschronik hat alle Fälle von lahmen Wallfahrern verzeichnet, die glücklich genug waren, ihre Krücken in dem berühmten Gnadenort Lourdes zurücklassen zu dürfen. Die Zahl der Unglücklichen aber, die auf ihren Krücken wieder heimhumpeln mußten, ist nie erhoben worden. In der Politik ist Wundergläubigkeit aber noch problematischer als auf dem Gebiete der Heilkunde. Das deutsche Volk hat den irregeleiteten Vertrauensglauben von Millionen Hitler-Anbetern teuer bezahlen müssen. Die Ruinen der schönsten deutschen Städte laden eher zur Besinnung auf harte Realitäten, denn zu neuer Leichtgläubigkeit ein.

Diese Nachkriegszeit ist voll von grausamen Selbstenthüllungen. Jene Generation, die sich noch an den Quellen eines reinen Menschheitsglaubens gelabt hat, leidet darunter am schwersten.

Sie sehnt sich zurück nach dem verlorenen Paradies. In Deutschland treten noch die Folgeerscheinungen einer langen geistigen Absperrung von der Umwelt hinzu. Das Bedürfnis der Mitteilsamen, mit den Menschen jenseits der Besatzungsgrenzen wieder ins Gespräch zu kommen, ist elementar. In einen Zustand der seelisch-geistigen Labilität, in dem eine unabsehbare Bedrängnis von jäh aufflackernden und jäh verlöschenden Hoffnungen unterbrochen wird, wird nun ein Wort von magischem Klange hineingeworfen: Caux!

Mit dem Begriff Caux verbindet sich eine hoch über dem Alltag liegende Weltentrücktheit; er öffnet scheinbar einen Fluchtweg aus der Isolierung und Entfremdung eines geschlagenen Volkes. Und selbst dem Skeptiker bleibt

Bewegung Rat zu holen, so stößt man auf eine Reihe lobender geschriebener Bücher, die von dem Fleet-Street-Mann Peter Howard stammen. Eines davon handelt von Dr. Frank Buchman, dem eigentlichen Haupt der Oxford-Bewegung.

Frank Buchman wird dabei in einem recht sympathischen Lichte gezeigt. Er erscheint als ein Menschenfreund und Seelenkenner, der bemüht ist, den „vergessenen Faktor" Mensch wieder in den Mittelpunkt von Politik und Wirtschaft zu rücken. Ueber ihn wird gesagt: „In einem Zeitalter des Individualismus, in einer Aera, die von Machtregen-Titanen anstatt von effektiven Teams bevölkert ist, hat Buchman schon seit langem erkannt, daß ein Mann nicht genügt, um die Welt zu erneuern. Statt sich selbst in den Vordergrund zu drängen, hat er sich selber aufgegeben, um andere zur Größe zu entwickeln."

Trotzdem also Frank Buchman als Mann des Hintergrundes präsentiert wird, bleibt die Tatsache bestehen, daß die ganze „Moralische Aufrüstung" zu sehr auf seine Person eingestellt wird. Wird man aber durch das Buch von Howard mit den grundlegenden Anschauungen dieses Mannes vertraut gemacht, dann verstärkt sich der Eindruck, daß Dr. Buchman und die ganze Oxford-Bewegung den heutigen Uebeln Europas und der Welt eine falsche Diagnose stellen. Das ist auch unser entscheidender Einwand gegen Caux. Wir lesen bei Peter Howard einiges über Dr. Buchmans Auffassungen zur sozialen Frage. Dr. Buchmans Motto sei, so wird gesagt: „Eine Arbeiterbewegung, die von Gott angeführt wird, kann die Welt führen." Man wird neugierig, wer nach diesem Konzept die Interpretation des göttlichen Willens in der Arbeiterbewegung übernehmen soll. Es ist leider ein Gott mit antimarxistischen Vorurteilen, den Dr. Buchman da anruft. Wir lesen hierzu:

> *„Wo Marx das Denken von Millionen Arbeitern zum Materialismus und zum Klassenkampf hingelenkt, wendet die Moralische Aufrüstung das Denken von Millionen sowohl aus der Arbeiterschaft als auch aus der Betriebsführung zur Ehrlichkeit, Vertrauen und Gemeinschaftsarbeit..."*

Hier haben wir also wiederum einige Kostproben jener falschen Problemstellung, wie sie identifiziert haben und je mehr das Bedürfnis der kleinen Leute auf menschliche Gleichberechtigung mißachtet wurde.

Viertens kann sich Deutschland in seiner heutigen hochgefährdeten Lage nicht den Luxus eines negativistischen Antikommunismus leisten; auch nicht den Luxus eines sozialphilosophischen Moralisierens im luftleeren Raum. In Deutschland muß etwas zur Abschaffung der sozialen und menschlichen Ungerechtigkeiten getan werden. Dieses durch Okkupation geviertelte, durch Ausbeutungen verstümmelte und im Luftkrieg halbzerstörte Deutschland befindet sich in der Lage eines schwerverunglückten Menschen, dessen Glieder teils gebrochen, teils ausgerenkt sind. In diesem Zustand helfen weder Salben noch Waschungen mit Lourdes-Wasser. Gebrochene Knochen müssen geschient, behandelt und durch therapeutische Behandlung wieder gebrauchsfähig gemacht werden. Die Aerzte der englischen oder amerikanischen Wirtschaft können sich über Diätfragen unterhalten, sie kennen auch das gespannte oder entspannte Verhältnis von Gewerkschaften und Betriebsleitungen gehört. In Deutschland sind aber nicht Diätfragen, sondern Strukturfragen auf der Tagesordnung. Sie müssen durch die Architekten einer neuen Sozialstruktur beantwortet werden nicht durch Prediger von „good-will".

Es sei nicht verkannt, daß in Caux allgemein ein Geist der Toleranz herrscht, wie ihn die ganze Welt bitter nötig hat und daß in der Oxford-Bewegung viel Verständnis für die besonderen Nöte des okkupierten Deutschland herrscht. Jeder Deutsche würde sicher dankbar quittieren, was darüber der frühere Lord Provost von Glasgow, Sir Patrick Dollan, in einer der letzten Nummern der „New World News" geschrieben hat. In der gleichen Mai-Ausgabe des Organs der Oxford-Bewegung finden wir aber auch ein allzu auffälliges Herausstreichen des CDU-Politikers Karl Arnold. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen revanchierte sich dafür in einem Interview, wobei er erklärte: „Die moralische Wiederaufrüstung kann uns jene moralische und geistige Heilung bringen, die wir in unserer Nation brauchen ..." Eine solche Interpretation von Caux geht aber entschieden zu weit. Westdeutsche

rung von der Umwelt hinzu. Das Bedürfnis der Mitteilsamen, mit den [redacted]chen jenseits der Besatzungsgrenzen wieder ins Gespräch zu kommen, ist elementar. In einen Zustand der seelisch-geistigen Labilität, in dem eine unabsehbare Bedrängnis von jäh aufflackernden und jäh verlöschenden Hoffnungen unterbrochen wird, wird nun ein Wort von magischem Klange hineingeworfen: Caux!

Mit dem Begriff Caux verbindet sich eine hoch über dem Alltag liegende Weltentrücktheit; er öffnet scheinbar einen Fluchtweg aus der Isolierung und Erledigung eines geschlagenen Volkes. Und selbst dem Skeptiker bleibt die Rechtfertigung, man könne sich die Sache ja einmal ansehen und sich dann selber ein Urteil bilden. Nach einem unerforschten, aber keinesfalls zufälligen Auslöseprinzip reiht es in die Reihen deutscher Politiker, Wirtschafter, Gewerkschafter Einladungen nach Caux, dem Höhenkurort am Genfer See. Dort ist das Hauptquartier der Bewegung für Moralische Wiederaufrüstung, auch Oxford-Bewegung genannt.

Aus begeisterten Berichten und abfälligen Kritiken über den Betrieb in Caux ergibt sich zwangsläufig eine Diskussion, was es denn mit dieser Bewegung für Moralische Aufrüstung für eine nähere Bewandtnis hat. Kein Vorurteil soll uns hindern, darüber zu einem objektiven Urteil zu gelangen. Nachdem dieses Deutschland noch immer in einem Zustand akuter Gefährdung lebt und wenigstens das Stadium der Rekonvaleszenz bald erreichen sollte, muß man doch einmal das Heilserum überprüfen, welches da über Caux in die Adern des deutschen politischen Körpers injiziert wird. Die religiöse Seite der Sache soll von Berufeneren kommentiert werden. Soviel sei vorausgeschickt, daß auch von der Vielheit der angelsächsischen Kirchen und Sekten schon so mancher sozialreformerische Impuls ausgegangen ist. Theologen wie Reinhold Niebuhr und Paul Tillich stehen offensichtlich der „dritten Kraft" in Europa näher als jenen Extremen von Spätkapitalismus und Kommunismus in Amerika. Es ist also keineswegs überraschend, daß die Medizin der christlichen Ethik an dem kranken Europa versucht wird. Ueberraschend ist eher, daß dies so wenig von den offiziellen Kirchen aus geschieht und daß neben ihnen eine Art moralischer Aufrüstung organisiert werden muß.

Läßt sich Moralität überhaupt organisieren? Kann man sie nach Bedarf aufrüsten und abrüsten? Hier melden sich schon die ersten Zweifel zu Wort. Die Stufe der Moralität in einer bestimmten Geschichtsperiode ist doch ein Gesamtzustand, eine Art Lebensklima, das der einzelne mit seinen eigenen Handlungen wohl beeinflussen kann, das sich aber nicht „organisieren" läßt. Versucht man sich in diesem Dilemma aus der Literatur der Oxford-Konzept die Interpretation des göttlichen Willens in der Arbeiterbewegung übernehmen soll. Es ist leider ein Gott mit a[redacted]marxistischen Vorurteilen, den Dr. Buchman da anruft. Wir lesen hierzu:

„Wo Marx das Denken von Millionen Arbeitern zum Materialismus und zum Klassenkampf hingelenkt, wendet die Moralische Aufrüstung das Denken von Millionen sowohl aus der Arbeiterschaft als auch aus der Betriebsführung zur Ehrlichkeit, Vertrauen und Gemeinschaftsarbeit..."

Hier haben wir also wiederum einige Kostproben jener falschen Problemstellung, welche bisher schon die meisten Vertreter des Christentums bei der Behandlung der sozialen Frage impotent gemacht hat. Dazu ist zusammengefaßt einzuwenden:

Erstens ist der Sozialismus nicht nur ein Problem der Sinnes- und Herzensveränderung im Sinne der christlichen Ethik. Es müssen vielmehr jene gesellschaftlichen Organisationsformen gefunden werden, welche verhindern, daß der ehrliche, gut gesinnte Mensch unter die Räder kommt. Die kapitalistische Geschäftsmoral gibt hingegen die Erfolgsprämie dem Hemmungs- und Skrupellosen. In der modernen Gesellschaft braucht die christliche Ethik den starken weltlichen Arm einer gerechten Sozialordnung, wenn nicht gerade aus dem Versagen des Christentums die Mächte der Verneinung immer stärker anwachsen sollen.

Zweitens ist es eine sträfliche Oberflächlichkeit, die Behauptung zu verbreiten, Marx habe Millionen Arbeiter zum Materialismus und zum Klassenhaß hingelenkt. Im Gegenteil! Marx war der schärfste Gegner des Anarchisten Bakunin, der seine Politik als Ausdruck der Haßgefühle der unterdrückten Klassen formulierte. Die erste politische Leistung der europäischen Sozialdemokratie war die Niederringung der anarchistischen Einflüsse in der Arbeiterschaft. In Wahrheit haben Marx und Engels nicht eine materialistische, sondern eine idealistisch-humanistische Massenbewegung ausgelöst, die sich sowohl gegen den Faschismus als auch gegen die kommunistische Totalität ideologisch und auch politisch behauptet hat. Von Rußland ging eine machtpolitische Entartung dieses großen humanistischen Wollens aus. Dort hatten Kirche und Staat aber auch gegenüber der sozialen Frage am ärgsten versagt und damit den Boden für den Sieg des leninistischen Extremismus vorbereitet.

Drittens ist es ein gefährlicher Irrtum, selbst in der bolschewistischen Entartung des Marxismus eine vorwiegend materialistische Bewegung zu sehen. Der Bolschewismus ist vielmehr in weiten Teilen der Welt ein Religionsersatz geworden. Seine Erfolge sind um so größer, je ärger sich die herrschenden Religionen mit der Ausbeutung der Massen

vost von Glasgow, Sir Patrick Dollan, in einer der letzten Nummern der „New World News" geschrieben hat. In der englischen Mai-Ausgabe des Organs der Oxford-Bewegung finden wir aber auch ein allzu auffälliges Herausstreichen des CDU-Politikers Karl Arnold. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen revanchierte sich dafür in einem Interview, worin er erklärte: „Die moralische Wiederaufrüstung kann uns jene moralische und geistige Heilung bringen, die wir in unserem Nation brauchen ..." Eine solche Interpretation von Caux geht aber entschieden zu weit. Westdeutschland kann als Gegenleistung für Diskussionseinladungen an seine Politiker nicht unmögliche politische Rezepte übernehmen, die im Wesen doch antisozialistisch sind.

Institut für Zeitgeschichte

Nr. 5 — Jahrgang 3 Neue Vorwärts 3. Februar 1950

Die historische Schuld der Richter und Konsorten

Der Dolchstoß gegen den Frieden

Von Wenzel Jaksch

Zu den Waffen des deutschen Rechtsradikalismus gehört auch heute wieder die zur Verleumdung der politischen Gegner und zur Irreführung des Volkes bestimmte Geschichtsfälschung. Der kürzlich zum Vorsitzenden der „Deutschen Reichspartei" ernannte Bundestagsabgeordnete, Dr. Richter, der aus dem Sudetengebiet kam und aus dem niedersächsischen Schuldienst entlassen wurde, weil er seine Schüler Aufsätze über die durch „Verrat" verschuldete Niederlage des Hitler-Reiches schreiben ließ, hat in letzter Zeit in Versammlungen und Interviews die während der Hitler-Herrschaft ins Exil gegangenen Sozialdemokraten, besonders die Sudetendeutschen, des Landesverrats bezichtigt, obwohl es weltbekannt ist, daß gerade die sudetendeutschen Sozialdemokraten im Exil unermüdlich gegen die Austreibungsabsichten der tschechoslowakischen Regierung und der Sowjets ihre Stimme erhoben haben. Wenzel Jaksch, der als Vorsitzender der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei ins Exil nach England ging, wo er die „Treugemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten" leitete, und vor einiger Zeit nach Deutschland übersiedelte, nimmt hier gegen die Kampfesweise der Richter und Remer Stellung und weist auf die schwere Mitschuld der sudetendeutschen Henlein-Nazis am Kriegsausbruch und an der Katastrophe hin, die über die Welt und mit besonderer Heftigkeit über die Deutschen im Osten und Südosten kam.

D. Red.

In dieser grotesken Welt geschieht momentan zweierlei:

Alle Freunde des deutschen Volkes machen verzweifelte Anstrengungen, die These von der deutschen Kollektivschuld zu zerstören, auf der zuerst der Morgenthauplan fußte und später die Abkommen von Jalta und Potsdam beruhten; und in Deutschland selbst geht der Bundestagsabgeordnete Dr. Richter mit einer neuen Dolchstoßlegende hausieren, deren Effekt (wenn sie geglaubt würde) ein freiwilliges Bekenntnis zu einer deutschen Kollektivverantwortung für Ursprung, Verlauf und Ergebnis des zweiten Weltkrieges wäre.

Die Anhänger der Kollektivschuld-These stützen sich auf die Behauptung, der Hitlerkrieg sei von Anfang bis zum Ende mit begeisterter Zustimmung und Unterstützung des deutschen Volkes geführt worden. Genau der gleichen Meinung ist Herr Dr. Richter von der „Deutschen Reichspartei". Er möchte nachträglich jeden, der nicht mit Begeisterung für Hitler gekämpft hat, zu einem Verräter an der Sache des deutschen Volkes stempeln.

Mit verteilten Rollen

Auch Herr Remer ist der Meinung, daß es die nationale und vaterländische Pflicht jedes Deutschen [illegible]

jedoch, daß die politischen Kumpane Dr. Richters im Sudetenland Adolf Hitler geholfen haben, den Friedenswillen des deutschen Volkes zu überspielen. Zu diesem Urteil kommt auch das umfassende Werk des englischen Historikers J. W. Wheeler Bennet über die politisch-diplomatische Vorgeschichte des Hitlerkrieges („Munich-Prologue to Tragedy", London 1948), welches sich weitgehend auf amtliche deutsche Dokumente aus dem Nürnberger Hauptprozeß stützt. Darunter befindet sich auch das Protokoll jener schicksalhaften Beratung Hitlers mit den Chefs der deutschen Wehrmacht und Kriegsmarine (v. Blomberg, v. Fritsch, Raeder, Göring) und dem Reichsaußenminister v. Neurath, die am 5. November 1937 in der Reichskanzlei stattgefunden hat. Dort ging Hitler von der These aus, „Deutschland habe von einer langen Friedensperiode nichts zu gewinnen". Die Aufgabe der deutschen Politik sei daher, so fügte er hinzu, die Vergrößerung des Lebensraums, hauptsächlich „landwirtschaftlich nutzbaren Raumes". Als Weg hierzu skizzierte Hitler die Machtausdehnung in Zentraleuropa als Sprungbrett nach Polen und nach der schwarzen Erde der Ukraine. Die Unterwerfung Oesterreichs und der Tschechoslowakei sollte dazu die erste Etappe sein. Der Angriff auf die Tschechoslo-

gebracht, daß die Führung der Sudetendeutschen Partei schon am 16. März 1933 den Befehlen der Berliner Reichsregierung unterstellt wurde. Am 28. März desselben Jahres fuhr Henlein persönlich nach Berlin, um sich von Ribbentrop und Hitler die nötigen Instruktionen zu holen. Die Weisungen lauteten, Henlein und seine Partei sollten radikale innerpolitische Forderungen aufstellen, aber diese so hoch schrauben, daß kein Ausgleich mit den Tschechen zustande kommen könne. Von da ab ging die Komödie über die Bühne, bei der Henlein als radikal gewordener Autonomist und Hitler als künftiger Erlöser der Sudetendeutschen auftraten.

Im September 1939 wurde dann der europäische Friede verspielt. Ein großer Teil des deutschen Volkes ist damals über die wahren Absichten der Reichsführung getäuscht worden. Viele glaubten, Hitler wolle bloß mit der Unterdrückung der Grenzdeutschen Schluß machen. Auch im Kabinett Chamberlain überwog die Auffassung, Hitler ginge es um die Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen und der Danziger. Darum wurde im Hochsommer 1938 Lord Runciman nach Prag beordert, damit er zwischen Tschechen und Sudetendeutschen ver-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Mit verteilten Rollen

Auch Herr Romer ist der Meinung, daß es die nationale und vaterländische Pflicht jedes Deutschen war, Hitlers Verbrechen mitzumachen und sie womöglich vollenden zu helfen. Es hat sich die Männer des 20. Juli zur Zielscheibe seiner Dolchstoßvorwürfe ausgewählt. Dr. Richters Lieblingsthema ist hingegen der „Verrat" der sozialistischen Emigration im Dritten Reich. Gerne nimmt er natürlich in Kauf, daß ein Victor Gollancz als Engländer und Jude für Deutschland Partei ergreift. Die deutschen Sozialdemokraten aber, die während des Krieges mit Victor Gollancz in einer internationalen Front für Freiheit und Menschlichkeit stritten, sind nach Richters Meinung dem deutschen Volke „in den Rücken gefallen". Gegenüber dem Bonner Korrespondenten der „Frankfurter Rundschau" hat er unlängst die Tätigkeit der „Treugemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten" in England als „Beweis" zitiert, daß heutige „SPD-Leute" den „Dolchstoß" geführt hätten. Dabei verläßt sich Herr Dr. Richter auf die Uniformiertheit seines norddeutschen Publikums in sudetendeutschen Dingen. Niemals, so hofft er, werden seine Zuhörer jene Kriegsliteratur in die Hand bekommen, welche den dramatischen Kampf der sozialistischen Sudeten-Emigration gegen die Austreibungen schildern und gegen Dr. Beneschs Katastrophenpolitik im besonderen registriert. Der Londoner „Sozialdemokrat" und die sonstigen Publikationen der „Treugemeinschaft" sind allerdings in den englischen Kriegsgefangenenlagern durch Tausende von Händen gegangen und haben ihren Lesern in bitteren Stunden Trost und Hoffnung gebracht. Der „Wahrheitsfanatiker" Dr. Richter hat aber unter hunderten von Druckseiten, die der Verteidigung bedrohter Heimatrechte und dem flammenden Protest gegen die Ausweisungen gewidmet waren, nur nach einem Zitat gesucht, das sich nach dem Kriege für eine nationalsozialistische Dolchstoß-Propaganda ausschroten ließe.

Wie der Krieg verloren ging, das haben ja die Menschen in Deutschland selbst erlebt und darüber mit Dr. Richter zu streiten, wäre müßig. Wichtiger ist die Klarstellung, wie mutwillig und verbrecherisch dieser Krieg angefangen wurde. Hierüber ist der Sudetennazi Dr. Richter dem deutschen Volke ein Stück Rechenschaft schuldig.

Die Geheimgeschichte von 1937—1938

Vor zwölf Jahren ist der Frieden verraten worden, und nur wenige Zeitgenossen kennen die Geschichte jenes Verrats. Es ist nicht richtig, daß der zweite Weltkrieg wegen der Sudetendeutschen ausgebrochen ist. Wahr ist

ausdehnung in Zentraleuropa als Sprungbrett nach Polen und nach der [illegible] der Ukraine. Die Unterwerfung Österreichs und der Tschechoslowakei sollte dann die erste Etappe sein. Der Angriff auf die Tschechoslowakei müsse „blitzartig schnell" erfolgen.

Am Anfang der totalen Niederlage stand also das klar definierte Eroberungsprogramm Hitlers vom 5. November 1937. Die Armeeführer waren erschrocken. Blomberg verwies darauf, daß die tschechischen Grenzbefestigungen für jede Angriffsoperation ein großes Hindernis bedeuten würden. Neurath und Fritsch bezweifelten, daß sich Frankreich und England in Zentraleuropa desinteressieren würden. Sogar der Frohnatur Göring wünschte vorerst eine Liquidierung der militärischen Verbindlichkeiten des Dritten Reiches in Spanien. Gegen Hitlers vorgelassten Plan hatten aber keine Bedenken, selbst aus dem Kreis der nächsten Ratgeber. Die Teilnehmer dieser Beratung gingen mit der furchtbaren Gewißheit auseinander, daß der Führer schnurstracks auf einen Zweifrontenkrieg und damit auf einen neuen Weltbrand zusteuerte. Von da ab datierten die Versuche der Armeespitzen, gegen Hitlers Kriegsplane zu konspirieren. Von Fritsch stürzte über seine Opposition gegen den Einmarsch in Österreich. Von Beck trat von seinem Posten als Chef des Generalstabes zurück, nachdem Hitler Anfang Juni 1938 auf dem Truppenübungsplatz Jüterbog noch mehr seine Angriffsabsichten gegen die Tschechoslowakei unterstrichen hatte. Becks Nachfolger Halder wollte die Ausführung dieser Absicht mit einem Militärputsch beantworten.

Kriegswillige Zivilisten

Die weit in der Welt bekannten Geschichtsfakten sagen also aus, daß führende deutsche Militärs im Laufe des Schicksalsjahres 1938 Karriere und Leben aufs Spiel setzten, um Hitlers Krieg zu verhindern, den Generaloberst v. Beck in einem Memorandum vorausblickend als „deutsche und europäische Katastrophe" bezeichnet hatte. Hitler fand unter den Zivilisten willigere Werkzeuge, um vor allem Ribbentrop zu nennen, der von der Nichteinmischung des „dekadenten" England überzeugt war. Wesentlich kleinere, aber unentbehrliche Handlangerdienste leisteten der Katastrophenpolitik des Führers die sudetendeutschen Naziführer, Henlein, K. H. Frank und Konsorten. Henlein selber hatte mit bescheidenem geistigen Fundus bis zur Besetzung Österreichs die Rolle des harmlosen sudetendeutschen Autonomisten gespielt, der wohl Gleichberechtigung der Deutschen in der Tschechoslowakei, aber niemals den Anschluß an das Dritte Reich wollte. Die Nürnberger Akten haben inzwischen ans Tageslicht

Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen und der Benesser. Darum wurde im Herbst des 1938 Lord Runciman nach Prag beordert, damit er zwischen Tschechen und Sudetendeutschen vermittle. Für die Sudetendeutschen ergab sich damit die einzigartige Gelegenheit, mit Hilfe einer westeuropäischen Garantie ihre Stellung zu verbessern. Der deutschen Opposition erschien sich die Aussicht, daß Hitler mit Hilfe der englischen Diplomatie der nächste Kriegsvorwand aus der Hand geschlagen werden könnte. So kam denn auf englischen Vorschlag jener „Vierte Plan" zustande, der die Sudetendeutschen zum Range eines zweiten Staatsvolkes neben den Tschechen erhoben hätte. Die gemäßigten Führer der Henleinpartei (Dr. Peters, Dr. Kundt, Dr. Neuwirth) wollten darüber verhandeln, aber aus Berlin kam der Befehl zum Abbruch der Verhandlungen. In seiner Nürnberger Parteitagsrede vom 12. September forderte Hitler dann die Sudetendeutschen zur Revolte auf, aber kaum zehn Prozent von ihnen folgten der Parole. Der Aufstand brach kläglich zusammen, Henlein und seine Unterführer flohen ins Dritte Reich. Im Altreich selber herrschte völliger Mangel an Kriegsbegeisterung. Paraden, die im Zuge der Mobilisierung durch Berlin fuhren, wurden von der Bevölkerung mit eisigem Schweigen empfangen. Die Opposition schöpfte Mut, und ihre Reihen schwollen an. In der Reichsführung herrschte Angst und Verwirrung. Mitte September 1938 hatte sogar die letzte Möglichkeit bestanden, den Frieden zu retten und die nationalsozialistische Diktatur ohne Krieg loszuwerden.

Die Entscheidung von München

Als Chamberlain zuerst nach Berchtesgaden, dann nach Godesberg und schließlich nach München flog, hat er Hitler aus der größten Verlegenheit seiner Laufbahn gerettet und der deutschen Opposition ihre beste Chance entwunden. Wegen dieser Regenschirm-Politik sind Chamberlain und seine Mitarbeiter in England heftig genug kritisiert worden. Ihre Hauptschuld an dem Münchener Abkommen hat 1940 zum Sturz der konservativen Regierung geführt. Es bleibt daneben aber noch eine innerdeutsche Verantwortung zu klären gegenüber jenen Kräften, die Hitler unterstützt haben in dem vollen Bewußtsein, daß er wahnwitzige Weltbeherrschungspläne verfolgte. Deshalb will ich Herrn Dr. Richter daran erinnern, daß wir schon damals in verschiedenen Schützengräben lagen, als der Dolchstoß gegen den Frieden geführt wurde. Wir sudetendeutschen Sozialdemokraten haben damals auf der Seite der deutschen Freiheitskräfte gestanden. Seit

Schluß auf Seite 2, Spalte 2

Institut für Zeitgeschichte

ED-106/52-180

„Nicht verantwortlich ist die Tschechei, weil es den betreffenden Parteien und allen von ihnen geführten Regierungen bisher nicht gelungen ist, die Not unseres Volkes zu wenden, fordern wir . . ." heißt es hingegen. Eine passendere Verurteilung konnten sie sich nicht wählen. Wie es zu der „Not unseres Volkes" kam, darüber wird kein Wort verloren. Sie fühlen sich nicht verantwortlich dafür, und folgerichtig verfochten mehrfache Delegierte leidenschaftlich die Ansicht, daß Hitler und der Nationalsozialismus weder schuld am Ausbruch noch am Verlauf des Krieges seien. Verantwortlich dafür sind ihrer Meinung nach die Polen, die Engländer und die „Landesverräter" von der Widerstandsbewegung. Lehren aus der Vergangenheit ziehen, eingefleischte Vorurteile aufgeben, wozu? „Nicht verantwortlich für die Tatsache, daß . . .".

Dolchstoß gegen den Frieden

/ Schluß von Seite 1

1933 war uns in Grenzland die Pflicht zugefallen, jenen Menschen beizustehen, die wegen ihrer politischen Gesinnung oder aus Glaubensgründen von Hitler und seiner Gestapo vertrieben worden sind. Damit hat es doch angefangen! Unsere Reihen haben außerdem bei der Unterstützung des illegalen Ringens der deutschen Opposition als Grenzgänger Kopf und Kragen riskiert. Was taten zur gleichen Zeit die fanatischen Sudetennazis, als deren Konkursmasseverwalter sich nunmehr Herr Dr. Richter fühlt? Sie agierten mit der Parole „Es kommt der Tag" und stellten schwarze Listen von politischen Gegnern auf, die nach dem Anschluß der Gestapo übergeben werden sollten. 20 000 Sudetendeutsche Sozialdemokraten sind diesen Denunziationen zum Opfer gefallen und im Oktober 1938 in die Konzentrationslager und Gefängnisse des Dritten Reiches verschleppt worden. Viertausend konnten sich ins freie Ausland retten, je lenkend davon nach England und nach Kanada, und diese sollen nach der Meinung Dr. Richters den „Dolchstoß" gegen das Dritte Reich geführt haben. Er hätte sie lieber in Dachau oder Buchenwald den ‚Heldentod' sterben gesehen!

Wer verriet die Heimat?

Herr Dr. Richter hat der Wahrheit einen unfreiwilligen Dienst erwiesen, indem er in dem Interview für die „Frankfurter Rundschau" das Protokoll der Landeskonferenz sudetendeutscher Sozialdemokraten in England vom November 1943 als Beweisstück für seine Dolchstoß-Behauptungen zitierte. Auf dieser Tagung ist in Gegenwart führender französischer und belgischer Sozialisten noch einmal der Abtreibungsversuch der tschechischen Exilregierung der Anspruch des Sudetenvolkes auf autonome Selbstverwaltung in einer vom Faschismus gesäuberten Heimat entgegengesetzt worden. Auf dieser Konferenz wurde auch festgestellt, daß emigrierte sudetendeutsche Sozialdemokraten in alliierten Armeen dienten. Dr. Richter spekuliert auf die Unkenntnis der Auslandsverhältnisse in deutschen Kreisen, wenn er daraus seinen Angriff fabriziert, „SPD-Leute" hätten den „Dolchstoß" geführt. Er verschweigt bloß, daß damals die englische Regierung das Münchener Abkommen bereits faktisch widerrufen hatte und daß damit die exilierten Sudetendeutschen als Angehörige eines alliierten Staates galten und daher dienstpflichtig waren! Dr. Benesch hat dagegen in seinen letzten Buch „Memoiren" viele Seiten mit dem Vorwurf gefüllt, daß nur wenige sudetendeutsche Sozialdemokraten in seine Legionen eingetreten sind und die englische oder kanadische Armee vorzogen, weil sie damit ein Stück angelsächsischen Schutzes für die schwerbedrohte Heimat zu mobilisieren hofften. Dann es ist bereits mitten im Kriege klar gewesen, daß einer der kostbarsten Einsätze in dem Vabanque-Spiel der nationalsozialistischen Führer die Heimat von Millionen Ostdeutschen und Sudetendeutschen war. Niemals wird Herr Dr. Richter den moralischen Mut haben, aus jenem Konferenzprotokoll vom 7. November 1943 die folgenden Sätze einer Botschaft zu zitieren, welche die sudetendeutschen Sozialdemokraten auf illegalen Wegen an ihre Landsleute in der Heimat richteten:

> *„Die Tage der Achse sind gezählt. Es geht um die einzige Frage, wieviel Menschen noch sinnlos sterben sollen. Je länger der Krieg, desto schlimmer das Ende. Die Welt steht vor dem Rätsel, wie lange unser Volk diese Politik des Selbstmordes noch mitmachen will.*
>
> *Wir wirken als Diener der leidenden Heimat. Wir verteidigen in vielen Sprachen die Unschuldigen, ihre Leiden und Opfer. Bis zum Massenmord von Lidice fanden wir viel Verständnis. Seither wird es immer schwerer. K. H. Frank bedeckt unser Volk mit Schande. Er ist ein Totengräber der Heimat. Alle, die ihm helfen, mögen es wissen. Sie fordern ein furchtbares Schicksal heraus."*

Getrieben von der gleichen Sorge um die Zukunft der Heimat gingen ein Jahr darauf sudetendeutsche Sozialdemokraten aus dem sicheren Exil illegal ins Sudetenland zurück, um bei einem letzten Rettungsversuch mitzuhelfen. Das Scheitern der Aktion den 20. Juli 1944 war auch für sie das Todesurteil. Die Nazis waren aber so wahnwitzig, Hitlers längst verlorenen Eroberungskrieg noch in Bayern und Böhmen weiterzuführen, bis das Verhängnis des deutschen Volkes vollendet war. Jener Dr. Richter, dem der Krieg bis zum Weißbluten noch zu kurz war, ist ein Totengräber der Heimat, wie seine Vorbilder Konrad Henlein und K. H. Frank es gewesen sind. Derselbe Ungeist, der 1938 den Dolchstoß gegen den Friedenswillen des deutschen Volkes geführt hat, versetzte nach dem 20. Juli 1944 der Heimat von 20 Millionen Ostdeutschen den Todesstoß.

Hamburg rüstet zum Parteitag

Vom 21. bis 25. Mai wird, wie bereits angekündigt, der diesjährige Parteitag der SPD in Hamburg stattfinden. Die geplante Parteiorganisation setzt bereits jetzt an dem für die Sozialdemokratie bedeutsamen Ereignis regen Interesse. Von wenigen Tagen konnte beim Parteivorstand in Hannover der erste eingegangene Antrag registriert werden, und in Hamburg werden alle Vorbereitungen getroffen, um den reibungslosen technischen Ablauf des Parteitages zu sichern.

Unter der Leitung des hamburgischen Parteitags-Komitees betraut. Bereits am 9. Januar konnte der Landesvorstand in Hamburg die ersten Einzelheiten des technischen Ablaufs des Parteitages einem Kommissionsbericht entnehmen.

Nach den bis jetzt vorliegenden Plänen ist es die Absicht des Parteivorstandes, dem Hamburger Parteitag den Charakter einer Arbeitstagung zu geben. Der Parteivorstand wird bereits am 19. Mai in Hamburg zu einer Sitzung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Wenzel Jaksch

Masaryks Größe und Tragik

Zum 100. Geburtstag T. G. Masaryks am 7. März

„Die Geschichte beweist, daß alle Staaten durch Chauvinismus gestürzt sind, sei es durch nationalen, sei es durch ständischen, politischen oder religiösen Chauvinismus."
Masaryk in „Die Weltrevolution"

Eine Legende von der historischen Fortschrittsleistung T. G. Masaryks ist auf Kosten der übernationalen Traditionen Europas verbreitet worden. Sie hat auch weiterhin den Blick der deutschen Linken auf die Realitäten südlich von Linz und Passau getrübt, ja zu einem verzerrten Bild von der europäischen Entwicklung der letzten hundert Jahre beigetragen, welches fatale Irrtümer der westeuropäischen Staatsmänner wohl erklärt, aber nicht entschuldigt. Wie soll man nun der überragenden Persönlichkeit des alten Masaryk gerecht werden, ohne einer geschichtlichen Legendenbildung weiter Vorschub zu leisten? Die Antwort ist, daß erst im Abwägen von Erfolg und Versagen einer staatsmännischen Leistung herausgestellt werden kann, was sie an Beispiel und Warnung umschließt.

Masaryks Tragödie war, daß er sich den weltausgreifenden Ambitionen eines kleinen Volkes verschrieben hat, obwohl er seine Größe dem Mitgenuß an den gesamteuropäischen Kultur- und Geistesschätzen verdankte. Der wissensdurstige Schmiedelehrling, der seinem Meister entlaufen war, hatte zuerst ein deutsches Gymnasium in Brünn, dann die Hochschulen von Wien und Leipzig besucht. In Leipzig hat er seine amerikanische Frau Charlotte Garrigue kennengelernt, deren Familiennamen später das T. zwischen seinen Initialen bestimmte. Diese Ehe schlug ihm die Brücken zur westlichen Kultur und Philosophie. Sein politisches Wirken brachte ihn mit den Problemen der Südslawen und des russischen Slawentums in Berührung. Seine umfassenden Sprachkenntnisse, seine philosophische, historische, literarische und musikalische Bildung machten ihn zu einem der letzten Universalisten unserer Epoche. Kein anderer Staatsmann hat auch als geistige Persönlichkeit eine so faszinierende Wirkung ausgeübt. Sein Einfluß auf die europapolitischen Auffassungen angelsächsischer Historiker und Publizisten war grundlegend. Wer über den Spuren seines Wirkens nachgegangen ist, der fand, daß ihn seine Größe nicht davor bewahrt hatte, die Botschaft von der demokratischen Sendung eines kleinen Volkes mit anti-österreichischer und anti-deutscher Zweckpropaganda zu verbinden. Gerade deshalb erhält sich die Frage, wie segensreich sich diese ungewöhnliche Potenz hätte auswirken können, wäre sie mechanischer

abgelöst hat, indem sie die verworfenen Privilegien des feudalen Zeitalters mit den Argumenten des Naturrechts überwand. Die Berufung auf die angeborenen Rechte des Menschen war die entscheidende Waffe des Liberalismus im Kampfe mit den Autokratien. Dazu gehörte auch das Recht, sich frei zur angestammten Sprache und Nationalität bekennen zu dürfen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker war ebenfalls ein heiliger Grundsatz liberaler und fortschrittlicher Politik des 19. Jahrhunderts. In diesem Geiste hatten die geadelten Tschechenführer Rieger und Genossen 1870 gegen die geplante Annexion Elsaß-Lothringens protestiert. Sie wandten sich in einem Memorandum dagegen, daß ganze Gebiete Frankreichs, „deren Bewohner sich als Franzosen fühlen und es bleiben wollen", von Deutschland einverleibt werden sollten. Demgemäß vertrat auch Masaryk in einer Diskussion mit dem deutsch-böhmischen Staatsrechtler Professor Kestner 1896 den klassischen Standpunkt: „Wer im Ernste die Freiheit und die soziale Gerechtigkeit will, der muß in concreto für die politische Autonomie arbeiten." Er sprach sich für die administrative Abgrenzung der deutschen und tschechischen Sprachgebiete Böhmens nach dem Grundsatz aus: „Ich Herr, Du Herr." Bei dieser Gelegenheit gab Professor Masaryk die bedeutsame Erklärung ab: „Wir sind nicht so naiv zu glauben, daß sich ein selbständiger tschechischer Staat neben Deutschland erhalten könnte, wenn seine deutsche Bevölkerung längere Zeit hindurch sich unzufrieden fühlte."

1932 begann dann die [zur Schwächung der Sozialdemokratie vom Bürgertum gebildete] Partei der tschechischen Nationalsozialisten ihre Agitation für einen selbständigen tschechischen Staat. Aber noch 1905 erklärte das Programm der von Masaryk begründeten „Tschechischen Fortschrittspartei" kriegerisch: „Wenn die böhmischen Länder eine selbständige staatsrechtliche Einheit . . . bilden sollten, so könnte dies nur unter Zustimmung der deutschen Nation geschehen, welche die böhmischen Länder bewohnt."

Alle diese Einsichten wurden dann im ersten Weltkrieg vergessen. Im Namen des Naturrechts unselbständiger Völker wurde Oesterreich-Ungarn zerschlagen. Im Namen „historischer" Ansprüche und eines kaum verhüllten Siegerrechtes wurden vier Millionen Deutsche und Ungarn gegen ihren Willen einem sogenannten tschechoslowakischen „Nationalstaat" einverleibt. Als T. G. Masaryk im Dezember 1918 als Triumphator in Prag einzog, bezeichnete er dreieinhalb Millionen deutsche Mitbürger als „Reichsfremde", die nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht sich, dieser im Flammenschein der ersten russischen Revolution errungene Fortschritt erfüllte nicht nur die arbeitenden Massen des Reiches mit neuer Hoffnung, er brachte dem tschechischen Arbeiter- und Bauernvolk eine ganz reale Verbesserung seiner politischen Stellung. Masaryk konnte also unmöglich als Protest gegen einen Akt der Demokratisierung Oesterreich den Rücken gekehrt haben. Die einzige Erklärung für seinen Frontwechsel ist vielmehr die, daß nun diese Zeit die slawische Frage von Südosten her aufgerollt wurde. Die serbisch-kroatische Opposition in Ungarn verschärfte sich (nicht ohne Mitschuld der Budapester Machthaber), die Annexionskrise um die ehemals türkische Provinz Bosnien-Herzegowina machte die jugoslawische Frage akut, und der erste Balkankrieg (1908) löste eine mächtige Welle panslawistischer Sympathien aus, der in Prag und Moskau, in Agram und Belgrad eine nationalistische Hochstimmung erzeugte.

1908 hatte Dr. Benesch in Paris noch jene vielbiblierte Doktordissertation veröffentlicht, in der er sich für die Demokratisierung Oesterreichs und gegen das böhmische Staatsrecht aussprach. Um diese Zeit war er ein ernster Konkurrent Dr. Karl Renners bei der Besetzung der Stelle eines Reichsratsbibliothekars in Wien. Dr. Renner obsiegte in diesem Wettbewerb, und Dr. Benesch folgte 1915 Professor Masaryk ins Lager der Alliierten, die sich an die Spitze der tschechischen Auslandsrevolution zu stellen. Die Wahrheit ist, daß die tschechischen Westler schon damals durch das Hochgefühl einer slawischen Machtkonjunktur weit über die Schranken der Möglichkeiten Urteilen hinausgetragen wurden. Masaryk führt in seinem mehrfach zitierten Rechenschaftsbuch selbst die Warnungen europäisch denkender Staatsmänner an, welche seine Agitation gegen Oesterreich auslöste. Er beklagt, es, daß viele einflußreiche Engländer mit Oesterreich sympathisierten, weil sie glaubten, „Oesterreich verhindere die Expansion Deutschlands und die ‚Balkanisierung' Europas." Zwei weitere Beispiele aus Masaryks „Weltrevolution" (S. 218):

„Wie diese Antipathie eingewurzelt war, ist an beiden daraus zu ersehen, daß Serbien, obwohl er für Italien Stücke Oesterreichs beanspruchte, für die Erhaltung Oesterreich-Ungarns eintrat: das war eine Folge des politischen Konservatismus, der die ‚Balkanisierung' fürchtete, speziell bei Serbien eine Furcht, die seine Einigung der Südslawen nicht wünschte."

[illegible] Eifer nicht der Aufgliederung, sondern der Zusammenfügung Europas gewerkt gewesen. Irgendwo in den 500 Seiten seiner „Weltrevolution" versteckt steht der Satz: „Ich war unglücklich, daß ich in Wien nicht an die orientalische Akademie und zur Diplomatenlaufbahn gelangen konnte." Wäre ihm dieses Glück zuteil geworden, so hätte in dem Diplomaten T. G. Masaryk die österreichisch-ungarische Völkergemeinschaft wohl ihren fähigsten Anwalt gefunden . . .

Der Sprung über den Schatten

Der alte Masaryk, Sohn eines Kutschers, gehörte zu jener Kategorie liberaler Akademiker, die den Adel als „staatstragende Schicht" [illegible] Bürger, deren Vorväter vor 700 Jahren bereits ins Land gekommen waren, als „Emigranten und Kolonisten". Diese Verneinung des Heimatrechts und damit auch des Naturrechts der Sudetendeutschen war das historische Stichwort zu einem Völkerdrama, das sich dann nach dem zweiten Weltkriege in Böhmen und Mähren abspielte.

Der Historiker Palacky, der „Vater der tschechischen Nation", hatte 1848 in seinem Absagebrief an die Frankfurter Nationalversammlung geschrieben, Großösterreich müßte im Interesse Europas und der Menschheit geschaffen werden, wenn es noch nicht bestünde. Und er fügte wörtlich hinzu: „Man stelle sich vor, daß Oesterreich in eine Anzahl kleiner Republiken zerfiele, welch eine Chance für die russische Universalmonarchie!" War es ein Zufall, daß Palackys Zeitgenossen Marx und Engels die Gefahren des Panslawismus und eines russischen Imperialismus ebenfalls klar erkannten? Die Einsichten von 1848 sind von den Staatsgründern des Jahres 1918 verkannt worden. 1948, genau hundert Jahre später, wurde dann Böhmen de facto einer russischen „Universalmonarchie" einverleibt!

„Oesterreich war für mich auch eine moralische Frage", schrieb Masaryk in hohem Alter, und er bekannte, daß er schon frühzeitig „zwischen Loyalität und Kampf gegen Oesterreich schwankte". Als den Zeitpunkt seiner Abwendung von Oesterreich gibt er in seiner „Weltrevolution" das Jahr 1907 an. Den geschichtskundigen Leser mußte aber gerade diese Jahreszahl in Erstaunen setzen. Denn im Jahre 1907 fanden in Oesterreich die ersten [illegible]

Und weiter:

„Schließlich besaß Oesterreich einen Beschützer in den Sozialisten, namentlich in den Marxisten; sie waren gleichfalls gegen die ‚Balkanisierung' und fanden daher Oesterreich trotz seiner Rückständigkeit annehmbar."

Liberale, Konservative und Sozialisten sahen damals die Gefahr einer Balkanisierung Europas richtig voraus. Masaryk aber glaubte, dem Fortschritt mit dem Operationsmesser den Weg bahnen zu müssen.

Durch Irrtum zur Wahrheit

Die Billigkeit erfordert es, gerade in diesem Zusammenhang an die wahre Größe Masaryks zu erinnern, die in seiner selbstkritischen Haltung während der letzten zehn Regierungsjahre zum Ausdruck kam. Er ist auf der Höhe seiner Altersweisheit vom Nationalstaatsprinzip wieder abgerückt und hat jede Gelegenheit genützt, seine Landsleute zur Verständigung mit den deutschen und ungarischen Mitbürgern zu mahnen. Anläßlich des zehnjährigen Gründungsjubiläums der CSR, im Jahre 1928, nahm Masaryk eine Aussprache mit Presseleuten aus Deutschland zum Anlaß, um sich klar und deutlich für die Autonomie der Sudetendeutschen zu erklären. Bei anderer Gelegenheit sprach er sich in einem Interview für die Rückgabe rein ungarischer Gebiete an Ungarn aus. Trotz aller Lippenbekenntnisse zu Masaryks Weisheit schlug die tschechische Politik aber seine Warnungen in den Wind. Die tschechischen Parteien waren bereits daran gewöhnt, ihre Wähler durch die Verdrängung der Deutschen aus den öffentlichen Diensten, dem Verwaltungs- und Wirtschaftsleben zu befriedigen. Bei mehreren Anlässen, so auch bei dem Interview bezüglich der Grenzbereinigung mit Ungarn, wurde der „Präsidenten-Befreier" durch die eigene Regierung zum Widerruf seiner vernünftigen Aeußerungen gezwungen. Masaryk hatte immerhin den moralischen Mut, seinen Kardinalfehler der Klassifizierung der Sudetendeutschen als „Emigranten und Kolonisten" korrigieren zu wollen, indem er in seiner „Weltrevolution" schrieb:

„In meiner ersten Botschaft habe ich die Tatsache hervorgehoben, daß unsere Deutschen als Kolonisten zu uns kamen . . . Die Deutschen sind als Kolonisten nicht Staatsbürger zweiten Ranges, denn sie wurden von unseren Königen eingeladen, und diese verbürgten ihnen die Rechte, die nötig sind, um sich kulturell und national voll auszuleben . . . Ich melde mich bewußt zur Nationalitätenpolitik der Przemysliden, von denen die Deutschen national geschützt wurden."

Zwei Jahrzehnte später begründete Masaryks Nachfolger Benesch die Deutschenaustreibungen damit, der „Irrtum" der Przemysliden-Könige müsse korrigiert werden. Weit davon entfernt, von Masaryks Altersweisheit zu lernen, haben seine Schüler den Weltruf dieses Humanisten nur als Aushängeschild für eine

kurzsichtige machiavellisch die Politik mißbraucht, die dann im Februar 1948 ihre Katastrophe erlebte.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Neuer Vorwärts
5. Mai 1950 Neuer Vorwärts

Die Flüchtlinge stehen nicht allein

Ein Gespräch mit Wenzel Jaksch über das Flüchtlingsproblem

Von unserem Kulmbacher K-Mitarbeiter

Seit dem 22. April spricht Wenzel Jaksch, unterstützt von der gesamten SPD-Landtagsfraktion Bayerns, fast täglich in überfüllten Kundgebungen im Bundeswahlkreis Kulmbach. Auch die Gegenkandidaten, Dr. Semler für die vereinigte CSU-FDP-BP, und Alfred Loritz für die WAV, haben in der Zwischenzeit den Wahlkampf aufgenommen. Wenzel Jaksch, der Leiter des Landesflüchtlingsamtes Hessen und Vorsitzender des Flüchtlingsausschusses des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, beantwortete trotz der großen Beanspruchungen, die im Wahlkampf an ihn gestellt werden, unserem Korrespondenten einige Fragen über die Flüchtlingssituation in Westdeutschland.

Frage: Die Agitation der westdeutschen [illegible] läuft darauf hinaus, den Flüchtlingen die Rückkehr in die Heimat zu versprechen, obwohl es die SPD als erste Partei gewesen ist, die in der Oeffentlichkeit die Anerkennung der deutschen Ostgebiete als Recht des Völkerrechts angeprangert hat. Wenn auch in der Gegenwart für die Flüchtlinge keine reale Möglichkeit besteht, in die

Wenzel Jaksch (SPD) Foto: Weber

Heimat zurückzukehren, welche Grundvoraussetzungen müssen geschaffen werden, um den rechtlichen Anspruch auf Rückkehr in die Heimat zu fundieren.

Antwort: Westdeutschland gleicht einem überfüllten Rettungsboot. Von der Aufnahmekraft Westdeutschlands hängt es entscheidend ab, ob zunächst einmal die 17 Millionen Deutschen in der Sowjetzone noch einmal in Leben in Freiheit führen können oder nicht. Die Vertriebenen können nur über einen demokratischen deutschen Staat ihren Heimkehranspruch geltend machen. Die Vertriebenen dürfen sich nicht als ausgestoßene „Flüchtlinge" fühlen, sondern müssen sich zur deutschen Schicksalsgemeinschaft bekennen.

Frage: Solange die Rückkehr der Flüchtlinge in die Heimat nicht zu realisieren ist, müßte doch alles versucht werden, um sie in die Wirtschaft und in das Volksleben einzubauen. Glauben Sie, daß die sich ergebenden Schwierigkeiten auf die wesensmäßigen Unterschiedlichkeiten oder auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen sind?

Antwort: Die Wesensverschiedenheit zwischen Flüchtlingen und Einheimischen ist nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Nicht eine Fremdenfeindlichkeit erschwert das Einleben der Vertriebenen, sondern die Lebensangst der Einheimischen. In Westdeutschland wird der Existenzkampf mit großer Schärfe

beitsbeschaffung. Wenn wir die fehlenden Hände nicht in Arbeit bringen, nützen alle anderen noch so gut gemeinten Anträge in Bonn gar nichts. Die Arbeitskraft ist unser wertvollstes Kapital und darf nicht brach liegen. Die ungebrochene Schaffenskraft meiner sudetendeutschen Landsleute kenne ich aus eigener Erfahrung. Auch alle anderen Heimatvertriebenen ziehen eine bescheidene Existenz dem Dasein eines Unterstützungsempfängers vor.

Frage: Die Bildung von Flüchtlingsparteien in einigen Gebieten der Bundesrepublik hat den Anschein erweckt, als wenn die Flüchtlinge in ihrem Kampf isoliert stehen. Entspricht das den Tatsachen?

Antwort: Nein, zu den Flüchtlingen gehören die Heimkehrer, Angehörigen, Kriegsversehrten und Kriegshinterbliebenen. Keine dieser Gruppen der „Geschädigten" kann sich allein helfen. Alle brauchen sie den Anschluß an die große politische Kraft der Werktätigen, den Anschluß an die organisierte Arbeiterschaft in der SPD.

Ich kämpfe mit den Werktätigen und Geschädigten dafür, daß die Bundesrepublik ein Sozialstaat zum Schutze aller Schwachen und Bedrängten wird.

Vorbildliche SPD-Arbeit

Der Bundeswahlkreis Kulmbach umfaßt den Landkreis, Stadtsteinach, Naila und Lichtenfels sind 45 000 Heimatvertriebene. Besonders Bad 24 000 Einwohnern. Sie ist nicht nur durch ihr auch der Mittelpunkt der oberfränkischen Textil Industrie. Die SPD stellt heute in dieser Stadt bürgermeister Georg Hagen.

Die fortschrittliche kommunalpolitische Entwicklung Kulmbachs, das vor 20 Jahren nur die Hälfte der heutigen Einwohner zählte, ist seit 30 Jahren untrennbar mit der Arbeit der Kulmbacher SPD verknüpft. Bürgermeister Hagen war es, der 1922 im Auftrage der SPD zur räumlichen Entwicklung der Industriestadt einen großzügigen Eingemeindungsplan schuf. Die heute führenden FDP- und CDU-Politiker

Vertrauen für Wenzel Jaksch

R. R., Wiesbaden: Wenzel Jaksch, der Leiter des Landesamtes für Flüchtlinge in Hessen, hatte vor seiner Abreise zum Wahlkampf nach Kulmbach in Wiesbaden die Vertreter der Landsmannschaften vertriebener Schlesier, Pommern, Danziger, Ost- und Westpreußen zu einer Aussprache eingeladen.

Die Sprecher der landsmannschaftlichen Verbände Hessens bekundeten ihr starkes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit Jaksch, dem sie ihr Vertrauen aussprachen. Jaksch betonte, daß bei der Bewahrung des Kulturgutes der Heimatvertriebenen sowie bei der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen die landsmannschaftlichen Bindungen eine große Kraftreserve bedeuten.

Vereinbart wurde auf der Konferenz, den 6. August als „Tag der Heimat" mit großen Kundgebungen in Hessen gemeinsam zu begehen.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

einen großzügigen Flüchtlingsplan schuf. Die heute führenden FDP- und CDU-Politiker

Wenzel Jaksch (SPD)

Foto: Weber.

Heimat zurückzukehren, welche Grundvoraussetzungen müssen geschaffen werden, um den rechtlichen Anspruch auf Rückkehr in die Heimat zu fundieren.

Antwort: Westdeutschland gleicht einem überfüllten Rettungsboot. Von der Behauptungskraft Westdeutschlands hängt es entscheidend ab, ob zunächst einmal die 17 Millionen Deutschen in der Sowjetzone noch einmal ein Leben in Freiheit führen können oder nicht. Die Vertriebenen können nur über einen lebensfähigen deutschen Staat ihren Heimkehranspruch geltend machen! Die Vertriebenen dürfen sich nicht als ausgestoßene „Flüchtlinge" fühlen, sondern müssen sich zur deutschen Schicksalsgemeinschaft bekennen.

Frage: Solange die Rückkehr der Flüchtlinge in die Heimat nicht zu realisieren ist, müßte doch alles versucht werden, um sie in die Wirtschaft und in das Volksleben einzugliedern. Glauben Sie, daß die sich ergebenden Schwierigkeiten auf die wesensmäßigen Stammesverschiedenheiten oder auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen sind?

Antwort: Die Wesensverschiedenheit zwischen Flüchtlingen und Einheimischen ist nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Nicht die Fremdenfeindlichkeit erschwert das Einleben der Vertriebenen, sondern die Lebensangst der Einheimischen. In Westdeutschland wird der Existenzkampf mit großer Schärfe um jeden Wohnraum, jeden Arbeitsplatz und jedes Bauerlehen geführt. Je größer die Arbeitslosigkeit, desto erbitterter werfen sich die Menschen gegenseitig jedes Stück Brot streitig. Daraus erwächst die Gefahr, daß die Flüchtlinge schließlich den „fünften Stand" der Habenichtse bilden. Ein solcher „fünfter" Stand von Dauer-Erwerbslosen übt einen gefährlichen Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen aus. Erfolgreiche Sozialpolitik und Gewerkschaftsarbeit kann daher nicht am Flüchtlingsproblem vorbeigehen. Arbeitnehmer und Vertriebene sind die beiden großen Kraftströme, die in der Richtung einer gerechten Sozialordnung verlaufen.

Frage: Welches ist nach Ihrer Ansicht die Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Eingliederung der Flüchtlinge in den Wirtschafts- und Arbeitsprozeß?

Antwort: Die Grundvoraussetzung für die Eingliederung der Flüchtlinge in die Wirtschaft ist eine planvolle Lenkung der Wirtschaft. Erst wenn die verhängnisvolle „freie Wirtschaft" beseitigt ist, wird auch von den Flüchtlingen der Druck der wirtschaftlichen Unsicherheit genommen werden können. Die produktive Eingliederung der Vertriebenen erfordert zielbewußte Arbeits- und Wohnungsbeschaffung und Vollbeschäftigung auf Bundesebene gemäß den Zielen der SPD und der Gewerkschaften.

Frage: Was wäre nach Ihrer Ansicht in einer planvoll gelenkten Wirtschaft die wichtigste und erste Aufgabe?

Antwort: Die wichtigste Aufgabe ist die Ar-

Vertrauen für Wenzel Jaksch

E. R., Wiesbaden: Wenzel Jaksch, der Leiter des Landesamtes für Flüchtlinge in Hessen, hatte vor seiner Abreise zum Wahlkampf nach Kulmbach in Wiesbaden die Vertreter der Landsmannschaften vertriebener Schlesier, Pommern, Danziger, Ost- und Westpreußen zu einer Aussprache eingeladen.

Die Sprecher der landsmannschaftlichen Verbände Hessens bekundeten ihr starkes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit Jaksch, dem sie ihr Vertrauen aussprachen. Jaksch betonte, daß bei der Bewahrung des Kulturgutes der Heimatvertriebenen sowie bei der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen die landsmannschaftlichen Bindungen eine große Kraftreserve bedeuten.

Vereinbart wurde auf der Konferenz, den 6. August als „Tag der Heimat" mit großen Kundgebungen in Hessen gemeinsam zu begehen.

Institut für Zeitgeschichte München

ED-1066/82-193

Wenzel Jaksch und die tsc

Zur Anatomie des „zweiten Münchne

Die Chefredaktion der sozialdemokratischen Flüchtlingszeitung „D des sogenannten „zweiten Münchner Abkommens" den ehemaligen jetzigen Häuptling einer Emigrationsgruppe Lev Prchala als FE zeichnet. Dagegen setzte sich nicht nur der Münchner Filialleiter de Wehr, sondern auch der „Führer" der sudetendeutschen Sozialdemok einem ausführlichen Artikel in Nr. 7 der „Brücke" versucht er, dem sende Bedeutung zuzuschieben und sich zum Ehrenretter der demokr aufzuspielen, nachdem er vorher seinen ahnungslosen Lesern ausein deutschen Sozialdemokraten ein Recht hätten, „zur Klärung der Ding

Er ist das mit einem so starken Quantum von Geschichtsbiegung plus Selbstbespuckung daß bei schlauliger Argumentation auch einem Sozialdemokraten reformistischer Provenienz die Schamröte ins Gesicht schießen müßte. So beklagt er unablässig, daß „in der öffentlichen Meinung das Westens der Mythos um die Gestalten Masaryks und Benesch noch immer die historischen Tatsachen verdunkelt". Nun! über die Gleichrangigkeit von Masaryk und Benesch sowie über die historische Gebundenheit der Wirksamkeit des tschechoslowakischen Staatsschöpfer kann man geteilter Meinung sein. Doch steht es einem Manne wie Jaksch schlecht an, Tote mit journalistischem Geifer zu überfallen, deren politische Staatsklugheit er nicht genug preisen konnte, als er mit ihnen noch aus dem gleichen Blechnapf speisen durfte. Wer zählt die Reden, die Jaksch mit Apotheosen auf den „Weisen von Lana", Masaryk, geschlossen hatte? Im übrigen brauchte sich die tschechische Sozialdemokratie durchaus nicht zu schämen, den Lebensauffassungen eines Mannes nachzuspüren, der zeitlebens ein bürgerlicher Revolutionär geblieben war. (Wieviel bürgerlichen Politikern erwiesen die sozialdemokratischen Parteien ihre Reverenz, die zu marxistischen Gedankengängen keinerlei Beziehung hatten.) Als Nichtmarxist hat er die ersten sozialdemokratischen Funktionäre geschult (Mitbegründer der Prager Arbeiterakademie). Nie hat er ein Hehl daraus gemacht, daß seine Zielsetzung nicht die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, sondern ein sozialorientierter bürgerlicher Klassenstaat war. In der Erkenntnis von der Schicksalsverbundenheit der sozialen mit den nationalen Belangen sowie in der kosmopolitischen Einstellung teilt er sich mit den Tendenzen der revolutionären Sozialdemokratie. Mit der Entstehung der ersten tschechoslowakischen Republik war Masaryks Ziel erfüllt, — soweit es im Rahmen einer bürgerlichen Ordnung realisierbar war. Aber zum Unterschiede von anderen Persönlichkeiten mit bürgerlich revolutionärer Vergangenheit hat er sich immer bemüht seine Gedankengänge in die Tat umzusetzen. Der Realist Masaryk ist sich selbst treu geblieben, während seine Gesinnungsgänger von ehedem ihre Ideologie der Zwangsläufigkeit der Möglichkeiten eines bürgerlichen Staates angepaßt hatten.

Die Legitimation zur Kritik

An den Grenzen der bürgerlichen tschechoslowakischen Republik mußte auch Masaryk scheitern! Kann jemand, der diese Grenzen nicht zu überrennen wagte, ihm daraus einen Vorwurf machen? Die tschechoslowakische Republik Masaryks war alles weniger als ein demokratischer Musterstaat! Sie war es schon deshalb nicht, weil sie alle Momente der sozialen Unsicherheit, die den bürgerlich kapitalistischen Staat schlechthin charakterisieren, in sich barg. Nur der, der den Mut hat, etwas Neues zu schaffen, das zur Tradition des bürgerlich-nationalen Klassenstaates im Widerspruch steht, besitzt die Legitimation zur Kritik an den Einrichtungen eines Staates, der seiner geschichtlich-ökonomischen Bestimmung gemäß nicht weiter zu gehen vermochte. Wenzel Jaksch hat nicht den Mut und darum auch nicht die Legitimation hierzu. In seiner Apologie für Prchala wertet er das Sudetenproblem ausschließlich vom nationalen Gesichtspunkte, die soziale Frage läßt er vollkommen außer acht. (So auch die Frage, was nach der von ihm geforderten Rückkehr der Sudetendeutschen mit dem inzwischen verstaatlichten Besitz geschehen sollte.) Zum Glück für Jaksch, war. Das alles sind Momente, die die leitenden tschechoslowakischen Staatsmänner zu Vielseitigkeit und Wandlungsfähigkeit zwangen. Wenzel Jaksch weiß selbst recht gut, daß sich der außenpolitischen Lage gemäß die Deutschenpolitik des Staates oft genug geändert hat; er weiß auch, daß Dr. Benesch selbst nicht immer der „Deutschenhasser" war, als der er sich nach dem zweiten Weltkrieg deklarierte. Schließlich hat Jaksch selbst Benesch's Versöhnungsbereitschaft gerühmt und manches Loblied auf den zweiten Präsidenten gesungen, lange bevor eine Nazigefahr in der CSR akut wurde. hat auch die deutsche Sozialdemokratie in der CSR den Boden der Obstruktion verlassen und 1929 ihren Parteivorsitzenden Dr. Czech in die Regierung geschickt. Bald darauf setzte sich Jaksch mit Benesch-Leuten und Stahlmänner in das „Friedenskomitee" (RUP) zu „konstruktiver" Zusammenarbeit.

Aus Gründen vermeintlicher Selbsterhaltung war Dr. Benesch vor dem letzten Kriege in Nationalitätenfragen liberal; aus Gründen derselben Selbsterhaltung glaubte er in seinem Londoner Exil antideutsche Töne anschlagen zu müssen. Glauben wir doch nicht, daß Benesch oder Prchala als Inspirator der Austreibungspläne überhaupt nur zu fungieren vermochte! Vielmehr erkannten sie frühzeitig die Notwendigkeit einer politischen Umstellung aus der einhelligen Tendenz „der großen Drei", die Welt in Interessensphären aufzuteilen und deren übereinstimmenden Willen, die CSR dem russischen Einflußgebiet einzuverleiben. Die Russen wiederum setzten sich für die Aussiedlung der Sudetendeutschen ein, weil sie sich auf die Erfahrung beriefen, daß nationale Minder-

Keine „Wiedereinsetzung in den v

Benesch scheiterte also vor allem darum, daß er die Demokratie im Rahmen des Nationalstaates retten zu können glaubte, als das nationalstaatliche Fundament schon zusammengebrochen war. Was aber ist mit Wenzel Jaksch? Auch er versucht das Sudetenproblem auf nationaler Ebene zu lösen. Auf dieser Basis jedoch kann das Sudetenproblem nicht liquidiert werden. Eine „Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" darf es schon deshalb nicht geben, weil dadurch nur eine rückläufige Entwicklung eingeleitet wurde, an der kein fortschrittlicher Mensch interessiert sein dürfte. Nicht die Parzellierung der Interessensphären ist unser Ziel, sondern deren Überwindung durch gegebenenfalls neue größere Einheiten. So menschlich verständlich nationale Ressentiments auch sein mögen, — sie sind (ganz abgesehen vom sozialistischen Standpunkt) auch dann nicht vertretbar, wenn sie sich ausschließlich als Spekulationsobjekt jener Elemente von ultrarechts dienen (die

Vertragsabschlusses hat scheinen auch sogenannten zweit weniger denn gut deutschen und ist erwecken. (Ganz ab kumentes, das de Sudete gereich Tukes und das ge einen Sozialdemokr mußte ein übles weiß, daß die Vo senfuß" von dem n den „Pseud Stech genüssa „Deutschen Pa Wiesbaden, geleit es dem Einfluß de Vorsitzende der

FREIE TRIBUNE 11. November 1950 Nr. 14

...und die tschechische Rechte

...e des „zweiten Münchner Abkommens"

...r sozialdemokratischen Flüchtlingszeitung „Brücke" hatte in einer Kritik ...n Münchner Abkommens" den ehemaligen tschechischen General und ...Emigrationsgruppe Lev Prchala als Führer einer Rechtsgruppe be... sich nicht nur der Münchner Filialleiter der Organisation Prchalas zur „Führer" der sudetendeutschen Sozialdemokraten ... In ...el in Nr. 7 der „Brücke" versucht er, dem Dokument eine zukunftswei...ehen und sich zum Ehrenretter der demokratischen Gesinnung Prchalas ... vorher seinen ahnungslosen Lesern auseinandersetzt, warum die sudeten...en ein Recht hätten, „zur Klärung der Dinge beizutragen".

...ate, die die leitenden ...männer zu Vielseitig... ...eit zwangen. Wenzel ...t, daß sich der außen... ...e Deutschenpolitik des ...hat; er weiß auch daß ...mmer der „Deutsch... ...ch nach dem zweiten ...ßlich hat Jaksch selbst ...reitschaft gerühmt und ...weiten Präsidenten ge... ...geschickt. Bald darauf ...Nazigefahr in der CSR ...deutsche Sozialdemo... ...oden der Obstruktion ...en Parteivorsitzenden ...geschickt. Bald darauf ...ch-Leuten und Stalini... ...e" (RLP) zu „konstruk...

...licher Selbsterhaltung ...tzten Krieges in Natio... ...s Gründen derselben ... in seinem Londoner ...sdiskussionen zu müssen. ...b Benesch oder Prchala ...hungspläne überhaupt ...t. Vielmehr erkannten ...keit einer politischen ...ligen Tendenz, „der ...Interessensphären auf... ...immenden Willen, die ...gebiet einzuverleiben. ...ten sich für die Aus... ...en ein, weil sie sich ...daß nationale Minder...heiten in Zeiten sozialer und politischer Unsicherheit als ein immer wirksames Mittel zur Ablenkung sozialer Spannungen in nationale Gegensätze zu ...ungieren pflegen; und auch in der propagandistischen Absicht, den Tschechen einen scheinbaren Ersatz für den Verlust Karpathorußlands zu bieten. Einen direkten Einfluß auf die Entschlüsse der „großen Drei" hatten die Tschechen ebenso wenig wie andere Völker, deren Repräsentanten das Dasein von Pensionären der Alliierten führten. Sie hatten lediglich die Wahl, zwischen den geringen Möglichkeiten des einheitlichen Willens der Großmächte zur Eingliederung ihrer Heimat in die östliche Einflußzone und dem Versuchen der Sowjetunion einen Spalt zu öffnen, der groß genug wäre, um ein eigenständiges demokratisches Staatswesen zu erhalten. Kann jemand Benesch deswegen tadeln, weil er schier untragbare Konzessionen an das demokratische Prinzip machte, um in einem abgrundtiefen Raum ein Seil zu spannen, das ihm die Übung bürgerlich-demokratischer Trapezkunststückchen ermöglichte? Lediglich einen Vorwurf kann man Benesch nicht ersparen: Nicht erkannt zu haben, daß eigenständige demokratische Staatswesen im Zeitalter der Interessensphären nicht mehr möglich sind, und daß die Völker durch die Zentren der Interessensphären mit ökonomischem Druck oder anderen Machtmitteln leicht in Abhängigkeit gezwungen werden können. Vor diesem Entwicklungszug zur größeren Einheit hätte Benesch auch eine andere Politik nicht schützen können (Exilpolen!); denn noch 1945 waren die Meinungsverschiedenheiten zwischen West und Ost auf die Form der Aussiedlung beschränkt. Die Aussiedlung selbst war kein Streitobjekt.

...dereinsetzung in den vorigen Stand"

...r allem daran, daß er ...n des Nationalstaates ...als das nationalstaat... ...sammengebrochen war, ...ch? Auch er versucht ...onaler Ebene zu lösen. ...kann das Flüchtlings... ...den. Eine „Wiederein... ...d" darf es schon darum ...nur eine rückläufige ...ße an der kalt fort... ...iert sein dürfte. Nicht ...ssensphären ist unser ...ung durch gegebe... ...nheiten. So menschlich ...schiedenes auch sein ...gehen vom sozialisti... ...kann nicht verhehlt ...d als Spekulation ...Grundsatz dienen, sondern Vertragsabschlüsse an einen Tisch setzt. In der Tat scheinen auch die tschechischen Partner des sogenannten zweiten Münchner Abkommens alles weniger denn geeignet, um bei der Masse des deutschen und tschechischen Volkes Vertrauen zu erwecken. (Ganz abgesehen davon, daß die Taube eines Übereinkommens auf den Namen eines Dokumentes, das dem deutschen Volke nur zur Schande gereicht, die primitivsten Gesetze des Taktes und des guten Geschmackes verletzt.) Auch einen Sozialdemokraten sudetendeutscher Provenienz müßte ein übles Gefühl überkommen, wenn er weiß, daß die Vorarbeiten zu dem „Vertragsabschluß" von dem sudetendeutschen Sozialdemokraten, dem „Präsidenten" der Anglo-Sudeta R. Storch gemeinsam mit dem Abgeordneten der „Deutschen Partei", dem Fabrikanten Kahler aus Wiesbaden, geleistet wurden. Wahrscheinlich ist es dem Einfluß des letzteren zu danken, wenn der Vorsitzende der „sozialdemokratischen Landsmannschaft" zu einer Zeit einen ausgiebigen Gebrauch gemacht, da Jaksch in London den Drahtzieher spielte; darum sind sie heute in Exzesse. Insbesondere der ehemalige Generalsekretär der tschechischen Sozialdemokratie Ludwig Vilim ist oft für die Deutschen eingetreten und hat durch seine Intervention eine antifaschistische Aussiedlungsaktion der deutschen Sozialdemokraten erst ermöglicht (deren Verlauf nur dann gestört wurde, wenn Jaksch in London erfolglos intervenierte).

Lösung des Problems durch die internationale soziale Revolution

Aber Wenzel Jaksch braucht sich seine überflüssigen Sorgen zu machen. Kein Politiker, der auf herkömmliche Weise das Nationalitätenproblem zu lösen versuchte, wird je in die Lage kommen, seine Fleißaufgaben zu realisieren. Dies gilt für deutsche wie für tschechische Politiker, die noch nicht begriffen haben, daß ihre Uhren abgelaufen sind. Hüten wir uns, auf das ungewisse Ende eines Krieges zu spekulieren! Und Kriegsspekulation ist es auch, wenn einige Zeitgenossen zwar nicht die Notwendigkeit eines Krieges offen proklamieren, aber dessen mögliche „Geschenke" dankbar angenommen würden. Und sollte eine Rückkehr der Sudetendeutschen vielleicht ohne Krieg möglich sein? Oder hat Jaksch schon einmal über das gesellschaftliche Gesicht seiner Heimat nach einer Rückkehr nachgedacht? Sein Vertragspartner Prchala bietet keine Gewähr dafür, daß nach einer Rückkehr — wie sie sich die Signatare des sogenannten zweiten Münchner Abkommens vorstellen — etwas anderes in Frage käme als die Wiederherstellung früherer gesellschaftlicher Zustände. Aber wird dies das tschechische Volk wollen? Es ist kaum anzunehmen! Jenseits der Elbe hofft man nimmt mehr auf eine horizontal-nationale, sondern auf eine vertikal-soziale Lösung der Probleme. Dort glauben die Besten, daß der Eiserne Vorhang erst dann fallen kann, wenn sich die Unterdrückten beider Interessensphären gegen ihre Unterdrücker erheben. Ein solcher Aufstand der Völker aber würde die internationale soziale Revolution sein. Und durch die soziale Revolution würden die Nationalitäten automatisch befreit werden. Wenn darum Jaksch empfiehlt, „die höchste staatspolitische Tugend zu üben, nämlich die Früchte einer auf lange Sicht abgestellten Politik reifen zu lassen", dann sollten doch Sozialisten lieber den langen Weg sozialistischer Gesellschaftsgestaltung wählen.

Von solchen Gedankengängen ist im sogenannten zweiten Münchner Abkommen nicht die Rede. Dies dürfte man auch von den „Vertragsschöpfern" nicht verlangen. Aber das tschechische Volk will trotz jahrelanger Bekanntschaft mit der Sowjetdiktatur nicht den gesellschaftlichen Zuständen der Republik Masaryks zu einer Auferstehung verhelfen. Es lehnt die Kastenherrschaft der Bürokratie ebenso ab wie die des Kapitalismus; es will eine Gesellschaftsordnung, in der alle Produktionsmittel gemeinsames Eigentum aller schaffenden Menschen sind, in der die Freiheit des einzelnen, die Achtung vor der Würde des anderen zum gültigen Gesetz erhoben wird. In dieser Zielsetzung weiß es sich einig mit allen Unterdrückten (nicht den Machthabern) zu beiden Seiten der Oder, denen die Befreiung ihres Volkes gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit durch die Überwindung beider Machtsphären.

Wir im Westen können nichts anderes tun als zur Bewußtseinsreifung im Sinne dieser Ideen beizutragen; erst wenn die Menschen statt Objekt der

Archiv

Die Legitimation zur Kritik

An den Grenzen der bürgerlichen tschechoslowakischen Republik mußte auch Masaryks Staatsidee Kann jemand, der diese Grenzen nicht zu überschreiten wagte, ihre Farbe einen Vorwand sein? Die tschechoslowakische Republik [illegible] was alles weniger als ein [illegible] Musterstaat [illegible] war es schon deshalb nicht, weil sie [illegible] Momente der sozialen [illegible] in Widerspruch steht, besitzt die Legitimation zur Kritik an den Einrichtungen eines Staates, der seinen geschichtlich-ökonomischen Bestimmungen gemäß nicht weiter zu gehen vermochte. Wenzel Jaksch hat nicht den Mut und darum auch nicht die Legitimation hierzu. In seiner Apologie für Prchala wertet er das Sudetenproblem ausschließlich von nationalen Gesichtspunkten; die soziale Frage läßt er vollkommen außer acht. So auch die Frage, was nach der von ihm geforderten Rückkehr der Sudetendeutschen mit dem inzwischen verstaatlichten Besitz geschehen sollte. Zum Glück für Jaksch, und nicht nur für ihn allein, ist Gottwald bisher noch nicht auf die glorreiche Idee verfallen, den Sudetendeutschen die Rückkehr in die CSR zu gestatten und alle jene definitiv vom Rückkehrrecht auszuschließen, die eine Rückkehr zu einem bestimmten Termin ablehnen würden. Gottwalds Regierung hängt zu sehr von der Furcht des tschechischen Volkes vor solch einer Rückkehr ab, wenn er noch manchen durch diese Angst bei der Stange halten kann. Aber ob wohl Wenzel Jaksch und seine Freunde von solch einem Recht Gebrauch machen würden? Wir haben allen Grund, daran zu zweifeln!

Zunächst geht Jaksch davon aus, daß „3½ Millionen Sudetendeutsche, 750 000 Ungarn und 100 000 Polen 1918 gegen ihren Willen in diesen Staat hineingezwungen wurden", beruft sich dabei auf das von Wilson versprochene Selbstbestimmungsrecht der Völker und kritisiert die Qualität der Republik Masaryks. Er übersieht, daß, wohl alle demokratischen Parteien das Selbstbestimmungsrecht in ihre Programme aufgenommen haben, aber nie zu verwirklichen vermochten, weil der bürgerlich-nationale Staat innerhalb der beschränkten Wirksamkeit seiner Landesgrenzen auf einen Expansionismus tendiert. Wo der Wirkungsradius eines „Mehrheitsvolkes" mit den wirtschaftlichen Belangen einer Minderheit innerhalb der Landesgrenzen aufeinanderstößt, hat die Bourgeoisie immer das Selbstbestimmungsrecht auf das unverbindliche dogmatische Eis gelegt, um mit dem viel elastischeren „historischen Recht" Rechtsansprüche zu begründen, d.h. ihre Klassenbelange zu vertreten.

Die erste tschechoslowakische Republik war ein Musterbeispiel eines demokratischen Staates, der an den Idealen in Widerspruch geraten mußte, die bei seiner Entstehung Pate gestanden haben. Was half da die Mahnung Masaryks: „Schon längst ist die Regel ausgesprochen worden, daß sich die Staaten durch das erhalten, wodurch sie entstanden sind." Das Lebensgesetz der tschechischen Bourgeoisie war stärker als die idealistischen Vorstellungen seines vornehmsten Repräsentanten, weil der Siedlungsraum des tschechischen Volkes zu klein war, um dessen herrschender Klasse günstige Perspektiven und der Masse des Volkes angemessene Daseinsbedingungen zu garantieren. Das Selbstbestimmungsprinzip stand im Widerspruch zur Expansionstendenz des Staatsvolkes, und darum machte die tschechische Bourgeoisie mit den Argumenten des historischen Rechtes Besitzrechte auf die Sudeten geltend.

Jaksch sang Loblieder auf Benesch

Dies ist ein Grund für die zentralistische Nationalitätenpolitik der tschechischen Demokraten in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Außerdem muß in Betracht gezogen werden, daß die damalige Tschechoslowakei zur französischen Interessenzone gehörte und von den Großmächten als Glied eines mitteleuropäischen Sicherheitskordons gedacht

Keine „Wiedereinsetzung in den vorigen Stand"

[illegible] Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" darf es schon darum nicht geben, weil dadurch nur eine rückläufige Entwicklung eingeleitet würde, an der kein fortschrittlicher Mensch interessiert sein dürfte. Nicht die Parzellierung der Interessensphären ist unser Ziel, sondern deren Überwindung durch gegebenenfalls noch größere Einheiten. So menschlich verständlich nationale Ressentiments auch sein mögen, — sie sind (ganz abgesehen vom sozialistischen Standpunkt) auch dann nicht vertretbar, wenn sie nicht ausschließlich als Spekulationsobjekt jener Elemente von alterechts dienen, die gewohnheitsmäßig im politischen Trüben zu fischen gewohnt sind. Überdies sollte Jaksch nicht vergessen, daß die Angst der Tschechen vor der Rückkehr der Deutschen eine Realität ist, hinter der eine einstmals getroffene Abmachung aller Alliierten und die russischen Waffen stehen. Wer aber steht „hinter dem entschlossenen Heimkehrwillen der Vertriebenen"? Etwa die Divisionen der Atlantikpaktstaaten? Dies dürften sich die Vertriebenen nicht einmal wünschen. Wenn sie um den Preis eines Krieges in ihre Heimat zurückkehren wollten, dann würden sie wahrscheinlich nur verbrannte Erde sehen, aber nichts, was sie an frühere Heimstätten erinnerte. Gerade Jaksch sollte sich keinen allzu großen Illusionen hingeben, wenn man heute gewissen Exilgruppen freundliche Nasenlöcher zeigt, die sich noch vor kurzer Zeit keiner nennenswerten Wertschätzung erfreuten.

Darum sollten sich Jaksch und seine Gruppe die Kontrahenten auf tschechischer Seite besser ansehen, bevor er sich mit ihnen zum Zwecke eines

Ein verhinderter Sozialde[illegible]

Mit wenig Erfolg ist Jaksch bemüht, für den tschechischen Partner des Vertrages, den General Prchala, eine Lanze zu brechen. Dies liegt jedoch nicht an mangelndem Geschick von Jaksch, sondern an Prchalas politischer Vergangenheit, aus der sich eben nicht allzu viel herausschälen läßt, was sich auch nur als Zeichen einer fortschrittlichen demokratischen Gesinnung deuten ließe. Zunächst bestreitet Jaksch Prchalas Zugehörigkeit zur tschechischen Vorkriegsreaktion. Der Sicherheit halber behauptet er, mit Prchala selbst herzlich wenig zu tun gehabt zu haben. — Nun! Als Abgeordneter des tschechoslowakischen Parlamentes muß er doch gewußt haben, daß Prchala der stockreaktionären Stribrny-Partei nahegestanden hatte, daß er nicht Mitglied dieser Partei wurde, hängt doch nur damit zusammen, daß ein tschechoslowakischer Offizier nicht einer politischen Organisation angehören durfte. Ferner hält ihm Jaksch zugute, daß er 1938 kämpfen wollte und so „als tschechischer Patriot gehandelt habe". Ein solches Ansinnen wurde nach dem „Münchner Abkommen" nur von der tschechischen Ultrarechten und den Stalinisten nicht als tollkühn bezeichnet. Jaksch verschweigt nicht, daß Prchala in der sogenannten zweiten Republik nach Karpathenrußland als Minister entsandt wurde, „um eine ukrainische Separationsbewegung in Schach zu halten". Wenn er diesen Auftrag übernahm oder wenn er während des Krieges „gegen Hitler stand", so doch darum, weil er als tschechischer Nationalist vom deutschen Nationalismus nichts erwarten konnte, aber nicht, um sich als tschechischer Demokrat in die „Abwehrfront gegen den europäischen Faschismus" einzureihen. Schließlich geht Wenzel Jaksch so

[illegible] weit, Prchalas [illegible] demokratischen Ges[illegible]

„Prchala [illegible] familie im [illegible] könnte nac[illegible] den Reihen [illegible] stehen, wen[illegible] bande der [illegible] ler der Ve[illegible] würde."

Also die ganz[illegible] der „demokra[illegible] Schleierhaft ist [illegible] ebenfalls im G[illegible] Die proletaris[illegible] nie ein Hinde[illegible] schaft. Wäre e[illegible] heute keine ve[illegible] betreiben.

Jaksch gibt s[illegible] keit General Pr[illegible] in Böhmen und[illegible] dem käme n[illegible] Benesch-Lager [illegible] Zusammenhang[illegible] Genossen Mas[illegible] mit der Benes[illegible] die Politik der [illegible] rechtfertigen: a[illegible] Rat, den Kam[illegible] Menschen im G[illegible] zu verurteilen, [illegible] keiten zu erfolg[illegible] bürokratie kein[illegible] und Vilim jedoc[illegible]

Institut für Sozialforschung

des Nationalismus
als das nationalsozi-
sammengebrochen war.
sen? Auch er versucht
ionalen Ziele zu lösen.
rien. Eine „Wiederein-
d" darf es schon darum
nur eine rückläufige
rde, an der kein ver-
sien sein dürfte. Nicht
ssensphären ist unser
rdnung durch gegebe-
heiten. So menschlich
ssentiments auch sein
geschen vom sozialisti-
lann nicht vertrieben,
lich als Spekulations-
ultrarechts dienen, die
Trübwasser zu fischen
te Jaksch nicht ver-
schechen vor der Rück-
ealität ist, unter der
hrsachung aller Alliier-
ffen stehen. Wer aber
esenen Heimkehrwillen
Divisionen der Alliier-
sich die Vertriebenen
enn sie um den Preis
at zurückkehren woll-
heinlich nur verbrannte
s sie an frühere Heim-
esch sollte sich keinen
eben, wenn man heute
undliche Nasenlöcher
ur- Zeit keiner nen-
ert[illegible]en.

und seine Gruppe die
dher Seite besser an-
nen zum Zwecke eines

Tat erfolgen durch die Isolierung Berlins des sogenannten zweiten Münchner Abkommens alles weniger denn geeignet, um bei der Masse des deutschen und tschechischen Volkes Vertrauen zu erwecken. (Ganz abgesehen davon, daß die Tatsache eines Unterwerfungsvertrages auf den Namen eines Dokumentes, das dem deutschen Volke nur zur Schande gereicht, die primitivsten Gesetze des Taktes und des guten Geschmackes verletzt.) Auch einen Sozialdemokraten reformistischer Provenienz mußte ein übles Gefühl überkommen, wenn er weiß, daß die Vorarbeiten zu dem „Vertragsabschluß" von dem sudetendeutschen Sozialdemokraten, dem „Präsidenten" der Anglo-Sudetia R. Storch gemeinsam mit dem Abgeordneten der „Deutschen Partei", dem Fabrikanten Richter aus Wiesbaden, geleistet wurden. Wahrscheinlich ist es dem Einfluß des letzteren zu danken, wenn der Vorsitzende der „Sudetendeutschen Landsmannschaft Dr. Lodgman v. Auen zur Unterschrift unter den Vertrag gewonnen werden konnte; denn der alte Gesinnungsgenosse Richters, Herr Dr. Lodgman, stand noch vor gar nicht so langer Zeit offen auf dem Standpunkt des — ersten Münchner Vertrages. Dr. Lodgman war in der Republik Masaryks lange Jahre Vorsitzender der Deutschnationalen Partei in der CSR. Diese Partei war weitaus rechtsradikaler orientiert und den Nazis noch geistesverwandter als ihre reichsdeutsche Bruderpartei. Selbst dem Nazigauleiter Krebs waren Lodgman und seine Gruppe zu „negativistisch". Darüber äußerte er sich nicht etwa in seiner Heimat, um den tschechoslowakischen Behörden Loyalität vorzugaukeln, sondern im sicheren Schlupfwinkel seines Berliner Exiles noch 1935. Wenn nun Jaksch einen seiner Emissäre zum Abschluß des zweiten Münchner Vertrages delegiert und auf der gleichen Seite wie Lodgman unterschreiben läßt, so ist dies vielleicht auch mit seiner immer noch nachwirkenden langjährigen Freundschaft zu Otto Strasser zu erklären.

mittel gemeinsames Eigentum aller schaffenden Menschen sind, in der die Freiheit des einzelnen die Antwort vor der Würde des anderen zum gültigen Gesetz erhoben wird. In dieser Zielsetzung weiß es sich einig mit allen Unterdrückten (nicht den Machthabern) zu beiden Seiten der Oder, denen die Befreiung ihres Volkes gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit durch die Überwindung beider Machtsphären.

Wir im Westen können nichts anderes tun als zur Bewußtseinsreifung im Sinne dieser Ideen beizutragen; erst wenn die Menschen statt Objekt der Mächtigen Subjekt der Geschichte sind, ist eine Ordnung ohne nationale Schranken möglich; wenn es nämlich keine sozialen Gegensätze mehr gibt, braucht man auch keinen nationalistischen Blitzableiter für soziale Spannungen.

Was aber wollen Wenzel Jaksch und seine tschechischen Verbündeten?

„... möchte ich nicht die Schwierigkeiten übersehen, die sich einem künftigen föderativen Zusammenleben von Deutschen, Tschechen und vielleicht anderen Südostvölkern entgegenstellen werden."

Ein Staat mit Deutschen, Tschechen und vielleicht anderen Südostvölkern! Das stinkt verdammt nach der längst verschimmelten Donaukonzeption! Das alte Österreich soll also schlimme Urstand feiern! Mythos vom alten Prohazka! Wahrheftig! Da ist uns fast der Mythos Masaryks lieber!

Nemo

verhinderter Sozialdemokrat

ksch bemüht, für den
ertrages, den General
nen. Dies liegt jedoch
ehl von „Jaksch, son-
r Vergangenheit, aus
iel herausschälen läßt,
t einer fortschrittlichen
deuten ließe. Zunächst
ugehörigkeit zur tsche-
Der Sicherheit halber
selbst herzlich wenig
— Nun! Als Abgeord-
hen Parlamentes muß
Prchala der stockreak-
necestanden hatte, daß
lei wurde, hängt doch
n tschechoslowakischer
en Organisation ange-
m Jaksch zugute, daß
l so „als tschechischer
ein solches Ansinnen
Abkommen" nur von
n und den Stalinisten
el. Jaksch verschweigt
sogenannten zweiten
und als Minister ent-
reaktionäre Separations-
ten". Wenn er diesen
em, er während des
", so doch darum, weil
nalist vom deutschen
en konnte, aber nicht,
Demokrat in die „Ab-
päischen Faschismus"
nt Wenzel Jaksch so

weit, Prchalas Herkunft zum Zeugen seiner demokratischen Gesinnung anzurufen:

„Prchala stammt übrigens aus einer Arbeiterfamilie im Mährisch-Ostrauer Kohlenrevier und konnte nach seiner ganzen Vergangenheit in den Reihen der tschechischen Sozialdemokraten stehen, wenn deren Führung nicht am Gängelbande der tschechischen Nationalsozialisten hinter der verruchten Benesch-Politik verlaufen wäre."

Also die anderen sind schuld, wenn Prchala nicht der „demokratischen" Front angehört habe. Schleierhaft ist nur, warum Jaksch so viele Jahre ebenfalls am Gängelbande ... Und Hand aufs Herz! Die proletarische Herzunft eines Politikers war nie ein Hindernis für reaktionäre Parteigängerschaft. Wäre es anders, dann würde auch Jaksch heute keine verantwortungslose „Heimkehrpolitik" betreiben.

Jaksch gibt selbst zu, daß „aller Wahrscheinlichkeit General Prchala keine organisierte Opposition in Böhmen und Mähren hinter sich" habe. Trotzdem könne nur er in Frage, weil „das ganze Benesch-Lager mit Schuld belastet" sei. In diesem Zusammenhange bezichtet er seine tschechischen Genossen Majer und Villim der Kollaboration mit der Benesch-Politik. Wir haben keinen Anlaß, die Politik der tschechischen Sozialdemokraten zu rechtfertigen; aber wir geben Wenzel Jaksch den Rat, den Kampf gegen das östliche Regime den Menschen im Osten zu überlassen und erst dann zu verurteilen, wenn jemand von seinen Möglichkeiten zu erfolgreicher Opposition gegen die Politbürokratie keinen Gebrauch gemacht hat. Majer und Villim jedoch haben von diesen Gelegenheiten

Institut für Zeitgeschichte München

Der Kandidat der Heimatvertriebenen

[Von unserem Kulmbacher K.-Mitarbeiter]

Am 14. Mai wird in Kulmbach die erste Nachwahl zum Bundestag durchgeführt werden. Als Nachfolger des kürzlich verstorbenen direkt gewählten SPD-Bundestagsabgeordneten Fritz Schönauer bewerben sich für die SPD der bekannte sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch, für den Bürgerblock CSU-FDP-BP Johannes Semler, für die WAV Alfred Loritz und für die KP Max Kuß.

Der Wahlkampf hat in diesen Tagen in vollem Ausmaß eingesetzt. Wenzel Jaksch eröffnete seine Versammlungskampagne am 22. April, Loritz geht am 30. April in den Wahlkampf ein und Semler will seine erste Versammlung am 6. Mai abhalten. Die vereinigten Besitzbürgerparteien haben keine Mühe und keine Kosten gescheut, um den Wahlkreis zu gewinnen. Sie haben sogar unter der Leitung des Münchener CSU-Generalsekretärs ein eigenes Wahlbüro in Kulmbach errichtet.

Das hervorstechendste Merkmal bei der Bildung der Besitzbürgerkoalition dürfte die Doppelzüngigkeit der Bayernpartei sein. Diese Partei, die sich im „Freiheitsrausch" geradezu überschlägt, hat es fertig gebracht, einen Franken, nämlich den Hammelburger Semler, in aussichtsreicher Waldemar v. Knoeringen der Landesvorsitzende der bayerischen SPD, bezeichnete es als schändlich, wenn die Bayernpartei auch weiterhin ihren Wählern vorgaukeln wolle, daß sie stets nur bayrische Interessen vertrete; sie sei eine genau so bedenkenlose Dienerin des Großkapitals wie die CSU und die FDP. Der FDP müsse man vorwerfen, daß sie sich unter Verleugnung ihrer liberalen kulturellen Tradition in das Schlepptau der Kulturreaktion Hundhammers begeben habe.

Entscheidend für den Ausgang der Wahlen wird, nachdem der Neubürgerbund das Wahlbündnis mit der WAV nicht eingehen hat, die Stimmabgabe der Flüchtlinge sein. Bundestagsabgeordneter Bürgermeister Tichi, Kulmbach, erklärte, daß der Neubürgerbund den Flüchtlingen die Wahlentscheidung freistelle, da er keinen eigenen Kandidaten nominieren wolle. Persönlich empfehle er jedoch den Heimatvertriebenen, Wenzel Jaksch zu wählen, denn dieser habe wie kein anderer die Interessen der Flüchtlinge vertreten.

Oberbürgermeister Georg Hagen äußerte, daß es eine Ehrenpflicht jedes Heimatvertriebenen sei — unbeschadet seiner früheren parteipolitischen Einstellung —, Wenzel Jaksch zu wählen.

Die Gegner der SPD haben erkannt, welches Ansehen Wenzel Jaksch bei den Heimatvertriebenen besitzt und versuchen deshalb, der Sozialdemokratie durch Verleumdungen und böswillige Gerüchte zu schaden. Die FDP-Propaganda versteigt sich sogar dazu, Wenzel Jaksch des „Heimatverrates" zu beschuldigen. Es lohnt sich nicht, auf diese Verleumdungen einzugehen, denn es ist hundertfach bewiesen worden, daß Wenzel Jaksch stets im Interesse seiner Heimat und seiner Landsleute gearbeitet und persönliche Opfer und Entbehrungen auf sich genommen hat.

Der SPD-Ortsverein Kulmbach kann darum mit Recht in einer öffentlichen Erklärung feststellen: „Wer für hervorragende persönliche Qualifikation ein Auge hat und den kulturellen und sozialen Fortschritt bejaht, wird nicht der Strategie Hundhammers, sondern Wenzel Jaksch, dem Vertrauensmann des arbeitenden Volkes und der besitzlosen Heimatvertriebenen, seine Stimme geben!"

Neuer Vorwärts

ED-Kon 63-1952

Darmstädter Echo (1)

Montag, 23. Juni 1952

Brückenschlag

Von Wenzel Jaksch
Leiter des Sozialen Flüchtlingsamtes

Die zehntägige Besuchsreise einer Studiengruppe von Parlamentariern der Labour Party durch Hessen eröffnete neue Ausblicke auf das künftige deutsch-englische Verhältnis. Für die weitere europäische Entwicklung wird die Haltung der mächtigen englischen Arbeiterbewegung zu den Problemen der Deutschlandpolitik von größter Bedeutung sein.

Mögen die Europa-Spezialisten weiter nach ihren Formeln suchen, mit deren Hilfe England doch irgendwie auf Umwegen an die europäische Gemeinschaft herangeführt werden könnte. Zum gleichen Ziel führt aber auch ein anderer Weg: Die Wiederherstellung des alten brüderlichen Verhältnisses zwischen dem schaffenden Deutschland und dem werktätigen England. Wenn wieder Vertrauen herrscht zwischen den kleinen Leuten dieser beiden großen Völker, dann stellen sich die juristischen Formeln für eine nähere Zusammenarbeit von selber ein.

Darum wurde das Programm der Hessenreise englischer Politiker bewußt so gestaltet, daß sie einmal hinter die Bonner Regierungskulisse schauen und mit Land und Leuten direkt in Berührung kommen konnten. Es war vielleicht die repräsentativste Labour-Delegation, die unter diesen Auspizien zehn Tage lang hessische Städte und Dörfer, Flüchtlingslager, Siedlungen, Flüchtlingsindustrien, Arbeiterwohnungen und Volkshäuser besuchten. Zwischendurch wurde wohl das intensivste englisch-deutsche Gespräch geführt, das schon seit vielen Jahren stattfand. Der Wissensdurst der englischen Gäste war unerschütterlich. Vom Ostflüchtling in den Baracken des Bundesdurchgangslagers Gießen angefangen über Bürgermeister, Landräte, Landtagsabgeordnete und Landesminister bis zu einer Schlußbesprechung mit Dr. Kurt Schumacher zog sich die Konversation über brennende Tagesfragen und Zeitprobleme hin. So freimütig haben Deutsche und Engländer schon lange nicht miteinander gesprochen.

Die Ergebnisse dieser Studienreise sind ermutigend. Alle Freunde des deutschen Volkes, wie Noel Baker und John Hynd, fanden ihren Glauben an das „andere Deutschland" bestätigt, den sie in dunklen Tagen unerschütterlich hochgehalten hatten. Junge Staatsmänner der Arbeiterpartei, wie John Strachey, Kenneth Younger und Frank Soskice, konnten manche Probleme der deutschen und europäischen Politik in einer neuen Beleuchtung sehen. Zweifler an der gestaltenden Fähigkeit der deutschen Demokratie, wie die energische Edith Summerskill, gewannen vielleicht Anregungen zu einer Ueberprüfung ihrer Auffassungen. Eine andere Frauenvertreterin in den Arbeiterregierungen der Nachkriegszeit, die Schottin Peggy Herbison, gewann neue Volkstümlichkeit auch auf dieser Seite des Kanals. Von größerer Wichtigkeit mag noch sein, daß die parlamentarischen Vertreter jener warmherzigen walisischen Bergarbeiter und der Stahl- und Textilarbeiter Nordenglands einen tiefen Einblick in die Problematik Nachkriegsdeutschlands gewonnen haben.

So kann diese Hessenfahrt englischer, schottischer und walisischer Arbeiterführer vielleicht zur Herbeiführung eines herzlichen Freundschaftsverhältnisses zwischen unseren beiden Völkern beitragen.

Im Archiv der Zeitgeschichte

ED 106/32-199

Das Problem der Heimatvertriebenen

Von [redacted]

Die soziale Unrast, die das wesentliche Merkmal der inneren Entwicklung Westdeutschlands ist, greift in steigendem Maße auch auf die breiten Schichten der Heimatvertriebenen über. Die Teuerung trifft sie mit am härtesten. An der Arbeitslosigkeit haben sie bekanntlich einen weitaus überhöhten Anteil. Die Umsiedlungsaktion der Bundesregierung ist ein eingestandener Mißerfolg geworden. Der Prozeß der wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen wird nur von den völlig unzureichenden Erträgnissen der Soforthilfe gespeist. Die Bundesregierung ist auch in allen diesen Dingen ohne Plan, ohne Initiative, ohne vorausschauende Konzeption. Planung oder Nichtplanung auf der Bundesebene — das ist auch für Millionen Heimatvertriebener eine Frage der nackten Existenz geworden. Das in Bonn regierende Prinzip der wirtschaftlichen Planlosigkeit ist primär verantwortlich für die Verschleppung des Soforthilfegesetzes. Das Bundesministerium für Vertriebene hat dieses umfassende Hilfswerk bereits im März d. J. in Druck gegeben. Bisher hat aber der Bundestag noch kein Wort darüber gesagt, was er unter der Realisierung des Soforthilfegesetzes verstellt, oder welchen deutschen Betrag dazu sie für zulässig hält. Damit arbeitet sie aber jenen amerikanischen Kreisen in die Hände, die das Vertriebenen-Problem ausschließlich als deutsche Angelegenheit sehen möchten. Bundesregierung und alliierte Stellen wetteifern geradezu darin, den Heimatvertriebenen eine Enttäuschung nach der anderen zu bereiten. Nichts kann aber die verantwortungslose Haltung der Westalliierten rechtfertigen, die sich in der Frage der Besatzungskosten und der sonstigen äußeren Belastungen der Bundesrepublik so benehmen, als ob es das Riesenproblem von rund Millionen Flüchtlingen in Westdeutschland gar nicht gäbe! Wir fragen die Regierungen von Paris, Washington und London in dieser Besorgnis: Was will man den Opfern der Potsdamer Beschlüsse denn noch alles zumuten? Will man ihnen zumuten, daß sie aus Dankbarkeit für ihre Beraubung, für die Verweigerung internationaler Hilfe und für die fortgesetzte Mißachtung ihres Rechtsanspruchs auch noch ihre Knochen zu Markte tragen sollen?

Wenn schon die Hilferufe der deutschen Heimatvertriebenen im Westen überhört werden, so möge man wenigstens die Mahnungen des Hohen Kommissars für Flüchtlingsfragen Heaven-Gardbait beachten, der unlängst in Genf die Verantwortung der UNO für das deutsche Flüchtlingsproblem herausgestellt hat.

Es hat derzeit den Anschein, als ob die Bundesrepublik von den Westalliierten deshalb schlechter behandelt werden soll als andere Länder, weil hier die Kommunisten so wenig zu sagen haben. Man muß demgegenüber die Frage aufwerfen, was von der ganzen Atlantikpakt-Konzeption noch übrig bleiben würde, wenn die Kommunisten in Westdeutschland so stark wären wie in Frankreich oder Italien. Zwei Kräfte haben ein entscheidendes Verdienst daran, daß die Russen den „Kalten Krieg" in Westdeutschland verloren haben. Das war in erster Linie die westdeutsche Arbeiterschaft mit ihrer alten gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Tradition; das waren aber auch die Heimatvertriebenen mit ihrer ungebrochen moralischen Widerstandskraft. Diese beiden Kräfte haben sich als ein politischer Schutzwall Westeuropas bewährt und die Westalliierten wären gut beraten, wenn sie die demokratische Zuverlässigkeit der Bevölkerung der Bundesrepublik nicht nach irgendwelchen Randerscheinungen um den Herrn Remer beurteilen würden. Wer diesen politischen Schutzwall intakt halten will, der muß allerdings das Leben für die sozial Schwachen in Westdeutschland, für die Arbeiterschaft also und für die Heimatvertriebenen erträglich machen.

Neue Vorwärts 12.10.54

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 106/32-230

Der Schatten von 12 Millionen

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Sprecher der sudetendeutschen Flüchtlinge, Wenzel Jaksch, schrieb anläßlich der beginnenden Viererkonferenz zum Anliegen der Vertriebenen u.a. folgendes:

Die Signatarmächte des Potsdamer Abkommens haben sich auf der Höhe ihrer damals noch geeinten Siegermacht — man schrieb Juli-August 1945 — nicht dazu entschließen können, die Annexion Ostdeutschlands zugunsten Polens und Rußlands zu vollziehen. Sie verständigten sich vielmehr dahin, „daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll". Das Berliner Treffen der Außenminister der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs wird von keiner beteiligten Macht als Friedenskonferenz deklariert, und deshalb müßte Molotow sozusagen das Potsdamer Abkommen an einem entscheidenden Punkt außer Kraft setzen, wollte er eine vorzeitige einseitige Festlegung der deutschen Ostgrenzen verlangen.

Es ist ein rühmenswertes Zeichen von politischer Selbstkontrolle, daß die ostdeutschen Landsmannschaften und die anderen großen Vertriebenenorganisationen darauf verzichten, den Konferenzmächten das zu unterbreiten, was ihre Mitglieder in diesem Augenblick gern ausgesprochen haben möchten. Damit wird erneut unterstrichen, was das Ausland so lange nicht wahrhaben wollte, nämlich, daß die von Haus und Hof vertriebenen Deutschen ganz überwiegend ein friedliebendes und aufbauendes Element sind. Ganz wird man jedoch den Schatten der 12,3 Millionen Überlebenden der größten Volksaustreibung aller Zeiten nicht aus den Berliner Konferenzsälen bannen können. In der Sowjetzone allein leben ihrer viereinhalb Millionen. Sie waren zum Schweigen verurteilt, wenn die Pankower Regierung über die Oder-Neiße-Linie als „Friedensgrenze" paktierte, oder wenn sie die Austreibung der Sudetendeutschen als endgültig anerkannte. Wie wenig aber dieses Schweigen mit der wahren Stimmung der Betroffenen zu tun hat, das bewies der Verlauf des Volksaufstandes vom Juni 1953. Ein ganzes Viertel der Bevölkerung Mitteldeutschlands, die die Welt durch ihren todesmutigen Freiheitswillen überraschte, sind vertriebene Deutsche gewesen!

Man sollte daher endlich auch im Osten erkennen, daß das Austreibungserlebnis von 12,6 Millionen Deutschen ein bedeutsames und vielleicht sogar entscheidendes Moment in der politischen Willensbildung des deutschen Volkes nach dem zweiten Weltkrieg war. Der seelische Tiefgang dieses Ereignisses, ja seine dominierende Rolle bei der Isolierung der kommunistischen Ideologie im deutschen Volke, ist von der russischen Politik zu ihrem Nachteil verkannt worden. Solche gewaltsamen Bevölkerungsverschiebungen, die in der türkischen und russischen Geschichte zum Bestand einer despotischen Staatspolitik gehörten (Deportationen nach Sibirien, Armeniermassaker), sind in Mitteleuropa seit der Völkerwanderung nicht mehr dagewesen. Man hätte in Moskau bedenken sollen, welche verheerenden Gegenwirkungen die Lenker des Dritten Reiches durch die Zerstörung des einen tschechischen Dorfes Lidice ausgelöst haben. Sanktioniert von den Potsdamer Beschlüssen, hat es nach dem Kriege in den Austreibungsländern Tausende von Lidices gegeben, nur mit dem Unterschiede, daß die physische Ausrottung der Bewohner in Dutzenden von Gemeinden auch vor Frauen und Kindern nicht haltmachte.

Um so höher ist es zu werten, daß die Charta der acht Millionen Vertriebenen in der Bundesrepublik ausdrücklich Haß und Rache verwirft. In keiner ihrer Kundgebungen sind seither die Heimkehrerwünsche dieser Menschen mit irgendwelchen Hoffnungen auf eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Ost und West verknüpft worden. Was sie anstreben, ist vielmehr ein gerechter Friede und die Verwirklichung ihres Heimatrechtes in einem friedlich geordneten Europa.

Dies sind Fakten in der heutigen deutschen Situation, denen sich keine Siegermacht verschließen sollte. Man möge auch am Konferenztisch von Berlin wissen, daß das deutsche Volk seit 1945 eine fast unwahrscheinliche Bewährungsprobe bestand, indem es in einem geteilten Restdeutschland eine Bevölkerung von der Einwohnerzahl Kanadas aufnahm und deren physische und moralische Substanz vor dem Verderben rettete. Was immer das Hitlerregime an Schuld aufgetürmt und an Vergeltung herausgefordert hat: Das Schicksal der vertriebenen Deutschen ist ein Sühneakt von weltgeschichtlichen Ausmaßen gewesen. Je länger die Sieger über diesen Zwischenakt hinwegsehen wollen, der mit einer bedingungslosen Kapitulation anschloß und der in den Austreibungsgebieten weithin einer Fortsetzung des Krieges gegen Wehrlose gleichkam, desto mehr geben sie jene moralische Überlegenheit preis, die sie am 8. Mai 1945 uneingeschränkt zu besitzen glaubten. Die Austreibungsbeschlüsse von Potsdam haben unfreiwillig dazu beigetragen, daß ein geläutertes und im Unglück gereiftes deutsches Volk heute ruhigen Gewissens auf die neue Viermächtekonferenz blicken kann. Der Schatten der zwölfeinhalb Millionen Vertriebenen steht zwischen Potsdam 1945 und Berlin 1954. Er braucht niemanden zu erschrecken, der eine friedliche Zukunft Europas will.

Der Sozialist Febr. 54

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Erstes Bundestreffen der Seliger-Gemeinde

Erich Ollenhauer und Wenzel Jaksch sprachen

Von Richard Reitzner, MdB

Es ist nicht nur ein Verlangen vieler Menschen, zu verstehen, über den Tag hinauszublicken, um zu erfahren, was die Zukunft bringt; man möchte auch manchmal Rechenschaft geben über den Weg, der zurückliegt, und dabei sein eigenes Verhalten erklären.

Die Seliger-Gemeinde, die Gesinnungsgemeinschaft der sudetendeutschen Sozialdemokraten in Westdeutschland, hat ihre Anhänger am letzten Wochenende nach Geislingen-Steige eingeladen, um Rückschau und Ausblick zu halten. Die 15 000 Sozialdemokraten aus dem Sudetenland zeigten, daß man ihnen zwar die Heimat rauben konnte, sie aber nicht aus der Geschichte auszutreiben vermochte. In diesen Tagen sind es gerade 50 Jahre her, daß die sozialdemokratische Bewegung Österreichs das Banner des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes von Eger bis Tschernowitz und von Bodenbach bis Cattaro getragen hat. Das allgemeine Wahlrecht wurde im Jahre 1905 in Österreich erzwungen, weil die Arbeiter deutscher, tschechischer, polnischer, ukrainischer und italienischer Zunge mit den demokratisch gesinnten Bürgern sich verbrüderten. Damals sprach zusammen mit Josef Seliger Prof. Masaryk auf gemeinsamen deutschen und tschechischen Wahlrechtskundgebungen.

Wenzel Jaksch, der letzte Vorsitzende der Sudetendeutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, hat in Geislingen auf wichtige Zusammenhänge, die bis zum heutigen Tage Bedeutung haben, hingewiesen. Der Name „Seliger", so sagte er, „ist ein Symbol dafür, daß das Aufstiegsringen der deutschen Arbeiterschaft Österreichs auch dem politischen Gleichheitsanspruch gedient hat. Die Durchbruchsschlachten für das allgemeine und gleiche Wahlrecht aber sind in Wien und Deutschböhmen geschlagen worden. An diesem Punkt beginnt unser Konflikt mit den Propagandisten und Ignoranten, die die Sudetendeutschen erst im Jahre 1938 entdeckt haben. Für sie ist das ethnographische Sudetenland eine ehemalige Nazi-Provinz, die in einem langen Dornröschenschlaf auf Hitler gewartet hat. Diese Geschichtslüge war ein unentbehrliches Requisit der Austreibungspolitik. Man mußte vorher alles ausradieren, was für die Ostdeutschen und die Sudetendeutschen in den Blättern der europäischen Geschichte zeugte. Auf die Dauer aber kann die Sudetendeutsche Arbeiterbewegung nicht aus der Geschichte des europäischen Fortschritts ausgetrieben werden. Darum darf ich die europäische Linke und auch die neuere österreichische Geschichtsschreibung daran erinnern, daß der erste Lassalleanische Arbeiterverein außerhalb Deutschlands, in Asch, gegründet wurde, und Reichenberg zeitweise der Vorort des gesamtösterreichischen Sozialismus war."

In diesem Zusammenhang sei noch auf ein Kapitel sozialistischer Vorleistung für die Einheit Europas hingewiesen. Schon im Jahre 1899 wurde in Brünn auf dem Kongreß der österreichischen Sozialdemokraten ein Nationalitätenprogramm zur Föderalisierung Gesamtösterreichs aufgestellt. Berichterstatter war der damals dreißigjährige junge Josef Seliger. Das Brünner Programm mit seinem Kernsatz, „Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat", und die gesamte Debatte dieses denkwürdigen Parteitages sind anschließend in russischer Sprache erschienen. Leider konnte das Brünner Nationalitätenprogramm den Siegeszug des Nationalstaatsgedankens nicht aufhalten. Die Seliger-Gemeinde will daher weiter unsere Jugendgeneration dazu ermutigen, aus den geistigen Gefängnissen des Nationalstaatsdenkens auszubrechen.

Wenn ich dies sage, so möchte ich damit nicht ein Zeugnis eigenen guten Verhaltens ausstellen. Das haben bedeutende Männer unserer Zeit ausgesprochen. Ein Mann wie Pandit Nehru, der uns im Jahre 1938 im Sudetenland besuchte, schrieb Jaksch mir 1942 aus einem indischen Gefängnis:

> „Ich habe diesen Besuch im Sudetenland nie vergessen und ich werde dessen immer gedenken, welchen Mut und welche Würde Sie und Ihre Partei in einer Lage zeigten, die voll von Gefahren für alle war. Nein, es ist einfach nicht zu glauben, daß so viel Mut und Treue so nutzlos vergeudet sein könnten, und deshalb hege ich die Zuversicht, daß Ihre Leiden und Opfer eines Tages doch Früchte tragen werden."

Die Wahrheit ist, daß die sudetendeutschen Sozialisten und alle demokratischen Kräfte im Sudetenland durch eine Viermächteentscheidung auf die Knie gezwungen worden sind.

Die Kundgebungen in Geislingen waren eine bedeutsame und erhebende Sache. Wir wissen aber gleichzeitig, daß die geschichtliche Sicht allein nicht genügt, wenn wir im Trubel dieser Zeiten mitreden und bestehen wollen. Auch die Vertriebenen stehen jetzt mitten in der deutschen und europäischen aktiven Situation. Diese Erkenntnis zeigte der starke Beifall, als Erich Ollenhauer die Wiedervereinigung Deutschlands als die unerläßliche Voraussetzung für die Wiedergutmachung des Unrechts, das den Opfern der Potsdamer Austreibungsbeschlüsse angetan worden ist, bezeichnete. Alle Sudetendeutschen ohne Unterschied werden weiter mit besonderer Genugtuung die Erklärung Erich Ollenhauers gehört und gelesen haben, als er sagte, die SPD wird sich für die Möglichkeit der friedlichen Rückkehr aller Vertriebenen einsetzen, gleichviel, ob sie innerhalb oder außerhalb der deutschen Vorkriegsgrenzen gelebt haben.

Von besonderer Bedeutung aber war die Teilnahme ausländischer sozialistischer Delegationen aus England, Dänemark, Norwegen, Schweden und Österreich. Das erste Bundestreffen der Seliger-Gemeinde wurde Freitag, den 1. Juli, mit einer Auslandstagung eröffnet, an der auch starke Gruppen sudetendeutscher Teilnehmer, die seit 1938 oder 1945 in diesen Ländern wohnen, Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner begrüßte die Konferenz und forderte die Bundesregierung auf, auch die heimatpolitischen Interessen der Sudetendeutschen wahrzunehmen.

Es ist zu hoffen, daß die geistige Kraft, die in Geislingen sichtbar war, nicht ohne Einfluß innerhalb der sudetendeutschen Volksgruppe selbst sein wird. Wir, die Mitglieder der Seliger-Gemeinde, werden so wie bisher weiterhin in der SPD der sozialistischen Sache dienen. Wir werden darüber hinaus versuchen, die Bevölkerung dadurch zu widerlegen, daß wir dem demokratischen Sozialismus innerhalb der sudetendeutschen Volksgruppe jenen Einfluß zurückerobern, den er schon unter Josef Seliger besaß.

Josef Seliger war ein Symbol für echte Heimatliebe und sozialistische Gesinnungstreue. Aus Heimatliebe hat er schon vor dem ersten Weltkrieg für die Gleichberechtigung und Zusammenarbeit der Völker gekämpft.

8. Juli 1955 Vorwärts

Institut für Sozialgeschichte Archiv

ED 106182-202

JASPERS, Karl

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-203

3. November 1954

Herrn Professor
Dr. h.c. Dr. Karl Jaspers
Basel/Schweiz, Austraße 126.

Sehr verehrter Herr Professor!

Verzeihen Sie bitte, daß ich Sie mit einem kühnen Wunsch überfalle, womit ich es überdies auch noch geradezu brandeilig habe. Aber ich hoffe, daß Sie mich mit Wunscherfüllung erfreuen werden, wenn Sie erfahren, daß es sich um eine Totenehrung handelt.

Wie Sie aus den Ihnen gleichzeitig als Drucksache zugehenden Papieren und aus den beigefügten Fotokopien gütigst ersehen mögen, bemühe ich mich schon seit beinahe einem Jahrzehnt um die Erforschung der deutschen Hitlerabwehr. Daß ich keineswegs hinter Sensationen herjage, daß es sich vielmehr um eine durchaus seriöse Angelegenheit handelt, beweist wohl überzeugend der Umstand, daß Bundespräsident Heuß mir für diese Forschungsarbeit das Steckkreuz des Verdienstordens verliehen hat.

Gegenwärtig arbeite ich an einem großen illustrierten Werk, worin die Leidenswege der deutschen Parlamentarier gewürdigt werden sollen. Aber nun sind wir uns dieser Tage hier in Hamburg schlüssig geworden, daß doch eigentlich einem Haubsch-Gedenkbuch der Vorrang gebühren sollte. Noch in diesem Jahr lasse ich ein reich illustriertes Buch erscheinen, welches am 23. Januar 1955 vorliegen soll (dann jährt sich Haubschs Todestag schon zum zehnten Male).

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Wahrscheinlich werden Sie sich meines in Plötzensee erhängten Freundes noch erinnern. Mir wurde bekannt, daß er Ihnen, seinem verehrten Lehrer, einen Brief geschrieben hat, der wohl würdig wäre, mit in unser Haubsch-Gedenkbuch aufgenommen zu werden. Er kursierte in Abschriften, steht uns aber leider nicht zur Verfügung. Nun hoffe ich, daß sich dieser Brief vielleicht in Ihrem Archiv befindet. Sollte dieses der Fall sein, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir eine Abschrift anvertrauen und mit den Abdruck des Briefes erlauben wollten.

Darüber hinaus würde ich es sehr dankbar begrüßen, wenn auch Sie, ähnlich wie Prof. Alfred Weber, unser Buch noch mit einigen Worten bereichern wollten. Mit ein oder zwei Druckseiten wäre uns schon vollauf gedient. Blättern Sie doch bitte einmal im Buche der Erinnerungen und beteiligen auch Sie sich an dieser Totenehrung. Sie wird in würdiger Form geschehen, so daß Sie es nicht zu bedauern brauchten, daran teilgenommen zu haben.

Ich stehe gerade im Begriff, nach Bad Pyrmont zu fahren, um mir dort durch ein fünftes Heilfasten neue Schaffenskraft zu holen. Post wird mir dahin nachgeschickt. Sonst aber lautet meine Adresse vom 5. bis zum 20. November: Sanatorium Dr. Buchinger, Bad Pyrmont. Es tut mir leid, daß ich die Mitarbeiter am Gedenkbuch so peinlich bedrängen muß, aber die Kürze der Zeit gebietet nun einmal große Eile. So wäre ich Ihnen also für recht baldige Wunscherfüllung zu besonderem Dank verpflichtet.

Mit verehrungsvollem Gruß
Ihr ergebener

(Walter Hammer)

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

ED-106/32-204

PROF. KARL JASPERS
BASEL
Austrasse 126

Basel, den 7. November 1954

Sehr verehrter Herr Hammer!

Haben Sie Dank für Ihre Aufforderung. Selbstverständlich gebe ich Ihnen gerne Bericht darüber, welche Aspekte Haubach in seiner Beziehung zu mir bot. Der Bericht liegt bei. Der Brief Haubachs ist mir in Erinnerung. Nach jenem Gespräch über Thomas von Aquino wurde er geschrieben. Leider kann ich ihn nicht finden. In meinen seit Jahrzehnten entstandenen Massen von Akten und Briefen ist seit meiner Uebersiedlung nach Basel noch keine Ordnung gemacht worden. Es tut mir ausserordentlich leid. Wenn der Brief spater einmal auftaucht, wird es zu spät sein.

Mit ergebenen Grüssen

Ihr

Karl Jaspers

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

xxxxxxxxx Veerstücken 9

21.November 1954

Herrn Professor
Dr.h.c.Dr.Karl Jaspers
B a s e l / Schweiz
Austrasse 126

Sehr verehrter Herr Professor!

Gestern erst aus dem Sanatorium in Bad Pyrmont heimgekehrt, soll es heute doch mein Erstes sein, Ihnen recht herzlich zu danken für den wertvollen Beitrag, den Sie mir am 7. November für unser Haubach=Gedenkbuch geschickt haben. Da es auch sonst an guten Beiträge nicht fehlt, glaube ich Ihnen eine wirklich würdige Totenehrung in Aussicht stellen zu können. Ich muss nun alles Manuskript im Laufe kommender Woche zum Satz geben, damit die Publikation noch beizeiten erscheinen kann. Ich hoffe, dass das auch reich illustrierte Buch am 15. Januar fertig vorliegen wird. Unnötig zu sagen, dass Ihr Beitrag mir eine besonders grosse Freude bereitet hat. Legen Sie es mir aber bitte nicht als eine Respektlosigkeit aus, wenn ich Sie bitte, sich mit einigen ganz geringfügigen Modifikationen einverstanden zu erklären.

Doch zunächst etwas zur Überschrift. Darf ich vorschlagen: "Dr. der Philosophie"? Sonst vielleicht: "Dr. summa cum laude"?

Vergegenwärtigen Sie, verehrter Herr Professor, es sich bitte einmal, dass es immerhin an die zwanzig Mitarbeiter sind, die sich zu diesem Werk der Totenehrung zusammengefunden haben, weshalb es unumgänglich nötig ist, ärgerliche Kollisionen zu vermeiden. Da wäre beispielshalber der Papierfabrikant und Diplom-Ing.Viktor Bausch, dem ich reiche Aufschlüsse und einen wertvollen Beitrag zu verdanken habe. Er dürfte identisch sein mit jenem Arbeitgeber, den Sie ganz zum Schluss ins Auge gefasst haben. Ich würde Sie bitten, ihm nicht der Leichtsinnigkeit zu zeihen, wäre es doch möglich, ganz allgemein

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

zu sagen: "..... Bagatellisierte man die Haubach drohende Gefahr."

Auf der gleichen Seite 5 würde ich Sie bitten, den ersten Satz (2.und 3.Zeile) wegfallen zu lassen, da viele ~~seiner~~ Haubach alten Freunde dadurch doch wohl peinlich betroffen sein würden.

Und schliesslich noch würde der gleiche Personenkreis es einfach nicht fassen wollen, dass Haubach die Worte "Gnädige Frau" einmal über seine Lippen gebracht hätte (was mir selber , wie ich auf die Gefahr hin, als Rüpel dazustehen, in meinem ganzen Leben auch noch nicht fertiggebracht habe). Man könnte hier vielleicht seine Worte in indirekter Form wiedergeben. Erlauben Sie mir bitte auch noch diese geringfügige Änderung.

Haben Sie doch die Güte, mir , wenn es eben geht, postwendend Ihre Zustimmung mitzuteilen. Wenn ich im Laufe der kommenden Woche keinen widersprechenden Bescheid von Ihnen erhalten habe, darf ich aus Ihrem Schweigen wohl schliessen, dass Sie meinen Vorschlägen zustimmen wollen.

Sie kommen auch auf Dr. Theodor Tantzen zu sprechen, dessen Bild ich für mein grosses illustriertes Werk über die Leidenswege und den Opfergang unserer deutschen Parlamentarier schon vorgesehen habe. Er war einer der wenigen Demokraten, die zu Schaden gekommen sind. Sollten Sie vielleicht über ein besseres Bild von ihm verfügen, wäre ich Ihnen für leihweise Überlassung dankbar. Auf schnelle und unversehrte Rückgabe dürften Sie sich verlassen. Es stehen mir jetzt schon über 120 Bilder zur Verfügung, darunter sehr viele hervorragend gute und auch seltene Aufnahmen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich auch bei dieser Arbeit unterstützen wollten.

Mit verehrungsvollem Gruss verbleibe ich

Ihr Ihnen dankbar ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

PROF. KARL JASPERS
BASEL
Austrasse 126

ED-106/32-206

Basel 23. 11. 54

Sehr verehrter Herr Hammer!

Auf Ihre freundlichen Zeilen vom 21. 11. beeile ich mich zu antworten. Es geht nicht alles ganz glatt. Aber Sie werden am Ende zufrieden sein.

1) Ich schlage vor als Überschrift: Doktor der Philosophie. Dagegen bin ich gegen das Summe cum laude. Es würde akademische Institutionen u. Noten zu viel Gewicht geben. Und dass es Philosophie war, erklärt mir die Hauptsache.

2) Mit der Veränderung: bagatellisierte man ... bin ich gern einverstanden.

3) Seite 5, Zeile 2 u. 3, — obgleich richtiger Bericht, — würde vielleicht auf folgende Weise geändert werden können:

Aber die Massen könnten auf die Dauer nicht ohne Religion leben. Der Arbeiter lasse sich auch hier nichts vormachen. Woran er sich ...

Sollten Sie damit nicht einverstanden sein, bitte ich die bisherige Fassung zu lassen.

4) „Gnädige Frau" — wegen der Eindrücklichkeit des Augenblicks ist meiner Frau u. mir der Ausdruck in sicherer Erinnerung, gerade auch weil er ihn sonst kaum brauchte. Nach „Gnädige Frau" liesse sich in Klammern hinzufügen: (er sagte es lächelnd, wie man wohl lächelt in einer ausweglosen Situation, die doch noch Handeln erfordert, oder in der

ED-106132-207

Scheinrealität eines geordneten Daseins, das mit dem unbegreiflich schauerlichen Freunden zusammenprallt).

Wenn Sie aber lieber wollen, streichen Sie die zwei Worte. Uns sind sie in Erinnerung in ihrer Dringlichkeit. Auch sind sie ein Zeichen der Freiheit Hartbachs im Gebrauch geselliger Formen.

Heuk war dabei. Ich vermute, dass er sich kaum erinnern wird. Der Ausfall dieser Erinnerung würde nichts beweisen. Er war nicht in gleichem Sinne betroffen wie wir, wenn auch in gewisser Sorge. —

Das wären die von Ihnen erwähnten Punkte. Was Theodor Tantzen betrifft, so haben wir leider kein Bild von ihm. Ich finde ein recht gutes im „Oldenburgischen Hauskalender" f. das Jahr 1954 (128. ste Jahrgang), Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg, — Seite 28. (Foto: Wältze). Sie würden es gewiss dort erfahren oder erhalten.

Mit den besten Grüssen d. Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

Karl Jaspers

Mein Assistent ist heute nicht da, — daher muss ich Sie bitten, der Eile wegen, mit meiner schlechten Handschrift vorlieb zu nehmen. Entschuldigen Sie!

Ich bekomme doch die Correktur?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/132-208

26. Nov. 1954

Herrn Professor
Dr. Karl Jaspers
B e s e l /Schweiz
Austraße 126

Sehr verehrter Herr Professor!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihren Brief, worin Sie so verständnisvoll und großzügig auf meine Bedenken eingegangen sind. Die von Ihnen vorgeschlagenen Änderungen stellen eine sehr glückliche Lösung dar. Selbstverständlich werde ich Ihnen im Laufe der nächsten Woche einen Korrekturabzug schicken.

Mit besten Grüßen verbleibe ich

Ihr sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-108/82-209

PROF. KARL JASPERS
Basel
Austrasse 126

Basel, den 20. Dezember 1955

Herrn Walter Hammer
HAMBURG

Sehr geehrter Herr Hammer!
Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Uebersendung Ihres neuen Werkes "Hohes Haus in Henkers Hand". Natürlich war es ergreifend für mich, wieder einmal eine Fülle bis dahin mir unbekannter Daten, Menschen und Köpfe zu sehen. Das Buch dokumentiert, was nunmehr ein für allemal unbezweifelbar ist: die grosse Zahl von Abgeordneten, die sich sei es politisch bewährt sei es unermesslich gelitten haben. Vielleicht wird im einzelnen dies und jenes korrigierbar sein, was unerheblich ist. So darf ich Sie für eine eventuelle Neuauflage aufmerksam machen, dass mein Onkel Theodor Tantzen nicht Doktor war. Er verliess als Sekundaner unwillig die Schule, um in die Bauernlehre zu gehen, da ihm das Erbe des väterlichen Hofes einst gewiss war. Er ist auch sein Leben hindurch Bauer geblieben, allerdings mit jener Leichtigkeit und Ueberlegenheit, die ihm diesen Beruf nebenher vortrefflich zu erledigen erlaubte. Die Hauptsache war ihm schon als Achtzehnjährigem das politische Leben. Ich höre noch den Jüngling in seiner Begeisterung, es gebe nichts Herrlicheres als die Zustimmung und die Begeisterung der Massen, zu denen man rede. Vielleicht wäre es nicht gleichgültig, darauf hinzuweisen, dass er 1945 wiederum Ministerpräsident in Oldenburg wurde, dort in ausgezeichneter Erinnerung geblieben ist wegen seiner Tatkraft und Entschiedenheit, und dass er starb im Augenblick, als das Land Oldenburg auf englische Anordnung in Niedersachsen aufging und er selber einer der Minister in Hannover werden sollte, was ihm gewiss ungemäss geblieben wäre.

Ich wünsche Ihnen für das Buch einen der Sache angemessenen grossen Erfolg. Mit besten Empfehlungen

Ihr ergebener

Karl Jaspers

Eben kommt das neue Heft d'Ar Rente Hambach. Herzl. Dank!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-210

JOHANNSEN, Ernst

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

11. April 1951.

Lieber Ernst Johannsen, endlich!Vergebens habe ich mich um Ihre Adresse bemüht -nun schreiben Sie mir selbst! Den Herbert Lestiboudois hatte ich gebeten, mir Ihre Adresse anzuvertrauen, aber vielleicht wissen Sie, dass er mit dem Hitler noch nicht genug hat;er glaubt an Stalin.Aber er wird auch diesen Humbug durchschauen und sich angeekelt von der Kreml-Scheinheiligkeit abwenden - wie kürzlich erst wieder Horst Kommer und Hannelore Holtz (übrigens eine Tochter vom berüchtigten "Friedericus"-Holtz).

Zuletzt sahen wir uns in Kopenhagen,wo ich in recht unerquicklicher Atmosphäre dahinlebte - bis ich -von dänischer Polizei gejagt und gefangen,am 20. August 40 dort verhaftet und dann auf einen langen Leidensweg geschickt wurde. Die gelegentlich zurückerbetenen Beilagen werden Ihnen hierüber alle wünschenswerten Aufschlüsse geben können.

Von meinen alten Autoren leben noch:der jetzt 85 Jahre alte General von Schoenaich(der es aufgegeben hat zu schreiben und zu publizieren),der Dramatiker Hanns Gobsch,der noch in Murnau lebt, Konrad Seiffert, der in Westberlin arbeitet, Hans Otto Henel,der leider in Leipzig steckt und dort zum Schweigen verurteilt zu sein scheint. Mit Lehmann-Russbüldt werden Sie wahrscheinlich bisweilen zusammentreffen. Sein Schwager Heinrich Vierbücher wurde von Streicher in den Tod getrieben; Im März und April 33 sassen Vierbücher uni ich für ein paar Wochen im Dresdner "Mathildenschlösschen". Friedrich Franz von Unruh ist ebenso böse umgekippt wie der Autor von "Stahlbad". Fritz von Unruh schreibt mir bisweilen aus New-York, woauch Dr. Richard Peters als Journalist wirkt (der Uebersetzer von Leopardis PENSIERI).Beim Autor unseres kleinen Paaschebuches war ich ein paar Wochen zu Gast,da ich sterbenskrank geworden war. Drei Wochen Heilfasten bei Dr. Otto Buchinger (O. Wanderer) in Bad Pyrmont gab mir einen Teil meiner Schaffenskraft zurück. Vorige Woche bekam ich Besuch aus China via Berkeley;an der californischen Universität traf dieser dänische Besucher einen Studenten namens Jochnn Paasche - Hans Paasches Aeltesten!

Vor einem Jahr liess ich wiedermal alles hinter mir. Mein Schrank mit den vielen fremdsprachigen Ausgaben verbrannte in Rothenburgsort.Bitter, bitter!Bald bin ich 63! Je älter man wird, umso mehr geizt man mit jeder Stunde, weil man es mit der Angst zu tun kriegt ,dass man sein Werk nicht mehr geschafft bekommt. Ich nehme immmer neuen Anlauf.Beständig an der Grenze des Lebens zu balancieren, das scheint mein Schicksal zu sein. Einge 4-5mal stand ich schon mit einem Fuss auf dem anderen Ufer. Doch mögen die Beilagen Ihnen mehr berichten.

Fräulein Schulz springt mir immer noch helfend bei, eine wirklich treue Seele. Auch die Haushälterin Martha lebt noch. Ewald geriet in russische Gefangenschaft, wurde da "umgeschult".Heute bekleidet er ein hohes Amt in Russisch-Berlin.

Die Nero-Leute? Ich habe keine Ahnung!Schlichte Franzosen im KZ Sachsenhausen kannten "Quatre de l'Infanterie". Vergebens bemühte ich mich um fremdsprachige Ausgaben,besonders richtete sich mein Wunsch auf die französische Filmausgabe - vergebens.

So,aber nun schulden Sie mir einen ebenso aufschlussreichen Bericht über Ihr Ergehen. Lassen Sie mich nicht gar zu

lange darauf warten. Von Erna Schulz soll ich Sie recht schön grüssen!

Alles Gute mit freundlichen Grüssen Ihres

ED-100/52-9/12

Ernst Johannsen

7, Devonshire Mews South,
W.1.

26.3.51. London

Lieber Walter Hammer,

ein Freund

in Düsseldorf starb, zugleich erfuhr ich, dass Sie dort nun leben. Was treiben Sie? Ich blieb hier "hängen" - wie der Kurt Hiller, der ähnlich wie ich zum Einsiedler wurde. Nun also gehören wir zu den Alten und können rückblickend deutlicher unsere Naïvitäten, Dummheiten, unseren Uebermut und unsere Klugheiten sehen. Ich jedenfalls war bis 30/35 ein Jüngling. Wissen Sie, dass man hier in einem Filmklub Westfront vor zwei oder drei Jahren vorführte? Was wurde eigentlich aus den Nero-Leuten? Wer weiss, vielleicht führt uns das Schicksal nun wieder zueinander, aber ich ~~habe~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

habe keine Ahnung, was aus Ihnen
wurde, was sie inzwischen erlebten
wie Sie leben und womit sie sich
beschäftigen.

Werden sie antworte

Es grüsst Sie

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

rnst Johannsen,
7, Devonshire News South,
London, W.1.

15.4.51

Lieber Walter Hammer,

wenn ich in diesen Jahren den Lehmann-Ausgebildt traf, spielte sich immer das Folgende ab mit kleinen Varianten:

Er: Sagen Sie mal - haben Sie etwas von dem Hammer...
Ich: Nichts mehr gehört - nein.
Er: Ob er denn wieder etwas verlegt?
Ich: wohl kaum.
Er: Meine Internationale und...
Ich: Was - n u n noch - und d o r t -und nach dem Drama?

Zum Schaulerlichen des grossen Höllenspiels gehört es, dass so Viele, die warnten, ankündigten und Manches riskierten -vielfach ohne Rückhalt und allein - heute nicht nur zu den Vergessenen gehören, sondern auch in diesen Jahren von den Blinden, Kurzsichtigen, Dickfelligen, Schlauen und Dummen als die Nebensächlichen, Unzureichenden, Wertlosen und Gleichgültigen behandelt wurden.

Lestiboudois:- ein "schwieriger Fall", aber wenn man auf der Seite ruchloser "patrioten" einem schriftsteller für einige verse die Fensterscheiben eingeworfen hätte, würden sie zu ihm halten. Taten S.p.D.leute das in Bezug auf Lestiboudois? Haben die Herren nicht seit 1914 so Manchen in Verzweiflung von sich fortgetrieben, und war es ihnen wichtig solange es Intellektuelle waren? Ich glaube, heute werden Sie mir zustimmen, wenn ich immer noch sage: a l l e s hatte zu geschehen, um einen Hitler am Mord Deutschlands und des alten Europas zu hindern, nicht erst 1933 - nein, schon 1923. Damals war ich 25 -und ich wusste es.

Ich bin seit 8 Jahren in einer - Fabrik tätig, einem kleiner Unternehmen und nicht in "gehobener" Stellung. Dieser kleine Satz erzählt auch seinen Roman -wenn man ihn gut versteht. Die Nazianer wurden besiegt, aber das grosse Fiasko kam über uns. Erhob sich auch nur Einer und rief: Seht den da! Der warnte uns -der behielt Recht - der bemühte sich - der war ein Sehender, als wir die Blinden waren oder die Dickfelligen? Ich habe in diesen Jahren oft zum Grossen und Kleinen das Gelächter und den Hohn eines Goebbels gehört. Wenn z.B. ein altes Nazipartei-mitglied zu mir gesagt hätte: Na, hören Sie mal, wie werden sie denn da nun vom NWDR behandelt -wir sind doch nun nicht mehr da...was hätte ich zu antworten gehabt?

Meine Bücher und papiere schickte meine Schwester während des Krieges gen Osten. Man will gesehen haben, wie Kinder in einen Dorf damit sich spielender Weise beschäftigten. Ihre eigenen Möbel sah sie auch nicht wieder. Die Mutter meiner Frau gehört zum Heer jener Leute, von denen man nicht weiss, wo und wann sie in einem Lager... ihr Eigentum mag noch existieren in den Wohnungen von Hakenkreuzträgern. Der Teufel hole den, der sich erkundigen möchte...

Mein neues Hörspiel "Zwanzig Kerzen" wollen sie nicht aufführen.

Institut für Exilforschung - Archiv

Kennen Sie einen Dr. Ebeling (Krefeld)? Hier galt er als Jugendführer. Mich verführte er hier dazu, Vorsitzender einer Organisation von Pressemitarbeitern zu werden, die er plötzlich gründete, um dann nach wenigen Versammlungen nach Deutschland zu reisen und völlig zu verstummen. Die Angelegenheit interessiert mich nicht nur, weil ich zum blamierten Vorsitzenden wurde - sie interessiert mich aus einigen anderen Gründen. So habe ich den Verdacht, dass er sich aus irgendeinem Grunde die gedruckten Briefbogen verschaffen wollte und auf die kleine Organisation pfiff, schon wissend, dass er abreisen und nicht wiederkommen würde. Ferner waren mir die politischen Äusserungen so bizarr, dass ich nicht erinnere so etwas je zuvor gehört zu haben. Vielleicht sind sie im Bilde. Haben Sie jedoch den Namen nie gehört, gibt es vielleicht einen Bekannten, der in Krefeld. Die ganze Angelegenheit ist sehr dunkel - aber ich kann mich natürlich irren. Anscheinend ging er zuerst nach Belgien und kam dann nach England - offenbar als Sachverständiger für Jugendbwegung.

Ich habe die französische Kino-Ausgabe, jedoch ohne den Umschla Man sagte einmal zu mir: Was für ein Esel sind Sie, dass Sie den Filmlöwen eine Ausgabe zum Verkauf erlaubten ohne Honorar zu verlangen. Ich antwortete der Wahrheit entsprechend: Ich wusste garnicht, dass sie existierte.

Sie wissen, dass die Neroleute es nicht für nötig hielten, mich damals einzuladen zu der Uraufführung in Berlin. Es sind solch Erfahrungen, die gerade den Harmlosen schnell verwandeln! Erzählte ich Ihnen, dass hier vor zwei, drei Jahren der Film in einem Filmklub gegeben wurde? Ich erfuhr davon nur durch einen Zufall. Es war lächerlich, ein paar Worte dazu zu sagen: die Klubleute interessierten sich offenbar garnicht - ich meine di leitenden. Beim NWDR und sonstwo behaupten sie, nicht zu wisse dass ich Hörspiele schrieb, und die deutsche Abteilung der BBC hat mich von jeher so behandelt, als hätte ich nicht in zehn Jahren mehr als 70 Sendungen gehabt! Einige fragen: behäl Spengler Recht? Er wird nicht - er ~~schon~~ hat schon...

Meine "Eisernen Mannen" damals waren natürlich eine Dummheit, aber sie waren von mir aus gesehen keine Unanständigkeit, zumal ein befreundeter Redakteur ja selbst ein alter S.P.D. Mann war

Kann das nun endlich in Hamburg vergessen werden? Ich habe die

Dummheit schon längst abgebüsst, glauben Sie mir das. Wie wäre

es, wenn Sie einmal mit "Massgebenden" über mich sprächen? Soll ich einfach mal an Bauer schreiben? Lüth antwortete vor Jahr u Tag, schickte mir auch (gute) Gedichte. Aber der Braune scheint immer noch wütend zu sein. Es geht auf 12. Entschuldigen Sie die eilige Mischung von Diesem und Jenem.

Herzlich E. Lehmann

Eine Wochenschrift hat beschlossen, mir eine Seite zu widmen. Schicke Ihnen Abdruck.
Ich hörte, die Neroleute seien - hier!

Ich plane einen Besuch Hamburgs Ende Juni. Wer könnte einen Artikel über Sie bringen - von mir verfasst? Die 4 v.d.I. wären nicht erschienen, wenn Sie nicht u.s.w.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ernst Johannsen,
7, Devonshire Mews South,
London, W.1.

ED-106132-214

20. 1. 52

Lieber Walter Hammer,

wird dieser Brief Sie erreichen? Ich schrieb Ihnen zweimal vor meinem kurzen Besuch Hamburgs. Jemand sagte mir, Sie leben wieder in Ihrer Heimat. Es bleibt Schildbürgern in Hamburg vorbehalten, sich nach 18 Jahren zu rächen für meine ironische Glosse zum Ende von 1933 trotz einer Eisernen Front. Diese Rache zu üben bei meinem ersten Besuch nach 12 Jahren und trotz der Tatsache, dass die Mutter meiner Frau zu den Ermordeten gehört und ich 1939 Deutschland verließ – mit einem Koffer in der Hand – nein, das spricht nicht für eine höhere Moral und Menschlichkeit, zumal meine Glosse damals nur ganz zufällig in Hamburg erschien! (Ich sage Ihnen das ehrenwörtlich!) Erfreulich war nur, dass Ernst Tessloff (S.D.D.) Mitgl. der Bürgerschaft und Verleger weiter zu mir hält. Schlau war es, mit Lügen über die Welt am Sonntag zu beginnen, um D.G.B. vorzuschieben und dann im Echo und in der Welt der Arbeit mich anzugreifen und als Nazidichter zu bezeichnen!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Gewiss, es war nicht klug, meine Glosse zu schreiben und so zu schreiben, dass Kirch e.B. glauben konnte, er sei gemeint – aber ich sah, was kam und meine Erbitterung ... Damals wurde das Schicksal von Mulleman entschieden und das Ende des 2ten Reiches war eine tolle Schweinerei.

Wollen Sie nicht ein gutes Wort für mich einlegen? Wer hat übrigens keine Dummheiten gemacht? Mir ging es um das Ende einer mächtigen Partei, einer – aber genug.

Wollen Sie nicht mal Ernst Tenloff (Poesehaus oder privat) anrufen und über mich mit ihm sprechen. Ich schätze Tenloffs sehr.

Ihr E. Johannsen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-108132-215

Ernst Johannsen London W.1. 7 Devonshire Mews, South

11.2.52

Liebe Frau Schulz,

ich war nicht "für längere Zeit" in Hamburg, vielmehr leider nur 12 Tage. Eigentlich waren es nur 11 Tage, denn ich war auch noch in Bremen. Alles verlief in Hast und Unruhe - mit obendrein nun rückblickend als sinnlos erscheinend, aber wenn man nach 12 Jahren zum ersten Mal wieder "daheim" ist, ist dergleichen wohl unvermeidlich. Wäre meine Situation eine andere gewesen, wäre ich wenigstens 4 Wochen geblieben, vielleicht auch nicht wieder abgereist. Dass man doch in wenigen Tagen schon wieder fortmusste, sorgte für einen Zustand, den man nur mit einer ganzen Erzählung schildern kann. Aber ich wusste auch garnicht, ob Walter Hammer in Hamburg wohnt oder sich dort nur gelegentlich aufhält, denn einem Bekannten war eine ganz andere Anschrift bekannt.

Ein Rechtsanwalt hier fragte mich, ob er solche Broschüren kaufen könnte; ich gab ihm Hammers Adr. Ja, da sind wir denn nun also schon Alternde, indes wir doch noch sozusagen vorgestern jung waren. Ich fühle mich auch garnicht wohl, zumal mir hier im Winter besonders die Sonne fehlt. Ihr seid in der gewohnten Umwelt - ich hingegen... Hoffentlich hat Walter Hammer keine Schmerzen zu ertragen und kommt bald zurück!

b.w.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ernst Tessloff (m.d.B SPD) schrieb mir einmal, man verzeihe Bestien mit blutigen Händen und habe daher kein Recht, über die Dummheiten oder die Kritik Nahestehender herzufallen. Ich wünsche jene Jahre bis 1939 nicht noch einmal zu erleben: mit einem Kind und einer jüdischen Mutter! Hat mir dafür jemand auch nur ein gutes Wort gesagt? Niemand, abgesehen von Ernst Tessloff! Im Gegenteil, man war schildbürgerlich genug, nach 18 Jahren und nach meinem Besuch Hamburgs über mich herzufallen, weil ich das tolle Ende von 1933 lächerlich gemacht hatte.

Wir haben in schauerlicher Weise Recht behalten mit unserer Haltung zum Krieg. Ein zerschlagenes Deutschland und ein böses Europa ist das Resultat. Aber nicht einmal dies gilt etwas. Im Gegenteil: werden wir nicht oft genug so behandelt, als seien wir die Esel gewesen - nicht die Anderen?

Es ist keine bessere Welt, in der es so geht - wenn ich vom Fürchterlichsten absehe. Es ist, als sei ein seltsamer Wahnsinn über uns alle gekommen. "Was ist mit uns los?" fragte man kürzlich in einer deutschen Rundfunksendung. Ich frage das einerseits seit 1923 und andererseits seit 1944.

Leben Sie wohl! Meine besten Wünsche für Walter Hammer! Vielleicht schicken Sie ihm diesen Brief.

Herzlich Ihr
E. Lehmann

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ernst Johannsen
7,Devonshire Mews,South
London W.1.

11.November 52

Lieber Walter Hammer,
ich habe mich gefreut, die
alte sichere Unterschrift zu sehen.

Nun im Telegr.Stil,denn mein ewiger Mangel ist der Zeitmangel -nur darum beklage ich es mit stiller Verzweiflung, dass ich arbeiten muss für den Unterhalt,denn meine Tochter ist erst 4 und mein Jüngster 6...

Der Pressedienst des DGB und Neidische haben protestiert gegen eine „Wiederholung" der Brigade-Vermittlung als bewährtes Hörspiel.

Bitte, rufe umgehend Intendant Ernst Schnabel an,sage, Du hättest gehört, dass Brigade vom Programm einstweilen abgesetzt worden sei.

Als Walter Hammer, der...sowohl Brigade-Vermittlung kennt als bekannt ist bei der SPD Presse, die einst das Stück lobte, ja in Hamburg mit dem Echo die Sendung forderte... auch als ....Brandenburg...Rede im NWDR u.s.w. ...bittest Du um die Bestätigung des Gerüchtes und der Gründe - denn Deine Verblüffung,dies zu hören...Ob man etwa behauptet habe, Brigade sei ein Hurrastück...

Dann rufe bitte bei dem DGB an,Besenbinderhof,Pressedienst - - - gewiss, ich sei vor mehr als einem Jahr bei meinem Besuch angegriffen worden - gut, aber nun weiter zu machen und gegen Brigade-Vermittlung zu hetzen...In welcher Richtung? Das Stück war einst eine Weile in Deinem Vertrieb...enthalte weder romantischen Wolkenpazifismus noch eine Kriegsverherrlichung..."Den Gefallenen zum Gedächtnis!"

Wer jenen Artikel geschrieben habe - etwa ein Dr.Fr. Welter Landesbezirksleiter der Gewerkschaft Kunst? (Falls Ja : von dem gibt es einen Artikel in der Zeitschrift Musik, 1934, der nicht nationalsozialistisch ist sondern übernationalistisch. Der Herr forderte naemlich die Nazis dazu auf, die Methoden im Gebiet der Literatur zu uebertragen auf Musik, besonders gegen Hindemith. "Ja,Armeemärsche sind Volksgut" u.s.w. -schliesst mit Ausschnitt aus Hitlers "Kulturpolitischer Rede"" - Gewiss, Johannsen hat das Ende der Eisernen Mannen (leider) damals aus Wut u.s.w. glossiert - aber heute ist er nicht mehr 35 sondern 54 und was hat Brigade-Vermittlung damit zu tun...

(Ich besitze die Abschrift des Artikels von Dr.Fr.W e l t e r -heute

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

sitzen solche Leute beim DGB - was ich hier 3 Freunden (SPD) bereits mitgeteilt habe.

Natürlich war auch Autorenneid (Von Hamburgern) mit ihm spiele.

Ein Stück, anerkannt sogar vom Ausland, von allen möglichen Kreisen gebilligt, daher im Reich des „Friedenfürstens"-so trat Adolf ja 3,4 Jahre lang auf - nicht verboten gewesen...

Wenn Du es für gut halten sollte, wäre auch ein Gespräch mit dem Hamburger Echo und Ernst Tessloff, Pressehaus, Hamburg 1 angebracht. Ernst Tessloff war hier, uebernachtete bei uns vor seiner Rueckfahrt.

Selbst beim Konsulat (hier) ist man schon aufmerksam geworden.

Ein alter Gewerkschaftler und SPDmann hat bereits an einen alten Freund in der "Produktion" geschrieben...

Es ist natürlich moeglich, dass Du nun mit dem Stück nichts mehr zu tun haben willst, mit dem Verfasser auch nicht - aber das erscheint mir als unwahrscheinlich. Es ist wirklich ein Skandal - und er droht zu einem politischen zu werden. Statt das die Leute sagen: Ja, gut - "unser" Stück treiben sie es, dass andere Leute sagen werden: "Natürlich, unser Stück." Es ist traurig dies vom Ausland her zu sehen - hier waere so etwas nicht möglich...

Bitte, erkundige Dich nach dem Dr. Fr. Welter Landesbezirksleiter Kunst, 1949 Mitarbeiter beim Echo. Was geht vor beim DGB?

Schreibt mir die „Welt der Arbeit"

In Eile herzlich grüssend Ernst Tessloff

Sollte es doch noch zu einer Sendung kommen -und es kann kein Verbrechen sein, an Gefallene zu erinnern, etwas für tote Kameraden geschrieben zu haben, bin ich gern bereit, Dir für Deine Bemühungen etwas zu ueberweisen. Postkarte genügt für Ja. P.S.: Deiner Stellung zu dem Stück.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Für Walter Hansen
Abschrift.

Ernst Johannsen, 7 Devonshire Mews, South
London W.1.

15. November 52

Herrn Ernst Schnabel, Intendant, NWDR

Sehr geehrter Herr Intendant,

lesen Sie bitte diesen Brief nicht nur als Intendant, auch als Schriftsteller, denn ich habe noch die Illusion einer gewissen Verbundenheit von Schriftsteller zu Schriftsteller in fundamentalen Angelegenheiten unseres muhsamen Daseins als Schreiber.

Nicht nur ich, auch z.B. 2 alte Mitglieder der SPD haben inzwischen Ihren Brief vom 30. Oktober gelesen und ebenso verstanden wie ich und so, wie die Worte es fordern.

Ich zitiere Ihre Worte: "Nachdem die Presse neuerdings darueber informiert wurde, was unsere Hörspielredaktion ueberhaupt vorbereitet, hat es n u n (gesperrt von mir) Proteste gegeben. Vor allen von Seiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Pressedienst des DGB hat einen Artikel ueber Sie veroffentlicht, d[er] der in der Tat vermuten laesst, dass eine Sendung Ihres Hörspiels auf ausserordentliche Schwierigkeiten bei einem Teil des politisch bewussten deutschen Publikums stossen k ö n n t e. (Sperrung von mir.)

Also, nun Proteste - und : könnte.

Sie schrieben nicht: Vor mehr als einem Jahr wurden Sie angegriffen vom DGB und deshalb - darauf zurueckkommend... habe ich vorsichtiger Weise Ihr Stück, das bereits angesetzt war [illegible] wieder abgesetzt.

Als Argument im Jahre 1952 dient ein Angriff aus dem Jahre 1951 - und diese alte Sache, schickten Sie mir nun zu.

Dazu schreiben Sie: i c h hätte S i e missverstanden. Zitiert: "Die oeffentliche Kritik bezieht sich auf eines Ihrer Bücher", -also nicht auf die geplante Sendung der Brigade. Ve mittlung! Aber auch die Wendung: Eines Ihrer B ü c h e r" entspricht nicht den Tatsachen, denn was ich damals als 35jähriger schrieb, wurde niemals als B u c h veroffentlicht, nur als Abdruck in der Funkwacht, Bauer Verlag, jetzt F u n k i l l u s t r i e r t e, Funkwacht u.s.w. Diesem Verlag gab man die Erlaubnis, wieder zu erscheinen (Bürgermeister Brauer u.s.w.) auf den Autor aber, hetzte man herum - trotzdem. Aber nicht n u n lieber Herr Schnabel, damals, damals bei meinem ersten Besuch Deutschlands, Hamburgs, des Senders, nach 12 Jahren und 18 Jahre nach jenem Abdruck!

Zu Ihrem Schutz, Herr Intendant, hätten Ihre Informer oder Hetzer, die Ihnen den uebrigens dummen Hetzartikel von damals auf den Tisch spielten, die Pflicht, Sie genau zu informieren und nicht halb.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106/32-818

Wissen Sie, dass jener Roman fingierte Namen hatte? (Wahrscheinlich nicht.) Es war eine romanhafte Glosse.

Wissen Sie, dass er ganz zufällig in Hamburg zum Abdruck kam ohne je als Buch erschienen zu sein? (Wahrscheinlich nicht.)

Wissen Sie, dass alte Mitglieder der SPD mit mir verkehren? Glauben Sie, ein bekanntes Mitglied der SPD würde bei mir hier uebernachten, wenn ich der wäre, der in dem damaligen Hetzartikel dargestellt wird?

Wissen Sie, dass ich 1939 Deutschland verliess, niemals im 3ten Reich Mitglied einer Organisation war, meine Frau Jüdin ist, (verheiratet seit dem Verlassen Hamburgs) ihre Mutter auch zu den Ermordeten gehört, es mir aber freistand, als Nichtjude jeder zeit so mitzumachen wie so Viele?

Wissen Sie, dass man mir einen Artikel zuschickte von einem Landesbezirksleiter des D G B, den dieser 1934 veröffentlichte, damals ein Aufhetzer von Hitlerianern - und nicht einfach nur "Nazi". Ist dem D. G. B. ihre vorgesetzte Behörde?

Wissen Sie, dass bereits vor einem halben Jahr eines meiner Hörspiele abgesetzt wurde beim NWDR? Naheres erfahren Sie von Herrn Dr. Schwitzke und Herrn Dr. Hilpert.

Was soll nun geschehen?
Wie würden Sie sich als Schriftsteller verhalten?
Nachstens wird vielleicht ein Turnverein mit einen alten Angriff Beachtung finden. Das geht doch einfach nicht: man kann doch nicht einen 54jährigen bei einer Hörspielsendung büssen lassen für das, was der 35jaehrige schrieb? Das taten ja nicht mal die N a z i o n a l s o z i a l i s t e n.
Ich glaube, der Schriftsteller Ernst Schnabel wird dies ebenso wenig gut heissen wie der Intendant.

Soll ich einen Rechtsanwalt nehmen, der mir bereits angeboten wurde? Ich kann diesmal nicht einfach schweigen. Soll ich Mitteilungen verschicken an die Presse, an Organisationen und Politiker? Setzt man ein Hörspiel an, dann ab und zahlt nichts? Ich war damals kein Politiker und bin es heute nicht. Ich befreite mich mit fingierten Namen von einer Wut, weiter nichts, bitte - vor ungefähr 20 Jahren. Mir scheint, es ist wirklich für diesen Fall, ueber den man vom Ausland her gesehen, nur den Kopf schütteln kann, das beste, wenn das Stück bald ohne viel Gerede gesendet wird als Rückblick auf einen ungewöhnlichen Erfolg.
Ich schicke einen Durchschlag dieses Schreibens an Herrn Walter Hammer, der sich einst tatkräftig für das Stück interessierte.

Bitte, schreiben Sie mir so bald als möglich, damit ich mein Verhalten danach bestimmen kann. Es grüsst Sie

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/82 2/12

den 18. November 1952

Herrn Intendanten
Ernst S c h n a b e l
Hamburg 13
Rothenbaumchaussee NWDR.

Sehrgeehrter Herr Schnabel!

Es lag in Ihrem Plane, Ernst Johannsens "Brigade-Vermittlung" neuerdings zu senden. Ich habe mich vor ungefähr einem Vierteljahrhundert für Johannsen kräftig eingesetzt, damals auch sein ~~XXXXXXX~~ Kriegsbuch überarbeitet und herausgegeben. Auch ~~xxx~~ seinem Hörspiel habe ich internationalen Erfolg verschaffen können.

Während ich 1933 in sogenannte Schutzhaft geriet, soll Johannsen damals in einer Funkzeitschrift sich recht ärgerliche Ausfälle gegen meine damaligen Gesinnungsfreunde herausgenommen haben. Gelesen habe ich das nicht, nur davon gehört.

Nun überraschte mich Johsnnsen aus England mit sehr umfangreichen Klagebriefen; er schrieb Ihnen beiläufig ja auch, daß er einen Durchschlag seines an Ihre Adresse gerichteten Briefes vom 15. November mir schicken würde.

Mir ist die Geschichte sehr ärgerlich, zumal ich heute mehr als genug mit neuen Aufgaben zu schaffen habe. Dennoch würde ich gerne zur Klärung dieser Frage beitragen. Falls Sie eine kurze Rücksprache für wünschenswert halten sollten, würde ich Sie um kurzen Bescheid bitten. Aus dem kleinen Brandenburg-Heft, welches ich beifalte, können Sie ersehen, daß ich schon zweimal kurz im NWDR gesprochen habe.

Mit verehrungsvollem Gruß

Ihr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/22-220

NORDWESTDEUTSCHER RUNDFUNK
ANSTALT DES OFFENTLICHEN RECHTS

DER INTENDANT

21.Nov.1952

Herrn
Walter Hammer

Hamburg 39
Bilserstr. 16d

Sehr geehrter Herr Hammer,

ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 18.11.1952. Ich verspreche mir von einer Unterhaltung im Falle Johannsen nichts. Der Protest des Deutschen Gewerkschaftsbundes kann weder von mir noch durch eine Unterhaltung zwischen uns beiden aus dem Weg geräumt werden. Andrerseits ist er so ernsthaft und begründet, dass ich ihn nicht übersehen will.

Mit bestem Gruss Fritz Schenke

HAMBURG 13 · ROTHENBAUMCHAUSSEE 132 - 134
TELEFON 44 10 21

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 196/32-221

Ernst Johannsen
7,Devonshire Mews,South

29.Nov.52

Rachlustiger als Hitler

Kaum hatte die Presse bekannt gegeben, dass der NWDR "Brigade-Vermittlung" wiederholen werde (etwa 37 Sendungen in 11 Staaten) protestierten gewisse Herren des Deutschen Gewerkschaftsbundes, nicht gegen das Stück sondern gegen den Autor, ganz wie einst. Protestiert wurde,weil der Autor Ernst Johannsen vor fast 2o Jahren einigen SPDleuten und Gewerkschaftlern auf die Nerven gefallen war mit einer romanhaften Glosse,die in einer Rundfunkzeitungen Hamburgs abgedruckt wurde. Die Name der Personen waren selbstverstandlich erfundene. Der Autor war 1933 nicht Mitglied der SPD und wurde im 3ten Reich auch nicht Mitglied irgendeiner Organisation des 3ten Reiches. Statt sich gewisse SPDleute und Gewerkschaftler zum vorbild zu nehmen, lehnte er sogar trotz ärmlicher Situation ein Filmangebot der UFA ab,wozu tausend Mal mehr Mut gehörte als de Herr Walter vom DGB nötig hatte für seinen Hetzartikel aus dem Jahre 1951,auf den sich Intendant Schnabel beruft ohne zu erröten. Ein Jahrhundert lang schrie man nach Freiheit und Toleranz un nun im gegebenen Fall die Rachlust der NSDAPleute zu uebertreffen. Wären die so rachlustig gewesen, lebten heute zahlreiche ältere Gewerkschaftler und SPDleute nicht mehr. Wer stellt sich auf die Seite der Rachlustigen und des Intendanten, der das Stück absetzte? Undwer wird dann trotzdem weiter schwatzen von Humanität,Demokratie,Toleranz,Kultur? Hinzu kommtdie Lacherlichkeit des Schildbürgerstreiches,zumal die Funkwacht seit Jahr und Tag wieder erscheint, zur das Bekanntwerden wird diesmal gesorgt.

Wird Walter Hammer gegen d
NSDAPMethode auftreten - gegen
Freunden gegenüber oder nicht?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-822

7. Dezember 1952

Herrn
Intendant Ernst Schnabel
H a m b u r g 13
Rothenbaumchaussee 132/134

Sehr geehrter Herr Schnabel!

Lassen Sie mich bitte auf Ihren dankenswerten Bescheid vom 21.November noch einmal zurückgreifen. Offenbar sind Sie von der unzutreffenden Meinung ausgegangen, dass ich beabsichtigt habe, bei Ihnen für Ernst Johannsen einzutreten. Ich habe mit ihm sehr ärgerliche Erfahrungen gemacht, wie er mich auch jetzt mit Brandbriefen bombardiert. Was er sich 1933 herausgenommen hat, als ich selber schon in Schutzhaft sass, habe ich bis zur Stunde noch nicht herausbringen können. Wenn ich mich Ihnen also anbot, Ihnen Aufschlüsse zu geben, so lediglich in der gutgemeinten Absicht, Ihnen über die Entwicklung Johannsens einige authentische Auskünfte zu geben. Indessen ist es mir durchaus verständlich, dass Sie nicht unnütz Zeit vergeuden möchten. Auch ich würde mich freuen, von Johannsen aus dem Spiel gelassen zu werden, doch wird dieser Grobian nicht müde, formlose Briefe und Rundschreiben mit Vorwürfen und Drohungen rundzuschicken, die man vielleicht doch nicht einfach im Papierkorb verschwinden lassen kann.

Lassen Sie mich deshalb wiederholen: Wenn Sie meiner bedürfen, wenn Sie sich mit dem Fall Johannsen noch weiter beschäftigen müssen, stehe ich gerne zu Ihrer Verfügung.

Mit besten Grüssen !

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/32-223

NORDWESTDEUTSCHER RUNDFUNK

ANSTALT DES OFFENTLICHEN RECHTS

DER INTENDANT

8.Dez.1952

Herrn
Walter Hammer

Hamburg 39
Bilserstr. 16d

Sehr geehrter Herr Hammer,

schönsten Dank für Ihren Brief. Ich verstehe jetzt alles richtig. Der Fall Johannsen ist im übrigen für uns erledigt.

Beste Grüsse
Ihr

HAMBURG 13 · ROTHENBAUMCHAUSSEE 132 - 134

TELEFON 44 10 21

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/132-1221

9.Dezember 1952

Herrn
Ernst Johannsen
7, Devonshire Mews, South
England. London W1

Lieber Ernst Johannsen!

Haben Sie denn kein Gefühl dafür, wie verletzend Ihre Briefe wirken? Als ich davon las, daß der NWDR plante, Ihre "Brigade-Vermittlung" zu wiederholen, drängtees mich, Ihnen mit einem entsprechenden Hinweis eine Freude zu bereiten. Ich betonte auch gleichzeitig, daß ich materiell desinteressiert sei.

Was aber dann folgte - wenn ich das hätte voraussehen können, dann hätte ich dieses heiße Eisen ~~eigentlich~~ nicht angerührt.

Da ich seinerzeit in "Schutzhaft" geriet, habe ich nicht gelesen, was Sie im Frühjahr 1933 in einer Funkzeitschrift veröffentlicht haben. Es muß aber vielen Leuten dermaßen auf die Nerven gegangen sein, daß sie Ihnen diesen Mißgriff nie vergessen können. Aber Fehlgriffe lassen sich nun einmal nicht ungeschehen machen, weshalb Sie sich doch allmählich damit abfinden sollten und nicht die Beleidigten fortgesetzt anpöbeln.

Obwohl es nicht gerade taktvoll ist, ausgerechnet mich vorzuschicken, der ich durch alle Hitlerhöllen hindurch gehen mußte, habe ich mich an Herrn Intendanten Ernst Schnabel gewandt, mir aber dabei eine so deutliche Abfuhr holen müssen, daß Sie es wirklich nicht von mir erwarten dürfen, daß ich noch weiteres versuche, dadurch auch meine gegenwärtige schwierige und schmerzliche Aufgabe gefährden könnte. Die Intendanz des NWDR scheint über das im Frühjahr 1933 Geschehene dermaßen überzeugend orientiert zu sein, daß überdies jeder weitere Versuch, über Ihren Mißgriff hinwegzusehen, absolut unnütz sein würde.

Verstehen Sie doch bitte, daß ich trotz meiner 65 Jahre so stark und vielseitig beansprucht werde, daß ich es mir wirklich nicht leisten kann, für Sie sozusagen ein Ultimatum zu stellen. Ich muß all meine Kraft konzentrieren auf die wichtige Aufgabe, jenen Männern und Frauen, die sich bewährt haben und für ihre Gesinnung in den Tod gegangen sind, ein rühmendes Gedenken zu sichern. Ich kann Ihnen lediglich mit dem wohlgemeinten Rat helfen, sich in Ihren Briefen zu mässigen und die von Ihnen selbst geschaffene Situation nicht zu verkennen. Sie schaffen sich fortgesetzt neue Feinde, wenn Sie Brandbriefe herumschicken, die Ihnen keineswegs Sympathien gewinnen, sondern bloß abstoßend wirken. Lassen Sie sich doch dies von mir gesagt sein und erinnern Sie sich dessen, daß ich Ihnen nicht selten gut geraten habe.

Mit besten Grüßen und Wünschen verbleibe ich

Ihr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

zu mir sagte: Besorgt? Ach was, lächerlich - die Nazis ha-
redet man garnicht von.

Ernst Johannsen

ED-106/32-225

nicht angebräunt, es sei denn, dass man mir helfen will, der

Wahrheit, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, von der Ihr

so schon und lange geredet habt. Ich bin jedoch weiterhin empfäng-

ED-106/32-226

Zu den Opfern des 3ten Reiches gehört auch die Mutter meiner Frau. Sie würde Euch für Eure Rachlust anspucken und Ihnen - Hammer - ins Gesicht lachen.

ED-106182-007

ED-00-02-278

Von diesem Schreiben wurde eine Abschrift fortgelegt, die - falls notwendig - verfielfaltigt wird, um auch verschickt zu werden.

Ich bitte daher, diesen Brief sorgfältig zu lesen.

Ernst Johannsen
7, Devonshire Mews, South
W.1.

12.12.52

1. Lieber Walter Hammer, dies ist ein Abschiedsbrief.

Sie hatten Ihrem Brief eine Drucksache begelegt, in der Sie von sich und Ihrer Arbeit sprachen. Erfreut ueber Ihren Brief, beschloss ich daher, kurz in meiner Antwort zu erwähnen, dass ich im Falle der Sendung gern bereit sei, einen Betrag zu ueberweisen. Dass Sie daraus eine Taktlosigkeit zu machen versuchen, macht Ihren Brief noch kläglicher. Jeder Normale, der Ihre Drucksache kennt, wird sagen: nett von dem Johannsen.

2. Von einem Walter, der "Hammer" sich nennt, habe ich zu erwarten, dass er sofort entrüstet reagiert mit:

"Weil Johannsen Euch geärgert hat mit einer romanhaften Glosse vor fast 2o Jahren - was einige von Euch erst erfahren konnten mit Photokopien, angefertigt vom Bauer-Verlag, Hamburg 1, weil die Funkwacht nach dem Krieg wieder erscheinen sollte - habt Ihr 1951 Johannsen bei seinem ersten Besuch als Nazidichter angegriffen und als auch-Heimkehrer, obgleich Ihr genau wisst, dass er niemals Mitglied einer Organisation im 3ten Reich wurde. Das war eine späte Rache. Aber nun habt Ihr nach fast 2o Jahren dafür gesorgt, dass das erfolgreichste Stück des deutschen Rundfunks, das ich einst für eine Weile selbst vertrieb und von dem ich noch in Kopenhagen Honoraranteil erhielt, vom Programm abgesetzt wurde. Das ist eine Rache nach fast 2o Jahren, obgleich Euch Johannsen nicht den geringsten Grund dazu gab seit fast 2o Jahren. Das ist aber auch das wohlbekannte Naziprinzip: -das Stück, na ja - aber der Autor -nein, daher fort mit dem Stück. Kinder, das geht nicht. Ihr macht uns ja lächerlich. Ich protestiere, dass Ihr die Rachlust eines 3ten Reiches uebertrifft, wenn nämlich Hitler so rachlustig gewesen wäre wie Ihr es seid, lebten viele von uns nicht. Ich kann nicht die Opfer des 3ten Reiches vertreten und zusehen, wie Ihr aus einem Lebenden ein Opfer machen wollt, der im 3ten mutig genug war, zu einer Jüdin zu halten - indes etliche von uns schleunigst ins Ausland reisten. Er griff Euch ja nicht einmal persönlich an, vielmehr schrieb er etwas fur den Unterhaltungsteil einer Zeitschrift, zufallig erschienen in Hamburg, wobei erfundene Namen u.s.w. benutzt wurden."

Dann hatte ich gesagt: er heisst nicht nur "Hammer", er hat nicht nur seit 3o Jahren geschrieben, dies und das vertreten als Verleger - er ist auch ein "Hammer" und lebt, was er schreibt.

Stattdessen kneifen Sie, lassen sich in Stich, das Stück, einst von Ihnen selbst angezeigt mich. Das ist feige

SD-106/32-829

3. Sie hätte Ihre Aufgabe nicht gefährdet. Im Gegenteil:Sie hätten Respekt geerntet für eine solche Haltung. Stattdessen versuchen Sie sich zu entschuldigen - schuldbewusst - mit Ihrem Alter,65, mit Ihrer grossen Arbeit (also ob ich nicht arbeite und Millionen) mit Ihrer Unwissenheit:sie wussten ja nicht, sonst hatten Sie "das heisse Eisen" nicht angefasst.Eine typische Wendung der Feigheit. Dabei besuchte ich Sie in Kopenhagen,zuvor in Hamburg - im 3ten Reich - und schrieb ich Ihnen. Nun wollen Sie vor Lauter Angst ueberhaupt nichts mehr wissen. Sie können mich in Stich lassen,nicht das Stück,mein Lieber, das Sie selbst anzeigten,auch diese Zeilen Ihres Briefes nicht - mit der entsetzlichen Wendung, dass Sie ein rühmendes Gedenken denen sichern wollen,die sich b e w ä h r t e n. Das bestimmen Sie,wie? Das bestimmt Ihr, haha."Für ihre Gesinnung in den Tod gingen" - ja, und Sie zittern schon,wenn Sie bloss daran denken dass Sie bei dieser Schweinerei ueberhaupt erwähnt werden, Ernst Schnabel angerufen haben.u.s.w.

Aber das nützt nichts, Hammer, i c h bringe Sie ins Spiel,habe es schon getan - immer mit Tatsachen, nicht mit Unwahrheiten wie die beim DGB. Damit klar wird, dass man schädig das erfolgreichste Rundfunkstuck abwürgt des Verfassers wegen. Wer war es uebrigens, der sich beinahe lustig machte ueber meine Erregung in Kopenhagen ueber das 3te Reich und kaum begriff? S i e waren es. Sie wussten ganz genau all diese Jahre, dass ich nicht auf der Seite der Nazis stand. Und dazu auch noch schweigen Sie feige. Welches Recht haben Sie, unter solchen Umständen für die Opfer zu sprechen?

Ferner: Wenn ich keine Antwort erhalte vom DGB und das Honorar nicht gezahlt wird,weil das Stück bereits angesetzt war,werde ich bekannt machen, dass es beim DGB einen Funktionär gibt,der im 3ten Reich nicht nur Nazi war,nein,die NSDAP anfeuerte, schärfer vorzugehen.Der Herr schrieb mir bereits und möchte gern haben,was ich besitze - offenbar hält er mich für einen Esel.

Entschuldigen Sie die Sendung als Drucksache, im Hochbetrieb meiner Verteidigung und meines Gegenangriffes nach zahlreichen Orten, konnte das schon mal geschehen.Das Sie es ueberhaupt erwähnen,zeigt jene verblüffende Mischung von gestörtem Sinn für Proportionen, Feigheit und Selbstsicherheit mit Blindheit, die bei uns so verbreitet ist, dazu kommt noch ein tierischer Ernst zu Nebensachen, der selbst in Kleinstädten komisch wäre.

-.-.-

4. Nun soll ich den Mund halten. So sehen Sie aus. Ich frage erst an. Ratschläge bitte an den DGB,im Sinne Deiner Lebensart und

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 10E[illegible]-230

lich für Zuschriften ohne Absender von Unbekannten. Denn s t a u n e: So weit haben die Herren des bei Euch gebracht, dass Unbekannte, SPDleute und sogar Gewerkschaftler sich entrüsten und mir helfen. Ihr könnt ueber meine "Brandbriefe" lachen - es dürfte aber ein Irrtum sein, zu glauben, dass a l l e lachen. Und damit Sie es auf jeden Fall ganz verstehen

> Es handelt sich darum, dass Ihr Euch nicht scheut, ganz wie die Nazis, ein Stück anzugreifen respektive nicht zu verteidigen, weil "Bonzen" den Verfasser nicht passt, da er einige verärgerte vor so viel Jahren. 20.

Sollten sich etwa Brauer, Kirch und andere Leute einbilden, die Angriffe der Nazis hätten etwas mit mir zu tun? Oder soll ich der Sündenbock sein für jene Berichte, uberdie damals ganz Altona und Hamburg den Kopf schüttelte, weil sie selbst von Nazis nicht geglaubt wurde?

Genug. Brauer hatte nichts dagegen, dass die Funkwacht wieder erschien als sich herausstellte, dass sie sonst woanders erscheinen würde. Damit war ein Schlusstrich gezogen,

> Ich pöbele Beleidigte an. Das ist unverschämt von Ihnen Die Wahrheit ist, sie lassen mich nicht in Ruhe nach fast 20 Jahren und nach dem Hetzartikel von 1951 - und Sie wissen das.

Machen wir also weiter. Mir macht es kein Vergnügen, aber es gibt Leute, die, wenn sie zum Krieg gezwungen werden, gute und ausdauernde Krieger sind - Ihr zwingt mich dazu.

> Also Walter H a m m e r, das genügt. Als "Hammer" scheinen Sie nur nach ganz bestimmten Richtungen verwendbar zu sein. Das deutsche Unglück hat seinen Hauptgrund in einer eigenartigen Mischung von Blindheit, intellektueller Selbstsicherheit (wo der Zweifel angebracht ist), weltmännischen Dünkel indes man kleinstädtisch ist ohne es zu sehen und jener berühmten Feigheit nach oben und der Brutalität nach unten

Dein Brief ist mir 500 Mark wert, andere von Anderen 1000. Dass man bei Euch ueberhaupt den Mut hat zu solchen Sachen ueber einen DGB hinweg in der heutigen Situation und nach all den Leiden und mit den Russen wenige Kilometer entfernt, ist mir fast unbegreiflich - fast, wenn ich nämlich nicht [illegible]

Dasselbe kehre den Irrtum auf.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-196/32-231

E R N S T J O H A N N S E N.

HORSPIELE & HORFOLGEN :-

DER KOMET 3 Sendungen
DIE LETZTE STUNDE 7 x
STURM UBER SANTA ROCK 4 x
UNTER TAG 7 x
UM ZWEI MARK 2 x
BRETHOVEN 4 x
x WUNDER OHNE GLEICHEN 2 x
KAMPF MIT DEM GELBEN TEUFEL 6 x
STURM 1 x
SEIN TRAUM 1 x
ENDE DER UNION 3 x
FEIRERABEND 3 x
LASSALLE 3 x Marx 1x
FEIERSTUNDE 2 x
DIE DREHORGELEN 1 x
FUNKOPERETTE TEXT 1 x
SECHS AUF EINE INSEL 2 x
BRIGADE VERMITTLUNG 37 x

20 KERZEN
DAS MORALIN
MATURUS
NOBEL
BIMMELMANN

Das grosse Flüchten
Das zweite Baby

x Preis, Köln

ROMANEN & NOVELLEN :-

STATION 3 Deutsch / Franz.
6 AUF EINER INSEL auch Zeitg.
4 VON DER INFANTRIF 14 Ubersetz.
Film
STURM UBER SANTA ROCK auch Zeitg
ERINNERUNGEN EINES PHERDS
ARBEITER JAN Zeitungen
HANO Zeitung
DAS EWIGE GRABMAL nicht ersch.

x x Stevenson, Novelle
Bonito regelt um die Welt

Artikel u.s.w.
London

x x Preis, Berlin

u.s.w.

Mit herzlichem Gruss J.J.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/132-252

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND, Landesbezirk Nordmark,
Hamburg 1, Besenbinderhof 57

Auch ein Heimkehrer.

Ein Spätheimkehrer, wenn auch nur zu einem kurzen Besuch, kam in der "Welt am Sonntag" zu Wort, Ernst J o h a n n s e n. Dieser Mann, der erst sechs Jahre nach Kriegsschluss in die Heimat zurückkehrt, brüstet sich heute mit seinem angeblich 1933 "prophetisch" gesprochenen Wort: "Das ist keine Politik, das ist der Anfang der Katastrophe.

Das Verhalten Johannsen's, sein einmaliges Renegatentum, lässt keinen Zweifel, dass er diese Worte – wenn sie nicht überhaupt eine pure Erfindung sind – keineswegs, wie er heute glauben machen möchte, 1933 gegen die Nazis richtete. Sprach er die Worte, so waren sie scheinbar gegen das "Weimarer System" gerichtet.

Johannsen darf sich rühmen, der "Dichter" zu sein, der sofort seine Feder den Nazis zur Verfügung stellte. Zwar nicht als Trommler der neuen Bewegung, wohl aber, um zu versuchen, die dem Nazismus ideologisch fernstehenden Arbeitermassen von ihrer bisherigen Führung zu trennen.

Diese Arbeiter durch schändliche Herabwürdigung der führenden Persönlichkeiten zu verwirren, waren nazistische Methoden. Den Versuchen, auf diesem Wege den inneren Zusammenhalt der Arbeiterschaft zu zerbrechen, setzte Johannsen die Krone auf. Bald nach der Machtergreifung erschien sein Schlüsselroman: "Das Ende der eisernen Mannen". Johannsen setzte ihm das Motto voraus: "Nicht die Politik verdirbt den Menschen, sondern charakterlose Menschen verderben die Politik". Der Roman sollte den Arbeitern zeigen, wie moralisch und geistig minderwertig ihre Führung war, und dass es Hitlers und seiner Braunhemden hohe Mission war, dem wüsten Treiben ein Ende zu machen. Was Johannsen immer veranlasste, dieses schändliche Machwerk zu fabrizieren, unverzeihlich bleibt, dass er Personen, die bis dahin seine Gönner und Förderer gewesen waren, Personen, die auch heute im kulturellen Leben Hamburgs eine anerkannte Rolle spielen, im Dienste der Nazis als perverse und korrupte Bonzen durch den Schmutz zog. Der Roman war eine gemeine Begeiferung ehrlicher Arbeiterführer und zugleich eine Verherrlichung der Tatkraft und der Idee Hitlers.

Begeistert preist Johannsen den 30. Januar 1933: "In der

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Hauptstadt jubelten Hunderttausende ihrem Führer zu, begeistert winkend zogen sie in endlosen Scharen an ihm vorbei. Eine Kundgebung, wie sie die Hauptstadt noch nie erlebte. Ein Meer von Fackeln rötete den Himmel. Nach unvergleichlichem Aufstieg stand der Führer der Braunhemden ergriffen am Fenster und grüsste die vor Begeisterung Trunkenen. Über den Rundfunk hörte ganz Deutschland mit. Greise weinten vor Freude und Frauen hoben ihre Kinder hoch und verwundete Braunhemden zogen, auf ihre Kameraden gestützt, im Zuge mit. Das Deutschlandlied, das Horst-Wessel-Lied, die Heilrufe brandeten empor zum Führer, dem die "Presse der Eisernen Mannen" immer wieder zu beweisen versucht hatte, dass das Dritte Reich nicht kommen würde."

Weiter heisst es: "Jämmerlich war die Haltung der "Eisernen Mannen ... Ihre Haltung im Untergang bewies, daß sie wert waren, zu Grunde zu gehen. Und wenn der Führer der Braunhemden nichts als dieses zustande brachte, so war sein Wirken vor der Geschichte gerechtfertigt ... In dieser Nacht trug die Braune Armee die verblichene Demokratie zu Grabe. In dieser Nacht stiegen die ersten Hakenkreuzfahnen auf den öffentlichen Gebäuden."

Sein Roman schildert das gesunde Leben im Konzentrationslager, in dem die Bonzen zu keiner anderen Arbeit als für die Schreibstube taugen. Hämisch fragt Johannsen: "Und wodurch werden sie sich später ernähren? Werden sie auf den Strassen handeln? Werden sie den Braunen Hemden ihre Dienste anbieten? Das Dritte Reich hat aber nur noch einen verflucht schmalen Lebensraum für sie. Ein bitterer Lebensabend. Sie hätten sich das früher überlegen müssen. Jetzt bleibt ihnen nur noch Zeit zum Jammern. Freiheit!"

Und dieser Mann geistert heute wieder in Hamburg herum, sucht wieder Anschluß an das deutsche Kulturleben und antichambriert unverfroren heute bei denen, die er 1933 durch den Dreck zu ziehen suchte.

Bevor Rundfunk und Presse ihm die Tore öffnen, sollte seine Vergangenheit genauestens unter die Lupe genommen werden. Verzeihung jedem, der aus falscher politischer Einstellung heraus einen Irrweg ging, aber Wachsamkeit gegenüber solchen, die sich aus unklaren Motiven heraus zu schändlichen Zwecken gegen ihre einstigen Freunde und Parteigänger mißbrauchen ließen. Sie dürfen nicht "auf leisen Sohlen" wieder in die Öffentlichkeit treten.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Landesbezirk Nordmark

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106/132-233

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND, Landesbezirk Nordmark,
Hamburg 1, Besenbinderhof 57

Betr.: Schriftsteller Ernst J o h a n n s e n

Als im Sommer 1951 in einer westdeutschen Sonntagszeitung ein Artikel von Ernst J o h a n n s e n erschien, kamen eine Reihe alter Gewerkschafter, die während der Nazizeit teilweise schwer zu leiden hatten, zu uns und machten uns darauf aufmerksam, was Ernst Johannsen während der Nazizeit geschrieben hat. In einem Roman, der unter dem Titel "Das Ende der eisernen Mannen" - Untertitel "Der Roman einer Zeitenwende" - in der Rundfunk-Zeitschrift "Funkwacht" in einer Auflage von einigen hunderttausend Exemplaren erschien, charakterisierte er im Jahre 1934 die Führer der Arbeiterbewegung in einer Art und Weise, daß darüber selbst einfache Arbeitnehmer aufs höchste empört waren. Es handelt sich weder um eine "Glosse" noch, wie Ernst Johannsen es neuerdings formuliert, um eine "Erzählung", sondern wie nachzuweisen ist, um einen "Roman". In diesem Schlüsselroman sind Personen, die auch heute wieder an vorderster Stelle des öffentlichen Lebens stehen, verhöhnt worden. Einige Zitate aus diesem Roman haben wir in dem Rundschreiben im Sommer 1951 bekanntgegeben.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit eine besondere Charakterisierung Ernst Johannsen's geben.

Die Stadt Altona hat 1931 ein Werk herausgegeben, das unter dem Titel "Neues Altona 1919-1929" über den Aufbau der Stadt berichtet. In diesem Werk wurde auch Ernst Johannsen als pazifistischer Schriftsteller gewürdigt. Er wurde als starkfühlender Schriftsteller hervorgehoben, der nicht nur für die Menschen ein mitfühlendes Herz hat, sondern auch für die im Krieg leidende Kreatur. Mit folgender Worten rückt Johannsen in dem genannten Schlüsselroman von der in dem Buch der Stadt Altona gegebenen Einschätzung ab:

> "Die Reihe der dichterischen Stadtgrössen, die in ihrer Heimat um so bekannter waren, je weniger man von ihnen im übrigen Deutschland oder gar im Ausland wusste, wurde abgeschlossen mit einem Schriftsteller, der sich den Scherz erlaubt hatte, die Kriegsbuchmode

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

mit einer kleinen Schrift zu verhöhnen, die sich betitelte: "Fronterinnerungen eines Pferdes". Höflich verglich darob den Verfasser mit Fleuron, sprach von den Pferden als von "armen edlen Tieren" und behauptete, das "mitfühlende Menschenherz" habe dem Verfasser "die Feder in die Hand gedrückt". Der ironische Übeltäter lachte - das hatte Höflich nun davon."

Nach dem angeführten Zitat möchten wir es den von Johannsen angeschriebenen Stellen überlassen, welche Einschätzung er verdient.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Landesbezirk Nordmark

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED-106182-231

Ost und West, Juni 1948

Marginalien

Ernst Johannsen

Ernst Johannsen begeht in diesem Jahr in London seinen 50. Geburtstag.

Im Frühjahr 1928 gab ein Dreißigjähriger seinen Beruf als Elektromonteur auf, kehrte von Würzburg in seine Vaterstadt Hamburg zurück und schrieb die Erzählung „Vier von der Infanterie". Der Mann, der dieses aus innerer Notwendigkeit tat, war Ernst Johannsen. Es gab noch keine Kriegsbuchwoge; „Im Westen nichts Neues" war noch nicht erschienen. Kein Verleger interessierte sich für Johannsens Manuskript, bis es zufällig in den Fackelreiter-Verlag zu Wolfgang Hammer kam. Hammer las es während einer Eisenbahnfahrt. „Den Gefallenen zum Gedächtnis — Einsamer Toter auf der Straße Moeuil—Morisel . . .", so begann die Widmung. Ein sonderbares, ein wildes, zynisches, erauriges, warmendes Buch. Ein Buch eigentlich, viel mehr für den Weltkrieg Nr. 2 als für den Weltkrieg Nr. 1.

Was ist der Mensch? Johannsen antwortet darauf: „Der Mensch ist Gott . . . der Mensch ist Teufel und Narr!"

*

In kurzer Zeit wurde „Vier von der Infanterie" in 14 Sprachen übersetzt. Etwa 40 Zeitungen druckten das Buch ab. In Frankreich erreichte es eine Auflage von 120 000 Exemplaren, außerdem erschien es dort in einer zweiten, billigen Ausgabe. Als Verfilmung erschien es unter dem Titel „Westfront 18". Vor etwa einem Jahr wurde dieser Film als „klassischer der Frühzeit" in einem Londoner Filmklub wieder aufgeführt. In Paris war er seinerzeit eine Sensation. Ernst Johannsen, damals nach Paris eingeladen, erklärte dort 1931 in einer Rede: „Der Weltkrieg Nr. 2 wird mit dem polnischen Korridor als Vorwand und Entzündung beginnen." Leider behielt er recht. Daß er auf Grund seiner Rede von gewissen deutschen Zeitungen mit „Schuft" tituliert wurde, sei um der Nachdenklichkeit willen, die diese „literarische Pikanterie" heraufzubeschwören vermag, nicht unterschlagen.

*

An Johannsens Hörspiel „Brigade-Vermittlung" werden sich die Älteren unter uns als richtunggebendes, — vielleicht war es sogar die Geburt des eigentlichen Hörspiels — erinnern. Es war Johannsens erstes Werk dieser Art und gleichzeitig ein Meilenstein auf dem Weg und in der Geschichte der Hörspielkunst. Er sagte damals zu mir: „Natürlich abgelehnt von der ‚Vaterstadt' — vom Sender Hamburg. Ich schicke es jetzt als einfache Drucksache nach München". — München brachte die Uraufführung. Ein Kritiker schrieb: „Die unvergeßliche Brigade-Vermittlung!" Nach München ging „Brigade-Vermittlung" über a l l e deutschen Sender, Berlin ausgenommen. Es erreichte mehr als 35 Sendungen, wurde übersetzt und dürfte das einzige Hörspiel sein, das von einer englischen Zeitung in Fortsetzungen abgedruckt, auf Schallplatten aufgenommen wurde und in Frankreich als Buch herauskam.

„Brigade-Vermittlung" ist ein seltsames Hörspiel. Realistisch und unrea-

*

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 106132-235

listisch zugleich, spielt es einerseits in einem Telefon-Unterstand und andererseits sozusagen fortlaufend in „Telefonleitungen". Sein Autor demonstrierte wohl zuerst die eigentliche Kunst des Hörspiels: er machte an sich unsichtbare Vorgänge h ö r b a r — und damit war die „funkische Form" gefunden.

1939 zog Johannsen es vor, Deutschland zu verlassen. Sechs Jahre lang mit seinem kleinen Sohn die Bedrohung durch den „Rassenschande-Paragraphen" ertragen zu haben, weil der Vater unbeirrbar zu der jüdischen Mutter des Kindes hielt — das ist auch ein stilles, aber zähes Heldentum in jenem nationalsozialistischen Alltag, dessen ganze drückende Wucht nur jene spürten, die in ihn alltäglich „konträr" lebten. Wie es überhaupt gelegentlich an der Zeit sein dürfte, das politische Heldentum näher auf die Substanz seines Begriffes zu untersuchen. Es gibt sich heute noch mancher als politischer Held aus, der das Pech gehabt hat, beim Abhören eines feindlichen Senders erwischt zu werden, ohne jemals wirklich Träger einer politischen Idee gewesen zu sein. Einfach, weil er naiv und ungeschickt manipuliert und dann von irgendeinem Übelwollenden angezeigt wurde. So kam mancher unversehens zu dem Glorienschein des Märtyrers für eine Idee. Jene aber, deren Heldentum anderer Art war, die lange Jahre hindurch ebenso geschickt wie gefahrvoll tatsächlich g e g e n das Terrorregime l e b t e n, mit jedem Gedanken von früh bis spät, mit jedem Gespräch und mit jeder Menschenfreundschaft, die sie hielten, so s e h r e i n s a m e, aber ersprießliche Zufluchtsinseln für die gleicherweise gefahrvoll lebenden Freunde schaffend, haben bis heute noch nicht von „ihrem" Heldentum gesprochen. Sie werden das auch niemals tun. Umso wichtiger, daß Freunde dann erinnern, die es wissen. Ich sage es, weil ich es weiß.

Wer seinerzeit empört war über den Hohn des Romans der „Eisernen Front", den Johannsen in einer Zeitschrift veröffentlichte, möge das einen Augenblick überdenken . . .

*

Ernst Johannsens kleiner Roman „Station 3" schließt mit dem Satz: „Wenn der Mensch selbst sich nicht im Kern ändert, bleiben alle Änderungen etwas Äußerliches". Das ist, auf eine knappe Formel gebracht, wohl überhaupt die M o r a l des Menschen und des Schriftstellers Johannsen. „Sechs auf einer Insel" war so etwas wie eine ironische Flucht aus der Wirklichkeit des Reiters. 1940/41 — schon in England — folgten noch allerlei Artikel, darunter einer: „Drei Reden, die Hitler noch nicht gehalten hat". Hier wurde der Angriff auf Rußland angekündigt und das „totale", bittere Ende. Danach verstummte Johannsen, um sich mit — Evolutions-Theorien und einer „Thesis für eine Lehre vom Gemachten" zu beschäftigen. Er nannte es kürzlich in einem Briefe an mich: „— so etwas wie eine höhere, vergleichende Biologie." Dieses intellektuelle Verhalten ist charakteristisch für ihn: er interessiert sich für vieles, dabei aber weniger für „dahergeredete" oder „behauptete" Dinge, sondern mehr für bewiesene oder zu beweisende Dinge. Indessen er beispielsweise seinen Söhnen eine Dampfmaschine baut, beschäftigt er sich gleichzeitig mit Selektrions-Theorien, schreibt ein — wie er selbst sagt — „sonderbares", noch nicht aufgeführtes Hörspiel „Magda" (Anmerkung am Rande: Die so emsig nach Hörspielen suchenden deutschen Sender dürfen beim Verfasser dieses Artikels die Anschrift Johannsens einholen!) und lacht über das, was er den „Weltanschauungs-Rummel" nennt . . .

Herbert Lestibudois

Institut für Zeitgeschichte Archiv

SD-166132-836

„Hier ist vieles groß . . ."

Wiedersehen mit der Heimatstadt nach zwölf Jahren / Von ERNST JOHANNSEN

Vor wenigen Tagen traf der Dichter Ernst Johannsen nach zwölfjähriger Abwesenheit zu einem kurzen Besuch in Hamburg ein. Wir baten ihn, uns seine Eindrücke von dem Wiedersehen mit seiner Heimatstadt zu schildern. Johannsen wurde besonders bekannt durch sein vor dem Krieg erschienenes Buch „Vier von der Infanterie", das in 11 Sprachen übersetzt und von dem bekannten Regisseur G. W. Pabst auch verfilmt wurde.

Wie klein, nichtig und respektlos muß der sein, der zu einem solchen Wiedersehen kaum etwas zu sagen hat. Kam man von Verdun, Reims, Laon oder später aus Süddeutschland, von Paris und Kopenhagen in die Heimat, war man nur eine Weile nicht dabei gewesen: nichts sah man wirklich mit fremden Augen, alles war sofort wieder vertraut, alles Wesentliche wohl bekannt. Diesmal aber kam ich nach zwölf Jahren ungeheuerlicher Geschehnisse von London. Ich kam nach Jahr und Tag aus einer anderen Welt.

Alles Wesentliche war unvergessen, aber so verhüllt, wie Staub ein Bild bedecken mag. Die nächtliche Fahrt von der Holländischen Grenze glich einem kleinen Vorspiel mit einem Paßbeamten, der freundlich sprach, ja väterlich — was eine kleine Überraschung war. Dann ging am frühen Morgen der Vorhang hoch: da war der Michel, wohlbekannte Türme hier und da, der Hafen. Zwar fand das Auge nicht den großen Kran von Blohm & Voß, von dem herab ich einst auf die drei Schornsteine eines 50000-Tonnen-Dampfers blickte. Hoch oben am Rand des dritten blinden Schornsteins saß ich, als er zur Probefahrt den Werfthafen verließ. Nahezu 30 Jahre sind seitdem vergangen. Hier fehlte ein Schuppen, schon dem Kind wohlvertraut, dort waren freie Plätze, Lücken, aber so aufgeräumt, angepaßt und wiederhergestellt war vieles, daß einstweilen die Zerstörung nicht als Zerstörung wirkte.

Verwunderlich und erstaunlich schien etwas ganz anderes: die Straßenbahn bewegte sich, als sei sie müde oder am frühen Morgen noch nicht aufgewacht. Fuhr sie früher schneller, auch die Vorortsbahn?

Sorgte nur Londons Schnellverkehr für diesen Eindruck? Sprachen nicht früher auch die Leute lauter, unfreundlicher und ungeduldiger? So wie der, der Furchtbares erlebte und befreit von Unerträglichem aufatmet, erschien mir die Hamburger als Genesende, als tapfer Lächelnde, verständiger zueinander, hilfsbereiter, freundlicher. Ein Straßenbahnschaffner, kaum imstande zu kassieren, machte einen Witz und sagte mit erstaunlicher Geistesgegenwart: „Liebe Frau, wenn Sie so stehenbleiben, kann ich nicht vorbei." Ja, es sind Genesende.

Die Jungs und Mädels freun sich sehr, bald gibt's für sie kein Zeugnis mehr.

Zeichnung: Stenbeck

Wer eine produktive Phantasie hat, braucht nicht, wie Naive meinen, alles mitzuerleben: er erlebt mit, was er nicht erlebte, er erleidet, was er nicht erlitt. Ja, was er nun sehen konnte, mag er vor 12 Jahren ahnend schon gesehen haben. Wenn man dann aber eine ganze Straße nicht mehr findet, wenn ein ganzer Stadtteil nicht mehr existiert, erschrickt das Auge doch, ganz wie das Kind, das plötzlich statt des Gesichtes seiner Mutter das eines völlig Fremden sieht. In der Königstraße Altonas sagte ich 1933: „Dies ist keine Politik mehr, es ist der Anfang einer Katastrophe!" Und doch, es war gespenstisch: groteske Burgen auf dem Heiligengeistfeld, an Bauten für einen fantastischen Film erinnernd. Dann kam ich mit schneller Autorundfahrt ins Inferno des Unterganges. Zu groß ist dies Interno, um noch zu erschrecken. Es war, als kam ich in eine andere Zeit, in eine andere Welt, als träumte man einen gespenstischen Traum. Das Erstaunliche ist dennoch nicht die Zerstörung, es ist der Aufwand an Mut und Kraft, hier aufzuräumen, aufzubauen und weiterzumachen. Ja, hier ist vieles groß und bewundernswürdig. Ich gehe ins Hamburger Rathaus und bitte, den Direktor der Pressestelle sprechen zu dürfen. Zu meiner Überraschung stehe ich ganz ohne Formalitäten in gleicher Minute vor ihm.

Was Menschen gewohnt sind, wissen sie alsbald nicht mehr zu schätzen. Ein wenig mehr Liebe, Sorge und Angst, und von den Jahren 1933 und 1939 wäre heute nichts Besonderes zu sagen. Liebe und Angst verhindern den Übermut. Sehr früh am Morgen gehe ich durch Flottbek. Ich sehe wieder die alten, strohbedeckten Häuser, die alten Bäume, die soliden prächtigen Bauten. Es war ein Gang durch ein kleines Paradies. Haben wir nicht alle einst zu vieles zu wenig zu schätzen gewußt? Ich meine, nicht nur in Hamburg.

Zum Großen und Gewichtigen das Heiter-Triviale: Als ich an einem Verkaufsstand für Würstchen vorbeigehe, gedenke ich auflachend der beiden Mädchen aus Rendsburg, die mir auf der Fahrt von London sagten, daß sie die Tage zählten bis zum ersten Knackwurst-Essen. Nichts hatten sie so sehr vermißt in England als diese Würstchen.

Welt am Sonntag 15.7.51

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED-106/12-27

Johannsen, ein anfechtbarer Prophet

Opportunistischer Dichter der Nazizeit wieder in Hamburg

In der vorletzten Ausgabe der „Welt am Sonntag" wurde in einem Artikel des Schriftstellers Ernst Johannsen behauptet, der Verfasser habe bereits 1933 die „Katastrophenpolitik vorausgesagt". Johannsen, vor 1933 durch seinen Roman „Die Vier von der Infanterie" bekannt geworden, wandte sich unmittelbar nach der Hitlerschen „Machtübernahme" in bedenkenlosem Opportunismus den braunen Gewaltherren zu und schmähte in übelster Weise seine früheren Gesinnungsfreunde aus der Arbeiterbewegung. Aus diesem Grunde übersandte der DGB (Landesbezirk Nordmark) der „Welt am Sonntag" eine Stellungnahme zu dem Johannsen-Artikel. Die Sonntagszeitung hat das Schreiben des DGB, auf 30 Druckzeilen zusammengestrichen, in ihrer gestrigen Nummer als Leserbrief abgedruckt. Wir veröffentlichen nachstehend die ungekürzte Stellungnahme des Gewerkschaftsbundes.

„Ein Spätheimkehrer, wenn auch nur zu einem kurzen Besuch, kam in der „Welt am Sonntag" zu Wort, Ernst Johannsen. Dieser Mann, der erst sechs Jahre nach Kriegsschluß in die Heimat zurückkehrt, brüstet sich heute mit seinem angeblich 1933 „prophetisch" gesprochenen Wort: „Das ist keine Politik, das ist der Anfang der Katastrophe."

Das Verhalten Johannsens, sein einmaliges Renegatentum, läßt keinen Zweifel, daß er diese Worte — wenn sie nicht überhaupt eine pure Erfindung sind — keineswegs, wie er heute glauben machen möchte, 1933 gegen die Nazis richtete. Sprach er die Worte, so waren sie anscheinend gegen das „Weimarer System" gerichtet.

Johannsen darf sich rühmen, der „Dichter" zu sein, der sofort seine Feder den Nazis zur Verfügung stellte. Zwar nicht als Trommler der neuen Bewegung, wohl aber, um zu versuchen, die dem Nazismus ideologisch fernstehenden Arbeitermassen von ihrer bisherigen Führung zu trennen.

Diese Arbeiter durch schändliche Herabwürdigung der führenden Persönlichkeiten zu verwirren, waren nazistische Methoden. Den Versuchen, auf diesem Wege den inneren Zusammenhalt der Arbeiterschaft zu zerbrechen, setzte Johannsen die Krone auf. Bald nach der Machtergreifung erschien sein Schlüsselroman: „Das Ende der Eisernen Mannen."

Johannsen setzte ihm das Motto voraus: „Nicht die Politik verdirbt den Menschen, sondern charakterlose Menschen verderben die Politik." Der Roman sollte den Arbeitern zeigen, wie moralisch und geistig minderwertig ihre Führung war, und daß es Hitlers und seiner Braunhemden hohe Mission war, dem wüsten Treiben ein Ende zu machen.

Was Johannsen immer vermeidet, dieses schändliche Machwerk zu fabrizieren, unverschämt bleibt, daß er Personen, die bis dahin seine Gönner und Förderer gewesen waren, Personen, die auch heute im kulturellen Leben Hamburgs eine anerkannte Rolle spielen, im Dienste der Nazis als perverse und korrupte Bonzen durch den Schmutz zog. Der Roman war eine gemeine Begeiferung ehrlicher Arbeiterführer und zugleich eine Verherrlichung der Tatkraft und der Idee Hitlers.

Johannsen 1933

Begeistert preist Johannsen den 30. Januar 1933: „In der Hauptstadt jubelten Hunderttausende ihrem Führer zu, begeistert winkend zogen sie in endlosen Scharen an ihm vorbei. Eine Kundgebung, wie sie die Hauptstadt noch nie erlebte. Ein Meer von Fackeln rötete den Himmel. Nach unvergleichlichem Aufstieg stand der Führer der Braunhemden ergriffen am Fenster und grüßte die vor Begeisterung Trunkenen. Über den Rundfunk hörte ganz Deutschland mit. Greise weinten vor Freude, und Frauen hoben ihre Kinder hoch, und verwundete Braunhemden zogen, auf ihre Kameraden gestützt, im Zuge mit. Das Deutschlandlied, das Horst-Wessel-Lied, die Heilrufe brandeten empor zum Führer, dem die „Presse der Eisernen Mannen" immer wieder zu beweisen versuche hatte, daß das Dritte Reich nicht kommen würde."

Weiter heißt es: „Sämtlich war die Haltung der ‚Eisernen Mannen ...' Ihre Haltung im Untergang bewies, daß sie wert waren, zugrunde zu gehen. Und wenn der Führer der Braunhemden nichts als dieses zustande brachte, so war sein Wirken vor der Geschichte gerechtfertigt ... In dieser Nacht trug die Braune Armee die verblichene Demokratie zu Grabe. In dieser Nacht stiegen die ersten Hakenkreuzfahnen auf den öffentlichen Gebäuden."

„Gesundes Leben im KZ"

Sein Roman schildert das gesunde Leben im Konzentrationslager, in dem die Bonzen zu keiner anderen Arbeit als für die Schreibstube taugen. Hämisch fragt Johannsen: „Und wodurch werden sie sich später ernähren? Werden sie auf den Straßen handeln? Werden sie den Braunhemden ihre Dienste anbieten? Das Dritte Reich hat aber nur noch einen verflucht schmalen Lebensraum für sie. Ein bitterer Lebensabend. Sie hätten sich das früher überlegen müssen. Jetzt bleibt ihnen nur noch Zeit zum Jammern. Freiheit!"

Und dieser Mann geistert heute wieder in Hamburg herum, sucht wieder Anschluß an das deutsche Kulturleben und antichambriert unverfroren heute bei denen, die er 1933 durch den Dreck zu ziehen suchte.

Bevor Rundfunk und Presse ihm die Türen öffnen, sollte seine Vergangenheit genauestens unter die Lupe genommen werden. Verzeihung jedem, der aus falscher politischer Einstellung heraus einen Irrweg ging, aber Wachsamkeit gegenüber solchen, die sich aus unklaren Motiven heraus zu schändlichen Zwecken gegen ihre einstigen Freunde und Parteigänger mißbrauchen ließen. Sie dürfen nicht „auf leisen Sohlen" wieder in die Öffentlichkeit treten."

Deutscher Gewerkschaftsbund
Landesbezirk Nordmark.

Hamburger Echo 23.7.51

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Welt der Arbeit
FBV
P-106/52-238

Ein „Dichter" kehrt heim

1933, als die Nazis eben ihr Tausendjähriges Reich etablierten, erschien in Hamburg ein Roman, der in gehässiger Form Führer der Hamburger Arbeiterbewegung in den Schmutz zog. Das brauchte nicht aufzuregen, denn man war gewohnt, daß der Nazismus in der Wahl seiner Mittel moralische Bedenken nie kannte. Auffallender war, daß der Autor des Romans: „Das Ende der eisernen Mannen", ein Gemisch törichter-dummer Verunglimpfung bisheriger Parteifreunde und speichelleckender Anbetung Hitlers, ein Mann war, der selbst der Arbeiterbewegung nahegestanden hatte.

Und eben dieser Autor, Herr Ernst Johannsen, bisher in England „tätig", taucht nun wieder in Hamburg auf und bittet bei Rundfunk und Presse um „gut Wetter", selbst bei den von ihm 1933 so dreckig Verhöhnten und Beleidigten. Gegen den Versuch dieses Mannes, in Hamburg wieder Boden zu gewinnen, richtet sich ein Schreiben der Hamburger Gewerkschaftsleitung. Es heißt darin u. a.:

„Johannsen darf sich rühmen, der ‚Dichter' zu sein, der sofort seine Feder den Nazis zur Verfügung stellte. Zwar nicht als ‚Trommler' der neuen Bewegung, wohl aber, um zu versuchen, die dem Nazismus ideologisch fernstehenden Arbeitermassen von ihrer bisherigen Führung zu trennen.

Diese Arbeiter durch schändliche Herabwürdigung der führenden Persönlichkeiten zu verwirren, waren nazistische Methoden. Den Versuchen, auf diesem Wege den inneren Zusammenhalt der Arbeiterschaft zu zerbrechen, setzte Johannsen die Krone auf. Bald nach der Machtergreifung erschien sein Schlüsselroman: ‚Das Ende der eisernen Mannen'. Johannsen setzte ihm das Motto voraus: ‚Nicht die Politik verdirbt den Menschen, sondern charakterlose Menschen verderben die Politik'. Der Roman sollte den Arbeitern zeigen, wie moralisch und geistig minderwertig ihre Führung war und daß es Hitlers und seiner Braunhemden hohe Mission war, dem wüsten Treiben ein Ende zu machen. Was Johannsen immer veranlaßte, dieses schändliche Machwerk zu fabrizieren, unverzeihlich bleibt, daß er Personen, die auch heute im kulturellen Leben Hamburgs eine anerkannte Rolle spielen, im Dienste der Nazis als perverse und korrupte Bonzen durch den Schmutz zog. Der Roman war eine gemeine Beseiferung ehrlicher Arbeiterführer und zugleich eine Verherrlichung der Tatkraft und der Idee Hitlers.

Begeistert preist Johannsen den 30. Januar 1933: In der Hauptstadt jubelten Hunderttausende ihrem Führer zu, begeistert winkend zogen sie in endlosen Scharen an ihm vorbei. Eine Kundgebung, wie sie die Hauptstadt noch nie erlebte. Ein Meer von Fackeln rötete den Himmel. Nach unvergleichlichem Aufstieg stand der Führer der Braunhemden ergriffen am Fenster und grüßte die vor Begeisterung Trunkenen. Über den Rundfunk hörte ganz Deutschland mit. Greise weinten vor Freude, und Frauen hoben ihre Kinder hoch, und verwundete Braunhemden zogen, auf ihre Kameraden gestützt, im Zuge mit. Das Deutschlandlied, das Horst-Wessel-Lied, die Heilrufe brandeten empor zum Führer, dem die ‚Presse der eisernen Mannen' immer wieder zu beweisen versucht hatte, daß das Dritte Reich nicht kommen würde.'

Weiter heißt es: ‚Jämmerlich war die Haltung der ‚Eisernen Mannen'. . . Ihre Haltung im Untergang bewies, daß sie wert waren zugrunde zu gehen. Und wenn der Führer der Braunhemden nichts als diese Zustände brachte, so war sein Wirken vor der Geschichte gerechtfertigt. . . . In dieser Nacht trug die Braune Armee die verblichene Demokratie zu Grabe. In dieser Nacht stiegen die ersten Hakenkreuzfahnen auf den öffentlichen Gebäuden.'

Sein Roman schildert das ‚gesunde Leben' im Konzentrationslager in dem die Bonzen zu keiner anderen Arbeit als für die Schreibstube taugen. Hämisch fragt Johannsen: ‚Und wodurch werden sie sich später ernähren? Werden sie auf den Straßen handeln? Werden sie den Braunhemden ihre Dienste anbieten? Das Dritte Reich hat aber nur einen verflucht schmalen Lebensraum für sie. Ein bitterer Lebensabend. Sie hätten sich das früher überlegen müssen. Jetzt bleibt ihnen nur noch Zeit zum Jammern. Freiheit."

Und dieser Mann geistert heute wieder in Hamburg herum, sucht wieder Anschluß an das deutsche Kulturleben und anscheinbriert unverfroren heute bei denen, die er 1933 durch den Dreck zu ziehen suchte.

Bevor Rundfunk und Presse ihm die Tore öffnen, sollte seine Vergangenheit genauestens, unter die Lupe genommen werden. Verachtung jedem, der aus falscher politischer Einstellung heraus einen Irrweg ging, aber Wachsamkeit gegenüber solchen, die sich aus unklaren Motiven heraus zu schändlichen Zwecken gegen ihre einstigen Freunde und Parteigänger mißbrauchen ließen. Sie dürfen nicht „auf leisen Sohlen" wieder in die Öffentlichkeit treten.

Archiv Zeitgeschichte

ED 106/32-239 -1-

Welt der Arbeit

Freitag, 31. August 1951

Ein „Dichter" kehrt heim

In unserer Nr. 30 beschäftigten wir uns unter dem Titel: „Ein ‚Dichter' kehrt heim" mit dem in London lebenden Schriftsteller Ernst Johannsen und seinem, bald nach Hitlers „Machtergreifung" erschienenen Roman: „Das Ende der eisernen Mamen."

Unter Berufung auf das Pressegesetz ersucht uns Herr Johannsen um Abdruck folgender Erwiderung:

„Ein Dichter kehrt heim."

Zu dem in Nr. 30 der „Stimme der Arbeit aus der Nordmark" veröffentlichten Artikel diesen Wortlauts erkläre ich eidesstattlich:

1. Die Wendung „kehrt heim" entspricht nicht den Tatsachen, es handelte sich um einen ersten Besuch nach zwölf Jahren.
2. Die Wendung „bisheriger Parteifreunde" ist irreführend und entspricht nicht den Tatsachen. Ich war bis 1933 nicht Mitglied der Partei (SPD), vielmehr trat ich aus zur Zeit des Baus von Panzerkreuzern.
3. Die Wendung „speichelleckender Anbetung Hitlers" ist eine völlige Irreführung. Es ist leicht, sich nach der Wahrheit zu erkundigen bei Herrn Ernst Teßloff, Mitglied der Bürgerschaft — außerdem erkläre ich, daß ich niemals im Dritten Reich Mitglied einer Organisation war, also auch nicht der NSDAP. Um den Schutzverband der Autoren habe ich mich ebenfalls im Dritten Reich nicht gekümmert. Ferner: Ich wurde 1933 zuerst, und 1939 zum letzten Male verhört — in diesem Falle von der Gestapo.
4. Der sogenannte „Schlüsselroman" ist niemals als Buch erschienen, auch wurde er nicht von einer Zeitung veröffentlicht, sondern von einem Wochenblatt, welches mit Politik gar nichts zu tun hatte. Daß es in Hamburg geschah, ist Zufall. Wäre es zufällig in Leipzig geschehen, hätte niemand geglaubt, die Geschichte in Fortsetzungen sei speziell geschrieben gegen Hamburger Führer der Arbeiterbewegung oder Führer der Hamburger Arbeiterbewegung.
5. Die Wendung „antichambriert unverfroren heute bei denen, die er 1933 durch den Dreck zu ziehen versuchte", enthält ebenfalls eine Irreführung. Zur Klarstellung wurde lediglich ein Senator besucht — und dieser Besuch wurde mir vorgeschlagen von einem Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und der Bürgerschaft.
6. Was als eine „begeisterte Schilderung Hitlers" hingestellt wird, war eine Ironie, gegeben mit Tatsachen in bezug auf den „Führer der Braunhemden". Die Wendung: „Sein Roman schildert das gesunde Leben in Konzentrationslagern" — entspricht nicht den Tatsachen. Es hätte heißen müssen: In seinem Roman wird auch ... erwähnt. Die Tatsache, daß ich 1939 Deutschland verließ, wird nicht erwähnt. Die Mutter meiner Frau gehört auch zu den „Verschleppten" und von Hitlerianern Umgebrachten!

Ernst Johannsen, London

Institut für Zeitungsforschung Archiv

ED 10532-240

Unsere Erwiderung

Wir gaben Herrn Johannsens Erklärung in vollem Wortlaut wieder, obwohl sie zum Teil Dinge „klarstellt", die unser Aufsatz überhaupt nicht berührte. Ob Herr Johannsen Mitglied der NSDAP oder des Schutzverbandes der Autoren war, war und ist uns ebenso unbekannt wie seine Familienverhältnisse.

Herr Johannsen sagt: „Sein ‚Das Ende der Eisernen Männer' sei nicht als Buch erschienen." Wir sprachen nie von einem Buch, sondern von einem Roman. Johannsen nennt ihn heute „Glosse". Diese „Glosse" wurde im Herbst 1933 abgedruckt in der damals erscheinenden „Funkwacht" und fand dadurch eine sehr viel größere Verbreitung als es wahrscheinlich einem Buch beschieden gewesen wäre. Die „Glosse" erschien in 15 Nummern der „Funkwacht" mit rund 6000 Druckzeilen.

Sein Roman sei „zufällig" in Hamburg erschienen, wäre er „zufällig" in Leipzig erschienen, hätte niemand geglaubt, er sei gegen die Hamburger Arbeiterbewegung gerichtet gewesen. Falsch. Johannsen verunglimpft in häßlicher Weise die Bewegung, deren gesamte Leitung nach ihm auf Lug und Trug aufgebaut sei. Daneben pfeffert er seinen Roman mit den schäbigsten persönlichen Angriffen auf führende Persönlichkeiten. Überall schaut das Hamburger Lokalkolorit heraus, Stadt, Strom, Holstenbier, eine wörtlich wiedergegebene damals weitbekannte Antrittsrede des Oberbürgermeisters u. a., deuten bewußt den Ort der Handlung an. Also kein Zufall, sondern dieses Machwerk mußte im Herbst 1933 in Hamburg erscheinen.

Was wir eine „begeisterte Schilderung Hitlers" nannten, soll eine „Ironie in bezug auf den Führer der Braunhemden" gewesen sein. War es auch nur eine Ironie, wenn er z. B. schreibt:

„Auf der anderen Seite standen vor allem die Braunhemden, die Schluß machen wollten mit dem auf den Hund gekommenen Parlamentarismus, die Schluß machen wollten mit einer Demokratie die nicht sterben und nicht leben konnte. Sie hatten die Jugend, den Mut, die Sympathie aller Bürger, die das Verhalten der Eisernen Männer satt hatten, auf ihrer Seite. Einen ritterlicheren Gegner als diese Bewegung, die der Demokratie mit dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht noch eine Chance gab, konnten die Eisernen Männer schlechterdings nicht verlangen." — Ihre Haltung im Untergang bewies, daß sie (die Demokratie) weit war, zu Gründe zu gehen, und wenn der Führer der Braunhemden nichts als dies zustande brachte, so war sein Wirken vor der Geschichte gerechtfertigt." — „Dieser Volkstell der Schluß machen wollte mit der demokratischen Vergangenheit, schalte sich, dumpf und jenseits aller Theorie, nach einem neuen Staat, er sah in Adolf Hitler und seinen Mitarbeitern die Träger eines neuen Geistes, der mit unliberalistischen Methoden eine neue Ordnung aufbauen wollte."

Nein! Was wir schrieben steht! In einem Augenblick, als brutalste Brachialgewalt mit Lüge und Verleumdung, Revolver und Totschlag, Zuchthaus und Konzentrationslagern jede demokratische Regung in Deutschland gewaltsam erstickte, erschien Johannsens Werk als ein den Nazis höchstwillkommener Versuch das Vertrauen der Massen in Demokratie und Führung zu zerstören.

Eine Stelle in seinem Roman charakterisiert ihn. Vor 1933 schrieb er eine kleine Arbeit: „Fronterinnerungen eines Pferdes". Sie fand viel anerkennende Beachtung und er selbst war stolz auf seinen Erfolg. Das war natürlich im Herbst 1933 höchst peinlich. Hören wir, was in seinem Roman aus dieser Arbeit wurde: er zerfaß in seinem Roman u. a. ein Werk über Altona, daß auch über „dichterische Stadtgroßen" berichtete und den Schluß bildete seine eigene Arbeit. Wirklich peinlich! Und so schrieb er: Dieser Abschnitt „wurde abgeschlossen mit einem Schriftsteller, der sich den Scherz erlaubt hatte, die Kriegsbuchmode mit einer kleinen Schrift zu verhöhnen, die sich betitelte: ‚Fronterinnerungen eines Pferdes'." Höflich verglich darob der Verfasser mit Fleuron, sprach von den Pferden als von „armen edlen Tieren" und behauptete, das „mitfühlende Menschenherz" habe dem Verfasser die Feder in die Hand gedrückt. Der ironische Übeltäter lachte.

Weiter hinunter ging's nimmer.

Institut für Zeitgeschichte

ED-106132-241

Wer „bestraft"?

Der Nordwestdeutsche Rundfunk hatte beschlossen, einige „bewährte" Stücke wieder aufzuführen, darunter auch „Brigade-Vermittlung" von Ernst Johannsen, verfaßt 1929 und gewidmet „Den Gefallenen zum Gedächtnis". Das Hörspiel war siebenunddreißigmal in elf Staaten gesendet worden; alle deutschen Sender haben es mit zahlreichen Wiederholungen gebracht — von Königsberg bis Saarbrücken. Die British Broadcasting Company (BBC) brachte es zum Beispiel dreimal und dazu zweimal in ihrem Fernsehprogramm. Auch eine Tageszeitung druckte vor dem Krieg den Text ab, und das Textbuch erschien auch in Frankreich. Sogar eine Schallplattenausgabe war im Ausland zu haben.

Es war also nur natürlich, daß der Nordwestdeutsche Rundfunk beschlossen hatte, neben anderen Stücken auch dieses zu wiederholen, zumal es im politischen Trubel jener Jahre Zustimmung gefunden hatte über Parteien und Grenzen hinweg, der Autor aber auch mit etwa 70 Sendungen seiner Stücke bekannt geworden, nach dem letzten Krieg so gut wie gar nicht zu Worte gekommen war. Als jedoch der Nordwestdeutsche Rundfunk seine Absicht bekanntgegeben hatte und entsprechende Hinweise bereits in der Presse erschienen waren, protestierten einige Hamburger über den Deutschen Gewerkschaftsbund (Hamburg) gegen den Autor, weil dieser vor zwanzig Jahren eine humoristische und satirische Erzählung in einer Rundfunkzeitschrift veröffentlicht hatte: „Das Ende der Eisernen Männer". Der Nordwestdeutsche Rundfunk setzte daraufhin das bereits ins Programm gebrachte Stück wieder ab, ohne sich auch nur beim Autor nach den Tatsachen und den Umständen zu erkundigen.

Weil also einigen Leuten ein Autor nicht paßt, der übrigens seit mehr als zwanzig Jahren nicht Mitglied einer politischen Organisation ist, also auch nicht während des Dritten Reichs — wird sein Stück wieder abgesetzt. Es wird wohl nicht viele Rundfunkhörer geben, die ein solches Prinzip der „Bestrafung" nach zwanzig Jahren gutheißen. Um so verwunderlicher ist es, daß sich bisher keine Rundfunkzeitschrift dazu geäußert hat.

Ernst Johannsen, London

FAZ, 28.1.1953

Institut für Zeitgeschichte Archiv